

DIE RECHNUNGSLEGUNG BETRIEBLICHER PENSIONS-KASSEN

Leonhard Ogiermann

1967

Die Rechnungslegung betrieblicher Pensionskassen

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt

von

Leonhard Ogiermann

1967



Referent: Professor Dr. Otto Hintner

Korreferent: Professor Dr. Heinz-Leo Müller-Lutz

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Juli 1967

Vermerk

Durch diesen Akt ist der, nach Klärung bezüglich-
hafter Fragen, endgültig über die Ziele der Bewegungsa-
gung betriebswirtschaftlicher Fachkreise zu diskutieren. Die-
ses betriebswirtschaftlichen und handelsrechtlichen
Sinnvollsten Zielsetzung der Bewegungsa-
gung sowie deren gestaltende Wirkung, die diesem Sinne die
Menschen für die Zukunft mit der geltenden
Verfassung und der Wirtschaft verbunden sind
als Zielsetzung in Bewunderung und Dankbarkeit
gewidmet

Mein verehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Otto
Hilbert, hat mir hochachtungsvoll den Brief zur
Zurückgabe übergeben. Hierfür sei ihm aufrichtig ge-
dankt.

Angenehm an der Arbeit wurde ich durch meine Pro-
fessur an der Universität zu Köln, Frankfurt
(Main). Die Natur des Vorlesandes der Gesellschaft, be-
sonders aber Herr Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kaufmann Dr.
Karlheinz Kuhn, Frankfurt (Main), haben mich während
der Aufnahmen der Arbeit jederzeit freundlich unterstützt.

Offenbach, im August 1961

V o r w o r t

Zweck dieser Arbeit ist, nach Klärung begrifflicher Fragen zunächst über die Ziele der Rechnungslegung betrieblicher Pensionskassen zu diskutieren. Die aus betriebswirtschaftlicher und handelsrechtlicher Sicht erarbeiteten Zielsetzungen der Rechnungslegung sowie deren gestaltende Grundsätze dienen sodann als Masstab für die Darstellung und Kritik der geltenden Vorschriften zur Rechnungslegung und darüber hinaus als Richtschnur für die Verbesserung dieser Bestimmungen. Schliesslich wird die Aufgabenverteilung bei der Rechnungslegung erörtert.

Mein verehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Otto Hintner, hat mir liebenswürdigerweise das Thema zur Bearbeitung übertragen. Hierfür sei ihm aufrichtig gedankt.

Angeregt zu der Arbeit wurde ich durch meine Prüfertätigkeit bei der Treuhand-Vereinigung AG, Frankfurt (Main). Die Herren des Vorstandes der Gesellschaft, besonders aber Herr Wirtschaftsprüfer Diplom-Kaufmann Dr. Karlheinz Kunz, Frankfurt (Main), haben mich während der Abfassung der Arbeit jederzeit freundlich unterstützt.

Offenbach, im August 1967

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teil: Einführung in das Gebiet betrieblicher Pensionskassen	
A. Begriffsmerkmale betrieblicher Pensionskassen	1
I. Die Pensionskasse, eine Form betrieblicher Altersversorgung	1
1. Der Zweck der Pensionskasse	1
2. Besondere Kennzeichen	3
3. Abgrenzung gegenüber anderen Formen der Altersversorgung	5
II. Der Lebensversicherungs-Charakter betrieblicher Pensionskassen	7
1. Bestimmungsmerkmale einer Lebensversicherung	8
2. Betriebliche Pensionskassen als Lebensversicherungen	9
a) Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Pensionskasse, den Pensionsberechtigten und der Trägerunternehmung	10

	Seite
b) Die rechtlichen, versicherungs- technischen und finanziellen Grundlagen betrieblicher Pen- sionskassen	15
3. Ergebnis	17
III. Die Rechtspersönlichkeit betriebli- cher Pensionskassen	18
1. Die Pensionskasse in der Rechts- form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit	18
a) Der kleinere Verein	21
b) Der grosse Verein	24
2. Die Pensionskasse in der Rechts- form einer Versicherungsaktien- gesellschaft	24
B. Die Finanzierung der Versorgungszusagen betrieblicher Pensionskassen	26
I. Vor dem Eintritt der Zahlungsver- pflichtung	28
II. Nach dem Eintritt der Zahlungsver- pflichtung	29

	Seite
II. Teil: Grundzüge der Rechnungslegung betrieblicher Pensionskassen	31
A. Der Begriff der Rechnungslegung	31
B. Der Zweck der Rechnungslegung	34
I. Dokumentation	35
II. Rechenschaft	36
III. Auswertung	37
1. Die Rechnungslegung als Informationsquelle	38
2. Die Rechnungslegung als Dispositionsunterlage	42
3. Die Rechnungslegung als Kontroll- und Überwachungsinstrument	45
a) Begriffsklärung	45
b) Kontrolle an Hand der Rechnungslegung	48
c) Überwachung an Hand der Rechnungslegung	49
IV. Darstellung des finanziellen Gleichgewichts	51

	Seite
C. Die Gestaltung der Rechnungslegung	54
I. Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung	54
1. Vorsicht	57
2. Gläubiger- und Versichertenschutz	61
3. Klarheit	63
4. Wahrheit	65
5. Vollständigkeit	66
6. Kontinuität	67
II. Rechnungslegungsvorschriften	68
1. Gesetzliche Vorschriften	68
2. Anordnungen der Aufsichtsbehörde	72
D. Der Aufbau der Rechnungslegung	78
I. Die Buchführung	78
II. Die Bilanz	81
1. Einleitung	81
a) Die Eigenheiten der Bilanz der Pensionskasse	82
b) Bilanztheoretische Perspektiven	89
ba) Zum Bilanzzweck	89
baa) Dynamische Interpretation	89

	Seite
bab) Statische Interpretation	96
bb) Zum Bilanzierungsumfang	97
bc) Zur Gliederung	98
bca) Dynamische Interpretation	98
bcb) Statische Interpretation	102
bd) Zur Bewertung	108
bda) Lösungsvorschlag für die Bewertung mit Hilfe der Riegerschen Wertlehre	108
bdb) Erörterung, inwieweit die Wertlehre von Fritz Schmidt einen Beitrag zur Lösung des Bewertungsproblems zu leisten vermag	115
2. Die Aktivseite der Bilanz	118
a) Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks	118
b) Vermögensanlagen	120
ba) Arten	120
baa) Zweckgebundenes Vermögen (Deckungsstock)	120
bab) Freies Vermögen	122
bac) Vermögensanlagen bei der Trägerunternehmung	123
bb) Bewertung	124
bba) Die Bewertung der Vermögensanlagen (mit Ausnahme der Wertpapiere)	124
bbb) Die Bewertung der Wertpapiere	126
bc) Formen	131
bca) Grundstücke	131
bcb) Ausleihungen	133
c) Übrige Aktiva	143
ca) Flüssige Mittel	143

	Seite
cb) Aussenstände	145
d) Rechnungsabgrenzung	148
da) Versicherungstechnischer Art	148
db) Nichtversicherungstechnischer Art	150
3. Die Passivseite der Bilanz	151
a) Eigene Mittel	151
b) Fremde Mittel	154
ba) Rückstellungen	154
baa) Versicherungstechnischer Art	156
bab) Nichtversicherungstechnischer Art	162
bb) Verbindlichkeiten	165
bc) Sonstige Passiva	167
c) Wertberichtigungen	168
d) Rechnungsabgrenzung	170
da) Versicherungstechnischer Art	170
db) Nichtversicherungstechnischer Art	170
e) Haftungsverhältnisse	171
III. Die Gewinn- und Verlustrechnung	173
1. Die Eigenheiten der Gewinn- und Verlustrechnung von Pensionskassen	173
2. Theoretische Perspektiven zur Erfolgsrechnung	175
3. Die Ertragsseite	180

	Seite
4. Die Aufwandsseite	187
IV. Der Geschäftsbericht	195
1. Einleitung	195
a) Anmerkungen zum Begriff des Geschäftsberichts	195
b) Der Geschäftsbericht als Teil der Rechnungslegung	196
2. Zur Gestaltung des Geschäftsberichts	197
3. Erläuterungen zur Rechnungslegung	198
a) Umfang der Erläuterungen	198
b) Der Erläuterungskatalog	201
E. Die Aufgabenverteilung bei der Rechnungslegung	217
I. Im kleineren Verein	217
1. Vorstand	218
2. Aufsichtsrat	218
3. Kassenprüfer	219
4. Treuhänder	220
5. Mitgliederversammlung	221
II. Im grossen Verein	223

	Seite
1. Vorstand	223
2. Aufsichtsrat	224
3. Abschlussprüfer	226
4. Treuhänder	231
5. Oberste Vertretung	231

Anhang

Literaturverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

ABA	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung
a.F.	alte Fassung
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
AWV	Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen
BB	Betriebsberater
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
DB	Der Betrieb; Durchführungs-Bestimmung
DVO	Durchführungsverordnung
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
GB	Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen
GenG	Genossenschaftsgesetz
GoB	Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HdV	Handwörterbuch des Versicherungswesens
HdW	Handbuch der Wirtschaftswissenschaften
HGB	Handelsgesetzbuch

IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer i.D.e.V.
i.V.m.	in Verbindung mit
Mio	Million
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RGB1	Reichsgesetzblatt
UEVO	Umstellungsergänzungsverordnung
UG	Umstellungsgesetz
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichts- amtes für das Versicherungs- und Bau- sparwesen
VerBAV S 1	Sonderheft 1 der Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Ver- sicherungs- und Bausparwesen
VersArch	Versicherungswissenschaftliches Archiv
WVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft
WP	Wirtschaftsprüfer
WPg	Wirtschaftsprüfung
WT	Wirtschaftstreuhand
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versiche- rungswissenschaft
ZfHf	Zeitschrift für handelswissenschaft- liche Forschung
ZfV	Zeitschrift für das Versicherungswesen

I. T e i l

Einführung in das Gebiet betrieblicher
Pensionskassen

A. Begriffsmerkmale betrieblicher Pensionskassen

I. Die Pensionskasse, eine Form betriebli- cher Altersversorgung

1. Der Zweck der Pensionskasse

Versucht man, eine Pensionskasse von ihrem Zweck her zu beschreiben, so lässt sich zunächst sagen, dass sie für das Auskommen bestimmter Personenkreise im Alter Sorge trägt oder zumindest bei der Altersversorgung mithilft. Werden Personen, denen das Recht auf Altersversorgung zusteht, invalide, bevor sie die Altersgrenze erreichen, dann sorgt - in der Regel - die Pensionskasse ebenso für sie, was auch für die Hinterbliebenen der Versorgungsberechtigten gilt.¹⁾

Der Zweck einer Pensionskasse wird im allgemeinen Sprachgebrauch mit dem Begriff "Altersversorgung" umschrieben. Da im Regelfall auch die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung zum Geschäftsbereich der Pensionskasse gehört, sollte eigentlich zur Charakterisierung ihres Tätigkeitsgebietes ganz allgemein von einer "Versorgungseinrichtung" gesprochen werden. Der Terminus "Altersversorgung" ist jedoch zur Bezeichnung des Zwecks der Pensionskasse so fest eingewurzelt, so dass hier an diesem Begriff festgehalten werden soll.

1) Vgl. Schauffler, Gerhard, Die Pensionskasse, in: Handbuch der betrieblichen Altersversorgung, herausgegeben von Albrecht Weiss, München 1955, S. 114.

Dass die Pensionskasse ursprünglich allein der Altersversorgung diente, lässt sich aus dem Namen ableiten, doch war wohl mit "Pensionskasse" der "Geldbehälter"¹⁾ gemeint, aus dem die Ruhegelder gezahlt wurden. Aus der "zahlungstechnischen Funktionsstelle"²⁾ entwickelte sich die rechtlich selbständige Institution "Pensionskasse"; der Name wurde auch dann beibehalten, als ein Zusammenhang zwischen Ursprung und Endpunkt der Entwicklung kaum noch zu erkennen war.

Alle Leistungsformen einer Pensionskasse haben ihre Wurzel in der sozialen Idee,³⁾ bei Arbeitsunfä -

-
- 1) Eschhaus, Helmut, Stichwort "Pensionskasse", in: Handwörterbuch des Versicherungswesens (HdV), herausgegeben von Eberhard Finke, Darmstadt 1958, 2.Band, Sp.1573.
 - 2) Eschhaus, Helmut, Pensionskasse, a.a.O., Sp.1573.
 - 3) Inwieweit eine Versorgung des Arbeitnehmers bei Arbeitsunfähigkeit durch den Unternehmer Entschädigung für geleistete Dienste sein soll oder lediglich der Fürsorge - als einer sozialen Aufgabe des Unternehmers - entspringt, ist umstritten. Die Rechtslehre jedenfalls betont, dass die Gewährung einer Pension dem Unternehmer als Treue- und Fürsorgepflicht obliegt (so Staudinger-Nipperdey-Mohnen-Neumann, Kommentar zum BGB, 11.neubearbeitete Aufl., Berlin 1958, Anm.209 zu § 611 BGB). Adler-Düring Schmaltz (Die neue Gewinn- und Verlustrechnung, Ergänzungsband zur 3.Auflage des Handkommentars, Stuttgart 1961, Anm.199 zu § 132 AktG 1937) vertreten die Auffassung, dass Zahlungen an Pensionskassen t e i l w e i s e (Hervorhebung d.Verf.) Entgelt für die im Geschäftsjahr geleisteten Dienste darstellen. Heissmann (Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, 4.Aufl., Köln 1961, S.47) beschreibt das Problem so: "Die Frage nach dem Entgelt- oder Fürsorgecharakter betrieblicher Ruhegeldverpflichtungen kann nicht schlechthin mit einem Entweder-Oder beantwortet werden. Jede Ruhegeldleistung kann vielmehr sowohl Entgelt- als auch Fürsorgeelemente in sich tragen. Das hängt von der rechtlichen Ausgestaltung der jeweiligen Ruhegeldverpflichtung ab."

higkeit¹⁾ materielle Not abzuwenden. "Der Arbeitnehmer wird besonders unterstützungsbedürftig, wenn er seine Arbeitskraft einbüsst, sei es durch Alter, sei es durch Invalidität. Hinzu tritt im Fall seines Todes die Unterstützungsbedürftigkeit derjenigen Angehörigen, für deren Lebensunterhalt er bisher gesorgt hat."²⁾

2. Besondere Kennzeichen

Pensionskassen besitzen eigene R e c h t s p e r - s ö n l i c h k e i t entweder privater oder öffentlicher Natur.³⁾

Öffentlich-rechtliche Versorgungseinrichtungen, die den Namen "Pensionskasse" tragen und an Behörden angegliedert sind, bleiben in der Untersuchung unberücksichtigt.⁴⁾

In der Arbeit wird lediglich auf die privatrechtlichen Pensionskassen eingegangen, deren Rechnungslegung untersucht werden soll.

Der versorgungsberechtigte Personenkreis einer privatrechtlichen Pensionskasse umfasst im allgemeinen die Belegschaft einer Unternehmung, doch haben sich auch schon mehrere Unternehmungen - die meist wirtschaftlich miteinander verbunden sind - oder gar ein ganzer Wirtschaftszweig zusammengeschlossen, damit die von ihnen getragenen Pensionskassen die Altersversor-

-
- 1) Bei Erreichen der Altersgrenze wird unterstellt, dass Arbeitsunfähigkeit eintritt.
 - 2) Hueck, Alfred, Nipperdey, Hans Carl, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7.Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1963, S.473.
 - 3) Vgl. Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, in: 50 Jahre materielle Versicherungsaufsicht, herausgegeben von Walter Rohrbeck, 2.Band, Berlin 1952, S.69.
 - 4) Nach einer Statistik, die das Bundesaufsichtsamt für

gung ihrer Arbeitnehmer durchführen können. Privatrechtliche Pensionskassen stellen daher betriebliche Versorgungseinrichtungen dar; sie werden auch als "Pensionskassen im engeren Sinne"¹⁾ bezeichnet.

In der Folge wird nur von "Pensionskassen" oder "Kassen" gesprochen, womit immer betriebliche Pensionskassen auf privatrechtlicher Grundlage gemeint sind.

Alle Unternehmungsgruppierungen, die die Pensionskassen tragen, sollen der Einfachheit halber als "Trägerunternehmung" bezeichnet werden.

Pensionskassen erheben von den Trägerunternehmungen Beiträge, die in verzinslichen Vermögenswerten angelegt werden; treten Versorgungsfälle ein, so werden aus dem Vermögensfonds, dessen Höhe nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bestimmt wird und dem auch die Zinsen aus den Vermögensanlagen zufließen, Renten oder einmalige Abfindungen bezahlt.

In den meisten Pensionskassen tragen die Arbeitnehmer selbst einen mehr oder weniger grossen Teil der Beitragslast; an der Konstruktion der Pensionskasse als Form der betrieblichen Altersversorgung ändert das jedoch nichts.

Pensionskassen gewähren den Arbeitnehmern einen Rechtsanspruch²⁾ auf Altersversorgung.

In der Literatur findet sich folgende Begriffsbestimmung der Pensionskasse, die die bisher herausgear-

das Versicherungs- und Bausparwesen in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1964 veröffentlicht hat, gab es am Jahresende 1964 sieben öffentlich-rechtliche Pensionskassen. Vgl. Betriebliche Altersversorgung (BetrAV) 1966, S.10.

1) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, a.a.O., S.68.

2) Vgl. Eschhaus, Helmut, Pensionskassen, a.a.O., Sp.1574; Heissmann, Ernst, Betriebliche Unterstützungskassen, 2.Aufl., Köln 1962, S.11.

beiteten Kennzeichen - bis auf das Merkmal der Entgeltlichkeit - umfasst:¹⁾

"Betriebliche Pensionskassen sind Altersversorgungseinrichtungen eines oder mehrerer wirtschaftlich miteinander verbundener oder demselben Wirtschaftszweig dienender Unternehmungen, die die Versorgung ihrer Arbeitnehmer bei Arbeitsunfähigkeit bzw. deren Angehörigen nach dem Tode des Versorgers unter ausdrücklicher Gewährung eines Rechtsanspruches zum Gegenstand haben und eigene Rechtspersönlichkeit besitzen."

Kritisch ist gegen diese Definition einzuwenden,²⁾ dass die Pensionskassen als Altersversorgungseinrichtungen bezeichnet werden, obwohl die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung als besondere Tätigkeitsgebiete gesondert aufgezählt werden.

Pensionskassen suchen den Zweck der Altersversorgung nicht aus Gewinnstreben zu erreichen; sie sind keine erwerbswirtschaftlich orientierten Unternehmungen, sondern Betriebe, die lediglich die Deckung der aus der Altersversorgung resultierenden Aufwendungen anstreben.

3. Abgrenzung gegenüber anderen Betriebsformen der Altersversorgung

Zunächst ist es notwendig, auf das Merkmal hinzuweisen, das "Unterstützungskassen" als Form betriebli-

1) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, a.a.O., S.68.

2) Eine eigene Definition wird auf Seite 18 entwickelt.

cher Altersversorgung von den Pensionskassen unterscheidet; es ist der Rechtsanspruch.¹⁾

Im Versicherungsaufsichtsgesetz ist die Trennung zwischen Pensionskassen einerseits, die einen Rechtsanspruch auf Altersversorgung gewähren, und den Unterstützungskassen andererseits, die keinen Rechtsanspruch gewähren, eindeutig gezogen.²⁾

Vereinbaren mehrere rechtlich selbständige Pensionskassen eine gemeinsame Pensionsordnung, so bilden sie eine "Pensionsvereinigung",³⁾ wie z.B. die Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie. Solche Vereinigungen stellen eine Sonderform betrieblicher Pensionskassen dar; sie betreiben ihre Geschäfte nach einheitlichen Versicherungsbedingungen.⁴⁾

Andere Formen betrieblicher⁵⁾ Altersversorgung zu diskutieren, erübrigt sich, da die sog. "Pensionsumlagekassen"⁶⁾ entweder öffentlich-rechtlicher Natur oder Rückdeckungsversicherungen für

1) Vgl. Siepert, Rechtsfragen der Pensionskassen, in: BetrAV 1961, S.81; Koritz, Andor, Die Pensionskasse, Karlsruhe 1961, S.16.

2) § 1 Abs.2 VAG.

3) Koritz, Andor, a.a.O., S.12.

4) Neben der Unterstützungskasse, die keinen Rechtsanspruch auf Altersversorgung gewährt, kann der Unternehmer noch andere Formen der Altersversorgung wählen. So kann er z.B. aus laufenden Einnahmen die Altersversorgung finanzieren (deckungsloses Zahlungsverfahren) oder Beträge in seiner Bilanz zurückstellen und sie in einer Pensionsrückstellung sammeln; er kann aber auch Einzel- oder Gruppenverträge mit Lebensversicherungsunternehmen abschließen, die seine Arbeitnehmer begünstigen. (Vgl. dazu auch Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, 4.Aufl., Köln 1961.)

5) Wegen steuerrechtlicher Konsequenzen vgl. Nies, Helmut, Pensionskassen als Instrument betrieblicher Altersversorgung, in: BetrAV 1964, S.110.

6) Koritz, Andor, a.a.O., S.12.

innerbetriebliche Pensionszusagen sind.¹⁾

Die Versorgungseinrichtungen der Bundesbahn²⁾ und der Bundespost³⁾ lassen sich ebenfalls nicht in den Rahmen betrieblicher Pensionskassen einordnen,⁴⁾ weil es sich in beiden Fällen um öffentlich-rechtliche Institutionen handelt.⁵⁾

II. Der Lebensversicherungs-Charakter betrieblicher Pensionskassen

Wenn die Pensionskassen als Instrument betrieblicher Altersversorgung die risikobehaftete Verpflichtung zur Altersversorgung gegen Zahlung von Beiträgen übernehmen, stellt sich die Frage, ob die Pensionskassen damit zu Versicherungen werden.

-
- 1) Vgl. Koritz, Andor, a.a.O., S.12.
 - 2) Die "Bundesbahn-Versicherungsanstalt, Abteilung B", Frankfurt (Main); vgl. Ladewig, Rolf, Stichwort "Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder", in: HdV, 2.Band, Sp.2396.
 - 3) Die "Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost", Stuttgart.
 - 4) Eine eigene Definition wird auf Seite 18 entwickelt.
 - 5) Die Bundesbahn-Versorgungsanstalt ist bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (vgl. Schroeter, Kurt, Stichwort "Bundesversicherungsamt", in: HdV, 1.Band, Sp.432. Die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost ist ebenfalls eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

1. Bestimmungsmerkmale einer Lebens- versicherung

Die Frage nach dem Versicherungscharakter der Pensionskasse stellt sich im Zusammenhang mit der Frage nach ihrer Zweckbestimmung.

Es soll nun versucht werden, eine Antwort dadurch zu finden, dass man zunächst mit Hilfe einer rein technischen Betrachtungsweise die Merkmale aufzählt, die eine Versicherung charakterisieren. Im Anschluss daran soll die Besonderheit der Lebensversicherung geklärt werden, um untersuchen zu können, welche Kennzeichen sich bei einer Pensionskasse wiederfinden.

Versicherungen übernehmen ein wirtschaftliches Risiko¹⁾ gegen Entgelt,²⁾ indem sie einen Rechtsanspruch³⁾ für einmalige oder wiederkehrende Leistungen auf Grund von Tatsachen gewähren, die ihrer Natur nach ungewiss⁴⁾ sind, weil sie in der Zukunft liegen und daher nicht vorhersehbar sind. Die Leistungsfähigkeit der Versicherungen stützt sich auf das Gesetz der grossen Zahlen, wonach es werden planmässig⁵⁾ möglichst viele Risikofälle zusammengefasst, wodurch das Wagnis⁶⁾ der Leistungspflicht wahrscheinlichkeitsmathematisch kalkulierbar wird (Risiko-Ausgleich).⁷⁾ Weiterhin muss das Risiko der Leistungspflicht ohne inneren Zusammenhang⁸⁾ zu einem anderen Rechtsgeschäft übernommen werden.

1) Vgl. Prölss, Erich, Versicherungsaufsichtsgesetz, 4. Aufl., München und Berlin 1963, Anm. 3 zu § 1 VAG (Hervorhebung d. Verf.).

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 4b zu § 1 VAG.

3) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 4a zu § 1 VAG.

4) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 4c zu § 1 VAG.

5) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 4e zu § 1 VAG.

6) Risiko und Wagnis werden als synonyme Begriffe aufgefasst.

7) Vgl. Hax, Karl, Versicherungswesen, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdW), 2. Band, Köln und Opladen 1959, S. 1370; Hax, Karl, Grundlagen des Versicherungswesens, Wiesbaden 1964, S. 19.

8) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 4d zu § 1 VAG.

Lebensversicherungen tragen das Risiko von einmaligen oder wiederkehrenden Leistungen, das von der Lebensdauer¹⁾ abhängt. Mit dem daraus resultierenden "Sterblichkeitswagnis" wird von Lebensversicherungen oft auch das "Invaliditätswagnis" - selten jedoch als selbständiger Geschäftszweig - übernommen.²⁾

Erwerbswirtschaftlich orientierte Versicherungen, ob Sach- oder Lebensversicherungen, übernehmen die Leistungsverpflichtung mit der Absicht, einen Gewinn zu erzielen.

2. Betriebliche Pensionskassen als "Lebensversicherungen"

Prüft man nun, ob die Bestimmungsmerkmale einer Lebensversicherung auf die Pensionskassen anwendbar sind, so lässt sich sagen, dass Pensionskassen durch die Versorgungszusagen ein wirtschaftliches Risiko gegen Zahlung von Beiträgen (Entgelt) tragen, die von der Lebensdauer³⁾ abhängen. Ob überhaupt oder zu welchem Zeitpunkt die Leistungen aus den Versorgungszusagen fällig sein werden, ist ungewiss, jedoch durch planmäßige Zusammenfassung der Pensionsversprechen an möglichst viele Betriebsangehörige wahrscheinlichkeitsmathematisch berechenbar.

-
- 1) Wegen anderer möglicher Formen der Lebensversicherung vgl. auch Arps, Ludwig, Stichwort "Lebensversicherung", in: HdV, 1. Band, Sp. 1261 ff.
 - 2) Vgl. Slatmann, Walter, Stichwort "Invalidenversicherung, A. Individualversicherung", in: HdV, 1. Band, Sp. 1022.
 - 3) Vgl. Seite 7.

Alle Pensionsberechtigten bilden zusammen eine Gemeinschaft, die einem gleichartigen Risiko, z.B. dem Ableben oder der Invalidität, ausgesetzt sind ("Gefahrengemeinschaft"¹⁾).

Da Pensionskassen auf ihre Leistungen einen Rechtsanspruch²⁾ gewähren, wird lediglich noch zu prüfen sein, ob der Pensionsanspruch der Arbeitnehmer gegenüber der Pensionskasse ohne inneren Zusammenhang zum Dienstvertrag besteht, um sagen zu können, ob alle Kriterien, die für eine Lebensversicherung bestimmend sind, auch für die Pensionskasse zutreffen.

- a) Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Pensionskasse, den Pensionsberechtigten und der Trägerunternehmung

Die versicherten Betriebsangehörigen erwerben den Rechtsanspruch auf Altersversorgung durch die Verpflichtung ihres Arbeitgebers, "dem Arbeitnehmer und dessen Hinterbliebenen nach Massgabe der sich aus der Rechtsgrundlage³⁾ ergebenden Voraussetzungen Versorgungsleistungen zu gewähren".⁴⁾

Die Ruhegeldverpflichtungen übernimmt der Arbeitgeber, ohne gesetzlich dazu gezwungen zu sein.

Entschliesst sich der Unternehmer, bei der Versorgung seiner Arbeitnehmer im Alter oder bei Invalidität mitzuhelfen, so hat er dies - vor allem aus steu-

1) Hax, Karl, Stichwort "Versicherung", in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft (HdB), begründet von Heinrich Nicklisch, Band IV, 3.Aufl., Stuttgart 1962, Sp.5846.

2) Vgl. Seite 4.

3) Vgl. dazu die Ausführungen Seite 11, Fussnote 1.

4) Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a.a.O., S.45 (im Original gesperrt gedruckt).

erlichen Gründen - vertraglich zuzusichern, was im Rahmen des Dienstvertrags (Arbeitsvertrag), der die Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers festlegt, aber auch später gesondert geschehen kann.¹⁾ Dabei muss jedoch die nachträglich erteilte Pensionszusage in einem unmittelbaren Verhältnis zum Arbeitsvertrag stehen.

In welcher Form sich der Unternehmer absichert, damit er jederzeit den übernommenen Verpflichtungen nachkommen kann, bleibt - in der Regel²⁾ - seiner unternehmungspolitischen Entscheidung überlassen.³⁾

Soll eine Pensionskasse die Ruhegeldverpflichtung des Unternehmers erfüllen, so ergeben sich besondere vertragliche Beziehungen, die die Erscheinungsform der Pensionskasse als Versorgungseinrichtung modifizieren.

Unterstellen wir, dass eine Pensionskasse auf Grund einer Betriebsvereinbarung⁴⁾ gegründet wird, so kann die Kasse durch Vertrag mit dem Arbeitgeber seine bereits früher ausgesprochene Pensionsverpflich-

1) Als Vertragsformen kommen in Betracht:

- | | |
|--------------------------|--|
| 1. Einzelvertrag, | 4. Besoldungsordnung, |
| 2. Tarifvertrag, | 5. betriebliche Übung, |
| 3. Betriebsvereinbarung, | 6. der Grundsatz der Gleichbehandlung. |

(Vgl. auch Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a.a.O., S.48).

Der Vertrag kann schriftlich, mündlich oder stillschweigend geschlossen werden. (Vgl. auch Heubeck, Georg, Stichwort "Pensionsverpflichtung", in: HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.158o).

- 2) Ist das Pensionsversprechen in einem Tarifvertrag gegeben worden, so ist die unmittelbare Entscheidungsbefugnis auf die übergeordnete Unternehmerorganisation übertragen.

3) Vgl. Fussnote 4, Seite 6.

- 4) Über den Begriff der Betriebsvereinbarung vgl. Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a.a.O., S.54 ff.

tung übernehmen; er leistet dann Beiträge an die Kasse mit schuldbefreiender Wirkung (Schuldübernahme i.S. der §§ 414 ff. BGB), doch muss die Schuldübernahme vom Arbeitnehmer, dem Gläubiger aus dem Pensionsvertrag, genehmigt werden. (§§ 328 ff. BGB)

Wenn der Arbeitgeber weiterhin aus seiner Pensionszusage verpflichtet bleiben soll - die Kasse also lediglich dem Schuldverhältnis des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer **b e i t r i t t** -, so bedarf es dazu einer besonderen Rechtsgrundlage.¹⁾ Besteht diese Grundlage nicht, so "wird man regelmässig davon ausgehen müssen, dass eine vertragliche subsidiäre Verpflichtung nicht besteht".²⁾ Zweifellos wird der Unternehmer gerade die Form der Pensionskasse wählen, um aus der unmittelbaren Leistungsverpflichtung freizukommen.³⁾

Es fragt sich nun, ob die Pensionskasse das Risiko der Leistungspflicht gegenüber dem Arbeitnehmer **o h n e i n n e r e n Z u s a m m e n h a n g** zu dem Dienstvertrag (Arbeitsvertrag) übernimmt, als dessen Bestandteil die Zusage des Unternehmers zu betrachten ist.⁴⁾

Prölss ist der Auffassung, dass Versorgungsleistungen von Arbeitgebern für ihre Mitarbeiter dann "organischer Teil des Dienstvertrages" seien, wenn der "Arbeitgeber die Mittel allein oder zum grössten Teil selbst aufzubringen hat" - selbst wenn die Leistungen durch eine "wirtschaftlich von ihnen abhängige, selbständige Kasse" (im Sinne rechtlicher Selbständigkeit, d.Verf.) erbracht würden. Anders sei es hingegen, wenn

1) Vgl. Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a.a.O., S.69.

2) Heissmann, Ernst, Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, a.a.O., S.69.

3) Alle sonstigen Entscheidungsgründe des Unternehmers werden nicht diskutiert.

4) Vgl. Seite 10 f.

die Beiträge zu einem wesentlichen Teil von den Versorgungsberechtigten selbst aufgebracht würden "und die Verwaltung weitgehend unabhängig von der Firma ist".¹⁾

Das Argument der Beitragsaufbringung erscheint jedoch für die Beweisführung untauglich. Denn es ist nicht nachweisbar, ob der Arbeitgeber die Beiträge wirklich selbst, d.h. aus seinem Vermögen,²⁾ zahlt, auch wenn er als Leistender nach aussen hin so in Erscheinung tritt - vor allem, wenn der Arbeitgeber das Pensionsversprechen aus einer Gesinnung der Fürsorge gegeben hat.

Würde nämlich der Unternehmer seine Pensionszusage rückgängig machen, so könnte er seine Belegschaft wohl nur durch eine Lohnerhöhung von einer Kündigung abbringen, denn die Arbeitnehmer werden die Beiträge zur Pensionskasse als Teil des Entgelts für ihre Arbeitsleistung ansehen.³⁾

Umgekehrt ist es denkbar, dass der Unternehmer die Betriebsangehörigen vergleichsweise so hoch entlohnt, dass sie für die fehlende Pensionsberechtigung entschädigt werden sollen. Würden die Arbeitnehmer nun mit dem zusätzlichen Entgelt selbst Vorsorge treffen, indem sie Beiträge in dieser Höhe an eine Pensionskasse zahlen, so würden sie nach aussen hin als "Selbstversorger" auftreten. Der Arbeitgeber wird jedoch einen vergleichsweise höheren Lohn bezahlen müssen, um auf dem Arbeitsmarkt mit anderen, gleichgearteten Unternehmen konkurrieren zu können, die ihrerseits eine Altersversorgung garantieren.

1) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.4d zu § 1 VAG.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.4d zu § 1 VAG.

3) Dieser Auffassung sind erfahrungsgemäss ältere Arbeitnehmer, während jüngere im allgemeinen Wert darauf legen, das Entgelt sofort ausgezahlt zu bekommen.

Weiterhin könnte argumentiert werden, dass die einheitliche Willensbildung in der Trägerunternehmung und ihrer Pensionskasse die Pensionszusage als Bestandteil des Dienstvertrages erscheinen lasse. Ohne Zweifel wird die einheitliche Willensbildung dann besonders begünstigt sein, wenn die Beiträge von einer einzigen Trägerunternehmung aufgebracht werden. Der mögliche Einfluss der Trägerunternehmung auf die Willensbildung in der Kasse ist jedoch für die Rechtsbeziehung zwischen Kasse und versicherten Betriebsangehörigen ohne Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr, dass die Pensionskasse eigene Rechtspersönlichkeit besitzt. "Bestandteil, und zwar integrierender Bestandteil des Dienstvertrags könnte das Pensionsverhältnis selbstverständlich nur dann sein, wenn der Pensionskasse keine juristische Persönlichkeit zukäme."¹⁾

Es wird daher die Auffassung vertreten, dass die Pensionskasse eine völlig selbständige Rechtsbeziehung zum Betriebsangehörigen unterhält. Für diese Auffassung spricht auch, dass der Dienstvertrag nicht *conditio sine qua non* für eine Pensionszusage ist; das Unternehmen kann das Leistungsversprechen gegenüber der Pensionskasse auch zugunsten betriebsfremder Personen geben.

1) Müller, Karl; Die Rechtsstellung der Versicherten bei Pensionskasse-Vereinen, Dissertation Bern 1948, veröffentlicht in: Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Neue Folge, 246. Heft, herausgegeben von Theo Guhl, Bern 1948. Gleicher Auffassung sind: Bruck-Möller, Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz und zu den allgemeinen Versicherungsbedingungen unter Einschluss des Versicherungsvermittlerrechts, begründet von Bruck, neubearbeitet von Hans Möller, 8. Aufl., 1953, Anm. 10 zu § 1 VVG; Koritz, Andor, Die Pensionskasse, Karlsruhe 1961, S. 16.

Der Gesetzgeber erkennt Versicherungsbetriebe als Pensionskassen nur dann an, "wenn mindestens neunzig von Hundert der Gesamtzahl der Versicherten Arbeitnehmer dieser Betriebe oder deren Angehörige oder Hinterbliebenen sind".¹⁾

- b) Die rechtlichen, versicherungstechnischen und finanziellen Grundlagen betrieblicher Pensionskassen

Soll eine Pensionskasse die Altersversorgung von Arbeitnehmern durchführen, so benötigt sie als Versicherung dazu die Erlaubnis des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen in Berlin.²⁾

Die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb wird der Pensionskasse nur erteilt, wenn sie der Aufsichtsbehörde in einem `G e s c h ä f t s p l a n` den Zweck und die Einrichtung sowie namentlich auch die Verhältnisse klarlegt, woraus sich die künftigen Verpflichtungen der Kasse als dauernd erfüllbar ergeben sollen.³⁾ Im Geschäftsplan sollen die `r e c h t l i c h e n ,` `v e r s i c h e r u n g s t e c h n i s c h e n` und `f i n a n z i e l l e n` Grundlagen der Kasse beschrieben werden.⁴⁾

Die Satzung als Bestandteil des Geschäftsplans⁵⁾ umfasst zunächst die `r e c h t l i c h e n` Grundlagen der Pensionskasse.⁶⁾

-
- 1) § 1 Abs.1 des Gesetzes über die Behandlung von Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen und Unterstützungskassen vom 26.3.1952 (BGBl I 1952, S.206).
 - 2) Vgl. das Gesetz über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen vom 31.7.1951 (BGBl I, S.480).
 - 3) Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6.6.1931 (RGBl I, S.315, 750) (VAG), § 5 Abs.2 VAG.
 - 4) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.3 zu § 5 VAG, hier gesperrt, im Original kursiv.
 - 5) § 5 Abs.3 Nr.1 VAG.
 - 6) Die Pensionskasse gibt sich dann eine Satzung, wenn

V e r s i c h e r u n g s t e c h n i s c h e
Grundlagen sind "alle fachlichen Unterlagen, die für
den ordnungsmässigen Betrieb eines bestimmten Versiche-
rungszweiges erforderlich sind".¹⁾

An und für sich sind die fachlichen Geschäftsun-
terlagen bzw. der technische Geschäftsplan²⁾ ein selb-
ständiger Bereich des Geschäftsplans einer Lebensver-
sicherung; wegen des im allgemeinen leicht überschau-
baren Aufgabenbereichs einer Pensionskasse ist jedoch
bei ihr auch dieser Bereich ein Teil der Satzung.

Die fachlichen Unterlagen sind für den Arbeitneh-
mer bedeutungsvoll; z.B. geht es dabei um die Höhe der
Beiträge oder um die Frage, wie ein möglicher Verlust
gedeckt oder ein Überschuss verwendet werden soll, usw.

Die f i n a n z i e l l e n Grundlagen der Kas-
se, die so beschaffen sein müssen, dass sie "die dau-
ernde Erfüllbarkeit der künftigen Verpflichtungen (der
Pensionskasse, Anm.d.Verf.) ... als gewährleistet er-
scheinen lassen",³⁾ hat ein versicherungstechnischer
Sachverständiger zu begutachten. Die Rechnungsgrundla-
gen und Formeln, die der Sachverständige benutzt, wer-
den "geschäftsplanmässig" festgelegt und gehören in-
folgedessen ebenfalls zum Geschäftsplan.⁴⁾

Neben die Satzung und die fachlichen sowie finan-
ziellen Geschäftsgrundlagen - die in der Pensionskasse
zur Satzung gehören - treten die Allgemeinen Versiche-
rungsbedingungen als besonderer Bestandteil des Ge-
schäftsplanes.⁵⁾ Die Allgemeinen Versicherungsbedingun-

sie die Rechtsform eines Versicherungsvereins auf
Gegenseitigkeit (VVG) annimmt.

1) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.3B zu § 5 VAG.

2) Vgl. Slatmann, Walter, Stichwort "Geschäftsplan",
in: HdV, 2.Band, a.a.O., Sp.788.

3) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.3C zu § 5 VAG.

4) Vgl. Slatmann, Walter, a.a.O., Sp.790.

5) § 5 Abs.3 Nr.2 VAG.

gen "regeln das Versicherungsverhältnis"¹⁾ zwischen der Pensionskasse und den Arbeitnehmern. Auch dieser Teil des Geschäftsplans führt in der Pensionskasse kein Eigenleben, sondern wird in der Regel in die Satzung mit aufgenommen.²⁾

In den Allgemeinen Versicherungsbedingungen wird dem Betriebsangehörigen mitgeteilt, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, ehe er in den Genuss seiner Rente kommen kann, z.B. welches Alter er erreicht oder wie lange er dem Betrieb angehört haben muss usw.

3. Ergebnis

Abschliessend wird noch einmal festgestellt, dass Pensionskassen den Merkmalen entsprechen, die eine Lebensversicherung bestimmen.

Pensionskassen weisen als Lebensversicherungen jedoch insofern Besonderheiten auf, als sie

- a) mit dem Ziel der Kostendeckung³⁾
- b) die Altersversorgung eines begrenzten Kreises von Arbeitnehmern durchführen⁴⁾ und
- c) die Pensionsverpflichtung des Arbeitgebers
- in der Regel schuldbefreiend - getragen wird,
- d) ohne dass ein Zusammenhang zum Dienstvertrag besteht.

Danach lässt sich folgende Definition als Ergebnis der Untersuchung ableiten:

- 1) Schaufler, Gerhard, a.a.O., S.118.
- 2) Vgl. Slatmann, Walter, a.a.O., Sp.790.
- 3) Vgl. Seite 5.
- 4) Vgl. Nies, Helmut, a.a.O., S.109.

Betriebliche Pensionskassen sind rechtlich selbständige, auf privatrechtlicher Grundlage stehende Versorgungseinrichtungen, die - entsprechend dem Versicherungsprinzip von Lebensversicherungen - das Risiko von Versorgungszusagen einer Unternehmung oder Unternehmungsgruppe an ihre Arbeitnehmer tragen, indem die Versorgungszusagen unter ausdrücklicher Gewährung eines Rechtsanspruchs und mit dem Ziel der Kostendeckung planmässig gegen Entgelt zusammengefasst werden, ohne dass ein innerer Zusammenhang zum Dienstvertrag zwischen Trägerunternehmung und Arbeitnehmern besteht.

III. Die Rechtspersönlichkeit betrieblicher Pensionskassen

1. Die Pensionskasse in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit

Der Anspruch auf Altersversorgung, den der Arbeitnehmer auf Grund der Pensionsverpflichtung seines Arbeitgebers erwirbt, ist in ein personenrechtliches Mitgliedschaftsverhältnis zu einem Verein gebettet. Wird der Arbeitnehmer als Mitglied in den Verein aufgenommen, so erwirbt er das Anwartschaftsrecht auf die Versorgung im Alter. Die Gemeinschaft aller versicherten Betriebsangehörigen bildet zusammen den Verein.

Soll für die Mitglieder des Vereins die Alters-

versorgung nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit erfolgen, so wird die Pensionskasse dadurch ein rechtsfähiger Verein, dass ihr die Aufsichtsbehörde erlaubt, als "Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit" (VVaG) Versicherungsgeschäfte zu betreiben.¹⁾

Das Versicherungsprinzip der Gegenseitigkeit bedeutet zunächst allgemein, dass das wirtschaftliche Risiko des gesamten Geschäftsbetriebes der Kasse von den Versicherten selbst getragen wird,²⁾ das heisst, dass an und für sich jeder Betriebsangehörige dem Verein gegenüber verpflichtet ist, Verluste, die durch aussergewöhnliche Schadensfälle auftreten können, durch Beiträge, Umlagen oder Nachschüsse zu decken.³⁾

Andererseits würde das Prinzip auch für den Arbeitnehmer bedeuten, dass er - falls die Satzung nichts Gegenteiliges besagt - das Recht auf einen jährlichen Überschuss⁴⁾ und auf den Liquidationsüberschuss⁵⁾ hätte.

Die allgemein gebräuchliche Lösung dieses Problems besteht darin, dass sich der Arbeitgeber verpflichtet, Fehlbeträge zu decken, Überschüsse dagegen den Arbeitnehmern gutzuschreiben.⁶⁾ Ist der Unternehmer nicht bereit, diese Verpflichtung zu übernehmen, so hat das oberste Organ der Pensionskasse einen Beschluss über Vorschläge, wie der Verlust gedeckt werden soll, zu fassen, die ein versicherungsmathematischer Sachverständiger der Kasse unterbreitet.⁷⁾

1) § 15 VAG.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 15 VAG.

3) Vgl. §§ 19, 50 Abs.1 VAG.

4) § 38 VAG.

5) § 48 Abs.2 VAG.

6) Dazu Schauffler, Gerhard, a.a.O., S.124: "Ein Überschuss, der sich aus der versicherungstechnischen Bilanz ergibt, ist nach Vorschrift der Aufsichtsbehörde einer Sicherheitsrücklage (Verlustrücklage) nach näherer Bestimmung der Satzung und gegebenenfalls einer Gewinnrücklage zuzuführen."

7) Vgl. Schauffler, Gerhard, a.a.O., S.124.

Es soll hier trotzdem untersucht werden, ob ein Arbeitnehmer als Mitglied eines Versicherungsvereins überhaupt verpflichtet werden kann.

Die herrschende Rechtslehre gibt folgende Antwort: Der Betriebsangehörige erwirbt die Mitgliedschaft, indem er einen Aufnahmevertrag mit der Pensionskasse schliesst. Durch die Aufnahme wird der Arbeitnehmer nach herrschender Auffassung zunächst zu nichts verpflichtet, denn der Aufnahmevertrag ist seiner Rechtsnatur entsprechend nicht Verpflichtungsvertrag,¹⁾ sondern Gestaltungsvertrag.

"Sein Zweck und seine Wirkung ist nicht, unmittelbar Ansprüche und Verbindlichkeiten für die Beteiligten zu erzeugen, sondern zwischen ihnen das eigentümliche Rechtsverhältnis der Mitgliedschaft zu begründen, aus welcher erst (mittelbar) allerlei Rechte und Pflichten erwachsen."²⁾ An der Rechtsnatur der Mitgliedschaft ändert sich auch dann nichts, wenn der Arbeitnehmer zwangsweise, d.h. bei Eintritt in die Trägerunternehmung, automatisch Mitglied des Versicherungsvereins

1) Vgl. Kisch, Wilhelm, Das Recht des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, Berlin 1951, S.114 (im Original gesperrt gedruckt).

2) Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.114. - In welcher Beziehung Versicherung und Mitgliedschaft zueinander stehen, ist umstritten. Neben der Versicherungstheorie, die besagt, dass sich die Mitgliedschaft aus dem Versicherungsvertrag herleitet, weiterhin der Kombinationstheorie, die Versicherung und Mitgliedschaft als eine Einheit auffasst, sowie der Mehrheitstheorie, die beide Rechtsverhältnisse nebeneinanderstellt und getrennt betrachtet, steht als herrschende Meinung die Mitgliedschaftstheorie. Nach dieser Auffassung fusst die Rechtsstellung des Versicherten auf seiner Mitgliedschaft zum Verein. Jedem Mitglied werden diejenigen Rechte und Pflichten auferlegt, die sich aus dem Versicherungsverhältnis ergeben. Mitgliedschaft ist Voraussetzung für die Versicherung, nicht ihre Folge. Vgl. Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.153 ff.

wird.¹⁾ Folgt man der Auffassung von Kisch, so wird der Betriebsangehörige durch die Aufnahme in die Pensionskasse nicht verpflichtet, es wird vielmehr die Grundlage für die Ausgestaltung des Pensionsversicherungsverhältnisses geschaffen.

Die "Hauptpflicht" eines Vereinsmitglieds besteht darin, dass er Beiträge zu zahlen hat. Diese Pflicht trifft den Betriebsangehörigen, der Mitglied eines Pensionsversicherungsvereins ist, aber nur, wenn er selbst²⁾ einen mehr oder weniger grossen Teil der Beiträge aufbringt. Ehe er jedoch überhaupt zu Zahlungen verpflichtet werden kann, ist seine Zustimmung einzuholen; durch seine besondere Verpflichtung wird das Mitgliedschaftsverhältnis erst ausgestaltet.

Der Betriebsangehörige ist der Pensionskasse zu allgemeiner Treue verpflichtet; diese Pflicht erwächst ihm aus dem Versicherungsverhältnis selbst. Sie verlangt von ihm, dass er alle Punkte beachtet, die in der Satzung und damit auch in den allgemeinen Versicherungsbedingungen genannt sind.

Schliesslich kann das Mitglied auch zu Verwaltungsaufgaben herangezogen werden.

Der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit als Rechtsform der Pensionskasse unterliegt in zwei Varianten der Versicherungsaufsicht.

a) Der kleinere Verein

Betreut eine Pensionskasse satzungsgemäss die Belegschaft eines einzigen Unternehmens, so versorgt sie auf einem s a c h l i c h begrenzten Gebiet - dem Ge-

1) Vgl. Koritz, Andor, a.a.O., S.32 f.

2) Vgl. Seite 12 f.

biet der Altersversorgung - einen b e g r e n z t e n
P e r s o n e n k r e i s . Ist die Leistungserstellung
der Trägerunternehmung auf eine oder wenige zusammen-
liegende Betriebsstätten begrenzt, so ist auch der Tä-
tigkeitsbereich der Kasse ö r t l i c h begrenzt.

Eines der drei Kriterien - sachlicher, örtlicher
oder dem Personenkreis nach begrenzter Wirkungskreis -
fordert jedoch nur der § 53 VAG, damit die Aufsichtsbe-
hörde der Pensionskasse die Rechtsform eines kleineren
Versicherungsvereins verleihen kann.¹⁾ Im Einzelfall
entscheidet das "materielle Volumen",²⁾ das satzungs-
gemäss³⁾ zu erwarten ist. Als Masstab für das materiel-
le Volumen dienen die Beitragseinnahmen.

Denjenigen Pensionskassen, die gemäss dem Ge-
schäftsplan Beitragseinnahmen bis zu 1 Million DM er-
warten, wird von der Aufsichtsbehörde die Rechtsform
des kleineren Versicherungsvereins zuerkannt. Die fir-
mengebundene Pensionskasse ist schlechthin die klassi-
sche Erscheinungsform der Pensionskasse, weshalb auch
der kleinere Versicherungsverein als Rechtsform typisch
ist.

In § 53 VAG, der für die kleineren Vereine die
Brücke zu den Bestimmungen des Aufsichtsgesetzes schlägt,
indem er jede Vorschrift aufzählt, die bei kleineren
Vereinen zur Anwendung kommen soll, fehlt der § 36a
VAG, der die Rechnungslegungsvorschriften des Aktienge-
setzes nennt, die die Versicherungsvereine zu beachten
haben. Diese Bestimmung ist schon deswegen nicht in den
Katalog des § 53 VAG aufgenommen, weil der kleinere
Verein die Kaufmannseigenschaft nicht besitzt; § 16 VAG,

1) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 53 VAG. Kisch,
Wilhelm, a.a.O., S.327.

2) VerBAV, 1.Jg., Berlin 1952, S.49.

3) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 16 VAG.

der vorschreibt, dass Versicherungsvereine wie Kaufleute zu behandeln sind, ist nicht im § 53 VAG genannt.

Der kleinere Verein, der bestimmungsgemäss einen Geschäftsumfang von nur geringen Ausmassen haben soll, wirft zwar bei der Rechnungslegung die gleichen versicherungstechnischen Fragen auf, doch ist es nicht nötig, auch die gleichen Rechnungslegungsvorschriften anzuwenden. Selbst wenn auf eine Rechnungslegung nicht verzichtet werden kann, so gestattet doch das Geschäftsvolumen eine vereinfachte Rechnungslegung, nicht zuletzt, um der Geschäftsleitung ihre Rechenschaftslegung zu erleichtern.

Die Aufsichtsbehörde hat von der Ermächtigung des § 157 VAG, vereinfachte Rechnungslegungsvorschriften für kleinere Versicherungsvereine zu erlassen, Gebrauch gemacht.¹⁾

Übersteigen die Beitragseinnahmen innerhalb eines Geschäftsjahres die Millionengrenze, so haben diese Pensionskassen - selbst wenn sie in der Rechtsform des kleineren Versicherungsvereins betrieben werden - die Rechnungslegungsvorschriften für grosse Versicherungsvereine anzuwenden.²⁾

Das Bundesaufsichtsamt hat die Aufsichtspflicht, die ihm nach § 81 Abs.1 VAG über Versicherungsunternehmen obliegt, von den Landesbehörden übernommen; nur wenn eine Pensionskasse weniger als 50 000 DM Beiträge jährlich kassiert, wird sie weiterhin von der zuständigen Landesbehörde beaufsichtigt.³⁾

1) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.4 zu § 53 VAG; vgl. auch Seite 73.

2) Sonderheft 1 der Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen (VerBAV), Ausgabedatum 23.9.1954, Karlsruhe 1954.

3) Vgl. VerBAV 1952, S.108.

b) Der grosse Verein

Erstreckt sich der räumliche Wirkungskreis einer Pensionskasse auf viele Betriebsstätten und umfasst der versicherte Personenkreis die Belegschaft mehrerer Unternehmungen, so wird die Aufsichtsbehörde der Kasse die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb in der Rechtsform des grossen Versicherungsvereins erteilen.

Solche Pensionskassen haben Kaufmannseigenschaft, die ihnen das Gesetz zuerkennt.¹⁾

Als Kaufmann hat die Pensionskasse Bücher zu führen und sie aufzubewahren; es kommen alle Vorschriften des Handelsgesetzes aus dem ersten und dritten Buch zur Anwendung, soweit sie auf Versicherungsunternehmen anwendbar und nicht durch Spezialvorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes ersetzt worden sind.²⁾

Die Rechnungslegungsvorschriften, die das Versicherungsaufsichtsgesetz eigens enthält, sind von Pensionskassen in der Rechtsform des grossen Versicherungsvereins entsprechend anzuwenden.

2. Die Pensionskasse in der Rechtsform einer Versicherungsaktiengesellschaft

Pensionskassen können auch die Rechtsform einer Versicherungsaktiengesellschaft wählen.³⁾

Wenn auch das Recht der Aktiengesellschaften in

1) Kaufmann i.S. des § 1 Abs.2 Ziff.3 HGB.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 16 VAG.

3) § 7 Abs.2 VAG.

einem eigenen Gesetzeswerk niedergelegt ist, so ist doch für Versicherungsaktiengesellschaften das Versicherungsaufsichtsgesetz lex specialis zum Aktiengesetz.¹⁾

Eine Unterteilung der Versicherungsaktiengesellschaften in grosse und kleinere Gesellschaften kennt das Versicherungsaufsichtsgesetz nicht. Zur Anwendung kommen zunächst die Rechnungslegungsvorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes, sodann die Vorschriften der Aufsichtsbehörde, schliesslich die Bestimmungen des Aktiengesetzes und zuletzt die Bestimmungen anderer Gesetze, die bei der Rechnungslegung beachtet werden müssen, z.B. des Handelsgesetzbuches.²⁾

Das Recht der Betriebsangehörigen auf Altersversorgung wäre, falls die Pensionskasse die Rechtsform einer Versicherungsaktiengesellschaft zuerkannt bekommen würde, nicht in ein Mitgliedschaftsverhältnis zu einem Verein gebettet, obwohl die Aktiengesellschaft ihrem Wesen nach ein Verein ist.³⁾ Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Verein lassen sich nicht unmittelbar, sondern nur entsprechend auf Aktiengesellschaften anwenden.

Die Arbeitnehmer wären auf Grund ihrer Forderungen aus der Altersversorgung lediglich Gläubiger der Aktiengesellschaft.

-
- 1) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Vorbemerkung zu § 15, VAG, I. Versicherungsaktiengesellschaften, Anm.2; Minz, Willy, Rechnungslegung und Pflichtprüfung bei englischen und deutschen Versicherungsaktiengesellschaften, in: Versicherungswirtschaft 1954, S.417.
 - 2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG. Wegen der Kritik an der Auffassung von Prölss über die Rangordnung der Vorschriften vgl. die Ausführungen auf Seite 74 ff.
 - 3) Vgl. Gadow-Heinichen, Grosskommentar zum Aktiengesetz, 2.Aufl., Berlin 1961, Anm.3 zu § 1 AktG.

Nach der Statistik des Bundesaufsichtsamtes haben Pensionskassen die Rechtsform einer Versicherungsaktiengesellschaft bisher nicht angenommen,¹⁾ was vor allem aus verwaltungstechnischen und damit Kostengründen zu erklären ist.

B. Die Finanzierung der Versorgungszusagen betrieblicher Pensionskassen

Aus dem rechtsverbindlichen Leistungsversprechen der Pensionskasse erwächst die Notwendigkeit, p l a n - m ä s s i g ²⁾ Vorsorge zu treffen, damit das aus den Pensionszusagen resultierende versicherungstechnische Risiko³⁾ abgefangen werden kann. Die Mittel, die erforderlich sind, um sich gegen das versicherungstechnische Risiko abzusichern, können mit Hilfe verschiedener Finanzierungsverfahren aufgebracht werden.

1) Vgl. Seite 3, Fussnote 4 mit Fundstelle.

2) Vgl. Seite 9.

3) Das versicherungstechnische Risiko - und die dem versicherungstechnischen Risiko entsprechende versicherungstechnische Chance - stellt die Gefahr (Chance) dar, dass die Zahl oder der Umfang der Schäden das Ausmass überschreitet (unterschreitet), das der Prämienberechnung zugrunde liegt. Vgl. Braess, Paul, Versicherung und Risiko, in: Die Wirtschaftswissenschaften, herausgegeben von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1960, S.16, mit Fussnoten.

Wenn man danach fragt, welches Verfahren bei der Finanzierung¹⁾ angewandt werden soll, kann man die absolute Höhe der Verpflichtungen ausser acht lassen, denn "es gibt eine vom Finanzierungsverfahren unabhängige Grösse, den baren Bedarf für die fällig werdenden Leistungen ... einer Versorgungseinrichtung, der durch den Leistungs-, Versorgungs- oder Rentenplan und die Gesamtheit der versicherten oder zu versorgenden Personen bestimmt wird".²⁾

Hingegen lässt sich die Frage nach dem zweckmässigsten Finanzierungssystem nicht isoliert von der Art und Weise untersuchen, wie der einzelne Betriebsangehörige die Mitgliedschaft zum Versicherungsverein erwirbt, ob zwangsweise oder freiwillig. Wird die Mitgliedschaft zwangsweise erworben, so ist das Problem der ständigen Ergänzung des Versichertenbestandes durch junge Betriebsangehörige im Regelfall gelöst; die Beiträge, die auf sie entfallen, vermögen einen wesentlichen Teil zur Verminderung des versicherungstechnischen Risikos beizutragen.

Hingegen ist bei freiwilligem Beitritt zur Pensionskasse der Versichertenbestand ständig gefährdet. Dieser Unsicherheitsfaktor muss im Finanzierungsverfahren berücksichtigt werden.

Diskutiert man nun die Finanzierung unter der Prämisse "zwangsweiser bzw. freiwilliger Beitritt zur Kasse", so lassen sich nach dem Zeitpunkt der Mittelbeschaffung die folgenden Finanzierungssysteme unterscheiden.

-
- 1) Finanzierung wird hier als Mittelbeschaffung verstanden; vgl. Beckmann, Liesel, Stichwort "Finanzierung", in: HdB, 2.Band, Sp.1831.
2) Heubeck, Georg, Stichwort "Finanzierungsverfahren", in: HdV, 1.Band, Sp.671.

I. Vor dem Eintritt der Zahlungsverpflichtung

Einer typisierenden Betrachtungsweise der Finanzierungssysteme betrieblicher Pensionskassen stellen sich insofern grosse Schwierigkeiten in den Weg, als der "technische Aufbau der betrieblichen Pensionskassen durchweg verschieden gestaltet ist".¹⁾

Verallgemeinernd lässt sich jedoch sagen: Betriebliche Pensionskassen, deren Mitgliedschaft nur freiwillig erworben werden kann, können ihre Versorgungszusagen finanzieren, indem die Beiträge individuell, d.h. für jeden einzelnen Versicherten getrennt, während der aktiven Betriebszugehörigkeit erhoben werden, so dass das Versicherungskapital für jeden einzelnen Versicherten getrennt angehäuft wird. Dieses System, die Anwartschaft auf Pensionszahlungen individuell im voraus zu decken ("Anwartschaftsdeckungsverfahren"²⁾) sollte bei freiwilligem Beitritt angewandt werden,³⁾ weil der einzelne Versicherte nicht für seine Kollegen aufzukommen braucht.⁴⁾

Eine Variante erfährt die Mittelaufbringung, wenn das Deckungskapital erst dann gebildet wird, wenn die Rente erstmalig fällig geworden ist ("Rentendeckungsverfahren").⁵⁾ Bei diesem Verfahren wird jedoch der Forderung des § 8 Abs.1 Nr.2 VAG, dass die Verpflichtungen dauernd erfüllbar sein müssen, nicht Genüge ge-

-
- 1) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, a.a.O., S.86.
 - 2) Heubeck, Georg, Stichwort "Finanzierungsverfahren", a.a.O., Sp.673.
 - 3) Vgl. Eschhaus, Helmut, Stichwort "Pensionskassen", in: HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.1575.
 - 4) Vgl. Helbling, Carl, Autonome Pensionskasse oder Gruppenversicherung, Winterthur 1960, S.52.
 - 5) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, a.a.O., S.86.

tan. Infolgedessen ist das Rentendeckungsverfahren grundsätzlich nicht genehmigungsfähig.¹⁾

II. Nach dem Eintritt der Zahlungsverpflichtung

Pensionskassen, die nach ihrer satzungsmässigen Bestimmung eng an eine einzelne Unternehmung gekettet sind und ihren Mitgliederbestand durch zwangsweisen Beitritt neu hinzukommender Betriebsangehöriger ergänzen,²⁾ könnten die Zahlungsverpflichtung dadurch finanzieren, dass erst einmal der Bedarf ermittelt wird und dann die sich ergebenden Beträge auf die Mitglieder umgelegt werden ("Umlageverfahren").³⁾

Die Problematik dieses Verfahrens liegt darin, dass sich die Beitragslast bei zunehmendem Durchschnittsalter der versicherten Betriebsangehörigen ständig vergrössert. Das Aufsichtsamt hat daher das Umlageverfahren nur dann genehmigt, wenn gesichert war, dass durch den Zwangsbeitritt ununterbrochen neue, junge Mitglieder hinzukommen und ausserdem die Trägerunternehmung sich verpflichtet hatte, die etwaigen Fehlbeträge zu decken.⁴⁾

Das Umlageverfahren ist infolgedessen für die

1) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, a.a.O., S.86.

✓2) Vgl. Eschhaus, Helmut, a.a.O., Sp.1575.

3) Vgl. Koritz, Andor, a.a.O., S.49 f.; Helbling, Carl, a.a.O., S.53 ff.

4) Vgl. Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, a.a.O., S.87.

Finanzierung der Versorgungsleistungen nicht typisch. Nach der zweimaligen Vernichtung der Vermögenswerte durch Krieg und Inflation konnten die notwendigen Mittel z.T. nur durch Umlagen auf die Mitglieder aufgebracht werden; dabei wurde vom Aufsichtsamt in der Regel darauf geachtet, dass in den umgelegten Anteilen der Mitglieder ein Betrag enthalten war, der für eine nach und nach anzusammelnde Rückstellung für die Zusage (Deckungsrückstellung) bestimmt war.¹⁾

1) Vgl. Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, Betriebliche Pensionskassen, a.a.O., S.87.

2. T e i l

Grundzüge der Rechnungslegung betrieblicher Pensionskassen

A. Der Begriff der Rechnungslegung

Die Aufgabe betrieblicher Pensionskassen lässt sich - in Anlehnung an Kosiol¹⁾ - auf drei Grundtatbestände zurückführen:

1. Es wird die Verpflichtung zu einer wirtschaftlichen Leistung, der Pensionszahlung, übernommen.
2. Mit der Verpflichtung zur Leistung ist ein Risiko verbunden.
3. Die Leistungsverpflichtung löst ein spezifisches Betriebsgeschehen aus, das rechnerisch behandelt werden muss.

Damit das Betriebsgeschehen rechnerisch behandelt werden kann, muss die Pensionskasse über ein Instrument verfügen: das Rechnungswesen. Mit dem Instrument des Rechnungswesens wird die Rechnungslegung vollzogen. So gesehen, lässt sich "Rechnungslegung" als Auf-

1) Vgl. Kosiol, Erich, Das Rechnungswesen im Dienste der Unternehmensführung, in: Aktuelle Fragen der Unternehmung, Gedenkschrift für Alfred Walther, Bern 1957, S.61.

gabe und Ziel begreifen, w i r t s c h a f t l i -
c h e V o r g ä n g e u n d T a t s a c h e n d a r -
zustellen.¹⁾ Diese allgemeine Definition sagt ledig-
lich aus, was unter dem Begriff "Rechnungslegung" zu
verstehen ist, nicht dagegen, welche Zwecke mit der
Rechnungslegung verfolgt werden. Zur Klärung des Be-
griffes ist es jedoch notwendig, zunächst die Rech-
nungslegung als Selbstzweck zu betrachten.

Das Rechnungswesen - als Mittel zum Vollzug der
Rechnungslegung - wird heute üblicherweise in Buchhal-
tung, Kalkulation, Statistik und Planungsrechnung ein-
geteilt. Die Rechnungslegung erfolgt im Teilbereich der
Buchhaltung.

Die Buchhaltung einer Pensionskasse bedient sich
im Regelfall²⁾ zur Erfassung der wirtschaftlichen Tat-
bestände des Systems der doppelten Buchführung (Doppik),
indem

- unverzüglich
- auf Grund von Belegen
- unter Wahrung des Prinzips der Ordnungsmässigkeit³⁾ und der gesetzlichen Vorschriften
- l a u f e n d s o w i e z u s a m m e n f a s -
s e n d n a c h g e w i s s e n Z e i t a b l ä u f e n
- Vorgänge, Struktur und Situation der Pensions-
· kasse

erfasst werden.⁴⁾

-
- 1) Der BGH formuliert in seinem vielzitierten Urteil vom 15.1a.1954: "Rechnung legen heisst wirtschaftliche Vorgänge und Tatsachen darstellen", BGH-Urteil II ZR 322/53, in: WPg 1955, S.138-142.
 - 2) Ein bestimmtes Buchführungssystem ist den Pensionskassen nicht vorgeschrieben, vgl. Seite 78 ff.
 - 3) Gemeint sind wohl die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung.
 - 4) Vgl. Bussmann, Karl Ferdinand, Industrielles Rechnungswesen, Stuttgart 1963, S.2.

Rechnungslegung erfordert somit einmal l a u - f e n d e Erfassung der Geschäftsvorfälle in der Buchhaltung; zum anderen erfordert Rechnungslegung auch die in periodischen Abständen erfolgende Z u - s a m m e n f a s s u n g der Daten der Buchhaltung.

Zusammengestellt werden die Zahlen in einer Vermögensrechnung (Bestandsrechnung) - der Bilanz -, die Auskunft über die Bestände an Aktiven (Vermögensformen) und Passiven (Vermögensquellen, bestehend aus Eigenkapital und Fremdkapital) gibt. Gleichzeitig werden die Zahlen in einer Erfolgsrechnung (Bewegungsrechnung) - der Gewinn- und Verlustrechnung - zusammengestellt, die Auskunft über die Höhe und die Art der Aufwendungen und Erträge einer Periode gibt.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung bilden zusammen den Rechnungsabschluss.

Das Schwergewicht der Rechnungslegung einer Pensionskasse liegt nicht - wie etwa bei einer erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Unternehmung - auf der Erfolgsermittlung, sondern auf der Kontrolle und der Feststellung des finanziellen Gleichgewichts, was noch zu untersuchen sein wird.

Das Ergebnis der Rechnungslegung - die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung - dient als Unterlage für einen Geschäftsbericht.¹⁾ Da der Geschäftsbericht nicht nur die Lage der Pensionskasse darstellen, sondern auch den Jahresabschluss erläutern soll, kann er als integraler Bestandteil der Rechnungslegung betrachtet werden.

1) Vgl. Seite 196 f.

B. Der Zweck der Rechnungslegung

Die Rechnungslegung der Pensionskasse erfolgt nicht um ihrer selbst willen, sondern ist lediglich Mittel zum Zweck. Fragt man zunächst ganz allgemein nach dem Zweck der Rechnungslegung, so lässt sich sowohl auf historischem als auch auf analytischem Weg eine Antwort finden.

Historisch betrachtet, ist der Ursprung der Rechnungslegung in der Zeit zu suchen, als Kaufleute wissen wollten, ob ihren Geschäften Erfolg oder Misserfolg beschieden war; dabei bezogen sich ihre rechnerischen Überlegungen nur auf das einzelne Handelsgeschäft.¹⁾

Ein weiterer Schritt war, Vermögensübersichten aufzustellen, um einen "vergleichswisen Überblick über die Verbindlichkeiten und die sie deckenden Forderungen (vorzugsweise Forderungen und Waren)"²⁾ zu gewinnen. Wichtigster Impuls der Kaufleute war, eine Gedächtnisstütze für ihre Kreditgeschäfte zu haben. Als das System der doppelten Buchführung entwickelt wurde, konnten die Vermögensübersicht und die Erfolgsrechnung miteinander verzahnt werden.

Am Anfang kaufmännischer Rechnungslegung steht somit das Bestreben kaufmännisch Tätiger, einerseits sich selbst Rechenschaft zu geben, andererseits dem begrenzten menschlichen Gedächtnis eine Stütze zu schaffen.

1) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., Köln und Opladen 1962, S.15 f.

2) Rössle, Karl, Stichwort "Bilanz", in: HdB, 1.Band, Sp.1100.

Das Ergebnis der h i s t o r i s c h e n Betrachtungsweise befriedigt jedoch nicht, wenn man sowohl die modernen, nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführten Unternehmungen als auch die Pensionskassen betrachtet: Über die Funktion der Rechnungslegung als Gedächtnisstütze und kaufmännisches Rechenschaftsinstrument hinaus gilt es, die Rechnungslegung Informations-, Dispositions- und Kontrollzwecken sowie für die Dokumentation dienstbar zu machen.

Für die Darstellung der verschiedenen Zwecke der Rechnungslegung ist es daher sinnvoller, a n a l y - t i s c h vorzugehen:

I. Dokumentation

Ohne eine Aufzeichnung des zahlenmässig erfassbaren Betriebsgeschehens kann die Pensionskasse ihren Zweck nicht erfüllen. Die ziffernmässige Fixierung verhindert, dass z.B. Rentenansprüche vergessen, Zahlungen an Versorgungsberechtigte doppelt geleistet werden. Jedem Gläubiger kann der Stand seiner Guthaben, jedem Schuldner die Höhe der Forderung bekanntgegeben werden. "Der Dokumentationszweck ist klar und unproblematisch. Die Frage, wie dieser Zweck am besten erfüllt werden kann, bietet im wesentlichen technische Probleme. Zur Sicherung richtiger und vollständiger Dokumentation ist eine Anzahl formaler Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung entwickelt worden."¹⁾

1) Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, Düsseldorf 1964, S.47.

II. Rechenschaft

Rechenschaft¹⁾ zielt heute besonders - von der verantwortlichen Geschäftsführung weg - auf Personen oder Institutionen, die sowohl innerhalb als auch ausserhalb eines Betriebes oder einer Unternehmung zu suchen sind.²⁾

Es ist für moderne Wirtschaftssysteme typisch, dass Eigentümer- und Unternehmerfunktion auseinanderfallen, d.h. auf verschiedene Personen verteilt sind. Die Geschäftsleitung einer Pensionskasse ist befugt, über fremdes Eigentum zu verfügen und muss daher Rechenschaft gegenüber den Kapitalgebern ablegen. Sowohl die Trägerunternehmung als auch die Mitglieder der Pensionskasse, die sich an der Beitragsaufbringung beteiligen, haben ein Anrecht auf Unterrichtung, weil sie ihr Geld der Geschäftsleitung der Kasse anvertrauen. Nur wenn die Beitragszahler über das Ergebnis der dispositiven Entscheidungen informiert werden, ist die Voraussetzung gegeben, dass sie ihr Urteil über die Geschäftsführung abgeben können.

An die Rechnungslegung wird die Entlastung für die Geschäftsführung geknüpft. Kann die Geschäftsleitung für ihre Entscheidungen entlastet werden, so wird damit gleichzeitig ein Vertrauensvotum für die Zukunft verbunden.

1) Leffson setzt den Begriff "Rechenschaft" den Worten "Rechnungslegung" und "Rechenschaftslegung" gleich, nur würde im betriebswirtschaftlichen Sprachgebrauch der Terminus "Rechenschaft" kaum benutzt (vgl. Leffson, Ulrich, a.a.O., S.53). Diese Gleichsetzung der Begriffe ist jedoch nicht gerechtfertigt. Rechenschaft ist lediglich ein Teilzweck, der neben andere Zwecke, z.B. die Kontrolle, tritt.

2) Vgl. Seite 49 ff.

Rechenschaft muss die Geschäftsleitung der Pensionskasse auch den verschiedenen Überwachungsorganen geben: dem Aufsichtsrat als Hüter der Interessen der Versicherten, ebenso der staatlichen Aufsichtsbehörde, die gleichfalls die Versicherten schützen will.

Die Rechnungslegung kann die Aufgabe der Rechenschaft nur erfüllen, wenn sie nicht der Willkür und dem Gutdünken der Geschäftsleitung unterworfen ist. Daher hat der Gesetzgeber den Spielraum eigenmächtiger Rechenschaft so eingeengt, dass die Gefahr vorsätzlicher, fahrlässiger oder unwissentlicher Gefährdung des Pensionsvermögens und des Kapitals weitgehend gebannt sein dürfte, nicht zuletzt auch durch die Prüfungspflicht, der die grossen Kassen unterworfen sind.

III. Auswertung

Neben der Dokumentation und der Aufgabe, als Instrument der Rechenschaft zu dienen, hat die Rechnungslegung die Funktion, für verschiedene Zwecke ausgewertet zu werden. "Die technische Ausgestaltung des Rechnungswesens kann niemals Selbstzweck sein, sondern findet ihre Erfüllung in der Auswertung des Rechnungsergebnisses."¹⁾ Die Art und Weise der Auswertung ergibt sich aus der Fragestellung der einzelnen, an der Rechnungslegung interessierten Institutionen und Personenkreise. Hinzu kommt, dass die Ansprüche an die

1) Hax, Karl, Die Vorschriften über die Rechnungslegung aus der Sicht des Betriebswirts, in: VersArch 1955, S.141.

rechnerischen Aussagen - je nach der Fragestellung der Personen - verschieden sein werden.¹⁾

Die Auswertung erfolgt für Zwecke der Information, der Disposition sowie der Kontrolle und Überwachung.²⁾

Wenn nun die einzelnen Teilbereiche der Auswertung isoliert betrachtet werden, so geschieht dies allein aus didaktischen Gründen, denn es ist willkürlich, die Dispositionsfunktion von der Informationsfunktion der Rechnungslegung zu trennen, weil man sinnvoll nur disponieren kann, wenn ausreichende Informationen die Grundlage der Disposition bilden. Dieser Tatbestand gilt in gleichem Masse auch für die Kontrolle und die Überwachung; sie kann nur dann verantwortlich ausgeübt werden, wenn ihr eine umfassende Information zugrunde liegt. Gewichtet man jedoch die Teilzwecke, indem man sie mit den einzelnen Personenkreisen in Verbindung bringt, so ist eine isolierte Betrachtung möglich und auch sinnvoll.

1. Die Rechnungslegung als Informationsquelle

Die Frage nach dem Zweck der Rechnungslegung erfährt nur dann eine befriedigende Antwort, wenn man die Funktion der Rechnungslegung untersucht, die sie durch Auswertung für Informationen an verschiedene Adressaten zu erfüllen hat. Der Informationsstrom,

-
- 1) Vgl. Lutz, Benno, Die Aussagefähigkeit des Rechnungswesens, Zürich und St.Gallen 1963, S.61.
 - 2) Hax nennt die Zwecke im Zusammenhang mit (a) der Geschäftsleitung (=Disposition), (b) der Aufsichtsbehörde (=Überwachung) und (c) der Öffentlichkeit (=Information), Die Vorschriften, a.a.O., S.141.

der sich aus dem Zahlenwerk der Bilanz sowie aus der Gewinn- und Verlustrechnung ableiten lässt, nützt Bereichen, die sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Pensionskasse zu suchen sind.

Nun bildet aber der Informationsfluss, der den Dispositions-, Kontroll- und Überwachungsinstanzen zufliesst, nur die Voraussetzung für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Diejenigen Informationen dagegen, die nach aussen dringen, dienen der Publizität, der "Gewinnung der Öffentlichkeit".¹⁾

Die Informationen sind für folgende Adressaten bestimmt:

1. für potentielle Mitglieder der Pensionskasse, die durch die Veröffentlichungen auf die Altersversorgungseinrichtung der Trägerunternehmung aufmerksam gemacht werden sollen,
2. für Gläubiger,
3. für die Allgemeinheit.

Zu 1. Wenn auch die Werbekraft, die von einer Pensionskasse auf die Trägerunternehmung ausstrahlt, nicht überschätzt werden darf - es dürften vor allem solche Arbeitnehmer angesprochen werden, die verheiratet sind und (oder) das 40. Lebensjahr überschritten haben - so sollte doch die Trägerunternehmung auf den Nutzen, den sie aus der Publizität gewinnt, nicht verzichten.

Zu 2. Der Kreis der Gläubiger einer Pensionskasse dürfte - ihrer Zweckbestimmung gemäss - nicht

1) Hundhausen, Carl, Die Bedeutung der Publizität unter besonderer Berücksichtigung der historischen Bedeutung, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt (Main) 1962, S.26.

allzugross gezogen werden. Aus der Publizität der Pensionskasse könnten z.B. ehemalige Betriebsangehörige Nutzen ziehen, deren Austrittsvergütungen noch nicht bezahlt wurden. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass das Interesse der Gläubiger der Kasse um so höher einzuschätzen sein wird, je geringer die sonstigen Möglichkeiten sein werden, etwas über die Situation der Kasse zu erfahren.

Zu 3. Die betriebliche Pensionskasse, die als privater Betrieb in die marktwirtschaftliche Ordnung eingefügt ist, verfolgt die Interessen der Arbeitnehmer der Trägerunternehmung. Hier stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Tätigkeit der Pensionskasse überhaupt das Interesse der Öffentlichkeit berührt, damit sie Anspruch auf Unterrichtung über die wirtschaftliche Lage erheben kann.

Einer befriedigenden Antwort kommt man näher, wenn man in diesem Zusammenhang untersucht, was unter öffentlichem Interesse zu verstehen ist.

Reinhart kommt zu dem Ergebnis, dass es eigentlich kein absolutes öffentliches Interesse gibt, sondern "nur eine Vielzahl einander möglicherweise widersprechender Interessen".¹⁾ Der Widerspruch zwischen den Interessen der Pensionskasse einerseits und denen der Allgemeinheit andererseits kann sich nach seiner Auffassung nur an bestimmten Konfliktsituationen entzünden. Reinhart zählt eine Reihe von Konfliktfällen auf, die für alle Unternehmen gelten: Preisgestaltung,

1) Reinhart, Rudolf, Privates Unternehmen und öffentliches Interesse, in: Beiträge zum Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht, herausgegeben von Rolf Dietz, Festschrift für Alfred Hueck, München und Berlin 1959, S.443.

bestmögliche Versorgung, Beschäftigung, technischer Fortschritt, Erhaltung gesamtwirtschaftlich wichtiger Unternehmen und Werte.¹⁾

Die Öffentlichkeit würde sich vor allem dann für eine Pensionskasse interessieren, wenn die Vermögensanlagen der Kasse - als Bestandteil des volkswirtschaftlichen Vermögens - gefährdet wären.

Moxter sieht den Sinn und Zweck der Information der Allgemeinheit u.a. auch darin, dass sich durch die Publizität staatliche Zuwendungen besser erkennen liessen. Es könne sich dabei um unmittelbare Zuwendungen handeln, ferner um Entlastungen von steuerlichen Abgaben.²⁾ Denn aus dem Rechnungsabschluss der Pensionskasse kann die Öffentlichkeit ablesen, in welcher Höhe der Staat die Pensionskasse in Form von Ausgleichsforderungen³⁾ unterstützt. Hinzu kommt die Möglichkeit, an Hand der Gewinn- und Verlustrechnung abzulesen, dass Pensionskassen in der Regel keine Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen zu zahlen brauchen.

Die öffentliche Diskussion der in der Rechnungslegung erkennbaren Geschäftsgebarung ist weiterhin als ein gut funktionierendes Instrument anzusehen, um finanzielle Katastrophen zu verhindern oder wenigstens davor zu warnen.⁴⁾

Die gesetzliche Publizitätspflicht, die allerdings nur die grossen Pensionskassen trifft, kommt so-

1) Vgl. Reinhart, Rudolf, a.a.O., S.444 f.

2) Vgl. Moxter, Adolf, Der Einfluss von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, Fussnote 120, S.65.

3) Vgl. Seite 136 f.

4) Vgl. Lauinger, Artur, Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen in der Sicht des Publizisten, in: Versicherungswissenschaftliches Archiv (VersArch) 1955, S.169 ff.

mit dem Schutz des "öffentlichen Interesses" entgegen.

Ein der Pensionskasse zuwiderlaufendes Interesse an einer Unterrichtung der Allgemeinheit besteht schon deswegen nicht, weil jede Konkurrenzbeziehung gegenüber anderen Pensionskassen fehlt. Denkbar wäre jedoch, dass das Ausmass der Altersversorgung der Trägerunternehmung Rückschlüsse auf ihre Ertragskraft zulässt, denn man kann davon ausgehen, dass umfangreiche - freiwillige - Sozialleistungen ein Indiz für die "Stärke" der Trägerunternehmung darstellen. Da aber die Sozialleistungen ohnehin aus der Gewinn- und Verlustrechnung der Trägerunternehmung abzulesen sind, bedeutet die Offenlegung des Rechnungsabschlusses keinen zusätzlichen Tribut an die Publizität.

2. Die Rechnungslegung als Dispositionsunterlage

Disponieren heisst "Entscheidungen treffen".¹⁾

In marktwirtschaftlichen Systemen hat der Unternehmer Entscheidungsbefugnisse, die sich vor allem auf die Planung und die Organisation beziehen.²⁾

Entscheidungsobjekt ist in dieser Untersuchung die betriebliche Pensionskasse, in der unter Beachtung des Rationalprinzips die Altersversorgung bestimmter Arbeitnehmer angestrebt wird.

Die Geschäftsleitung der Pensionskasse, die beauftragt ist, dieses Ziel zu verwirklichen, benötigt

1) Mellerowicz, Konrad, Unternehmenspolitik, Band 1, Freiburg 1963, S.61.

2) Vgl. Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 6.Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961, S.8.

ständig eine Fülle von Informationen, wenn ihre Entscheidungen zur Erreichung des Betriebsziels mit dem ökonomischen Prinzip in Einklang stehen sollen. Wichtigster Informationslieferant ist das Rechnungswesen, in dem die Daten gesammelt und für die Dispositionen aufbereitet werden.

Nun fusst aber die Rechnungslegung nur auf einem Ausschnitt des - in vier Teile zerfallenden - Rechnungswesens; die disponierende Geschäftsleitung muss sich jedoch auf das gesamte Rechnungswesen stützen, will sie der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden. Für sie ist es zwar wissenswert, ja, für Kontrollzwecke unumgänglich notwendig, das Geschäftsergebnis eines Jahres zu ermitteln; daneben sollte sie aber auch in kürzeren Abständen - und das gilt besonders für die grossen Kassen -¹⁾ Vergleichsrechnungen aufstellen, um daran ihre Entscheidungen knüpfen zu können.

Nur unter dieser Voraussetzung kann die Buchhaltung den Zweck, Richtschnur für Dispositionen zu sein, auch wirklich erfüllen.

Inwieweit die Bilanz - als Teil der Rechnungslegung - überhaupt Entscheidungsgrundlage sein kann, ist umstritten. Albach schränkt die Funktion der Bilanz als Führungsinstrument weitgehend ein: "Die quantitativen Methoden, die heute eingesetzt werden müssen, um Führungsentscheidungen im Unternehmen vorzubereiten, sind komplizierter und leistungsfähiger als eine einfache doppelseitige Additionsrechnung, wie sie die Bilanz darstellt."²⁾

-
- 1) Zachert, Hans-K., Die kurzfristige Erfolgsrechnung als Hilfsmittel für Unternehmungsdispositionen, in: ZfB 1955, S.656.
2) Albach, Horst, Grundgedanken einer synthetischen Bilanztheorie, in: ZfB 1965, S.22.

Kritisch ist hiergegen allerdings einzuwenden, dass die Rechenmethode allein nicht ausreicht, um der Bilanz die Qualität eines Führungsinstruments abzusprechen. Letzten Endes verbergen sich hinter den Zahlen der Bilanz bedeutsame Wertinbegriffe, die schon deswegen eine hohe Aussagekraft besitzen, weil sie - im Zeitvergleich betrachtet - auf einen Blick die Entwicklungstendenzen der Pensionskasse verraten. "Eine übertriebene Genauigkeit erschwert die Auswertung, runde Zahlen sind leichter lesbar und prägen sich dem Gedächtnis besser ein."¹⁾

Wichtiger ist jedoch die Überlegung, dass die Bilanz eine Vergangenheitsrechnung²⁾ darstellt; dieser Umstand begrenzt ihre Verwendbarkeit entscheidend. Könnte man den Jahresabschluss mit idealtypischen Zahlen aufstellen, "die sich bei denkbar bester Betriebsführung in dem Jahr, für das der Jahresabschluss gemacht wurde, unter Berücksichtigung aller ergebnen Verhältnisse hätten erzielen lassen",³⁾ so würde ein Soll-Istvergleich jeweils die Richtschnur für die Entscheidungen aufzeigen.

Dispositionen der Geschäftsleitung, die sich auf die Planung und die Organisation beziehen, sind jedoch ihrer Natur nach zukunftsbezogen. Damit hängt die Brauchbarkeit der Rechnungslegung davon ab, ob sie für die Zukunft aussagefähige Unterlagen liefern kann.

-
- 1) Ulrich, Hans, Das Rechnungswesen als Führungsinstrument: Voraussetzungen und Möglichkeiten, in: Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftspraxis, Festschrift für Konrad Mellerowicz, Berlin 1961, S.328.
 - 2) Vgl. Kosiol, Erich, Stichwort "Bilanz" (I) Bilanztheorie", in: HdSW, Bd.2, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S.233.
 - 3) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, a.a.O., S.54.

Die Buchhaltung - als Teil des Rechnungswesens, mit dessen Hilfe die Rechnungslegung vollzogen wird¹⁾ - bildet die Grundlage für Planungsrechnungen, so z.B. auf dem Finanzsektor, was beweist, dass die Rechnungslegung für Dispositionen genutzt werden kann.

3. Die Rechnungslegung als Kontroll- und Überwachungsinstrument

Will man die Funktion der Rechnungslegung als Kontroll- und Überwachungsinstrument erörtern, so stösst man zunächst auf begriffliche Schwierigkeiten.

a) Begriffsklärung

Mit dem Begriff "Kontrolle" konkurrieren "Überwachung", "Prüfung" und "Revision". Ein Blick auf die in der Literatur vertretenen Auffassungen zur Definition lässt eine bunte Vielfalt erkennen.

Für Fritz Leitner bedeutet Kontrolle die Überwachung betrieblicher Vorgänge, Revision dagegen rückschauende Prüfung.²⁾

Hasenack subsumiert die Kontrolle (= laufende Überwachung) und die Revision (= nicht laufende Überwachung) dem Begriff Überwachung.³⁾

Hasenack unterbreitet noch einen zweiten Definitionsvorschlag, indem er an die Weisungsbefugnis anknüpft. Revision ist dann Prüfung durch Personen, die

1) Vgl. Seite 32.

2) Vgl. Leitner, Fritz, Die Kontrolle in kaufmännischen Unternehmungen, Frankfurt (Main) 1934, S.5.

3) Vgl. Hasenack, Wilhelm, Theorie und Praxis der Prüfungen im Betrieb, insbesondere die Abgrenzung von Revision und Kontrolle, in: WPg. 1955, S.419.

von dem zu prüfenden Verantwortungsbereich unabhängig sind, Kontrolle dagegen Prüfung durch Personen, die für den zu prüfenden Bereich verantwortlich sind.¹⁾

Zimmermann leitet seine begriffliche Unterscheidung zwischen Revision und Kontrolle - Oberbegriff ist bei ihm Prüfung - von der Eigenschaft der Betriebszugehörigkeit ab: "Revision ist Prüfung von Personen, die dem Betrieb nicht angehören, Kontrolle wird hingegen von Betriebsangehörigen ausgeübt."²⁾

Mellerowicz setzt - in Anlehnung an Leitner - Überwachung und Kontrolle gleich, wenn er "Überwachung" zur Begriffsbestimmung der Kontrolle benutzt: "Kontrolle ist planmässige Überwachung der laufenden Vorgänge, Revision dagegen rückschauende Prüfung."³⁾

Ebenso äussert sich Schäfer im Zusammenhang mit seiner Erörterung über den Zweck des Rechnungswesens. Danach sei es notwendig, "die Tätigkeit der beschäftigten Personen besser zu überwachen (K o n t r o l l funktion)".⁴⁾

Als Unterscheidungsmerkmale werden demnach verwendet:

1. die Betriebszugehörigkeit des Prüfenden,
2. der Zeitpunkt der Tätigkeit,
3. die Weisungsbefugnis.

Das Merkmal der Betriebszugehörigkeit, das von Zimmermann vorgeschlagen wird, ist jedoch zur Trennung von Revision und Kontrolle ungeeignet; der Be-

1) Vgl. Hasenack, Wilhelm, a.a.O., S.420.

2) Zimmermann, Erhard, Theorie und Praxis der Prüfungen im Betrieb, Essen 1954, S.19.

3) Mellerowicz, Konrad, Unternehmungspolitik, a.a.O., S.255 (Original kursiv).

4) Schäfer, Erich, Die Unternehmung, 5.Aufl., Köln und Opladen 1963, S.392.

griff "Revision" wird sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Unternehmungen zur Bezeichnung von Prüfungen herangezogen.

Prüfung und Revision sind in ihrer Bedeutung gleichzusetzen; in beiden Fällen wird untersucht, ob etwas richtig ist, indem man den Arbeitsvorgang kritisch wiederholt. "Dabei wird von einer gewollten oder geforderten Richtigkeit ausgegangen und festgestellt, ob die vorliegende Handlung dem gesetzten Ziel entspricht."¹⁾ Zu welchem Zeitpunkt dies geschieht, ergibt sich aus dem Wesen der Prüfung: eine kritische Arbeitswiederholung ist immer nur nachher, nach Vollzug des Arbeitsvorgangs, möglich.

Kontrolle hingegen ist mit dem Arbeitsvorgang unmittelbar verbunden²⁾ und zielt auf eine Norm, z.B. die Vernunft, hin, die es einzuhalten gilt: "Kontrollieren erfordert immer ein Vergleichen."³⁾ Ein weiteres, der Kontrolle eigentümliches Merkmal ist, dass sie von demjenigen, der einen Arbeitsvorgang ausführt, aber auch von Dritten ausgeübt werden kann. Dabei ist nicht massgebend, ob der Dritte weisungsbefugt ist. Kontrolle muss die Tätigkeit des Weisungsbefugten, ebenso aber auch die des Weisungsempfängers begleiten.

Demnach ist Kontrolle die unmittelbar durchgeführte Beobachtung des eigenen oder fremden Arbeitsvorganges im Hinblick auf die Einhaltung bestimmter Normen, sei es das Gesetz, die Vernunft, oder seien es z.B. allgemeine Ordnungsvorschriften. Aus diesem Grunde ist die Weisungsbefugnis als Kriterium der Kontrolle

1) Ronneberger, Fritz, System und Grundsätze der innerbetrieblichen Überwachung, hrsg. vom Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung (AWV), Nr.211, Berlin 1964, S.12.

2) Vgl. Wall, Fritz, Stichwort "Revision (Prüfung) und Kontrolle", in: HdB, 3.Band, Sp.4679.

3) Mellerowicz, Konrad, Unternehmungspolitik, a.a.O., Band 1, S.254.

nicht verwendbar.

Überwachung schliesslich enthält - im Gegensatz zur Kontrolle - implizit das Merkmal der Weisungsbefugnis. Überwachen kann man sich nie selbst; jedenfalls würde dies dem Wortsinn widersprechen. Überwachung richtet sich von der berechtigten Person weg auf untergeordnete Instanzen, mit dem Ziel, die Einhaltung bestimmter Normen zu beobachten.

Überwachung ist daher - neben der Kontrolle - eine selbständige Funktion, die mit Hilfe der Rechnungslegung ausgeübt werden kann; beide Bereiche müssen infolgedessen getrennt diskutiert werden.

b) Kontrolle an Hand der Rechnungslegung

Bei der Auswertung der Rechnungslegung für Kontrollzwecke geht es darum, dass die Geschäftsleitung den Erfolg ihrer Entscheidungen **s e l b s t** kontrollieren kann. Nur wenn die Geschäftsleitung ihre Entscheidungen kontrolliert, kann sie sich von der Qualität ihrer Dispositionen überzeugen.

Der Kontrollmasstab muss dabei auf das angestrebte Ziel zugeschnitten sein. In der gewinnorientierten Unternehmung ist es die Rentabilität,¹⁾ in einem Betrieb wie der Pensionskasse die Wirtschaftlichkeit, die als Masstab angelegt wird. Nur wenn das gesteckte Ziel, die Altersversorgung, mit einem möglichst geringen Aufwand erreicht worden ist²⁾ - was sich z.B. an den Kosten der Geschäftsleitung, bezogen auf den einzelnen Versicherten, oder auch mit Hilfe einer

1) Vgl. Virkkunen, Henrik, Das Rechnungswesen im Dienste der Leitung, Helsinki 1956, S.87.

2) Vgl. auch Heinen, Edmund, Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift für Erich Gutenberg, Wiesbaden 1962, S.11.

Budgetrechnung durch Aufwandsvergleich feststellen lässt -, hat die Geschäftsleitung ihre Aufgabe "erfolgreich" erledigt.

Ihre Verhaltensmaxime muss stets lauten: Sei möglichst sparsam bei deiner Geschäftsführungstätigkeit!¹⁾ Die nötigen Unterlagen für die Kontrolle können aus dem Zahlenwerk der Buchhaltung entnommen werden, um sie sodann für Vergleichsrechnungen aufzubereiten.

Die Aufgabe, die der Geschäftsleitung gestellt ist, nämlich darauf zu achten, dass das Betriebsziel unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitspostulats erreicht wird, umfasst auch die Beobachtung der Angestellten der Pensionskasse; sie soll jedoch nicht unter dem Gesichtspunkt der Kontrolle diskutiert werden, wie es in der Literatur anzutreffen ist,²⁾ sondern unter dem Aspekt der Überwachung betrachtet werden, da die Beobachtung der Angestellten mit dem Recht, Weisungen zu erteilen, verknüpft sein sollte.

c) Überwachung an Hand der Rechnungslegung

Die Geschäftsleitung ist für den Vollzug des Betriebsziels der Pensionskasse verantwortlich. Mit der Pflicht, den übernommenen Auftrag auszuführen, geht Hand in Hand das Recht, die Tätigkeit der Betriebsangehörigen zu überwachen, d.h. ihnen Anweisungen zu geben, wie sie sich bei der Realisierung ihrer Aufgaben

1) "Sparsamkeit (als Erscheinungsform der Wirtschaftlichkeit, Anm.d.Verf.) bedeutet ganz allgemein: Möglichst wenig Mittel für einen bestimmten Erfolg verbrauchen". Loittsberger, Erich, Das Wirtschaftlichkeitsprinzip, Wien 1955, S.39.

2) Vgl. z.B. Gutenberg, Erich, Bilanztheorie und Bilanzrecht, in: ZfB 1965, S.19.

zu verhalten haben. Auch der Angestellte, der lediglich Weisungsempfänger ist, muss bei der Durchführung seiner Aufgaben sparsam vorgehen.

Die Geschäftsleitung ist ihrerseits nicht autonom, sondern untersteht Organen, die kraft Gesetzes oder Satzung die Geschäftsführung zu überwachen haben.

Innerhalb der Pensionskasse ist es der Aufsichtsrat, der die G e s c h ä f t s f ü h r u n g zu überwachen hat.¹⁾ Die Überordnung kommt zwar nicht durch eine unmittelbare Weisungsbefugnis zum Ausdruck, denn der Vorstand handelt als selbständiger Leiter der Pensionskasse²⁾ - es sei denn, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit der Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen -, doch hat der Aufsichtsrat das Recht, den Vorstand bei grober Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsmässigen Geschäftsführung³⁾ abzuuberufen.

Ausserhalb der Pensionskasse ist es die staatliche Aufsichtsbehörde, die den ganzen Geschäftsbetrieb - besonders die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften und die Einhaltung des Geschäftsplans - zu überwachen hat,⁴⁾ wobei das Versicherungsaufsichtsgesetz ausdrücklich von einem Anordnungsrecht spricht.⁵⁾

Sowohl der Aufsichtsrat als auch die Aufsichtsbehörde bedienen sich zur Erfüllung ihrer Obliegen-

1) § 35 VAG a.F. i.V.m. § 95 Abs.1 AktG (1937); § 35 VAG n.F. i.V.m. § 111 Abs.1 AktG (1965). Vgl. Seite 218 f., 214 f.

2) Vgl. Gadow-Heinichen, a.a.O., Einleitung zu § 95 AktG (1937).

3) § 34 VAG a.F. i.V.m. § 75 Abs.3 AktG (1937); § 34 VAG n.F. i.V.m. § 84 Abs.3 AktG (1965).

4) § 81 Abs.1 VAG.

5) § 81 Abs.2 VAG.

heiten der Rechnungslegung.¹⁾ Ernst Fritz, der ehemalige Präsident des Bundesaufsichtsamtes, sagt dazu: "Die P r ü f u n g der Rechnungsabschlüsse der Versicherungsunternehmen gehört mit zu den wesentlichsten Ü b e r w a c h u n g s a u f g a b e n der Versicherungsaufsichtsbehörde."²⁾

Da die Prüfung es definitione immer nur nachträglich erfolgen kann, stellt sich die Frage, ob eine wirksame Überwachung mit Hilfe der Prüfung überhaupt möglich ist. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass der Charakter der Rechnungslegung nur eine (nachträgliche) Prüfung zulässt; erst n a c h der Rechnungslegung kann man feststellen, ob die gesetzlichen Vorschriften eingehalten worden sind.

IV. Darstellung des finanziellen Gleichgewichts

Unternehmungen, die danach streben, einen Gewinn zu erzielen, erstellen den jährlichen Rechnungsabschluss u.a. auch mit dem Zweck, den v e r t e i l b a r e n Jahresgewinn zu ermitteln.³⁾

In der Pensionskasse hingegen, die nicht auf die Erzielung eines Gewinnes ausgerichtet ist, hat auch die Bilanz eine eigene, dem Ziel der Kasse entsprechen-

1) Vgl. Seite 73.

2) Fritz, Ernst, Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen in der Sicht der Versicherungsaufsichtsbehörde, in: VersArch 1955, S.129.

3) Vgl. Leffson, Ulrich, a.a.O., S.55; Gutenberg, Erich, Bilanztheorie ..., a.a.O., S.15.

de Aufgabe.

Wenn es in der Pensionskasse darum geht, jederzeit die übernommenen Verpflichtungen erfüllen zu können, so muss sich diese Leitmaxime auch in der Bilanz niederschlagen. Es muss ersichtlich sein, dass die Kasse sich in einem *f i n a n z i e l - l e n G l e i c h g e w i c h t* ¹⁾ zwischen zu erwartenden Anforderungen und bisher getroffenen Vorkehrungen befindet.

Damit unterscheidet sich die Bilanz der Pensionskasse von Bilanzen der Unternehmungen grundlegend.

Während die Jahresbilanz einer Unternehmung ausserhalb der Versicherungsbranche eine "Momentaufnahme" ²⁾ der Vermögensformen und Vermögensquellen an einem bestimmten Stichtag darstellt, ist die Bilanz der Pensionskasse - in Analogie zur Bilanz einer gewerblichen Versicherungsunternehmung - dagegen "das eskomtierte Bild der Zukunft". ³⁾ Es muss ersichtlich sein, dass zwischen dem angesammelten Vermögen einschliesslich der zukünftigen Beitragseinnahmen einerseits und den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten, Wahrscheinlichkeitscharakter tragenden zukünftigen Verpflichtungen andererseits ein Gleichgewicht besteht.

Was mit einem möglichen Überschuss oder einer Unterdeckung zu geschehen hat - das tatsächliche Gleichgewicht kann immer nur eine seltene Ausnahme darstellen -, muss aus der Satzung hervorgehen. ⁴⁾

Nun ergeben sich nicht nur auf Grund der allgemeinen Zielsetzung der Pensionskasse Unterschiede zu

1) Vgl. Seite 83 f.

2) Lengyel, Ernst, Die Bilanzen der Versicherungsunternehmen, 2.Aufl., Berlin 1927, S.2.

3) Lengyel, Ernst, a.a.O., S.2.

4) §§ 37, 38 VAG.

Bilanzen anderer Wirtschaftszweige, sondern auch im Hinblick auf den Charakter der einzelnen Bilanzpositionen und deren Relationen untereinander.

Während z.B. die Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, in den Bilanzen ausserhalb der Versicherungsbranche eine untergeordnete Rolle spielen, handelt es sich in Versicherungsbilanzen um bedeutende Positionen, deren Namen zudem noch nicht ohne weiteres erkennen lassen, dass sie der Rechnungsabgrenzung dienen: die technisch gestundeten Beiträge auf der Aktivseite und die Beitragsüberträge auf der Passivseite;¹⁾ und weder die Bezeichnung noch die Stellung innerhalb der Versicherungsbilanz verraten dem laienhaften Bilanzleser, dass diese Posten Abgrenzungscharakter tragen. Hinzu kommt, dass diejenigen Beiträge, die das nichtversicherungstechnische Geschäft betreffen und abgegrenzt werden müssen, wie in den normalen Bilanzen als "Rechnungsabgrenzungsposten" erscheinen.²⁾

1) Vgl. Seite 148 f., 170.

2) Wegen der bilanztheoretischen Perspektiven, die sich aus den dargestellten Besonderheiten ergeben, wird auf die Ausführungen Seite 89 ff. verwiesen.

C. Die Gestaltung der Rechnungslegung

I. Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung

Grosse Pensionskassen in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit werden kraft Gesetzes¹⁾ als Kaufleute behandelt - falls nur Mitglieder Versicherungsansprüche haben.²⁾

Hat die Pensionskasse auch Nichtmitglieder versichert, so ist sie Kaufmann gem. § 1 Abs.2 Ziff.3 HGB, also Musskaufmann. In beiden Fällen sind die Vorschriften des ersten und dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu beachten. Es müssen Bücher geführt werden, wobei die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung (GoB) als Richtschnur dienen. Das, was ordentliche und ehrenwerte Kaufleute für richtig halten,³⁾ ist auch für Pensionskassen verbindlich.

Nach weitverbreiteter Meinung sind die gesetzlichen Vorschriften, die zur Rechnungslegung erlassen worden sind, lediglich kodifizierte Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, die sich auf den Brauch ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute stützen.⁴⁾

1) § 16 VAG.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 16 VAG.

3) Vgl. z.B. Schmalenbach, Eugen, Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, in: ZfHf 1933, S.225 ff; WP-Handbuch 1963, Düsseldorf 1963, S.328; Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3.Aufl., Stuttgart 1957, Anm.25 zu § 129 AktG (1937).

4) Vgl. z.B. Fettel, Johannes, Die Grundsätze ordentlicher Buchführung, in: Wirtschaftstreuhänder 1959, S.126; Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, S.66; z.B.

Leffson dagegen weist darauf hin, dass die gesetzlichen Vorschriften und der Brauch ordentlicher Kaufleute zwar im vorigen Jahrhundert übereinstimmten, seit 1897 dieser Grundsatz aber keine Gültigkeit mehr habe: "Im Buchführungsbereich ist nach 1897 an Wichtigem nur kodifiziert worden, was *n i c h t* (Original kursiv, Einf.d.Verf.) den Gepflogenheiten der Kaufleute entsprach."¹⁾

Der Widerspruch zwischen kaufmännischer Übung und den gesetzlichen Vorschriften konnte sich jedoch nur da entzünden, wo die gesetzlichen Vorschriften nicht nur den Standpunkt der Kaufleute zu berücksichtigen hatten, sondern daneben auch den Schutz der Öffentlichkeit im Auge haben mussten. Der Widerspruch tritt vor allem an dem zu veröffentlichenden Jahresabschluss von Versicherungen offen zutage.

Lengyel konnte 1927 über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen klagen, "dass ... nicht selten Bilanzen veröffentlicht werden, die in ihrer Aufmachung geradezu wie eine Verhöhnung der öffentlichen Verrechnung wirken". Er fährt, scharf polemisierend, fort: "Grosse Unternehmen veröffentlichen manchmal Bilanzen, ... aus denen kein Mensch klug werden kann. Manche Gesellschaften leisten Meisterhaftes in der Kunst, die Bilanz zu verdunkeln."²⁾

Auch nach dem Erlass der Rechnungslegungsvorschriften von 1954 ist die Kritik an der externen

also § 16 VAG i.V.m. §§ 38, 39 Abs.1 und 2, 41, 43-46 HGB; ausserdem § 36a VAG a.F. i.V.m. §§ 125, 129, 131 Abs.2, 3, 5, 6, 7, 132 Abs.2 AktG (1937) bzw. § 36a VAG n.F. i.V.m. §§ 148, 149, 151 Abs.3-5 AktG (1965).

1) Vgl. Leffson, Ulrich, a.a.O., S.13.

2) Lengyel, S., a.a.O., S.7.

Rechnungslegung nicht verstummt.¹⁾ Es sind daher vor allem die Bilanzierungsvorschriften kritisch zu untersuchen.²⁾

Während für die grossen Versicherungsvereine de lege lata die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung richtungweisend sind, fehlt für die kleineren Vereine die gesetzliche Brücke zu den kodifizierten Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung: § 53 VAG, der die gesetzliche Basis für die kleineren Versicherungsvereine darstellt, zählt den § 16 VAG mit seiner Verbindung zum Handelsgesetzbuch nicht auf. Dass die kleineren Vereine Bücher führen müssen, ergibt sich nur mittelbar aus § 55 VAG, der von den Versicherungsunternehmen verlangt, dass sie ihre Geschäftsbücher jährlich abzuschliessen haben. Spezialvorschrift zur Rechnungslegung für kleinere Vereine ist § 157 VAG, der der Aufsichtsbehörde das Recht einräumt, für diese Pensionskassen Erleichterungen bei der Rechnungslegung gem. § 55 VAG zu gestatten. Da also Abweichungen von § 55 VAG zulässig sind, so ist daraus zu folgern, dass zunächst einmal die allgemeinen Vorschriften Geltung haben sollen.

Wenn auch die unmittelbare Verbindung zum Handelsgesetzbuch für die kleineren Vereine fehlt, so wäre es doch ein unbilliges Ergebnis, wenn für sie die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung keine Gültigkeit haben sollten. Es liegt hier wohl eine Ungenauigkeit des Gesetzgebers vor. Da kein Zweifel daran bestehen kann, dass auch für kleinere Vereine die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung für die Rechnungslegung massgeblich sind, wäre es wünschenswert, wenn

1) Vgl. Seite 64, Fussnote 6.

2) Vgl. die Ausführungen über den Aufbau der Rechnungslegung, Seite 118 ff.

im Versicherungsaufsichtsgesetz klargestellt würde, dass - durch Aufzählung in § 53 VAG - grundsätzlich die Rechnungslegungsvorschrift des § 55 VAG Gültigkeit habe, dass jedoch die Erleichterungen kraft § 157 VAG zur Anwendung kämen. Die Aufsichtsbehörde hat ihrerseits ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für kleinere Vereine die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung Masstab für die Rechnungslegung seien.¹⁾

Die Frage, welche Grundsätze im einzelnen für eine ordnungsmässige Buchführung massgeblich sind, soll dadurch beantwortet werden, dass - ohne Rücksicht auf eine etwaige Rangordnung²⁾ - die Grundsätze nacheinander dargestellt werden.

1. Vorsicht

Das Vorsichtsprinzip, das in den Bilanzen der kaufmännischen Unternehmungen ausserhalb der Versicherungsbranche den Ausweis unrealisierter Gewinne verhindern, unrealisierte Verluste dagegen aufzeigen soll (Imparitätsprinzip), hat seine Wurzel in der Unsicherheit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung; was in der Zukunft liegt, ist dem Kaufmann unbekannt und zwingt ihn zur vorsichtigen Beurteilung seiner Lage.

Neben die Unsicherheitsmomente, die sich aus der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ergeben, treten in Pensionskassen die Unsicherheiten, die den versicherungstechnischen Daten anhaften und daher ebenfalls zu einer vorsichtigen Bilanzierung zwingen. Es

1) GB 1961, S.18.

2) Vgl. z.B. Leffson, Ulrich, a.a.O., S.71 f.

ist für Pensionskassen nicht vorhersehbar und daher ungewiss, wie sich die Sterblichkeit oder die Invalidität der Betriebsangehörigen in der Zukunft entwickeln wird.

Der Grundsatz vorsichtiger Bilanzierung prägt in kaufmännischen Unternehmungen ausserhalb der Versicherungsbranche vor allem die Aktivseite, in der Pensionskasse dagegen die Passivseite, denn es entspricht vorsichtiger Bewertung, die Verbindlichkeiten aus Pensionszusagen eher höher als zu niedrig auszuweisen.¹⁾

Der Grundsatz allgemeiner Vorsicht erhält in der Pensionskasse deswegen eine so zentrale Bedeutung, weil die mögliche Höhe der Verbindlichkeiten um so unsicherer ist, je kleiner die Zahl der versicherten Betriebsangehörigen ist. Das Zufallsrisiko nimmt mit abnehmender Zahl der Versicherten zu.

Da eine begrenzte Zahl von Versicherten für Pensionskassen typisch ist, ergeben sich daraus wichtige bilanzpolitische Konsequenzen.²⁾

-
- 1) "Während bei allen anderen Arten von Wirtschaftsunternehmen die Passiven in der Regel feststehen und vor allem die Bewertung der Aktiven Schwierigkeiten bereitet, liegen die Verhältnisse bei den Versicherungsgesellschaften gerade umgekehrt." Lengyel, S., a.a.O., S.1.
 - 2) Bei Helbling, Carl, Autonome Pensionskasse oder Gruppenversicherung, Zürich und St.Gallen 1960, findet sich auf S.31, Fussnote 5, eine Statistik, die die Beziehung zwischen der Zahl der Versicherten und dem Zufallsrisiko wiedergibt:

<u>Personenzahl</u>	<u>Relative Sicherheitszuschläge zur jährlichen Prämie</u>
50	123%
100	83%
1 000	24%
10 000	7%
100 000	2%

Modifizierend muss hinzugefügt werden, dass das Prinzip allgemeiner Vorsicht in seiner fundamentalen Bedeutung für die Bilanzierung eingeschränkt wird, wenn die Trägerunternehmung sich verpflichtet hat, einen möglichen Fehlbetrag der versicherungstechnischen Bilanz zu decken.¹⁾ Zudem ist die Pensionskasse nicht in dem Masse auf das öffentliche Vertrauen angewiesen, wie es vergleichsweise bei erwerbswirtschaftlichen Lebensversicherungsunternehmungen der Fall ist, bei denen eine falsche Bilanzpolitik u.U. zu einer Existenzgefährdung führen könnte. So ist es verständlich, wenn Rolcke und Korsch der Auffassung sind, dass es "im Gegensatz zu gewerblich arbeitenden Versicherungsunternehmungen bei betrieblichen Pensionskassen ausreicht, wenn statt der **a b s o l u t** ausreichenden Rückstellungen diejenigen gebildet werden, die mit **h o h e r W a h r s c h e i n l i c h k e i t** die Erfüllung der Leistungen gewährleisten".²⁾

Die Frage, ob die Bilanz der Pensionskasse aus finanzwirtschaftlichen Gründen, d.h. aus Gründen stiller Kapitalbildung,³⁾ modifiziert werden sollte, indem bewusst und systematisch stille Reserven (Willkürreser-

-
- 1) Die Zusage muss im Geschäftsplan verankert sein. Vgl. Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, a.a.O., S.89.
 - 2) Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, a.a.O., S.86, Hervorhebung d.Verf. Vom Standpunkt des Wirtschaftsprüfers wird es jedoch notwendig sein, auf eine **a u s r e i c h e n d e** Dotierung der Rückstellungen zu dringen. Denn die Folge aus einer solchen Bilanzierungspraxis ist doch, dass ein entsprechend höherer Überschuss ermittelt werden könnte, der, falls die Satzung eine Überschussbeteiligung vorsieht, an die Mitglieder u.U. zur Ausschüttung käme, wodurch sich sowohl die Liquidität als auch die Vermögenslage der Kasse verschlechtern würde.
 - 3) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.73.

ven)gelegt werden, berührt die Forderung nach Darstellung des finanziellen Gleichgewichts der Kasse.

Willkürreserven, die auf der Aktivseite der Versicherungsbilanz gebildet würden, könnten einen möglichen Ausgleich verhindern und die Trägerunternehmung und (oder) die Betriebsangehörigen zwingen, u.U. Nachschüsse zu leisten.

Andererseits - und das ist ein ganz entscheidender Gesichtspunkt - sind die Pensionszusagen, die die Pensionskassen geben, langfristiger Natur, die durch eine ständige Geldentwertung ausgehöhlt werden, so dass man die Auffassung vertreten könnte, eine Reservenbildung läge durchaus im Interesse der Betriebsangehörigen: Mit Hilfe der aufgelösten stillen Reserven könnte dann eine entsprechend höhere Pension gezahlt werden, die ein Äquivalent für die Geldentwertung darstellt.

Es wird jedoch für richtiger gehalten, die Beiträge mit Hilfe eines Indexes *o f f e n* an die gesunkene Kaufkraft anzugleichen,¹⁾ den Beitragszahlern wird es dann einleuchten, warum es zu einer Anhebung der Beiträge kommt; zudem sind willkürlich gelegte Reserven nach neuem Recht²⁾ nicht mehr zulässig.

Hax erwähnt ein solches Beispiel, dass ein Arbeitgeber auf Grund einer kollektiven Pensionsversicherung für seine Arbeitnehmer - neben den laufenden Prämien - auch noch einen Betrag zahlt, der mit einem Index variiert und der zur Auffüllung des Deckungsstocks dient.³⁾

1) Wobei etwa entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen unberücksichtigt bleiben sollen.

2) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 153 Abs.1-3, 5;
§§ 154-156 AktG (1965).

3) Hax, Karl, Die Kapitalanlage-Politik der Lebens-

Dieser Effekt, die offene Angleichung des Deckungsstocks, würde bei dem Weg über die stillen Reserven nicht erzielt.

2. Gläubiger- und Versichertenschutz

Die Diskussion über die Frage, inwieweit es den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entspricht, die Bilanz der Pensionskasse aus Gründen des G l ä u - b i g e r s c h u t z e s zu modifizieren, ist auch auf den Bereich des Mitgliederschutzes auszudehnen: Sowohl die Gläubiger als auch die Mitglieder der Pensionskasse haben geldwerte Ansprüche gegenüber der Pensionskasse, wobei sich Unterschiede vor allem im Hinblick auf die Fristigkeit ergeben. Kisch¹⁾ ist der Auffassung, dass die Forderungen, die die Vereinsmitglieder nach Eintritt des Versicherungsfalles haben, Gläubigerrechte seien; Prölss²⁾ hingegen zählt diese Forderungen zu den Rechten, die dem Betriebsangehörigen aus seinem Mitgliedschaftsverhältnis zur Pensionskasse erwachsen. Die Interpretation der Rechtsstellung von Gläubiger und Versichertem - mit ihrer Konsequenz für die Reihenfolge der Befriedigung im Konkursfall - ist jedoch für die Erörterung allgemeiner Bilanzierungsgrundsätze nur insoweit von Interesse,

versicherungs-Unternehmungen im Hinblick auf das Problem der wertbeständigen Versicherung, in: Beiträge zur Versicherungswissenschaft, Festgabe für Walter Rohrbeck, Berlin 1955, S.159. Es handelt sich um ein finnisches Exempel.

1) Vgl. Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.150 f.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.7a zu § 20 VAG; gleicher Auffassung ist Gierke, Julius v., Die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit nach deutschem Recht, Stuttgart 1942, S.46.

als dadurch die Frage nach der Erhaltung einer ausreichenden Haftungssubstanz berührt wird.

Die handelsrechtlichen Höchstwertvorschriften des alten Aktiengesetzes dienten vor allem dem Gläubigerschutz,¹⁾ für die Gläubiger sollte die Haftungssubstanz geschützt werden;²⁾ dieser Grundsatz zog sich wie ein roter Faden durch alle Bewertungsvorschriften. Die besonderen Vorschriften zur Rechnungslegung in der Pensionskasse sollen vor allem die Interessen der Versicherten schützen, was durch die eigens durchgeführte Überwachung seitens der Aufsichtsbehörde noch unterstrichen wird.

Wenn auch ursprünglich das Versicherungsaufsichtsgesetz eigene Bewertungsvorschriften enthielt,³⁾ so lässt doch die spätere Übernahme der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften von 1937 in das Aufsichtsgesetz den Schluss zu, dass der Gesetzgeber den Schutz, den er den Gläubigern angedeihen liess, auch den Versicherten gewähren wollte. Somit gingen Gläubigerschutz und Versichertenschutz ineinander über. Andererseits profitiert die (begrenzte) Zahl der Gläubiger letzten Endes auch von der genauen Überwachung, die die Aufsichtsbehörde der Versicherten wegen durchführt.⁴⁾

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.7 zu § 133 AktG (1937).

2) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.72.

3) § 56 VAG wurde auf Grund der 2.DVO zum AktG vom 19.November 1937 hinfällig.

4) Wegen der Konsequenzen des Versichertenschutzes im Hinblick auf das neue Bewertungsrecht des Aktiengesetzes vgl. Seite 129 ff.

3. Klarheit

Das Postulat der Bilanzklarheit als Grundsatz ordnungsmässiger Buchführung besagt, dass es an Hand der Bilanzgliederung und des äusseren Bildes der Gewinn- und Verlustrechnung möglich sein muss, einen sicheren Einblick in die Lage der Pensionskasse gewinnen zu können.¹⁾ Dieser Grundsatz ist jedoch nur indirekt an die bilanzierende Pensionskasse gerichtet, weil sie an die Vorschriften zur Gliederung der Bilanz gebunden ist, die die Aufsichtsbehörde auf Grund §§ 55, 157 VAG erlassen hat.

Da diese Gliederungsvorschriften Mindestvorschriften²⁾ sind, ist zwar formal eine Freiheit der Pensionskasse in der weiteren Ausgestaltung des Bilanzbildes gegeben, doch dürften die Grenzen, innerhalb deren die Bilanz weiter ausgestaltet werden kann, gerade in einem Versicherungsbetrieb sehr eng zu ziehen sein, weil eine weitergehende Detaillierung die Kompliziertheit der Versicherungsbilanz nur erhöhen könnte, was mit dem Grundsatz der Klarheit nicht zu vereinbaren wäre.

Die Forderung nach Bilanzklarheit muss daher unmittelbar an die Aufsichtsbehörde gerichtet werden. Ihr kommt das Recht zu, Näheres über die Fristen sowie die Art und Form des Rechnungsabschlusses und des Jahresberichtes zu bestimmen, soweit nicht im Versicherungsaufsichtsgesetz Vorschriften über die Buchführung und Rechnungslegung bestehen.³⁾ Ihre Befugnis, nähere

1) § 36a VAG a.F. i.V.m. § 129 Abs.1 AktG (1937);

§ 36a VAG n.F. i.V.m. § 149 Abs.1 AktG (1965).

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.14 zu § 129 AktG (1937).

3) Besondere Bundesgesetze oder Anordnungen des Bundeswirtschaftsministers, die auf Grund § 55 Abs.2

Einzelheiten über die Rechnungslegung zu erlassen, hat ihre Ursache in den Besonderheiten der versicherungstechnischen Bilanz, für die in anderen Bundesgesetzen¹⁾ keine Regelungen zu finden sind. Dieser Tatbestand umreißt eindeutig den Spielraum der Aufsichtsbehörde für ihre Anordnungen, wobei sie die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze der Klarheit und Wahrheit zu beachten hat.²⁾

Es fragt sich nun, ob dieser allgemeine Grundsatz, der von Fritz ausdrücklich als verbindlich für die Aufsichtsbehörde erklärt wurde,³⁾ auch genügend beachtet worden ist.

Hax hat die Rechnungslegungsvorschriften, die die Aufsichtsbehörde am 23.9.1954 für Lebensversicherungsunternehmungen erlassen hat,⁴⁾ einer eingehenden Kritik unterzogen⁵⁾ und zunächst die Kompliziertheit des Rechnungswesens in Versicherungsunternehmen scharf gerügt,⁶⁾ sodann hat er die Grenzen der Angleichung

VAG a.F. den Vorrang vor den Anordnungen der Aufsichtsbehörde hätten, sind bisher nicht erlassen worden, insofern gilt nur das VAG als Masstab mit seinen Verweisungen zu Rechnungslegungsvorschriften anderer Bundesgesetze. Vgl. auch Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2/II zu § 55 VAG. Diese Reihenfolge hat auch Gültigkeit für § 37 EGAktG (1965) i.V.m. § 55 VAG n.F.

- 1) Vgl. Seite 72 ff.
- 2) § 55 VAG a.F. i.V.m. § 129, Abs.1 AktG (1937) bzw. § 55 VAG n.F. i.V.m. § 149, Abs.1 AktG (1965).
- 3) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmungen in der Sicht der Versicherungsaufsichtsbehörde, in: VersArch 1955, S.136.
- 4) Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen (VerBAV), Sonderheft 1, Berlin 1954, S.5-140.
- 5) Vgl. Hax, Karl, Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmungen in der Sicht des Betriebswirts, in: VersArch 1955, S.141 ff.
- 6) "Die Kompliziertheit des Rechnungswesens ... führt zu einem Spezialistentum, das für eine vorurteils-

der Vorschriften an allgemein geltende Bilanzierungsgrundsätze aufzuzeigen versucht. Sie seien dort zu suchen, wo die Besonderheiten des Versicherungsgeschäfts eine spezielle Regelung erforderlich machten. Das Festhalten an traditionellen Formen, z.B. an dem kameralistischen Aufbau der Gewinn- und Verlustrechnung, ist für ihn nur aus Gründen der Vergleichbarkeit und der Rücksichtnahme auf internationale Usancen erklärlich.¹⁾

Wenn auch das Argument der Vergleichbarkeit für Pensionskassen stichhaltig sein mag, so ist doch eine Verpflichtung gegenüber dem Ausland, an traditionellen Formen festzuhalten, bei Pensionskassen schwerlich gegeben. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben Pensionskassen lediglich lokale Bedeutung.

Bei der Behandlung des Jahresabschlusses soll auf die angeschnittenen Probleme im einzelnen eingegangen werden.²⁾

4. Wahrheit

Die Bilanzwahrheit als Grundsatz ordnungsmässiger Buchführung findet ihre Wurzel nicht expressis verbis in einer gesetzlichen Vorschrift,³⁾ wie Fritz es annimmt,⁴⁾ sondern entspringt der Ansicht ordentlicher

freie Behandlung der Probleme u.U. gefährlich werden kann. Die Spezialisten gewinnen eine ungeheure Überlegenheit in allen Detailfragen, verlieren aber allzu leicht das Verständnis für die grossen Zusammenhänge. Sie neigen dazu, die Bedeutung des Details zu betonen, weil sie dann um so leichter die Kritik Ausstehender unter Hinweis auf ungenügendes Sachverständnis abwehren können." Hax, Karl, Die Vorschriften, a.a.O., S.142.

1) Vgl. Hax, Karl, Die Vorschriften, a.a.O., S.146.

2) Vgl. Seite 118 ff.

3) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.17 zu §129 AktG 1937.

4) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vorschriften, a.a.O., S.136.

Kaufleute über eine ordnungsgemässe Bilanzierung. Solange die Bilanz nicht gegen die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung verstösst, ist sie auch "wahr".¹⁾ Die "Wahrheit" soll vor allem aus der materiellen Ordnungsmässigkeit der Bilanz sprechen.²⁾ "Unwahr" wäre z.B. die Bilanz, wenn auf Grund von willkürlichen Unterbewertungen die Vermögensanlagen lediglich mit Erinnerungswerten aufgeführt würden.

5. Vollständigkeit

Während die Bilanzwahrheit aus der richtigen Bewertung spricht, geht es bei der Vollständigkeit um die lückenlose Erfassung aller Geschäftsvorfälle: "Die Vollständigkeit hat damit einen rein quantitativen Charakter."³⁾

Eine Bilanz wäre z.B. nicht vollständig, wenn durch ungerechtfertigte Saldierungen die Aktiven und Passiven nicht in ihrer vollen Höhe gezeigt würden.

Der Grundsatz der Vollständigkeit berührt in Versicherungsunternehmen vor allem die bilanzielle Behandlung der Rückversicherungen.⁴⁾ Es geht dabei um folgende Frage: "Soll das Gesamtgeschäft mit allen daraus resultierenden Forderungen und Verbindlichkeiten zur Darstellung gelangen oder nur der Eigenbehalt ohne die Anteile der Rückversicherer?"⁵⁾

1) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.75.

2) Vgl. WP-Handbuch 1963, a.a.O., S.331.

3) Leffson, Ulrich, a.a.O., S.109.

4) Eigentlich fällt z.B. das Rückversicherungsgeschäft unter die saldierungsfähigen Posten. Wesentlichster Gesichtspunkt gegen eine Saldierung ist jedoch, dass aus der Bilanz nicht alle Haftungsverhältnisse ersichtlich sind. Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.10. Vgl. auch Seite 159.

5) Hax, Karl, Die Vorschriften, a.a.O., S.149.

Die Frage ist auch für die Gewinn- und Verlustrechnung bedeutsam. Sollen die Bruttobeiträge gezeigt werden oder nur diejenigen Beiträge, die nach Abzug der an Rückversicherer weitergegebenen Beträge übrigbleiben?¹

Weiterhin wird dem Grundsatz der Vollständigkeit entsprochen, wenn auch die versicherungstechnischen Risiken durch ausreichende Rückstellungen in der Bilanz erfasst werden.

6. Kontinuität

Es entspricht einer ordnungsmässigen Buchführung, wenn der Endzustand einer Abrechnungsperiode mit dem Anfangszustand des darauffolgenden Abrechnungszeitraums identisch ist (formelle Bilanzkontinuität oder Bilanzidentität²)).

Wird dieser Grundsatz bis zur Auflösung einer Kasse beibehalten, so muss die Summe der einzelnen Periodenerfolge zwangsläufig mit dem Totalerfolg identisch sein (Bilanzkongruenz³)).

Die Kontinuität soll auch dadurch gewahrt werden, dass man das äusserliche Bilanzbild beibehält. Es wäre mit dem Grundsatz der Bilanzkontinuität nicht vereinbar, wenn der Aufbau der Bilanz willkürlich - etwa, um den Bilanzleser irrezuführen - von Jahr zu Jahr geändert würde.

Inwieweit aus dem Kontinuitätsgrundsatz auch gefordert werden kann, stetig zu bewerten (materielle

1) Vgl. Seite 180 f.

2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm. 20 zu § 129 AktG (1937).

3) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S. 77.

Bilanzkontinuität), ist umstritten. Im alten Aktiengesetz war dieser Grundsatz nicht verankert, obwohl er "für eine betriebswirtschaftlich richtige und zweckmässige Ermittlung des Erfolgs durchaus am Platze (ist), wenn sichergestellt werden soll, dass der Erfolg immer unter den gleichen Voraussetzungen ermittelt wird".¹⁾ Auch im neuen Aktiengesetz ist die Bewertungsstetigkeit nicht vorgeschrieben. Es besteht nunmehr lediglich eine Berichtspflicht über wesentliche Änderungen der Abschreibungs- und Bewertungsmethoden.²⁾

II. Rechnungslegungsvorschriften

Pensionskassen, die rechtsverbindliche Altersversorgungszusagen geben und ihre Tätigkeit in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit oder einer Versicherungsaktiengesellschaft ausüben, haben bei der Rechnungslegung besondere Vorschriften zu beachten.

1. Gesetzliche Vorschriften

Als gesetzliche Grundlage für die Rechnungslegung dient das "Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen" vom 12. Mai 1901,³⁾ neugefasst als "Gesetz

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm. 21 zu § 129 AktG (1937).

2) Vgl. Seite 199 ff.

3) RGBI I, S. 139.

über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen" (VAG) vom 6. Juni 1931,¹⁾ das in § 55 Abs.1 von den Versicherungsunternehmen verlangt, ihre Bücher jährlich abzuschließen, für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Rechnungsabschluss aufzustellen, einen Jahresbericht anzufertigen und diese der Aufsichtsbehörde einzureichen.²⁾

§ 55 VAG ist - sowohl in der alten wie auch in der neuen Fassung - eine völlig selbständige, eigene Rechtsgrundlage für die Rechnungslegung, die ganz allgemein für alle Versicherungsunternehmen Gültigkeit hat; die Bestimmung findet sich im Teil IV des Gesetzes, dem Abschnitt über die Geschäftsführung der Versicherungsunternehmen.

Für V e r s i c h e r u n g s v e r e i n e (VwAG) gelten an und für sich die handelsrechtlichen Buchführungs- und Bilanzierungsvorschriften, da in § 16 VAG - als Teil der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes über Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit - auf die Bestimmungen des ersten Buches des Handelsgesetzbuches³⁾ verwiesen wird. Die Gültigkeit dieser Bestimmung ist aber insoweit eingeschränkt, als im neuen Aktiengesetz⁴⁾ nicht bereits eine anderslautende Regelung vorgesehen ist.

1) RGBl I, S.315; Berichtigung S.750.

2) Die Gesetzgebung zur Versicherungsaufsicht lässt sich in dem sehr instruktiven Artikel von Franz Buchner: "Die Entwicklung der deutschen Gesetzgebung über die Versicherungsaufsicht bis zum Bundesgesetz vom 31. Juli 1951" verfolgen, in: 50 Jahre materielle Versicherungsaufsicht, herausgegeben von Walter Rohbeck, 1. Band, S.1-48, Berlin 1952.

3) Anwendbar sind: §§ 8-13a, 13c, 17, 30, Abs.1, 3, 4, 32, 37, 38, 39, Abs.1, 2, 41, 43-46, 48-61, 62, Abs.1, 3, 4, 63-83, 85-90, 91a-91c HBG. Vgl. Frölss, Erich, Anm.2 zu § 16 VAG.

4) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 149 Abs.2 AktG (1965).

Allgemeinverbindliche Rechtsnorm für die Rechnungslegung der Versicherungsvereine ist jedoch ebenfalls § 55 VAG a.F. und n.F., der einer weiteren Ausgestaltung bedarf, sei es durch das Versicherungsaufsichtsgesetz selbst, sei es durch das Aktiengesetz, das Handelsgesetz oder durch den Bundesminister für Wirtschaft oder durch die Aufsichtsbehörde.¹⁾

Der gesetzestechnische Aufbau der Rechnungsvorschriften wie auch ihre Rangordnung sind historisch bedingt, denn zunächst stellte § 16 VAG die einzige gesetzliche Erläuterung zur Rechnungslegung für V e r s i c h e r u n g s v e r e i n e dar, wobei natürlich nur solche Vorschriften zur Anwendung kommen konnten, die auch auf Versicherungsunternehmen anwendbar waren.²⁾

Nach der grossen Reform des Aktienrechts im Jahre 1937 wurde dann § 36a in das Versicherungsaufsichtsgesetz eingefügt, der alle diejenigen Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes aufzählt, die in Versicherungsvereinen anwendbar sind. So gesehen, ist § 36a VAG lex specialis zu § 16 VAG.³⁾ Auch nach der Reform des Aktiengesetzes von 1965 hat sich an der Verweisung auf die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften nichts geändert. § 37 EG AktG (1965) zählt die in Frage kommenden Bestimmungen auf.

Für k l e i n e r e Versicherungsvereine, die nicht als Kaufleute behandelt werden und daher die Be-

1) § 55 Abs.2 VAG a.F. und n.F. Wegen der Reihenfolge der Bestimmungen vgl. Seite 73 f.

2) Versicherungsunternehmen führen z.B. keine Warenlager, so dass die entsprechenden Vorschriften nicht anwendbar sind.

3) Eingefügt wurde der § 36a VAG auf Grund der 2.DVO zum AktG vom 19.November 1937, RGBI I, S.1300.

stimmungen der §§ 16, 36a VAG nicht anwenden, ist zwar § 55 VAG die allgemeine Rechtsgrundlage für die Rechnungslegung,¹⁾ unmittelbar führen diese Pensionskassen ihre Rechnungslegung aber auf Grund des § 157 VAG durch, der der staatlichen Aufsichtsbehörde das Recht einräumt, A b w e i c h u n g e n von § 55 VAG für kleinere Vereine zu gestatten. Abweichungen k ö n n e n im Sinne von Erleichterungen²⁾ gestattet werden, die jedoch an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sind.³⁾

Das Kriterium der Rechtsform für die Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften ist jedoch durch die Aufsichtsbehörde ausser Kraft gesetzt worden, als sie entschied, dass Pensionskassen je nach der Höhe ihrer Beitragseinnahmen die Rechnungslegungsvorschriften für grosse oder kleinere Vereine anzuwenden haben.⁴⁾

Für V e r s i c h e r u n g s a k t i e n g e s e l l s c h a f t e n - diese Form könnten Pensionskassen ja annehmen - wird die Brücke zu den Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes ebenfalls in § 37 EG AktG (1965)⁵⁾ geschlagen.

1) Vgl. Seite 70.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 157 VAG.

3) § 157 Abs.2 VAG; z.B. Prüfung durch einen Sachverständigen in mehrjährigem Rhythmus.

4) Vgl. Seite 73.

5) BGBI I, S.1185.

2. Anordnungen der Aufsichtsbehörde

§ 55 VAG a.F. gab einer staatlichen Aufsichtsbehörde, dem "Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen, Berlin", das Recht, in eigener Machtvollkommenheit Vorschriften zur Rechnungslegung zu erlassen.¹⁾ Bevor das Aufsichtsamt neue Vorschriften erlassen durfte, musste es den Versicherungsbeirat hören.²⁾

Der Gesetzgeber begründete dies wie folgt: "Hierdurch wird die nötige Gewähr geschaffen, dass die Bedürfnisse der Praxis mit den Anforderungen der Aufsichtsführung in Einklang bleiben."³⁾

Mit ihren Vorschriften⁴⁾ sollte die Aufsichtsbehörde die Lücke schliessen, die der Gesetzgeber und der Bundesminister für Wirtschaft zu dem Komplex der Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen bewusst gelassen hatten. Der Gesetzgeber wie auch der Bundesminister für Wirtschaft haben zu dem Fragenkreis der Versicherungsrechnungslegung bisher immer geschwiegen und dem Aufsichtsamt mit seiner intimen Kenntnis der Probleme den Vorrang gelassen, wenn es darum ging, neue Vorschriften zur Rechnungslegung zu erlassen.

-
- 1) Errichtet wurde das Bundesamt auf Grund des Gesetzes vom 31. Juli 1951, BGBl I, S. 480.
 - 2) § 55 Abs. 4 VAG a.F.
 - 3) Begründung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen, abgedruckt in: Motive zum Versicherungsaufsichtsgesetz, herausgegeben vom BAV, Berlin 1963, S. 47 (Sp. 82).
 - 4) Fritz betont ausdrücklich, dass es sich im Falle des § 55 Abs. 2 VAG a.F. um Verwaltungsanordnungen der Aufsichtsbehörde und nicht etwa um Rechtsverordnungen handele. Vgl. Fritz, Ernst, Die Rechnungslegungsvorschriften des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen, in: Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW), Düsseldorf 1959, S. 20.

Auf Grund der Befugnisse des § 55 Abs.2 VAG a.F. hat die Aufsichtsbehörde Anordnungen¹⁾ zur Rechnungslegung erlassen, die auch heute noch gültig sind:

- a) für diejenigen Pensionskassen, die jährlich mehr als eine Million DM Beiträge vereinnahmen, gelten die Vorschriften vom 23.9.1954, eingeführt durch die Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr.213/1954,²⁾
- b) für diejenigen Pensionskassen, die jährlich weniger als 1 Million DM Beiträge vereinnahmen, gelten die Vorschriften vom 20.11.1956, eingeführt durch Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr.73/1957.³⁾

Ordnet man nun die geltenden Rechnungslegungsvorschriften für Pensionskassen ihrer Rangordnung gemäss, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. An erster Stelle ist das Versicherungsaufsichtsgesetz zu nennen; es stellt die entscheidende gesetzliche Grundlage dar und verweist im Hinblick auf nähere Erläuterungen auf das Handelsgesetzbuch bzw. das Aktiengesetz, z.B. in § 16 und § 36 a VAG.
2. Die Vorschrift des § 55 Abs.2 VAG a.F. spricht von gesetzlichen Bestimmungen zur Buchführung und Rechnungslegung, die dem Versicherungsaufsichtsgesetz zur Seite treten sollen; sie sind bisher nicht erlassen worden.

1) Weber spricht von "subsidiären Rechtssätzen", die die Aufsichtsbehörde zur Rechnungslegung erlassen kann. Vgl. Weber, Werner, Die Rechtsetzungsbefugnis des Reichs- und Bundesaufsichtsamtes in der Versicherungsaufsicht ..., a.a.O., Band 1, S.51.

2) VerBAV, Sonderheft 1, Berlin 1954, S.5-136.

3) VerBAV, Sonderheft 6, Berlin 1957, S.81-92.

3. Verordnungen des Bundesministers für Wirtschaft im Sinne von § 55 Abs.2 VAG sind bisher ebenfalls nicht erlassen worden, was auch für den Rechtsvorgänger, den Reichswirtschaftsminister, gilt.
4. Die Anordnungen der Aufsichtsbehörde füllen die Lücken von 2) und 3) aus.

Der Auffassung von Prölss, dass die letzte, also die 5.Stelle der Rangordnung die "allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften anderer Bundesgesetze"¹⁾ ausfüllen würden, muss jedoch widersprochen werden.

Aus der Ableitung der allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze für Pensionskassen konnte die Erkenntnis gewonnen werden, dass die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung den allgemeinen Rahmen bilden,²⁾ in den auch das Versicherungsaufsichtsgesetz eingebettet ist.

Dieser allgemeine Rahmen gilt auch für die Besonderheiten der versicherungstechnischen Rechnungslegung, die bisher gesetzlich nicht kodifiziert wurden. Es wäre mit den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung nicht vereinbar, wenn diese Besonderheiten unklar abgefasst würden.

Der Grundsatz der Bilanzklarheit, der im Aktiengesetz von 1937 kodifiziert wurde, stellte von jeher einen Grundsatz ordnungsmässiger und getreuer Rechnungslegung dar,³⁾ über den sich weder der Gesetzgeber noch das Aufsichtsamt hätten willkürlich hinwegsetzen können.

1) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG a.F.

2) Vgl. Seite 54 ff.

3) Vgl. Passow, Richard, Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, Band 1, allgemeiner Teil, 2.Aufl., Leipzig und Berlin 1918, S.48; Lengyel, S., a.a.O., S.8.

Zudem hat Fritz, der Sprecher des Aufsichtsamtes bei der Kommentierung der Rechnungslegungsvorschriften von 1954 und 1956, den Grundsatz der Bilanzklarheit ausdrücklich als verbindliche Richtschnur für die Aufsichtsbehörde anerkannt.¹⁾

So gesehen, ist es nicht gerechtfertigt, die allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze auf den letzten Rang unter den geltenden Bestimmungen zu setzen, wie Prölss es tut. Vielmehr stellen die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung - seien sie nun kodifiziert oder nicht - den allgemeinen Rahmen dar, in den alle speziellen gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Vorschriften zur Rechnungslegung von Pensionskassen eingebettet sein müssen. Prölss erläutert zudem nicht, welche Gesetze er eigentlich meint.²⁾

Prölss folgert aus dem Wortlaut der 2.Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz vom 19.November 1937, dass die Aufsichtsbehörde bisher auch Rechnungslegungsvorschriften erlassen konnte, "ohne an die aktienrechtlichen Normen für Rechnungsabschluss und Jahresbericht gebunden zu sein".³⁾

Diese Verallgemeinerung ist schon deswegen nicht zulässig, weil Art.III Abs.1 der 2.DVO, auf den Prölss sich stützt, nur die Bewertungsvorschriften des § 133 AktG (1937) meint. Zudem sollten nähere Bestimmungen nur erlassen werden, "soweit es durch die Besonderheit des Versicherungswesens geboten erscheint".⁴⁾ Daraus ist zu folgern, dass die Aufsichtsbehörde den materiellen Inhalt der Bewertungsvorschriften des § 133 AktG (1937) nicht willkürlich abändern konnte.

Im neu gefassten § 55 Abs.2 VAG im Einführungsgesetz zum neuen Aktiengesetz⁵⁾ wird der Bundesminister

1) Vgl. Seite 64.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG a.F.

3) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG a.F.

4) RGBl I, 1937, S.1303.

5) § 37 EG AktG (1965).

für Wirtschaft ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz durch Rechtsverordnungen - die ausdrücklich nicht der Zustimmung durch den Bundesrat bedürfen:

1. besondere Formblätter vorzuschreiben oder andere Vorschriften für die Gliederung der Rechnungslegung zu erlassen,
2. nähere Vorschriften über die Buchführung und die Form des Jahresberichts zu erlassen,
3. soweit der Geschäftszweig der Versicherungsunternehmen dies bedingt, von den normalen aktienrechtlichen Fristen für die Aufstellung des Jahresabschlusses abzuweichen,
4. die Fristen für die Einreichung des Jahresabschlusses anzugeben,
5. zu bestimmen, wieweit und in welcher Weise der Rechnungsabschluss von Pensionskassen den Versicherten zugänglich gemacht wird.

Hatte § 55 Abs.2 VAG a.F. unmittelbar der Aufsichtsbehörde das Recht eingeräumt, alternativ - d.h. soweit nicht bereits in Gesetzen vorhanden - Näheres über die Fristen sowie die Art und Form des Rechnungsabschlusses und des Jahresberichts zu bestimmen,¹⁾ so hat der Gesetzgeber nunmehr die umstrittene Frage, inwieweit überhaupt einer Aufsichtsbehörde das Recht, Verordnungen zu erlassen, zukommen dürfe, dahingehend geklärt, dass die dargestellten Rechte des Bundesministers für Wirtschaft durch Rechtsverordnung - die ebenfalls nicht der Zustimmung durch den Bundesrat bedarf -

1) Im übrigen konnte die Aufsichtsbehörde bisher in eigener Machtvollkommenheit bestimmen, wieweit und auf

auf die Aufsichtsbehörde übertragen werden dürfen. Somit hat der Gesetzgeber die nach Art.8o GG erforderliche Delegation des aufsichtsbehördlichen Rechtes, Verordnungen erlassen zu dürfen, im neugefassten § 55 VAG vorgesehen.

Nach den Überleitungsvorschriften, die das Einführungsgesetz zum neuen Aktiengesetz enthält,¹⁾ sind die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes von 1965 erstmals für das nach dem 31.12.1966 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Daraus ist zu folgern, dass der Bundeswirtschaftsminister entweder in Bälde eigene Rechtsverordnungen erlassen muss oder seine Befugnisse auf die Aufsichtsbehörde überträgt.²⁾

welche Weise der Jahresabschluss zu veröffentlichen war, § 55 Abs.3 VAG a.F. Nunmehr gestrichen: § 57 Abs.1 Nr.7b EG AktG (1965).

1) § 14 EG AktG (1965).

2) Die Übertragung des Rechtes ist bisher noch nicht erfolgt (Stand 1.6.1967).

D. Der Aufbau der Rechnungslegung

Nachdem die gestaltenden Grundsätze und Vorschriften zur Rechnungslegung dargestellt worden sind, gilt es nun, auf die Durchführung der Rechnungslegung einzugehen.

I. Die Buchführung

Für Versicherungsunternehmen ist - gleich welcher Rechtsform - weder kraft Gesetzes noch auf Grund aufsichtsbehördlicher Anordnung ein bestimmtes Buchführungssystem, d.h. eine bestimmte Art der Buchführung,¹⁾ vorgeschrieben.²⁾

Hätte die Aufsichtsbehörde angeordnet, dass Pensionskassen je nach ihrer Grösse einfach oder doppelt zu buchen haben, so wäre sie über die Ermächtigung des § 55 Abs.2 VAG a.F. hinausgegangen,³⁾ der lediglich das Recht einräumte, für den Jahresabschluss nähere Bestimmungen zu erlassen.⁴⁾ Im neugefassten § 55 VAG ist

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.89 zu § 129 AktG (1937).

2) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vorschriften, a.a.O., S.139.

3) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG a.F.

4) Dabei mag dahingestellt bleiben, ob § 55 Abs.2 VAG a.F. nicht in sich inkonsequent war: Während im ersten Halbsatz des 2.Absatzes von der Buchführung und Rechnungslegung gesprochen wurde, zu denen Anordnungen getroffen werden mussten, sprach der letzte Teil

vorgesehen, dass der Bundesminister für Wirtschaft oder die Aufsichtsbehörde auch nähere Vorschriften über die Buchführung erlassen kann, jedoch nur insoweit, als dies zur Durchführung der Aufsichtspflicht notwendig ist.

Schon aus Gründen der automatischen Kontrolle, die dem System der Doppik eigen ist, wird es für kleinere Pensionskassen ratsam sein, doppelt zu buchen, ganz abgesehen von den grossen Pensionskassen, in denen man wegen der Übersichtlichkeit kaum auf die doppelte Buchführung verzichten können.

Welches Buchführungs v e r f a h r e n gewählt, m.a.W. welche Technik bei der Verbuchung angewendet werden soll, ist letzten Endes eine Frage des zu bewältigenden Buchungsstoffes. Je mehr Buchungen anfallen, desto rationeller wird man verfahren müssen, angefangen bei der Handdurchschreibebuchführung bis zur elektronischen Verbuchung der Geschäftsvorfälle. Entscheidende Kriterien bei der Anwendung der verschiedenen Verfahren sind, ob

- a) vollständig, fortlaufend und richtig gebucht wird,
- b) die Eintragungen klar und übersichtlich sind,
- c) für jede Buchung ein Beleg vorhanden ist und ordnungsgemäss aufbewahrt wird und
- d) aus den Büchern ein Fachkundiger jederzeit die Lage und das Ergebnis der Pensionskasse feststellen kann.¹⁾

dieses Absatzes nur von dem Rechnungsabschluss; der erste und der zweite Teil deckten sich also nicht.

1) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.99 zu § 129 AktG.

Für den Kontenrahmen gilt das gleiche wie für das Buchhaltungssystem: Es existiert weder eine gesetzliche noch eine aufsichtsbehördliche Vorschrift.¹⁾ Auch in diesem Fall konnte die Aufsichtsbehörde allenfalls einen bestimmten Kontenrahmen empfehlen, nicht aber vorschreiben.²⁾

Nach neuem Recht wird die Aufsichtsbehörde Vorschriften zum Kontenrahmen erlassen dürfen, da der Kontenrahmen Bestandteil der Buchhaltung ist, jedoch nur insoweit, als dies zur Durchführung der Aufsicht nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz erforderlich ist.³⁾

Während in Handels- und Industriebetrieben durch den "Einheits- oder Pflichtkontenrahmen"⁴⁾ bereits in den dreissiger Jahren ein grosser Einfluss auf die Vereinheitlichung des Kontenrahmens ausgeübt worden ist, wurde für Versicherungsbetriebe ein "Einheitskontenrahmen" erst 1957 zur Diskussion gestellt: der Kontenrahmen für Versicherungsunternehmen, ausgearbeitet vom Gesamtverband der Versicherungsunternehmen.⁵⁾ Er lehnt sich an das dekadische System der Industriebetriebe an und unterscheidet neun Kontenklassen:

Klasse 0: Vermögensanlage- und Kapitalkonten

1: Finanzkonten und Rechnungsabgrenzung

2: Versicherungstechnische Bilanzkonten

3: Vermögenserträge und -aufwendungen

4: Versicherungsbeiträge

-
- 1) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 55 VAG a.F.
 - 2) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vorschriften, a.a.O., S.139.
 - 3) § 55 Abs.2a, Ziff.2 VAG n.F.
 - 4) Auf Grund des - nicht mehr gültigen - Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 11. November 1937; vgl. WP-Handbuch 1963, S.657, und Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, S.67.
 - 5) Herausgegeben von Ernst Rausche u.a., Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe 1957.

- Klasse 5: Versicherungsleistungen, Zu- und Abgänge bei Rückstellungen und Rücklagen
- 6: Unmittelbar zuzurechnende Kosten, sonstige Aufwendungen, sonstige Einnahmen und Ausgaben
- 7: Aufzuteilende Kosten, sonstige Aufwendungen, sonstige Erträge, sonstige Einnahmen, sonstige Ausgaben
- 8: Kosten, sonstige Aufwendungen, sonstige Einnahmen und Ausgaben insgesamt
- 9: Sammelkonten für die Gewinn- und Verlustrechnung

Die Begriffe, die zur Bezeichnung der einzelnen Kontenklassen benutzt werden, lehnen sich an die Terminologie in den Rechnungslegungsvorschriften der Aufsichtsbehörde an. Die Einnahmen und Ausgaben in den Klassen 6-8 sind periodisiert, so dass es sich, betriebswirtschaftlich gesehen, ebenfalls um Erträge und Aufwendungen handelt.

II. Die Bilanz

1. Einleitung

Will man die Bilanz der Pensionskasse darstellen, so ist es zunächst notwendig, sich Gedanken über die besondere Eigenart der bilanziellen Probleme der Kasse

zu machen; dabei können zunächst einmal die gesetzlichen Vorschriften zur Gliederung und Bewertung der Bilanz ausser acht gelassen werden - vielmehr sollen die theoretischen Überlegungen, die an die Besonderheiten angeknüpft werden, zum tieferen Verständnis der geltenden Bestimmungen beitragen. In den Fällen, in denen sich ein Widerspruch zwischen geltendem Recht und theoretischem Erfordernis ergibt, ist das Fundament für eine Verbesserung der Vorschriften gelegt.

Untersuchungsobjekt ist die Bilanz der grossen Pensionskasse.¹⁾ Die Bilanz kleinerer Pensionskassen stellt lediglich eine vereinfachte Variation der Bilanz grosser Pensionskassen dar und braucht infolgedessen nicht eigens untersucht zu werden.

a) Die Eigenheiten der Bilanz der Pensionskasse

Geht man von dem Zweck der Pensionskasse aus, so ist das Kernproblem, die Verpflichtungen aus der Altersversorgung jederzeit erfüllen zu können, gleichzeitig das zentrale Bilanzierungsproblem. Es ist zwingend notwendig, in die Zukunft zu blicken und den Versuch zu unternehmen, die Höhe der zu erwartenden finanziellen Anforderungen abzuschätzen. Exaktes Wissen über Ereignisse der Zukunft - auch wenn sie einer gewissen Regelmässigkeit unterliegen - gibt es nicht; statt dessen werden versicherungsmathematisch fundierte Prognosen gestellt, die sich auf Erfahrungswerte der Vergangenheit, z.B. auf Sterbetafeln, stützen und dem Zweck dienen, bei einer bestimmten Zahl von Berechtigten - die nicht zu klein sein darf - die Höhe der

1) Mit einer jährlichen Beitragseinnahme von mehr als 1 Mio DM.

Pensionsverpflichtungen zu erfassen.

Ergebnis dieser Berechnungen ist die Deckungsrückstellung. Aus der Sicht des Versicherungsmathematikers, der die Deckungsrückstellung, in die Zukunft blickend, "prospektiv" interpretiert, ist sie "die Summe der Barwerte aller künftigen Verpflichtungen abzüglich der Summe der Barwerte der künftig noch eingehenden Nettobeiträge".¹⁾ "Retrospektiv", d.h. vergangenheitsbezogen, ist die Deckungsrückstellung der rechnungsmässig ermittelte Rest aus den alljährlich vereinnahmten Prämien und Zinsen nach Deckung der Verwaltungskosten und Versicherungsleistungen.²⁾

Sind die Beiträge und die Renten geschäftsplanmässig festgelegt, dann ist es gleichgültig, ob man die Deckungsrückstellung retrospektiv oder prospektiv betrachtet: "Die absolute Höhe der Deckungsrückstellung ist bei prospektiver und retrospektiver Betrachtung gleich."³⁾

Die Versorgungsleistungen der Pensionskasse bedingen eine Gegenleistung in Form von Beiträgen.

Indem Leistung und Gegenleistung, Beiträge und Rentenansprüche, einander gegenübergestellt werden, wird festgestellt, ob sich die Pensionskasse in einem finanziellen Gleichgewicht befindet.⁴⁾ Unter- oder Überdeckungen zeigen an, dass ein Ungleichgewicht zwischen zu erwartenden Anforderungen einerseits und bis-

1) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 65 VAG.

2) Vgl. Falter, Ernst, Hoffmann, Reinhold, Stichwort: "Prämienreserve", in: HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.1623 f.

3) Fischer, Kurt, Thüsen, Ernst v.d., Die technischen Rückstellungen in der Lebensversicherung, in: Die technischen Rückstellungen im Steuerrecht, hrsg. von Erich Prölss und Ernst von der Thüsen, 2.Aufl., Karlsruhe 1954, S.16.

4) Vgl. Seite 52.

her getroffenen Vorkehrungen andererseits besteht. Eine Antwort auf die Behandlung des Ungleichgewichts hat die Satzung zu enthalten oder muss das oberste Organ der Kasse geben.

Damit ist eine erste Besonderheit der Pensionskassenbilanz herausgearbeitet: Während die Bilanzen von Erwerbsunternehmen dem Zweck dienen, je nach den Adressaten den ausschüttbaren oder den erwirtschafteten Erfolg durch einen Vermögensvergleich zu zeigen, geht es in der Bilanz der Pensionskasse darum, das **f i n a n z i e l l e G l e i c h g e w i c h t** zwischen dem angesammelten Vermögen einschliesslich der zukünftigen - Wahrscheinlichkeitscharakter tragenden - Beitragseinnahmen einerseits und den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten - ebenfalls Wahrscheinlichkeitscharakter tragenden - zukünftigen Verpflichtungen andererseits festzustellen.¹⁾

Dabei wird nach dem "Äquivalenzprinzip" vorgegangen: Alle zukünftigen Leistungsverpflichtungen der Kasse und alle in naher oder ferner Zukunft zu erwartenden Beitragseinnahmen werden einander gegenübergestellt und auf den Bilanzstichtag projiziert, "wobei der Einfluss des Zinses zu berücksichtigen ist".²⁾ Das Äquivalenzprinzip besagt, dass ein Gleichgewicht bestehen muss zwischen Leistung und Gegenleistung, wobei es zunächst gleichgültig ist, ob die Beiträge gegeben sind

-
- 1) Ähnlich äussert sich Hax, der von der Erhaltung des finanzwirtschaftlichen Gleichgewichts spricht, allerdings nicht unter dem Aspekt der Bilanz, sondern unter dem der "betriebswirtschaftlichen Grundfunktion" - was keinen Widerspruch bedeutet. Vgl. Hax, Karl, Stichwort "Versicherungsbetrieb", in: HdSW, Band 11, a.a.O., S.211.
 - 2) Kracke, Kurt, Stichwort "Versicherungsmathematik", in: HdSW, Band 11, a.a.O., S.222.

und ob sich aus ihnen die Höhe der Renten ergibt oder ob die Rentenhöhe bekannt ist und sich aus ihr die Beiträge ableiten lassen.

So gesehen, lässt sich die Bilanz der Pensionskasse - in Analogie zur Lebensversicherungsbilanz - als "das diskontierte Bild der Zukunft"¹⁾ deuten.

Kaufleute bilden, wenn sie Verpflichtungen eingegangen sind, deren Grund, Höhe und (oder) Fälligkeit nicht genau feststehen, Rückstellungen. Sie "dienen der Erfassung von Aufwendungen und Verlusten, die am Bilanzstichtag dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt sind, oder von Verbindlichkeiten und Lasten, die am Bilanzstichtag bereits feststehen, sich nach Betrag und Fälligkeit aber nicht genau bestimmen lassen."²⁾

Pensionszusagen sind Verpflichtungen, die zwar dem Grunde, nicht aber der Höhe und der Fälligkeit nach bekannt sind.³⁾ So kann es z.B. vorkommen, dass ein Pensionsberechtigter stirbt, bevor er die Altersgrenze erreicht hat und auch keine versorgungsberechtigten Angehörigen hinterlässt; dann entsteht überhaupt keine Leistungsverpflichtung. Ebenso kann es vorkommen, dass der Pensionsberechtigte vorzeitig invalide wird, so dass der Zeitpunkt der Fälligkeit unbekannt ist; schliesslich ist die endgültige Höhe der Leistungsverpflichtung erst nach dem Tode genau feststellbar.

Nun spielen aber die u n g e w i s s e n Schul-

1) Handbuch der Versicherung, herausgegeben von Paul Riebesell, Hamburg 1933, S.400. Die Verwendung des Begriffs Diskont ist rein literarisch zu verstehen. Vgl. weiterhin Seite 52.

2) WP-Handbuch 1963, a.a.O., S.424.

3) Vgl. Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz, a.a.O., S.85.

den in den Bilanzen von Industrie- und Handelsunternehmen in der Regel eine vergleichsweise untergeordnete Rolle,¹⁾ in Pensionskassen dagegen prägen die Rückstellungen die Bilanz entscheidend. Im Schema der Lebensversicherungsbilanz, wie es die Aufsichtsbehörde für grosse Versicherungsvereine vorschreibt, werden nicht weniger als sieben verschiedene Rückstellungspositionen aufgeführt. Letzten Endes hat das zur Folge, dass die ganze Passivseite der Bilanz der Pensionskasse ihrer Natur nach nicht exakt bestimmbar ist.²⁾ Wenn schon die Rückstellungen in Industriebilanzen einen Unsicherheitsfaktor bedeuten, um wieviel grösser ist er dann bei Pensionskassen!

Eine besondere Eigenart der Bilanz der Lebensversicherung - und damit gleichzeitig der Bilanz der Pensionskasse - ist, dass ein wesentlicher Teil der Bilanzpositionen Abgrenzungscharakter trägt. Während die Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, in den Bilanzen ausserhalb der Versicherungsbranche eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen, "machen sie in den Versicherungsbilanzen geradezu das Wesen derselben aus",³⁾ auch wenn sie z.T. nach aussen hin nicht als solche gekennzeichnet sind.

Lengyel nennt als Gründe hierfür erstens den langfristigen Charakter der Versicherungsverträge und zweitens die Zeitspanne zwischen dem Punkt, an dem der Schaden verursacht wird und dem Punkt, an dem der Schaden festgestellt und reguliert wird.⁴⁾

1) Ausnahmen bilden bezeichnenderweise die ungewissen Schulden aus Pensionszusagen, u.U. auch die Steuerschulden.

2) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.1.

3) Lengyel, S., a.a.O., S.2.

4) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.61.

Ein wichtiger Bereich der Abgrenzung - den Lengyel nicht eigens aufführt, weil er dem Punkt eins, Langfristigkeit der Verträge, subsumiert werden kann - sind die Beiträge. Weder der Versicherungszeitraum noch der Zahlungszeitraum brauchte mit der Bilanzierungsperiode übereinzustimmen. Fällt die Einnahme vor den Zeitraum ihrer Zurechnung, so werden die Beiträge auf das nächste Jahr übertragen (=Beitragsüberträge), fällt dagegen der Ertrag zeitlich vor die Einnahme, müssen die Beiträge gestundet werden (= technisch gestundete Beiträge).

Was die Rechnungslegungsvorschriften zu den Abgrenzungsproblemen sagen, wird noch untersucht.¹⁾

Auf die Besonderheit der Versicherungsunternehmen - die sich auch in den Bilanzen niederschlägt -, nämlich das Risiko der Leistungspflicht auf andere Betriebe der Versicherungsbranche abzuwälzen, indem Rückversicherungsverträge abgeschlossen werden, ist bereits eingegangen worden;²⁾ sie sei aber der Vollständigkeit halber hier noch einmal erwähnt.

Diskutiert man die Eigenheiten der Bilanzen der Pensionskassen, so darf der Hinweis nicht vergessen werden, dass das Vermögen der Lebensversicherungsunternehmen, so, wie es auf der Aktivseite der Bilanz gezeigt wird, zum grössten Teil zweckgebunden, d.h. zum Schutz der Ansprüche der Versicherten bestimmt ist.

Alle bisher beschriebenen Eigenheiten der Pensionskassenbilanz sind auch in der Bilanz der erwerbswirtschaftlich orientierten Lebensversicherung anzutreffen.

Es soll nun davon gesprochen werden, was beide

1) Vgl. Seite 148 ff., 170 f.

2) Vgl. Seite 66 f.

Lebensversicherungstypen in bilanzieller Hinsicht unterscheidet."

Zunächst ist zu sagen: Pensionskassen brauchen nicht erst um ihre "Kunden" zu werben, sondern der in Frage kommende Personenkreis liegt von vorneherein satzungsgemäss fest. Infolgedessen entstehen keine Kosten, die den Abschluss des Versicherungsvertrags betreffen, z.B. die Abschlussprovision für einen Vertreter. Solche Kosten belasten daher auch nicht die versicherungstechnische Rechnung der Pensionskasse. Daraus folgt, dass die bilanzielle Behandlung der "Abschlusskosten" oder "Erwerbskosten"¹⁾ nicht diskutiert zu werden braucht.²⁾

Ebenso kann sich in der Pensionskasse auch kein besonderer Wert bilden, der dem Versichertenbestand und der gesamten Organisation - innerbetrieblich und ausserhalb der Versicherung in Form eines funktionierenden Vertreternetzes - entspricht. Zwar erscheint weder für den Versichertenbestand noch für die Organi-

1) Falter, Ernst, Stichwort: "Zillmerverfahren", in: HdV, 2.Band, a.a.O., Sp.2527.

2) Es wird hierbei das Problem des "Zillmers" berührt. Es geht dabei um eine - nach ihrem Schöpfer benannte - Methode, einmalige, beim Abschluss des Lebensversicherungsvertrags entstehende Kosten mit dem Deckungskapital zu verrechnen. Aus Vereinfachungsgründen wird unterstellt, dass der Versicherte mit seiner 1.Prämie alle beim Abschluss des Vertrags entstandenen Kosten gedeckt hat. Dadurch vermindert sich das Deckungskapital und ist niedriger, als es zur Deckung der Versicherungslast notwendig wäre. Um ein uferloses Anschwellen der Abschlusskosten einzudämmen, hat die Aufsichtsbehörde angeordnet, dass nur solche Kosten "gezillmert" werden dürfen, die höchstens 3,5% der Versicherungssumme betragen. Vgl. hierzu Jäger, A., Weihmüller, H., Wesen und Prüfung der versicherungstechnischen Posten des Jahresabschlusses, in: Rechnungslegung ..., a.a.O., S.84 f.

sation ein Wertansatz in der Lebensversicherungsbilanz, er bestimmt aber ganz entscheidend den "goodwill" einer Versicherung. Im Vermögensstatus einer Pensionskasse dürfte dieser "Geschäftswert" auf keinen Fall Berücksichtigung finden.

b) Bilanztheoretische Perspektiven

Überblickt man die herausgearbeiteten Eigenarten der Bilanz der Pensionskasse, so drängt sich die Frage auf, inwieweit sie in einen grösseren bilanztheoretischen Zusammenhang gestellt werden können.

ba) Zum Bilanzzweck

baa) Dynamische Interpretation

Ausgangspunkt unserer Betrachtung ist die Tatsache, dass die Pensionskasse keinen Gewinn erzielen will, sondern lediglich danach trachtet, jederzeit finanziell im Gleichgewicht zu sein. Lässt sich damit eine Verbindung zur dynamischen Bilanzlehre Schmalenbachs knüpfen?

Schmalenbach will mit der Jahresbilanz den vergleichbaren Periodenerfolg ermitteln, der als Masstab für die anzustrebende "gemeinwirtschaftliche Wirtschaftlichkeit" dienen soll.¹⁾

Von den Problemen, die sowohl der Schmalenbachsche Erfolgsbegriff²⁾ als auch sein Masstab der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit³⁾ aufwirft, zunächst

1) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, S.42.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm, Schmalenbachs dynamische Bilanz, 2.Aufl., Stuttgart und Köln 1954, S.61 ff.

3) Vgl. Lion, Max, Die Dynamische Bilanz und die Grundlagen der Bilanzlehre, in: ZfB 1928, S.480 ff.

einmal abgesehen, ist festzuhalten, dass die dynamische Bilanz eine Erfolgsermittlungsbilanz ist. Der Erfolg der kaufmännischen Unternehmung äussert sich im Gewinn,¹⁾ dieser wird jedoch nach Schmalenbachs Auffassung völlig von Zweckmässigkeitserwägungen bestimmt.²⁾

Geht man davon aus, dass der ermittelte Erfolg für Schmalenbach dem Zweck dient, die Wirtschaftlichkeit der unternehmerischen Tätigkeit zu messen, so widerspricht es nicht seinen Überlegungen, wenn man statt des Gewinns eine andere Erfolgsgrösse zur Wirtschaftlichkeitsmessung heranzieht, vorausgesetzt, dass diese Grösse zur Messung der Wirtschaftlichkeit tauglich ist, denn nach seiner Auffassung muss die Vorstellung vom Erfolg "ausgehen von der Natur des wirtschaftlichen Betriebes".³⁾

Der Erfolg in der Pensionskasse äussert sich im finanziellen Gleichgewicht. Ist das finanzielle Gleichgewicht erreicht, so könnte man sagen, die unternehmerische Tätigkeit⁴⁾ sei erfolgreich gewesen. Es fragt sich jedoch, ob dieses Ergebnis überhaupt in Einklang mit dem Schmalenbachschen Postulat, der gemeinwirt-

-
- 1) Vgl. Hax, Karl, Betriebswirtschaftlicher Erfolg und Wirtschaftlichkeitsmessung, in: WPg 1948, Heft 1, S.6.
 - 2) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, S.42.
 - 3) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., Köln und Opladen 1962, S.58.
 - 4) Der Erfolg setzt ein Handeln, Unterlassen, Dulden voraus, damit eine bestimmte Wirkung "Erfolg" erzielt werden kann. Dementsprechend erfordert unternehmerisches erfolgreiches Verhalten, etwas zu tun, zu unterlassen, zu dulden etc. Die bei Hoffmeister, Johannes, Wörterbuch der philosophischen Begriffe, Hamburg 1955, S.210, wiedergegebene Definition des Erfolgsbegriffs ist zu eng, da hier der Erfolg nur von dem aktiven Handeln her gesehen wird.

schaftlichen Wirtschaftlichkeit gedient zu haben, steht.

Diese Frage lässt sich nur beantworten, wenn man die Rolle, die die Wirtschaftlichkeit bei Schmalenbach spielt, in die Untersuchung einbezieht.

Das, was Schmalenbach lediglich intuitiv über die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit, nämlich Kompass des Unternehmers im Dienste der Allgemeinheit zu sein, erkannt hat,¹⁾ ist von seinen Schülern wissenschaftlich formuliert worden.

So hat Hax zunächst den missverständlichen Terminus "gemeinwirtschaftliche Wirtschaftlichkeit" durch den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ersetzt und ihn in drei Teile aufgespalten:

1. Die t e c h n i s c h e Produktivität - z.B. das Verhältnis der eingesetzten Kraft zur genutzten Kraft oder der Gesamtzeit zur Nutzzeit usw.²⁾ - scheidet als anzustrebende Zielgrösse aus, denn technische, mengenmässige Vorgänge im Zusammenhang mit einem kombinativen Prozess sind in der Pensionskasse unbekannt.
2. Ebenso ist das bei der m a r k t w i r t - s c h a f t l i c h e n Produktivität der Fall, denn die Pensionsleistungen werden nicht auf dem Markt angeboten und unterliegen daher nicht der Preisbildung des Marktes. Ebenso wird nicht investiert, so dass etwa die Rentabilität des eingesetzten Eigen- oder Gesamtkapitals zu ermitteln wäre.

1) Vgl. Muscheid, Werner, Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Köln und Opladen 1957, S.123.

2) Vgl. Hax, Karl, Betriebswirtschaftlicher Erfolg, a.a.O., S.8.

3. Was bleibt, ist der dritte Teil der Haxschen gesamtwirtschaftlichen Produktivität, die betriebswirtschaftliche Produktivität, die sich in dem Verhältnis der Kosten zur Mengeneinheit manifestiert. Die Wirtschaftlichkeit der Pensionskasse lässt sich allein an Hand der Kosten, z.B. auf den einzelnen Versicherten bezogen, ablesen. Durch zwischenbetrieblichen Vergleich z.B. liesse sich feststellen, ob die Kasse ihre Aufgabe sparsam oder aufwendig erfüllt hat.

Wollte man also die Wirtschaftlichkeit der Pensionskasse im Sinne Schmälensbachs - wie sie der Allgemeinheit nützen soll - messen, so versagt das Bilanzergebnis.

Diese Aussage hat in gleicher Weise Gültigkeit für die Wirtschaftlichkeit in der Form des Sparsamkeitspostulates:¹⁾ Auch wenn die verantwortlichen Männer das Betriebsziel der Pensionskasse unter sträflicher Vernachlässigung der Sparsamkeit erstreben würden, so könnte sich dennoch am Ende des Geschäftsjahres ein Gleichgewicht zwischen zukünftigen Verpflichtungen einerseits und abgezinsten, zukünftigen Einnahmen andererseits ergeben, denn das Jahresergebnis wird nicht nur von beeinflussbaren Grössen, z.B. den Verwaltungskosten, bestimmt, sondern auch von Grössen, die für die Geschäftsleitung der Kasse nicht beeinflussbar sind, z.B. der Sterblichkeit, dem Marktzins usw. Somit muss also die Frage, ob der Zustand des finanziellen Gleichgewichts etwa aussagen könne, die Kasse sei wirtschaftlich verwaltet worden, verneint werden.

Könnte zunächst angenommen werden, der Zweck der

1) Vgl. Seite 49.

Pensionskassenbilanz lasse sich - vor allem wegen des fehlenden Gewinnstrebens - im Sinne Schmalenbachs interpretieren, so gibt es aus dem Dilemma nur dann einen Ausweg, wenn man auf den untauglichen Erfolgsmassstab der "gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftlichkeit" verzichtet. Vielmehr wird der Erfolg des Betriebes "zum Zwecke richtiger Betriebssteuerung ermittelt".¹⁾ Unter diesem Aspekt ist die Erfolgsermittlung sinnvoll und notwendig: Unter- bzw. Überdeckungen, die sich bei einem Ungleichgewicht ergeben, erfordern Massnahmen,²⁾ um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Von fundamentaler Bedeutung für die Bilanzierung der Pensionsverträge ist die Tatsache, dass sie langfristiger Natur sind, d.h. sich über eine Reihe von Abrechnungsperioden erstrecken. Daraus folgt, dass Einnahmen und Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Betriebszweck getätigt werden, "nicht unbesehen in dem Jahr als Ertrag und Aufwand verrechnet werden, in dem sie anfallen".³⁾ Es dürfen nur diejenigen Ausgaben und Einnahmen einer Abrechnungsperiode in die Erfolgsrechnung fliessen, die in dieser Periode **v e r u r - s a c h t** worden sind.

Das Verursachungsprinzip⁴⁾ - eigentlich in der Kostenrechnung beheimatet und dort die verursachungsgerechte Zurechnung der Kosten auf ihre Träger oder auf den Ort ihrer Entstehung erklärend -⁵⁾ besagt,

1) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13. Aufl., S.50; vgl. ebenso Münstermann, Hans, Schmalenbachs Bilanzauffassung, in: WPg 1948, Nr.6, S.34.

2) Vgl. Seite 52.

3) Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung von Rechnungslegungsvorschriften und Statistik, in: 50 Jahre ..., a.a.O., I.Band, S.272.

4) Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.272.

5) Vgl. Henzel, Friedrich, Stichwort: "Kostenschlüs-

dass bei den Einnahmen gefragt werden muss, "in welchem Jahr die Leistung zu erbringen ist, für die das Geld bezahlt wird Bei den Ausgaben ist zu prüfen, in welchem Jahr etwa die Schäden entstanden sind, welche die Ausgabe verursachten. ..." ¹⁾

Statt mit einem objektbezogenen haben wir es hier mit einem zeitraumbezogenen Zurechnungsproblem zu tun. Durch die lange Dauer der Versicherungsverträge entstehen somit "schwebende Geschäfte", die "auf ihre Erfüllung warten", ²⁾ vorher aber in der Bilanz gespeichert werden. "Die Aufgabe der Bilanz ... ist, die schwebenden, d.h. die noch der Auslösung harrenden Posten, in Evidenz zu erhalten." ³⁾ Dadurch wird die Bilanz zur "Darstellung des Kräftespeichers der Unternehmung". ⁴⁾ Damit haben wir einen weiteren Gesichtspunkt, wie der Zweck der Pensionskassenbilanz dynamisch interpretiert werden kann.

Erwerbswirtschaftlich handelnde Unternehmungen ermitteln jedoch an Hand der Bilanz keineswegs den tatsächlich erzielten Erfolg, sondern lediglich denjenigen Bilanzserfolg, der sich unter Beachtung des Vorsichtsprinzips an die Anteilseigner ausschütten lässt. ⁵⁾

Das Vorsichtsprinzip jedoch, ebenso das Ziel, den ausschüttbaren Gewinn zu ermitteln, steht dem

selung", in: HdB, Bd.2, Sp.3475.

- 1) Hax, Karl, Die allgemeinerwirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.272 f.
- 2) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen ..., a.a.O., S.41.
- 3) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., S.74.
- 4) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., S.74.
- 5) Vgl. Hax, Herbert, Der Bilanzgewinn als Erfolgsmaßstab, in: ZfB 1964, S.642 ff.

Zweck entgegen, die Bilanz als Lenkungsinstrument handhaben zu können. Folgerichtig vertritt Herbert Hax die Anschauung, dass man auf das Prinzip der Vorsicht, das das Bilanzergebnis entstellt, verzichten müsste, falls man die Unternehmung mit Hilfe der Bilanz lenken wollte.¹⁾

Überdenkt man die Konsequenzen, die sich aus der Vernachlässigung des Vorsichtsprinzips für die Pensionskassenbilanz ergeben könnten, so lässt sich folgendes sagen: Das Risiko, das aus der Unsicherheit der versicherungstechnischen Daten droht, zwingt in jedem Falle zu einer vorsichtigen Bilanzierung. Hingegen ist eine vorsichtige Bewertung zum Zwecke der stillen Reservenbildung solange nicht zwingend erforderlich, als keine Überschüsse ausgeschüttet werden. Danach könnte man sagen, dass das Vorsichtsprinzip in der Bilanz der Pensionskasse auf der Passivseite walten sollte; versicherungstechnisch bedingte Verbindlichkeiten sollten vorsichtig geschätzt werden: Dagegen braucht die Aktivseite durch das Vorsichtsprinzip nicht modifiziert zu werden, falls alle Überschüsse einbehalten werden.

Diese Überlegungen lassen sich sehr deutlich an Beispiel des Niederstwertprinzips bei Wertpapieren exemplifizieren:²⁾ Infolge gesunkener Kurswerte haben Pensionskassen in jüngster Zeit recht erhebliche Verluste erlitten, die jedoch in den seltensten Fällen realisiert werden. Die Liquiditäts- und Vermögenslage erlaubt es in der Regel, den laufenden Verpflichtungen aus laufenden Beiträgen nachzukommen. Nur durch das "finanzwirtschaftliche" Vorsichtsprinzip bedingt, weisen Pensionskassen grosse Verluste aus, die sich in absehbarer Zeit, d.h. wenn die Papiere ausgelost oder gekündigt werden, in ausserordentliche Buchgewinne verwandeln werden.³⁾ An einer Gewinnver-

1) Vgl. Hax, Herbert, a.a.O., S.648.

2) Vgl. Seite 126 ff.

3) Wenn man unterstellt, dass zu 100% zurückgezahlt wird, was zulässig ist. Wegen der Problematik des strengen

lagerung können Pensionskassen schon deswegen nicht interessiert sein, weil sie in der Regel von den Ertragsteuern befreit sind. Daraus lässt sich folgern, dass das "finanzwirtschaftliche" Vorsichtsprinzip für die Steuerung der Pensionskasse auf dem Kurse des finanziellen Gleichgewichts eigentlich hinderlich ist.

Dieses Ergebnis der Untersuchung steht zweifellos im Widerspruch zu den allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen ordentlicher Kaufleute, jedoch nur, weil die Zielsetzung der Pensionskassen mit den Zielen erwerbswirtschaftlich handelnder Kaufleute nicht übereinstimmt.

bab) Statische Interpretation

Wenn man den Zweck der Bilanz der Pensionskasse in der Darstellung des finanziellen Gleichgewichts erblickt, so fragt sich, welche Beziehungen sich zur statischen Bilanzauffassung Le Coutresknüpfen lassen, denn Statik ist nach seiner Anschauung "die Lehre von den sich das Gleichgewicht haltenden Kräften".¹⁾

Somit würde die Pensionskassenbilanz "statische Züge" aufweisen, wenn ein Teil der Kräfte, die sich im Gleichgewicht halten, nicht von Zukunftserwartungen bestimmte Grössen wären; die Bilanz ist jedoch aus statischer Sicht "eine Zusammenstellung der jeweils in einem Zeitpunkt v o r h a n d e n e n Bestände an Vermögen, Schulden und Eigenkapital",²⁾ die "Kräfte" werden infolgedessen von Geschäftsvorfällen bestimmt, die der Vergangenheit angehören. Das gilt auch dann, wenn sich die Geschäftsvorfälle über den Bilanzstichtag hinaus erstrecken.

Nun lässt sich aber insofern eine Annäherung an das vergangenheitsorientierte statische Bild des sich im Gleich-

Niederstwertprinzip bei Wertpapieren, vgl. Seitell3 f.

- 1) Le Coutre, Walter, Stichwort: "Bilanztheorien", in: HdB, Band 1, Stuttgart 1956, Sp.1161.
- 2) Le Coutre, Walter, Stichwort: "Totale Bilanz", in: Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, hrsg. von Karl Bott, 2.Aufl., Stuttgart 1957, 4.Band, Sp.2559.

gewicht haltenden Kräftespiels erreichen, wenn man die Bilanz der Pensionskasse nicht vorwärtsschauend, sondern in die Vergangenheit blickend interpretiert. Die Theoretiker der Versicherungsbilanz interpretieren von der Passivseite aus. Die Aktivseite dagegen ist eine Aufzeichnung dessen, was in der Vergangenheit bisher geschehen ist, um die Ansprüche der Pensionsberechtigten zu sichern. Man könnte also sagen, dass das Gleichgewicht der Kräfte sich in der Pensionskasse zwischen vergangenheitsbezogenen Grössen der Aktivseite einerseits und zukunftsbezogenen Schätzgrössen der Passivseite andererseits einspielen soll. Damit haben wir ein variiertes Bild des statischen Gleichgewichts im Sinne Le Coutres.

bb) Zum Bilanzierungsumfang

Die Frage nach dem Bilanzierungsumfang, d.h. welche Vermögensgegenstände in die Bilanz aufgenommen werden sollen, wird von Bilanztheoretikern nicht direkt gestellt, sondern sie beantworten diese Frage auf dem Weg über den Bilanzzweck.¹⁾

Kaufleute hingegen orientieren sich an den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung,²⁾ wenn es darum geht, den Umfang der aktivierungsfähigen Gegenstände abzugrenzen.

Inwieweit aktivierungs f ä h i g e Gegenstände gleichzeitig auch aktivierungs p f l i c h t i g sind, ist umstritten. Einerseits wird die Auffassung vertreten, dass aktivierungsfähige Gegenstände auf jeden Fall aktivierungspflichtig seien, was sich aus der Vorschrift des § 40 Abs.2 HGB ableiten liesse, der vorschreibt, dass s ä m t l i c h e Vermögensgegenstände in die Bilanz eingestellt werden m ü s s e n . Andererseits

-
- 1) Vgl. Seite 89ff. Nach der dynamischen Bilanztheorie z.B. müssen alle Werte, die für eine periodengerechte Erfolgsermittlung notwendig sind, auch in der Bilanz erscheinen.
- 2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm. 27 zu § 129 AktG (1937).

stützt sich die gegenteilige Auffassung auf die Möglichkeiten der Unterbewertung, die das Aktienrecht von 1937 gestattete. Durch die Aktienrechtsreform wird dieser Auffassung der Boden entzogen, da nunmehr willkürliche Unterbewertungen nicht mehr zulässig sind.

bc) Zur Gliederung

Es soll nun untersucht werden, welchen Beitrag Bilanztheoretiker zur Klärung der Frage, wie die Pensionskassenbilanz gegliedert werden sollte, zu leisten vermögen.

bca) Dynamische Interpretation

Formt man die schwebenden Geschäfte, wie sie in der Pensionskasse vorkommen und in dem von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen Formblatt der Lebensversicherungsbilanz¹⁾ erfasst werden, so um, dass sie den Schmalenbachschen Kategorien der "Vorleistungen" (Aktiva) und der "Nachleistungen" (Passiva)²⁾ entsprechen, so zeigt sich das Bild auf der folgenden Seite.

Ein wesentlicher Gewinn dieser Darstellungsmethode ist, abgesehen von den theoretischen Konsequenzen, dass man ungleich schneller einen Eindruck von der Struktur der Versicherungsbilanz erhält.

Zunächst fällt auf, dass die Schmalenbachschen Kategorien "Erträge, die noch nicht Aufwand sind",³⁾ bzw. "Aufwendungen, die noch nicht Erträge sind",⁴⁾ in

1) VerBAV, S.1, Vordruck LI, S.35 ff.

2) Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., S.66 ff.

3) Vgl. Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., S.69.

4) Vgl. Schmalenbach, Eugen, Dynamische Bilanz, 13.Aufl., S.69.

I. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks

IV. - VII. Deckungsstock

Ausgabe, noch nicht Einnahme
 III. Technisch gestandene Beiträge
 Ertrag, noch nicht Einnahme²⁾

X. - XII., XVI. Forderungen

Ertrag, noch nicht Einnahme
 VIII., XIII. - XV. Leihende Mittel

XVII. Betriebseinrichtung

Ausgabe, noch nicht Aufwand
 XVIII. Sonstige Aktiva

Ertrag, noch nicht Einnahme
 Ausgabe, noch nicht Einnahme
 Ausgabe, noch nicht Aufwand

XIX. Rechnungsabgrenzung

Ertrag, noch nicht Einnahme
 Ausgabe, noch nicht Aufwand

1) Vgl. Max, Karl, Die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.273.
 2) Vgl. Max, Karl, Die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.274.
 3) Vgl. Max, Karl, Die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.273.

I. Gründungsstock

II. Rücklagen

Einnahme, noch nicht Ausgabe
 IV. Deckungsrückstellung

Einnahme, noch nicht Ausgabe¹⁾
 V. Beitragsüberträge

Einnahme, noch nicht Ertrag³⁾
 VI. - XI. Rückstellungen

Aufwand, noch nicht Ausgabe
 XII. - XIII. Verbindlichkeiten

Aufwand, noch nicht Ausgabe

XIV. Sonstige Passiva

Aufwand, noch nicht Ausgabe
 Einnahme, noch nicht Ausgabe
 Einnahme, noch nicht Ertrag

XV. Rechnungsabgrenzung

Einnahme, noch nicht Ertrag
 Aufwand, noch nicht Ausgabe

der Pensionskassenbilanz unbekannt sind. Sie könnten nur auftreten, wenn innerbetrieblich Versicherungsleistungen erbracht würden und den Zweck hätten, in der Pensionskasse wieder "verbraucht" zu werden.

Ebenso wie Schmalenbach das Kapital in das Schema der dynamischen Bilanz nicht eingefügt hat, so können auch die Wechsel, die die Zeichner des Gründungsstocks für die nicht einbezahlten Beträge auszustellen haben,¹⁾ dann nicht eingegliedert werden.

Nun lässt sich aber sehr wohl für das Kapital die Kategorie "Einnahme, noch nicht Ausgabe" im Sinne Schmalenbachs bilden; für die Wechsel müsste es dann heißen: " n o c h n i c h t Einnahme, noch nicht Ausgabe", wodurch aber das Schema durchbrochen würde. Am ehesten lassen sich die Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks - in Analogie zu den ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital in Aktienbilanzen - als Korrekturposten auffassen.

Indem die Aufsichtsbehörde Posten, die Abgrenzungscharakter tragen, in das Bilanzschema für Lebensversicherungen aufnahm, hat sie die dynamische Natur der Lebensversicherungsbilanz anerkannt,²⁾ z.B. die technisch gestundeten Beiträge oder die Beitragsüberträge.

Nicht ohne weiteres ist einzusehen, dass auch die Deckungs r ü c k s t e l l u n g einen echten Abgrenzungsposten darstellt. Weder aus dem Schmalenbachschen Schema "Einnahme, noch nicht Ausgabe" lässt sich dies feststellen - in der Regel geht es doch bei der echten Abgrenzung um die verursachungsgerechte Ver-

1) VerBAV S 1, Vorbemerkung AI zu Vordruck LI, S.9.

2) Vgl. Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung, a.a.O., S.275.

teilung der Einnahmen oder Ausgaben auf die Bilanzungszeiträume - noch aus dem Begriff "Rückstellung". Die Deckungsrückstellung ist eigentlich eine saldierte Grösse;¹⁾ insofern ist es nicht ganz korrekt, von einer Einnahme, die noch nicht Ausgabe ist, zu sprechen. Der Saldo wird rechnungsmässig nach Deckung der Verwaltungskosten und Versicherungsleistungen aus den alljährlich vereinnahmten Prämien und Zinsen ermittelt.²⁾ Diese Definition entspricht einer "retrospektiven" Betrachtung der Rückstellung.³⁾ Die Bildung der Deckungsrückstellung wäre nämlich überflüssig, wenn man das mit zunehmendem Alter der Versicherten ansteigende Risiko dadurch abfinge, dass man die Beiträge entsprechend erhöhen würde. Da aber die Beiträge im allgemeinen konstant bleiben sollen, werden anfangs höhere Zahlungen geleistet als nötig, die bis zu ihrer Verwendung zinsbringend angelegt werden.⁴⁾ So gesehen, lässt sich sagen, dass die Einnahme zeitlich vor der Ausgabe liegt, so dass die Deckungsrückstellung als ein "Schwebeposten"⁵⁾ gedeutet werden kann.

Abschliessend lässt sich feststellen, dass die Schmalenbachsche Strukturanalyse der Bilanz einen wesentlichen Beitrag zur Klärung des Abgrenzungsproblems in der Lebensversicherung leisten kann. Der praktische Wert der Gliederungslehre von Schmalenbach ist wohl in keiner Branche so gross wie bei Lebensversicherungen.

-
- 1) Vgl. Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung ..., a.a.O., S.273.
 - 2) Vgl. Seite 83.
 - 3) Vgl. Jäger, A., Weihmüller, H., a.a.O., S.82.
 - 4) Vgl. Falter, Ernst, Hoffmann, Reinhold, a.a.O., Sp.1620.
 - 5) Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung ..., a.a.O., S.273.

bcb) Statische Interpretation

Das Anliegen Walter Le Coutres, die Bilanz so zu gliedern, wie es der Bilanzzweck erfordert,¹⁾ hat ihn dazu veranlasst, das Kapital in den Mittelpunkt seines Gliederungsvorschlages zu stellen, denn Zweck der Handelsbilanz ist nach seiner Anschauung "die Überwachung der Sicherung des der Unternehmung zugeführten Kapitals".²⁾ Dabei geht er bei seinen Überlegungen von den Bestimmungen des § 38 HGB aus, dass die Bilanz einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Unternehmung geben müsse.³⁾

Die Bilanz ist somit in "neostatistischer" Sicht ein Instrument zur Darstellung und Untersuchung des kapitalmässigen Aufbaus einer Unternehmung, seiner Sicherung und Kontrolle. Auch die Aktivseite der Bilanz gliedert Le Coutre als Kapital, denn das Vermögen ist nach seiner Auffassung lediglich eine Sachform des Kapitals.⁴⁾ Seine "totale Bilanz" ist somit für eine theoretische Betrachtung der Bilanzgliederung bedeutsam.

Für die Analyse des Kapitalaufbaus einer Versicherungsbilanz indessen - auch wenn mit ihrer Hilfe lediglich das finanzielle Gleichgewicht ermittelt werden soll - ist sein Gliederungsschema nur bedingt brauchbar, da er bei seinen Überlegungen von einem Produktionsunternehmen ausgeht.⁵⁾

Auf der Aktivseite würde sich folgendes Bild er-

-
- 1) Vgl. Le Coutre, Walter, Totale Bilanz, a.a.O., Sp.2588.
 - 2) Le Coutre, Walter, Bilanztheorien, a.a.O., Sp.1162.
 - 3) Vgl. Le Coutre, Walter, Totale Bilanz, a.a.O., Sp.2590.
 - 4) Vgl. Le Coutre, Walter, Bilanztheorien, a.a.O., Sp.1162.
 - 5) Vgl. Le Coutre, Walter, Totale Bilanz, a.a.O., Sp.2601-2602.

geben:¹⁾

A K T I V A

A. Werbendes Vermögen: ²⁾	Betriebseinrichtung Betriebsgrundstück
B. Sicherungsvermögen:	deckungsstockpflichtige Vermögensanlagen
C. Verwaltungsvermögen: ²⁾	
D. Überschussvermögen:	nicht deckungsstockpflichtige Vermögensanlagen
E. Sozialvermögen:	-
F. Posten der Rechnungsabgrenzung:	a) versicherungstechnisch gestundete Beiträge b) nicht versicherungstechnisch: Posten der Rechnungsabgrenzung
G. Durchlaufende Posten:	-

Das Anliegen Le Coutres, das Kapital zu sichern, ist im Bilanzschema des Bundesaufsichtsamtes für Lebensversicherungen, allerdings zu Lasten der Bilanzklarheit, berücksichtigt. So fehlt es an einer Hauptgliederung - dies, obwohl die Aktivseite 21 Positionen umfasst.

Hax vermisst vor allem eine Untergliederung der Aktiva in Anlage- und Umlaufvermögen.³⁾

1) Vgl. Le Coutre, Walter, Totale Bilanz, a.a.O., Sp.2601-2602.

2) Werbendes Vermögen umfasst nach der Anschauung von le Coutre alles, was zur Leistungserstellung benötigt wird, von Verwaltungsvermögen hingegen lässt sich nach seiner Auffassung nur sprechen, wenn der Unternehmer Gegenstände verwaltet, die dem Arbeitnehmer gehören, z.B. Ersparnisse in Form von Hypotheken.

3) Vgl. Hax, Karl, Die allgemeinwirtschaftliche Bedeu-

Ihm ist entgegenzuhalten, dass der Begriff des "Umlaufvermögens" wenig aussagekräftig ist und völlig heterogene Positionen vereint. Schliesslich ist die Unterteilung in Anlage- und Umlaufvermögen auf die Anregung zurückzuführen, die Simon der Bilanzdiskussion gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts gab, als er das Bewertungsproblem von der Zweckbestimmung der Vermögensgegenstände her aufrollte.¹⁾ Er unterschied einerseits Güter, die für einen Produktionsprozess gebraucht werden (Anlagevermögen), andererseits Güter, die im Produktionsprozess verbraucht werden (Umlaufvermögen).

Diese Unterscheidung, die sich im Gliederungsschema für Aktiengesellschaften von 1937 wiederfindet und auch bei der Aktienrechtsreform von 1965 beibehalten worden ist, zielt besonders auf Industrieaktiengesellschaften; in Lebensversicherungen dagegen ist diese Aufteilung der Aktivseite ohne jede Aussagekraft.²⁾

Der Gedanke, der Hax bei seinem Gliederungsvorschlag zur Aktivseite³⁾ bewegt, "eine sichtbare Aufgliederung zwischen dem Real- und dem Finanz-Anlagevermögen auf der einen Seite und den vorwiegend kurzfristigen Vermögensanlagen"⁴⁾ zu schaffen, ist in prägnanter Form im belgischen Schema, wie es bei Diehl⁵⁾

tung, a.a.O., S.147.

- 1) Vgl. Simon, Veit Hermann, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien, 2.Aufl., Berlin 1898, S.353 ff. und S.363 ff.
- 2) Wegen der Kritik an dieser Unterteilung vgl. die Ausführungen auf Seite 125 f.
- 3) Vgl. Hax, Karl, Die Vorschriften, a.a.O., S.147.
- 4) Hax, Karl, Die Vorschriften, a.a.O., S.148.
- 5) Vgl. Diehl, Walter, Die Rechnungslegung der privaten Versicherungsunternehmen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Aufsicht, Diss. St.Gallen, Zürich und St.Gallen 1955, S.165.

wiedergegeben ist, verwirklicht:

- I. Immobilisé,
- II. Realisable,
- III. Disponible.

Lengyel hingegen gliedert die Aktivseite der Lebensversicherungsbilanz folgendermassen:¹⁾

- I. Vermögensbestände,
- II. Rechnungsmässige Aktiven,
- III. Verlust.

Die gesamten Vermögensanlagen werden unter einem Oberbegriff gesammelt, während die Abgrenzungsposten - hier als "Rechnungsmässige Aktiven" bezeichnet - eine Gruppe für sich bilden, zu denen Lengyel ausserdem die noch nicht einbezahlten Beträge auf das haftende Kapital rechnet. Er ist vor allem durch die Herausstellung des Verlustes als Posten sui generis seiner Zeit voraus gewesen. Während das Aktiengesetz von 1965 den Verlust erstmals den Hauptgliederungspunkten gleichstellt, ist er im Schema der Lebensversicherungen als Hauptgliederungsmerkmal nicht besonders hervorgehoben.²⁾

Das Formblatt der Bilanz für grosse Pensionskassen ist - analog der Gliederung der Industrieunternehmen - nach dem Gesichtspunkt wachsender Liquidität entworfen; im Schema für kleinere Pensionskassen hingegen ist dieses Prinzip auf den Kopf gestellt;³⁾ an erster Stelle steht der Kassenbestand, an letzter Stelle die

1) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.15.

2) Vgl. die Kritik auf Seiten 107 f., 151.

3) Formblatt P/1000, herausgegeben vom BAV, erschienen im Verlag "Versicherungswirtschaft", Karlsruhe.

Grundstücke: Die Liquidität nimmt ab. Es ist inkonsequent, einmal mit den Vermögensgegenständen zu beginnen, die dem liquiden Zustand am fernsten sind, das andere Mal umgekehrt zu verfahren, und es erschwert unnötig die zwischenbetriebliche Vergleichbarkeit.

Neben die Liquidität treten als mögliche Gliederungsgesichtspunkte noch die Sicherheit der Vermögensanlagen sowie ihre Ertragsfähigkeit,¹⁾ denn diese drei Punkte sind für die Kapitalanlagepolitik massgebend.²⁾

Während die Ertragsfähigkeit auch aus der Gewinn- und Verlustrechnung³⁾ abgelesen werden kann, ist die Sicherheit der Anlagen nur bei entsprechenden verbalen Hinweisen erkennbar. Aus den Erläuterungen in der Bilanz Nutzen ziehen können sowohl die Gläubiger als auch die Versicherten. In praxi wird so verfahren, dass bei der Gliederung zunächst die Liquidität berücksichtigt wird, sodann die Sicherheit der Vermögensanlagen.

Nunmehr soll der Gliederungsvorschlag, den Le Coutre zur Passivseite der Bilanz gemacht hat,⁴⁾ in die Untersuchung einbezogen werden:

- A. Eigenkapital
- B. Fremdkapital
- C. Posten der Rechnungsabgrenzung
- D. Durchlaufende Posten
- E. Jahreserfolg

Die Kritik, die gegen das Le Coutre'sche Schema

-
- 1) Vgl. Mayer, Leopold, Bilanz- und Betriebsanalyse, Wiesbaden 1960, S.38 ff.
 - 2) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.19 f.
 - 3) Vgl. Seite 175 ff.
 - 4) Vgl. Le Coutre, Walter, Totale Bilanz ..., a.a.O., Sp.2601-2602.

der Aktivseite vorgebracht werden konnte, zu einseitig auf Produktionsunternehmen zugeschnitten zu sein, lässt sich nicht auf das Schema der Passivseite ausdehnen. Die Kapitalquellen, die hier aufgeführt werden, sind in allen Unternehmungen anzutreffen. Das verbindende Merkmal ist der Zweck, den das Kapital in Unternehmungen zu erfüllen hat. Kapital ist nach Preiser "Geld für Investitionszwecke, Finanzierungsmittel für Investitionen".¹⁾ In der Pensionskasse wird jedoch nicht investiert, sondern lediglich Geld verzinslich angelegt. Nur dann darf von Investitionen gesprochen werden, wenn Güter gekauft werden, um sie in einem Produktionsprozess zu gebrauchen.²⁾

Infolgedessen ist es nicht gerechtfertigt, die Passivseite der Kassenbilanz nach Kapitalquellen zu gliedern. Es wird daher vorgeschlagen, im Anschluss an Lengyel³⁾ den Begriff "Kapital" nicht zu verwenden und statt dessen die Passivseite nach eigenen und fremden Mitteln zu gliedern:

I. Eigene Mittel

(z.B. Gründungsstock, Verlustrücklage, freie Rücklagen usw.)

II. Fremde Mittel

(z.B. versicherungstechnische Rückstellungen, sonstige Passiva usw.)

III. Rechnungsabgrenzungsposten

IV. Ausgleichsposten

1) Preiser, Erich, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart und Köln 1953, S.18.

2) Vgl. Preiser, Erich, a.a.O., S.17.

3) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.15.

Durch diese Hauptgliederung werden artgleiche Positionen zusammengefasst. Diese Artgleichheit erhöht die Übersichtlichkeit und damit den Aussagewert der Bilanz.¹⁾ Auf einen Blick lassen sich z.B. die Höhe der eigenen und fremden Mittel sowie die Relationen zueinander ablesen.

Eine solche Hauptgliederung sollte auch deswegen gefordert werden, weil es für den externen Leser der Bilanzen grosser Pensionskassen schwierig ist - ähnlich wie auf der Aktivseite -, einen Überblick zu den insgesamt siebzehn Passivposten²⁾ zu gewinnen.

bd) Zur Bewertung

Fragt man, welche Anregungen sich aus den theoretischen Lösungsvorschlägen zum Bewertungsproblem der Pensionskassenbilanz ziehen lassen, so bieten sich die "geschlossenen" Wertlehren von Wilhelm Rieger³⁾ und von Fritz Schmidt⁴⁾ zur Diskussion an.

bda) Lösungsvorschlag für die Bewertung mit Hilfe der Riegerschen Wertlehre

Wendet man sich zunächst der Riegerschen Bewertungstheorie zu, so lässt sich sagen, nach seiner Anschauung heisst Bewerten: "Das geldliche Schicksal vorausnehmen und auf den Bilanzstichtag umrechnen."⁵⁾ Dadurch ist die Bilanz nichts anderes als eine "Abrech-

1) Vgl. Le Coutre, Walter, Bilanztheorien, a.a.O., Sp.1101.

2) Bei kleineren Pensionskassen sind es neun Positionen.

3) Vgl. Rieger, Wilhelm, Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2.Aufl., Erlangen 1959, S.203 ff.

4) Vgl. Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, Wiesbaden 1951.

5) Rieger, Wilhelm, Privatwirtschaftslehre, a.a.O., S.213.

nung über das geldliche Schicksal der Unternehmung."¹⁾ Rieger stellt seine Bewertungslehre in den Rahmen einer nominellen Geldrechnung, deren Kategorien Einnahmen und Ausgaben sind.

Wenn auch Rieger bei seinen Überlegungen von dem Umsatzprozess einer erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Produktionsunternehmung ausgeht, deren Geldkreislauf er mit dem vielzitierten Schema "Geld - Ware - mehr Geld" darstellt, so lässt sich doch auch diese Kette analog für das "geldliche Schicksal" der Beiträge bilden, die erwerbswirtschaftlich handelnde Lebensversicherungen einnehmen: Geld - Versorgungsleistungen - Geld ("Restgeld"). Nur dann haben Lebensversicherungen erfolgreich gearbeitet, wenn am Ende ihrer Tätigkeit noch Geld in der Kasse ist.

Da Pensionskassen lediglich ihre Verpflichtungen abdecken wollen, die ihnen aus den Versorgungszusagen erwachsen, darf - legt man die Riegerschen Überlegungen analog der Betrachtung zugrunde - im Idealfall nach Abwicklung aller Versorgungsleistungen kein Geld mehr übrig sein. Das Endglied "Restgeld" des geldlichen Schicksals der Lebensversicherungsbeiträge dürfte demnach in Pensionskassen auf Grund ihrer Zielsetzung²⁾ nicht auftreten. Natürlich handelt es sich dabei lediglich um eine rein theoretische Überlegung; in Wirklichkeit wird es wohl immer zu einem Überschuss oder Fehlbetrag kommen, weil die erwarteten Grössen, z.B. die Sterblichkeit, von den tatsächlich eingetretenen Zahlen abweichen.

Die zentrale Schwierigkeit der Bewertungslehre von Rieger ist, dass das geldliche Schicksal der Beiträge - sofern sie nicht in liquider Form gehalten werden, sondern in ver-

1) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, S.34.

2) Dieser Zielsetzung widerspricht auch nicht, dass die Beiträge in verzinsliche Vermögensanlagen umgewandelt werden, denn die Verzinsung wird versicherungstechnisch vorausgesetzt (Rechnungszins), trägt also zur Deckung der Pensionsverpflichtungen bei und braucht sich daher nicht in einem Überschuss in der Bilanz niederzuschlagen, es sei denn, der effektive Zins übersteigt den rechnungsmässigen Zins derart, dass nach Deckung der Verwaltungskosten noch etwas übrig bleibt. (Vgl. Kerker, Walter, Müller, Gerd, Vermögensanla-

zinslichen Vermögensanlagen angelegt werden - nicht exakt vorhersehbar ist, infolgedessen nur geschätzt werden kann. Ehe man jedoch den zukünftigen Wert zu finden versucht, ist es ratsam, nach dem Zweck zu fragen, den die zu bewertenden Gegenstände zu erfüllen haben. Sieht man einmal von den Fertigerzeugnissen ab, so sind Güter in Industriebetrieben entweder zum G ebrauch oder zum V e rbrauch bestimmt. Ihr geldliches Ende zu schätzen, hiesse den Kaufmann überfordern, darauf weist Rieger ausdrücklich hin.¹⁾

Anders ist es dagegen in Lebensversicherungen; hier haben die Vermögensgegenstände Sicherungs- und Ertragsfunktion und gelangen nach kürzerem oder längerem Zeitraum - vorhersehbar ist er nicht - wieder zur Veräußerung.²⁾ Der Zeitraum, der zwischen der Ausgabe (d.h. der Anschaffung) und der Einnahme liegt, wird durch die Anlagepolitik der Lebensversicherung bestimmt; hier überwiegen die langfristigen Anlagen die kurz- und mittelfristigen bei weitem.³⁾ Aus diesem Grund wird von Lengyel die Auffassung vertreten, dass Vermögensanlagen gar nicht zur Wiederveräußerung bestimmt seien, sondern zur "dauernden Kapitalanlage";⁴⁾ eine Realisierung komme daher normalerweise gar nicht in Betracht. Dem ist entgegenzuhalten, dass auch langfristige Kapitalanlagen eines Tages wieder zu Geld werden. Die Dauer der Kapitalanlage steht in keinem Widerspruch zum Tatbestand der künftigen Geldwerdung. Allerdings lässt

ge und Vermögensanlagepolitik, in: HdV, 2.Band, Sp.2184).

- 1) Vgl. Rieger, Wilhelm, Privatwirtschaftslehre ..., a.a.O., S.220.
- 2) In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung sehr aussagekräftig, die Le Coutre in seinem Bilanzschema macht, wenn er zwischen Sicherungsvermögen einerseits und Verwaltungsvermögen andererseits trennt. Demnach ist das Verwaltungsvermögen zum Gebrauch bestimmt.
- 3) Vgl. Merker, Walter, Müller, Gerd, a.a.O., Sp.2182.
- 4) Lengyel, S., a.a.O., S.35.

sich die Regel aufstellen, dass das geldliche Ende um so schwieriger abzusehen sein dürfte, je weiter dieses Ereignis in der Zukunft liegt.

Eine Ausnahme von dieser Regel stellen die zum Nennwert rückzahlbaren Pfandbriefe und Obligationen dar. In einer schweizerischen Bewertungsvorschrift für festverzinsliche Wertpapiere¹⁾ findet sich die Bestimmung, dass das geldliche Schicksal - in diesem Fall vorhersehbar - auf den Bilanzstichtag zu eskomptieren ist, indem "der Barwert des Kapitals und der künftigen Zinsen ... auf Grund der verbleibenden festen Laufzeit oder auf Grund des Tilgungsplans"²⁾ ermittelt wird. In dieser Vorschrift wird also das Kiegersche Postulat verwirklicht.

Mit Ausnahme festverzinslicher, zum Nominalwert rückzahlbarer Werte lässt sich der später einmal erzielbare Erlös jedoch nur schätzen. Um die Schätzung zu erleichtern, schrieb § 56 VAG a.F. vor, dass - mit Ausnahme der Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben - für alle Vermögensgegenstände der Verkehrswert am Bilanzstichtag massgebend sei.

Lengyel lehnte diese Vorschrift ausdrücklich ab, da "der durch sorgfältige Ermittlung festgestellte Preis, der bei einer am Bilanzstichtag vorgenommenen Veräußerung aller Wahrscheinlichkeit nach **b e s t i m m t** hätte erzielt werden können",³⁾ niemals wirklich zustande kommen könnte, da plötzlich das ge-

-
- 1) Bundesratsbeschluss über die Bewertung der Wertpapiere in den Bilanzen der inländischen Lebensversicherungsgesellschaften, zitiert in: Diehl, Walter, a.a.O., S.45.
 - 2) Diehl, Walter, a.a.O., S.45.
 - 3) Rundschreiben des Reichsaufsichtsamtes vom 31. August 1923, zitiert bei Lengyel, S., a.a.O., S.34.

samte Vermögen einer Versicherung angeboten würde, was zu einem totalen Preisverfall führen müsse. Mit dieser Prämisse zu arbeiten, sei also völlig verfehlt.¹⁾

Der Gesetzgeber ist jedoch zu dieser Fiktion gezwungen gewesen; "es bedarf hier eines Kompromisses zwischen dem theoretischen Bewertungsgrundsatz und den praktischen Möglichkeiten, denn niemand vermag in die Zukunft zu sehen".²⁾ Dieser Kompromiss, den Hintner befürwortet, steht durchaus im Einklang mit der Riegerschen Bewertungslehre; auch er spricht von der Notwendigkeit, mit Hilfwerten zu arbeiten, weil das theoretisch Richtige nicht verifizierbar sei.³⁾

Der Gesetzgeber ging mit dem für Versicherungen einstmals vorgeschriebenen Tageswertprinzip so weit, dass sogar die Anschaffungs- oder Herstellungskosten überschritten werden durften. Für Handels- oder Industriebetriebe würde diese Handhabung ein Sakrileg gegen das Vorsichts- und Gläubigerprinzip darstellen. Allerdings durften die Bewertungsgewinne (d.h. die positive Differenz zum letztjährigen Bilanzansatz) nicht ausgeschüttet werden, vielmehr mussten sie einer besonderen Verlustrücklage zugeführt werden.⁴⁾

Dieser Bewertungsgrundsatz ist vom Gesetzgeber nach der Aktienrechtsreform von 1937⁵⁾ fallengelassen worden; statt dessen wurde für Versicherungen das An-

1) Vgl. Lengyel, S., a.a.O., S.35.

2) Hintner, Otto, Die Riegersche Bilanzlehre, ein Vergleich mit Gesetzgebung und Rechtsprechung, in: Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht, 95.Band, S.256.

3) Vgl. Rieger, Wilhelm, Privatwirtschaftslehre, a.a.O., S.219 ff.

4) § 56, Abs.3 VAG a.F.

5) Durch die 2.Durchführungsverordnung zum AktG (1937) vom 19.November 1937, RGBI I, S.1300.

schaffungskostenprinzip eingeführt. Auch die Reformer des Aktiengesetzes von 1965 trennten sich nicht vom Anschaffungskostenprinzip.¹⁾

Das Anschaffungskostenprinzip ist vom Standpunkt der Riegerschen Theorie solange richtig, als durch Abschreibungen der Wiedergeldwertungs-Prozess vollzogen wird. Die Vermögensanlagen in Pensionskassen werden jedoch (z.B. wegen technischer Abnutzung) nicht abgeschrieben, sondern nach einem bestimmten Zeitraum - der nicht vorhersehbar ist - wieder veräußert. Folgt man der Riegerschen Theorie, so ist es gerechtfertigt, in diesem Fall nur mit dem zu erwartenden Erlös, ersatzweise mit dem Tageswert, zu bilanzieren.

Der Bewertungsgrundsatz des neuen Aktienrechts steht somit nicht im Einklang mit der Riegerschen Theorie.

Es darf nicht vergessen werden, dass der Riegersche Bewertungsvorschlag seine Basis in einer streng nominellen Auffassung vom Kapital hat. Irgendwelche Wertschwankungen bei den Vermögensanlagen gehören nach seiner Anschauung zum Risiko-, aber auch zum Chancenbereich des Unternehmers, sind also vom Unternehmer zu tragen und dürfen nicht eliminiert werden.²⁾

Es fragt sich nun, ob diese Vorstellungen Riegers auch auf die Pensionskasse übertragen werden dürfen. In der Pensionskasse sind es die Arbeitnehmer, die der Kasse ihr Geld zur Verfügung stellen, vorausgesetzt, dass sie sich an der Beitragszahlung direkt beteiligen. Die Pensionsberechtigten stellen zudem ihr Geld oft über Jahrzehnte hinweg der Kasse zur Verfügung.

1) Vgl. Seite 125 ff.

2) Vgl. Rieger, Wilhelm, Privatwirtschaftslehre, a.a.O., S.244 ff.

Wie die Erfahrung zeigt, wird der Geldwert durch permanente Preissteigerungen ausgehöhlt, so dass man die Auffassung vertreten könnte, ein Unternehmer würde in der gleichen Situation sein Kapital dadurch zu retten versuchen, dass er es dort investiert, wo er eine so hohe Rendite erwarten kann, dass er für den Kaufkraftverlust entschädigt wird. Diese Möglichkeit ist für den Beitragszahler - zumindest theoretisch - ebenfalls gegeben, weil er in der Regel seine Beiträge "rückkaufen"¹⁾ kann.

Somit ist als Ergebnis festzuhalten, dass der Betriebsangehörige das Risiko der Geldentwertung wie ein Unternehmer abfangen könnte, indem er seine Beiträge in risikvollen, dafür aber hochrentierenden Objekten anlegt.

Weiterhin wäre zu prüfen, ob das erhöhte Risiko der Wertschwankungen, das sich durch das Tageswertprinzip sofort in dem Ergebnis der Bilanz niederschlägt, aus sozialen Gründen nicht vom Arbeitnehmer abgehalten werden sollte, denn man könnte sich auf den Standpunkt stellen, dass es aus sozialen Gründen abzulehnen sei, dem Arbeitnehmer die gleichen Risiken anzulasten wie dem Unternehmer.

Durchdenkt man jedoch die Konsequenzen, die sich aus der Anwendung des Tageswertprinzips ergeben, so zeigt sich, dass die versicherten Betriebsangehörigen die Auswirkungen der Tageswerte unmittelbar zu spüren bekommen, wohingegen bei Anwendung des Anschaffungskostenprinzips u.U. erst die nachfolgende Generation die Wertschwankungen angelastet bekäme. Das wäre aber ein unbilliges Verfahren, das gerade aus sozialen Gesichtspunkten abzulehnen ist.

1) Vgl. Seite 158.

Abschliessend wird festgestellt, dass die Bewertungslehre von Rieger wegen ihrer gedanklichen Geschlossenheit zur Lösung des Bewertungsproblems in der Pensionskassenbilanz beitragen kann.

Es wäre zu wünschen, dass der Gesetzgeber wieder zum Tageswertprinzip - speziell für die Versicherungen - zurückkehrt. Alle Wertschwankungen, die über die Anschaffungskosten hinausgehen, könnten in einer besonderen Verlustrücklage gesammelt werden. So war es auch bis 1937 im Versicherungsaufsichtsgesetz gehalten.

bdb) Erörterung, inwieweit die Wertlehre von Fritz Schmidt einen Beitrag zur Lösung des Bewertungsproblems zu leisten vermag

Es soll nun die organische Bilanztheorie, wie sie von Fritz Schmidt vertreten wird, daraufhin untersucht werden, ob sie einen Beitrag zur Lösung des Bewertungsproblems in der Bilanz der Pensionskasse zu leisten vermag.

Schmidts Grundanliegen ist die Erhaltung der betrieblichen Leistungsfähigkeit, die er dadurch zu schützen versucht, dass er die Betriebssubstanz von den Kaufkraftschwankungen des Geldes unabhängig macht. Dieses Ziel erreicht er dadurch, dass er grundsätzlich nur mit Wiederbeschaffungspreisen am Bilanzstichtag bewertet und die Wertänderungen am ruhenden Vermögen in der Erfolgsrechnung trennt.¹⁾ Alle positiven Wertänderungen am ruhenden Vermögen, die er feststellt, sind keine echten "Gewinne", sondern stellen lediglich Scheingewinne dar.

Schmidt sieht das Problem der Substanzerhaltung

1) Vgl. Schmidt, Fritz, Die organische Tageswertbilanz, a.a.O., S.161 ff.

jedoch vom Produktionsbetrieb aus; ihm geht es ja um die Erhaltung der ursprünglichen Produktionskapazität unter dem Aspekt des "Leistungspotentials der Gesamtwirtschaft".¹⁾

Nun haben wir es aber bei der Pensionskasse weder mit einem Produktionsbetrieb noch mit Umsatzerfolgen zu tun. Die Vermögensanlagen in der Pensionskasse sind nicht für einen Umsatzprozess bestimmt,²⁾ infolgedessen ist die Frage nach der voraussichtlichen Höhe des Betrages, der für eine Wiederbeschaffung aufzubringen wäre - etwa um eine bestimmte Produktionskapazität zu erhalten -, uninteressant. Dieser Tatbestand ist von fundamentaler Bedeutung für die Bewertung des Kassenvermögens. Der richtige Wertansatz für die Vermögensanlagen der Pensionskasse muss infolgedessen vom Veräußerungsmarkt her gefunden werden und nicht etwa vom Beschaffungsmarkt her, wie es Fritz Schmidt vorschlägt.

In gleicher Weise lässt sich die Substanzerhaltung in der Pensionskasse nicht durch Erhaltung einer bestimmten produktiven Kapazität erreichen, vielmehr geht es um die Erhaltung des Versicherungskapitals, das durch permanente Geldentwertungen ständig bedroht ist.

Hax hat das Problem der Substanzerhaltung von der Kapitalseite her untersucht und unterscheidet:

- a) die "Erhaltung eines geldziffermässig bestimmten Ursprungskapitals in Einheiten einer effektiven Währung, ohne Rücksicht auf deren Kaufkraftänderungen: Nominelle Kapitalerhaltung",

1) Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.58.

2) Vgl. Seite 128.

- b) die "Erhaltung eines geldziffernmässig bestimmten Ursprungskapitals in Einheiten gleicher Kaufkraft: Reale Kapitalerhaltung".¹⁾

Nun lässt sich aber das Schicksal des Versicherungskapitals nicht vom Schicksal des Versicherungsvermögens trennen. Werden Vermögensgegenstände durch Kaufkraftschwund entwertet, dann sinkt das Versicherungskapital in seiner Kaufkraft in gleichem Masse. Eine mögliche Antwort auf den Kaufkraftschwund des Versicherungskapitals lautet daher: Versicherungsbeiträge sollten möglichst in realen Vermögenswerten - in Grundstücken und Aktien - angelegt werden. Eine zweite Verhaltensmaxime wäre: Kaufkraftschwankungen sollten mit Hilfe von Indices abgefangen werden, und zwar in der Weise, dass die Beiträge und (oder) die Versicherungssumme den Veränderungen des Geldwertes angepasst werden, wobei die Kaufkraft der Versicherungsleistung eine konstante Grösse zu sein hat.²⁾

Diese Antworten berühren jedoch nicht das Bewertungsproblem, sondern münden in die Anlagepolitik und brauchen infolgedessen an dieser Stelle nicht diskutiert zu werden. Es überrascht nicht, dass Fritz Schmidt in diesem Zusammenhang ebenfalls Finanzierungsregeln aufstellt, z.B. den Grundsatz vom Ausgleich der nominal gebundenen Aktiva und Passiva.³⁾ Solche Finanzierungsregeln stellen jedoch keinen Beitrag zur Klärung der Frage dar, welcher Wertansatz für das Pensionsvermögen gewählt werden sollte.

1) Hax, Karl, Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957, S.17.

2) Vgl. Closs, Heinz, Stichwort "Wertbeständigkeit", in: HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.2492 ff.

3) Vgl. Schmidt, Fritz, a.a.O., S.103.

Abschliessend wird festgestellt, dass der richtige Wertansatz nicht, wie Schmidt es tut, vom Beschaffungsmarkt gesucht werden sollte, sondern vom Veräusserungsmarkt. Damit lässt sich der Riegersche Lösungsvorschlag als theoretisch richtig für das Vermögen der Pensionskasse ansehen.

2. Die Aktivseite der Bilanz

Die Aktivseite der Bilanz der Pensionskasse dient dem Zweck, alle diejenigen Positionen aufzuführen, die einen Vermögenswert darstellen, sei es, dass dieser Wert einzelnen Vermögensgegenständen beigemessen werden kann, sei es, dass er sich nur rechnerisch als Aktivum ermitteln lässt.

Im folgenden soll auf die wichtigsten Positionen der Aktivseite eingegangen werden.

a) Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks

Versicherungsvereine benötigen, wenn sie ihre Tätigkeit aufnehmen, Mittel, um die Kosten, die durch die Errichtung und Einrichtung des Geschäftsbetriebs entstehen, decken zu können.

Diese Beträge, die bar - seit der Aktienrechtsreform von 1965 auch in anderer Form - einzuzahlen sind,¹⁾ stellen den "Gründungsstock" dar. Darüber hinaus kommt dem Gründungsstock die Aufgabe zu, als Garantiefonds zu fungieren.²⁾ Prolss spricht in diesem Zusammenhang von

1) § 22 Abs.2 VAG a.F. und § 37 EG AktG(1965) i.V.m.
§ 22 Abs.2 VAG n.F.

2) Vgl. Fromm, Gerhard Erich, Stichwort: "Gründungs-

einem "Gewährstock";¹⁾ er dient solange als Ersatz für eine gesetzliche Rücklage, als diese noch nicht aus den laufenden Einnahmen gebildet worden ist.²⁾ Drittens ist der Gründungsstock "Betriebsstock"³⁾ und "dient als solcher der Deckung der laufenden Ausgaben, die nach Errichtung und Einrichtung anfallen".⁴⁾

Die Mindesthöhe des Gründungsstocks ist - im Gegensatz zum "Startkapital" anderer juristischer Personen - gesetzlich nicht festgelegt.

Nun braucht aber der Gründungsstock nicht unbedingt in vollem Umfang bar eingezahlt zu werden, vielmehr ist es erlaubt, statt dessen Solawechsel der Pensionskasse in Verwahrung zu geben. Diese Teile des Deckungsstocks haben dann Garantiefunktion und gleichen den nicht eingezahlten Teilen des Grundkapitals der Versicherungsaktiengesellschaft. Über das Verhältnis von Barmitteln und Wechseln entscheidet die Aufsichtsbehörde bei der Zulassung.⁵⁾

Sowohl die grossen als auch die kleineren Pensionskassen haben die Wechsel gleichlautend auszuweisen. Die Position heisst "Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks" und führt in den Formblättern für beide Kassentypen die Positionen auf der Aktivseite der Bilanz an.

Wenn der Gründungsvorgang abgeschlossen und die Verlustrücklage gebildet ist - sie ersetzt den Gründungsstock -, muss mit der Tilgung des Gründungsstocks begonnen werden, da er nur vorübergehende Aufgaben zu erfüllen hat.⁶⁾

-
- stock", in: HdV, a.a.O., Band 1, Sp.868.
- 1) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1b zu § 22 VAG a.F.
 - 2) § 37 VAG.
 - 3) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1c zu § 22 VAG a.F.
 - 4) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1c zu § 22 VAG a.F.
 - 5) §§ 15, 8 Abs.1 VAG.
 - 6) Vgl. Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.260.

Wechsel verbriefen die Einzahlungsforderungen und sind wie normale Forderungen gem. § 40 HGB bzw § 155 AktG (1965) zu bewerten.¹⁾

b) Vermögensanlagen

Sollen die Pensionskassen jederzeit ihre Verpflichtungen erfüllen können, so bedarf es einer ertragbringenden, die Sicherheit genügend berücksichtigenden Anlage der Beiträge.

ba) Arten

baa) Zweckgebundenes Vermögen (Deckungsstock)

Alle diejenigen Vermögenswerte, die die Ansprüche der Versicherten "decken" sollen, werden in einem "Deckungsstock" zusammengefasst: in räumlicher Abtrennung vom übrigen Vermögen werden Gelder, Wertpapiere, Urkunden usw.²⁾ am Sitz der Pensionskasse aufbewahrt. Der Nachweis über den Vermögensbestand ist durch ein "Deckungsstockverzeichnis"³⁾ zu erbringen; wird ein Gegenstand in das Verzeichnis eingetragen, so gilt er als dem Deckungsstock zugeführt.⁴⁾ Da oberster Grundsatz bei der Anlage des Versicherungskapitals die Sicherheit⁵⁾ ist, ist es verständlich, wenn die Aufsichtsbehörde kraft § 68 VAG ein gewichtiges Wort bei der Vermögensanlage mitzureden hat, ganz abgesehen von den

1) Vgl. Roehling, W., Wesen und Prüfung der nichtversicherungstechnischen Posten des Jahresabschlusses, in: Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, a.a.O., S.137.

2) § 66 Abs.5 VAG.

3) § 66 Abs.6 VAG.

4) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.5 zu § 66 VAG.

5) Vgl. Seite 106.

gesetzlichen Bestimmungen, die zu den Vermögensanlagen ergangen sind.¹⁾

§ 68 Abs.1 VAG bietet einen Katalog von Anlagemöglichkeiten, dessen Auswahl dem freien Ermessen des Vorstandes der Pensionskasse überlassen bleibt. Ohne Genehmigung können angeschafft werden:²⁾

- a) die mündelsicheren Werte nach § 1807 Abs.1 Nr.1-4 BGB;
- b) landesgesetzlich zur Anlegung von Mündelgeld zugelassene Wertpapiere;
- c) Hypothekenpfandbriefe;
- d) Forderungen, bei denen Hypotheken oder Wertpapiere verpfändet sind, wenn diese selbst deckungsstockfähig sind und die Grundsätze der Deutschen Bundesbank für die Verpfändung beachtet werden;
- e) Darlehen auf Versicherungsscheine (sog. Police-darlehen);
- f) verbriefte Forderungen gegen inländische Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie gegen Schul- und Kirchengemeinden, wenn diese Forderungen entweder vom Gläubiger gekündigt werden können oder regelmässig zu tilgen sind;
- g) Bankguthaben bei einer Staatsbank, einer öffentlichen Bank oder einer Sparkasse;
- h) inländische Grundstücke, allerdings dürfen 25% des Deckungsstocksolls nur mit besonderer Geneh-

1) §§ 68, 69 VAG.

2) Fritz, Ernst, Die Vermögensanlagen der Versicherungswirtschaft in aufsichtsbehördlicher Sicht, Berlin 1958, S.9.

migung der Aufsichtsbehörde überschritten werden; (§. 68 Abs. 2 VAG)

- i) für in ausländischer Währung zu erfüllende Verbindlichkeiten Vermögenswerte, die auf die gleiche Währung lauten, wobei die für die inländischen Anlagewerte geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden (sog. kongruente Bedeckung)."

bab) Freies Vermögen

Sind die Ansprüche der Versicherten abgedeckt, so sind die Pensionskassen bei der Anlage des Versicherungskapitals grundsätzlich frei,¹⁾ es sei denn, sie wollten Grundstücke erwerben.²⁾

An und für sich soll die Satzung dem Vorstand bestimmte Richtlinien bei der Vermögensanlage geben.³⁾ Im Jahre 1930, in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise also, hat die Aufsichtsbehörde verlangt, dass in die Satzung ein Passus aufzunehmen sei, wonach lediglich 15% des *n i c h t* zum Deckungsstock gehörigen Vermögens völlig frei angelegt werden dürfe.⁴⁾

Das Bundesaufsichtsamt hat in seinem Rundschreiben R 15/28 vom 20.12.1958 die Richtlinien zur Anlage des Vermögens neu gefasst. Danach müssen den Anlagevorschriften der §§ 68, 69 VAG gemäss nicht nur diejenigen Kapitalien angelegt werden, die der Deckungsrückstellung entsprechen (Deckungsstock), sondern dar-

1) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vermögensanlagen, a.a.O., S.12.

2) Genehmigungspflicht gem. § 54 VAG mit zwei Ausnahmen.

3) § 9 Abs.1 VAG.

4) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vermögensanlagen, a.a.O., S.12.

über hinaus auch alle Vermögensteile, die sämtliche aus dem Versicherungsverhältnis entstandenen Verpflichtungen bedecken.¹⁾

Der verbleibende Rest, das "restliche Vermögen", wie das Bundesaufsichtsamt sagt,²⁾ kann nach "freiem, pflichtmässigem Ermessen der durch die Satzung berufenen Organe angelegt werden".³⁾ Es handelt sich dabei um das Vermögen, das dem Gründungsstock, der gesetzlichen Verlustrücklage und freien Rücklage sowie den - für betriebseigene Angestellte gebildeten - Rückstellungen für Versorgungsverpflichtungen und der passiven Rechnungsabgrenzung entspricht.⁴⁾

bac) Vermögensanlagen bei der Trägerunternehmung

Es ist naheliegend, die Finanzkraft der Pensionskasse in den Dienst der Trägerunternehmung zu stellen.

Dabei ist die Frage interessant, ob die gleichen Sicherheiten notwendig seien wie bei den sonstigen Vermögensanlagen. Die Aufsichtsbehörde hat dazu immer ein klares Ja gesprochen und verlangt, dass die Forderungen der Pensionskasse an die Trägerunternehmung dinglich zu sichern seien.⁵⁾ Ausnahmsweise sind auch schon Bankbürgschaften bzw. Verpfändungen von Wertpapieren als Sicherheiten genehmigt worden.⁶⁾

Dies beweist nur, wie streng die Aufsichtsbehörde gerade in diesem Punkt ihre Aufsichtspflicht handhabt.

1) Vgl. VerBAV 1959, S.1 ff.

2) Vgl. VerBAV 1959, S.3.

3) Fritz, Ernst, Versicherungsaufsicht vor neuen Aufgaben, in: Versicherungswirtschaft 1959, S.8.

4) Vgl. VerBAV 1959, S.3.

5) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vermögensanlagen, a.a.O., S.58.

6) Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen 1952/53, S.22.

bb) Bewertung¹⁾

bba) Die Bewertung der Vermögensanlagen
(mit Ausnahme der Wertpapiere)

Hatte das Versicherungsaufsichtsgesetz noch bis zur grossen Aktienrechtsreform von 1937 über eine eigene Bewertungsvorschrift verfügt, so wurde sie durch die 2.Durchführungsverordnung zum Aktiengesetz (1937)²⁾ aufgehoben.

Das Einführungsgesetz zum neuen Aktiengesetz setzt nun eine besondere Bewertungsbestimmung wieder in das Versicherungsaufsichtsgesetz ein. Dem Aufbau des Gesetzes gemäss gilt diese Vorschrift für alle Versicherungsunternehmen, während diejenigen Bewertungsvorschriften, die in § 36a VAG neue Fassung (n.F.) aufgezählt sind, lediglich für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Gültigkeit haben.³⁾ Die neue Bewertungsvorschrift besagt jedoch nur, wie die Wertpapiere, nicht dagegen, wie die übrigen Vermögensanlagen bewertet werden sollen, denn es geht nach Kropff in der neugefassten Bestimmung des § 56 VAG darum, "bewertungsrechtliche Sonderprobleme der Versicherungs-Aktiengesellschaften, zum Teil auch der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zu regeln".⁴⁾

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit bewerten ihre Vermögensanlagen - mit Ausnahme der Wertpapiere - nach den Vorschriften des Aktiengesetzes.⁵⁾

Für die Vermögensanlagen der Pensionskassen gilt

1) Zum bilanztheoretischen Teil der Bewertung vgl. S.108 ff.

2) vom 19.November 1937, RGBLI, S.1300.

3) § 36a VAG n.F. i.V.m. §§ 153, 154 AktG (1965).

4) Kropff, Bruno, Aktiengesetz, Düsseldorf 1965, S.559.

5) § 36a VAG n.F. i.V.m. §§ 153 ff. AktG (1965).

de lege lata das Anschaffungskostenprinzip. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten stellen in Zukunft gleichzeitig den höchsten und den niedrigsten Wertansatz dar. Daraus folgt, dass es grundsätzlich verboten ist, willkürlich stille Reserven zu bilden. Sollte der Wert, der den Vermögensanlagen beizumessen ist, am Bilanzstichtag niedriger und sollte die Wertminderung von Dauer sein, so muss dieser niedrigere Wert angesetzt werden. Ist er einmal gewählt, so darf er auch dann beibehalten werden, wenn der Grund für die Minderung des Wertes fortgefallen ist.¹⁾ Es werden also auch in Zukunft stille Reserven im Anlagevermögen möglich sein. Im übrigen bilden sich stille Reserven in den Vermögensanlagen, wenn die Tageswerte über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten steigen.

Wichtig ist, dass die Pensionskassen ihre bereits in früherer Zeit in den Vermögensanlagen gelegten stillen Reserven nicht aufzulösen brauchen.²⁾

Problematisch ist, dass Pensionskassen ihre Vermögensanlagen - mit Ausnahme der Wertpapiere - wie Anlagevermögen behandeln müssen, obwohl dieser Begriff in der Pensionskassenbilanz unbekannt ist. Nach der Legaldefinition des § 152 Abs.1 AktG (1965), der von grossen Pensionskassen anzuwenden ist,³⁾ gehören zum Anlagevermögen nur diejenigen Gegenstände, die am Abschlussstag dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu dienen. In Produktionsbetrieben wird der Zeitraum durch die Lebens- und (oder)

-
- 1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 154 Abs.2 AktG (1965).
 - 2) § 14 EG AktG (1965). Wegen der Wertpapiere vgl. § 14 Abs.3 EG AktG (1965), vgl. auch Goerdeler, Reinhard, Der Übergang zur Rechnungslegung nach neuem Aktienrecht, in: WPg 1967, S.1 ff.
 - 3) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152 Abs.1 AktG (1965).

Leistungsfähigkeit der Anlagen im Produktionsbetrieb bestimmt. In Pensionskassen dagegen hängt der Zeitraum von der Kapitalanlagepolitik der Geschäftsleitung ab.¹⁾ Dieser Zeitraum ist infolgedessen ungleich schwerer zu bestimmen als in Produktionsgesellschaften: Hier werden die Anlagen unbedingt im Produktionsprozess gebraucht und sind nur langfristig austauschbar; in Pensionskassen hingegen sind die Anlagen Haftungssubstanz und in der Regel schneller austauschbar.

Ob ein Vermögensgegenstand in der Pensionskasse überhaupt dem **G e s c h ä f t s b e t r i e b** dienen soll, lässt sich anzweifeln, denn die deckungsstockpflichtigen Werte stehen nur bedingt im Einflussbereich der Geschäftspolitik der Pensionskasse. Nicht nur, dass diese Vermögensgegenstände von der Pensionskasse getrennt aufbewahrt werden müssen,²⁾ der Treuhänder hat obendrein jeder geschäftlichen Transaktion zuzustimmen, bei der über Werte des Deckungsstocks verfügt wird.³⁾

Es muss daher abgelehnt werden, die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften auf die Pensionskassen zu übertragen.

Nach den theoretischen Überlegungen wird vielmehr gefordert, dass für Versicherungen wieder zum Tageswertprinzip zurückgekehrt wird.⁴⁾

bbb) Die Bewertung der Wertpapiere

Die Frage, ob die deckungsstockpflichtigen **W e r t - p a p i e r e** Anlage- oder Umlaufvermögen eines Versicherungsbetriebes seien, ist vom Verwaltungsgericht Ber-

1) Vgl. Seite 110.

2) § 66 Abs.5 VAG.

3) § 72 VAG.

4) Vgl. Seite 113.

lin zum Gegenstand einer Entscheidung gemacht worden.¹⁾
Das Gericht kam zu der Überzeugung, dass solche Wertpapiere in einem Versicherungsunternehmen immer als Umlaufvermögen zu betrachten seien.

In dem Urteil wird zu begründen versucht, warum gerade bei Wertpapieren das Niederstwertprinzip, wie es für das Umlaufvermögen vorgeschrieben ist, in seiner strengen Form zu handhaben sei. Obwohl das Gericht die Zeit als Bestimmungsmerkmal dafür benützen möchte, was Anlage- und was Umlaufvermögen sei, ist es in Wirklichkeit der Grad der Liquidierbarkeit: Wertpapiere, so argumentiert das Gericht, die dem Deckungsstock angehörten, seien schnell realisierbar, und da auf jeden Fall im Stock Werte enthalten sein müssten, die schnell verflüssigt werden können, sollten "wenigstens die börsengängigen Wertpapiere zum Umlaufvermögen gerechnet werden".²⁾

Diese Art der Beweisführung kann nicht unwidersprochen bleiben. Es ist nicht zulässig, aus der Möglichkeit, einen Gegenstand schnell liquidieren zu können, zu folgern, er gehöre zum Umlaufvermögen, und dies nur, weil z.B. Wertpapiere in der Regel einen festen Markt haben.

Ebenso könnte man nämlich argumentieren, dass in Zeiten permanenter Geldentwertung auch Vermögensgegenstände, die keinen festen Markt haben, z.B. Grundstücke, eine Liquiditätsreserve darzustellen vermögen. Es lassen sich durchaus Marktsituationen vorstellen, in denen es nicht ratsam erscheint, Wertpapiere zu verkaufen, statt dessen jedoch Schuldscheine zu liquidieren. Nicht

1) Urteil vom 16. März 1962, VG XVII A 352, in: VerBAV 1963, S. 67 ff.

2) VerBAV 1963, S. 67.

zuletzt entscheidet über die Liquidierbarkeit von Wertpapieren neben den allgemeinen Kräften aus Angebot und Nachfrage auch die Bonität des Papiers.

Wenn die Frage geklärt werden soll, ob die Vermögensanlagen einer Pensionskasse dem Anlage- oder dem Umlaufvermögen zuzurechnen sind, so muss man von ihrem Zweck ausgehen; sie dienen als Haftungssubstanz für die Verpflichtungen der Pensionskasse. Zwar hat Harmening in seinem Gutachten über den Begriff des Umlaufvermögens bei Lebensversicherungsunternehmen argumentiert: "Gegenstände, die speziell zur Befriedigung von Gläubigern der Gesellschaft bestimmt sind, können ... nicht dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienen."¹⁾

Blickt man jedoch auf die tatsächlichen Gegebenheiten, so muss festgestellt werden, dass Vermögensanlagen - die Wertpapiere eingeschlossen - oft über Jahrzehnte hinweg im Deckungsstock verbleiben.

Daraus folgt, dass es nicht vertretbar ist, den Beweis damit führen zu wollen, dass es an der Zeitdauer der Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen liege, ob ein Gegenstand zum Umlaufvermögen zu zählen ist oder nicht. Wenn schon der Begriff des Umlaufvermögens in einer Versicherung problematisch ist, dann sollte man davon absehen, den Terminus "Umlaufvermögen" in die Versicherungsbilanz hineinzukonstruieren, damit man dann eine Handhabe für die Bewertung hat.

Blickt man in die Bilanzen anderer Wirtschaftszweige, so zeigt sich, dass z.B. in der Bankbilanz die Unterscheidung in Anlagevermögen einerseits und Umlaufvermögen andererseits unbekannt ist. Die einzelnen Posi-

1) Harmening, Rudolf, Zum Begriff des Umlaufvermögens bei Lebensversicherungsunternehmen, in: WPg 1961, S.189.

tionen sind genau wie in der Versicherungsbilanz nach Liquiditätsgesichtspunkten angeordnet. Dort gilt das Grundprinzip: Wo die grössten Risiken liegen, müssen auch die stärksten Reservepolster sein.¹⁾

Auch der Gesetzgeber war sich bei der Neufassung des § 56 VAG darüber im klaren, dass es nicht darum gehe, zu klären, welche Vermögensgegenstände Umlaufvermögen seien.²⁾ Den Vorstellungen der Versicherungswirtschaft entgegenkommend, entschied er, dass die Wertpapiere gem. § 155 AktG (1965) zu bewerten seien, da sie besonders risikobedroht seien, gleichgültig, ob sie nun dem Deckungsstock angehören oder nicht.

In § 155 AktG (1965) findet sich das Niederstwertprinzip in seiner strengen Form. Der jeweils niedrigere Wert - seien es die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, sei es der Börsen- oder Marktpreis oder, falls dieser nicht festzustellen ist, der den Gegenständen am Bilanzstichtag beizulegende Wert - m u s s angesetzt werden.³⁾ Auch diese Werte dürfen unterschritten werden, falls es nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig wäre, die drei möglichen Wertansätze in der nächsten Zukunft zu ändern, weil Wertschwankungen zu erwarten sind.⁴⁾

Es fragt sich nun, ob das neue Bewertungsrecht, durch das vor allem die Interessen der Aktionäre⁵⁾ ge-

1) Vgl. Nebendorf, Karl, Die stillen Reserven der Kreditinstitute, in: WPg 1965, S.59.

2) Vgl. Kropff, Bruno, Aktiengesetz, a.a.O., S.559.

3) § 155 Abs.2 AktG (1965).

4) § 155 Abs.3 Nr.1 AktG (1965).

5) Vgl. Forster, Karl-Heinz, Vom Gläubigerschutz zum Aktionärsschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts, in: WPg 1964, S.426.

schützt werden sollen, indem die Ertragslage klarer darzulegen ist, sich mit den Interessen der Versicherten vereinbaren lässt.

Geht man nämlich davon aus, dass Versicherungsnehmer vor allem an der langfristigen Sicherung des Vermögens interessiert sind, so müsste sich die Kritik gegen die Gleichbehandlung gegensätzlicher Interessen im Bewertungsrecht - (X)ie Ertragslage, hie Vermögensschutz - richten.

Es zeigt sich jedoch, dass in den neu gefassten Bewertungsvorschriften auf keines der herrschenden Bewertungsprinzipien verzichtet wird, die bisher vom Gläubigerschutz geprägt waren. Da es erlaubt ist, Gläubigerschutz und Versichertenschutz einander gleichzusetzen,¹⁾ kommt das neue Bewertungsrecht ihren Interessen entgegen.

Schliesslich: Solange in Pensionskassen etwaige Überschüsse nicht ausgezahlt werden, ist das neue Bewertungsrecht für die Versicherten ohne nachteilige Folgen. Das gleiche gilt, falls die Trägerunternehmung für Fehlbeträge aufkommt, doch lässt sich denken, dass sie an Unterdeckungen, die lediglich durch die Anwendung des strengen Niederstwertprinzips entstanden sind und in der Regel in späteren Jahren wieder zu ausserordentlichen Erträgen führen, nicht interessiert sein dürfte. Letzten Endes hat die neue Bewertungsvorschrift für Wertpapiere zur Folge, dass Pensionskassen u.U. ihre Lage ungünstiger darstellen müssen, als sie in Wirklichkeit ist.²⁾

-
- 1) Wobei man einen Unterschied lediglich darin erblicken könnte, dass Gläubiger kaum über Jahrzehnte hinweg ihr Kapital ausleihen, letzten Endes also die Versicherten einen verstärkten Gläubigerschutz brauchen; Vgl. Seite 61.
 - 2) Der Zwang, die Wertpapiere in Zukunft nach dem strengen Niederstwertprinzip bewerten zu müssen, hat die Versicherungswirtschaft dazu veranlasst, die im Portefeuille befindlichen Inhaberpapiere in Namenspapiere umzutauschen. Dieser taktische Schritt, der das gesamte Wertpapiergeschäft der Versicherungswirtschaft revolutionierte, wurde von der Überlegung ausgelöst, dass Namenspapiere keine Wertpapiere seien, da nach Auffassung

bc) Formen

bca) Grundstücke

Während kleinere Vereine ihr Grundvermögen ungegliedert ausweisen können - die Position IX des Schemas für kleinere Vereine heisst einfach "Grundstücke" -, ist bei grossen Vereinen (hier die Position II) eine Aufteilung in

1. Wohngrundstücke,
2. gewerblich genutzte Grundstücke,
3. sonstige Grundstücke

vorgesehen.

Diese Form des Ausweises ist klar und übersichtlich, wenn man zum Vergleich das Gliederungsschema des

der Versicherungswirtschaft das Recht a u s dem Namenspapier keineswegs dem Recht a n dem Namenspapier folge und dass auch zur Geltendmachung des Rechts aus dem Papier, das auf den Namen lautet, keineswegs die Innehabung des Namenspapiers erforderlich sei, m.a.W. dass weder nach dem sog. "engen" noch nach dem sog. "weiten" Wertpapierbegriff Namenspapiere Wertpapiere seien. Daraus sei zu folgern, dass Namenspapiere nach den Grundsätzen, die für die Bewertung des Anlagevermögens gelten, zu bilanzieren seien. Diese taktische Massnahme war schon deswegen möglich, weil es keinen einheitlichen Wertpapierbegriff gibt und der Gesetzgeber den Begriff des Wertpapiers je nach dem Zweck des Gesetzes anders gefasst hat. (Vgl. Hintner, Otto, Wertpapierbörsen, in: Die Wirtschaftswissenschaften, Herausgeber Erich Gutenberg, Band A 31, Wiesbaden 1960, S.47). Obwohl die Aufsichtsbehörde anfänglich den Praktiken der Versicherungswirtschaft entgegengetreten ist und die Namenspapiere zu den Wertpapieren gezählt hat, ist das Aufsichtsamt später von dieser Auffassung abgerückt und hat die Behandlung der Namenspapiere in der Bilanz den Versicherungsunternehmen zur eigenen Entscheidung überlassen. Diese Änderung in der Beurteilung war erforderlich, da einige Versicherungsunternehmen schon vor dem Streit um die Deutung der Rechtsnatur von Namenspapieren solche Papiere im Anlagevermögen ausgewiesen und auch entsprechend bewertet hatten, die Aufsichtsbehörde hatte jedoch dagegen keine Einwendungen erhoben.

§ 131 AktG (1937) bzw. des § 144 AktG (1965) heranzieht.

Jenson will unter die "sonstigen Grundstücke" das eingeordnet wissen, was von den Grundstücken weder als gewerblich genutzt noch als Wohnzwecken dienend klassifiziert werden kann: z.B. Altersheime, Erholungsheime etc.¹⁾ Dagegen lässt sich jedoch einwenden, dass auch Altersheime Wohnzwecken dienen. "Sonstige" Einzelheiten gewähren dem externen Leser einer Bilanz keine klaren Einblicke.

Da im Gliederungsschema lediglich das Mindestmass dessen festgelegt ist, was aus Gründen der Klarheit und damit nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung von der bilanzierenden Pensionskasse an Erläuterungen gefordert wird, stehen weitergehende Darstellungen im Bilanztext immer dann im Einklang mit den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung, wenn aus dem Mindestrahmen der Gliederung keine klaren Erkenntnisse gewonnen werden können. Es wird daher dafür plädiert, entweder in der Bilanz zu beschreiben, um welche Art von "sonstigen" Grundstücken es sich handelt, oder derartige Grundstücke den "Wohngrundstücken" oder den "gewerblich genutzten Grundstücken" zuzuordnen.

1) Vgl. Jenson, Harry, Kommentar zu den Rechnungslegungsvorschriften der Versicherungsunternehmen für die Geschäftsjahre ab 1955, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Versicherungsmathematik (Deutscher Aktuarverein) e.V., Berliner Gruppe, Berlin 1957, S.15. Über unbebaute Grundstücke als Vermögensanlage wird die Pensionskasse - wenn überhaupt - nur vorübergehend verfügen, da solche Grundstücke keine Rendite bringen und deshalb für den Deckungsstock ungeeignet sind.

bcb) Ausleihungen

Lebensversicherungen sind in der Lage, eine reiche Fülle an Kapital, das aus den Beiträgen und Vermögenserträgen stammt, zur Verfügung zu stellen.

Die Diskussion über einen Grossteil des ausgeliehenen Kapitals kann unter dem Begriff "Ausleihungen" geführt werden. Was die Ausleihungen voneinander lediglich unterscheidet, sind die gewährten Sicherheiten und die Fristigkeit.

Dinglich gesichert:

In den Bilanzschemata der beiden Kassentypen gleichlautend, sind die "Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen" der Position "Hypotheken, Grund- und Rentenschulden" des aktienrechtlichen Gliederungsschemas von 1937 nahe verwandt, übertreffen diese aber an Klarheit durch den Zusatz "-forderungen".¹⁾

Dinglich gesicherte Forderungen sind mit ihrem tatsächlichen Wert, der dem ausgeliehenen Betrag entspricht, zu bilanzieren. Tilgungen sind entsprechend abzusetzen. Der ausgeliehene Betrag als Wertobergrenze darf dann unterschritten werden, wenn einerseits aus dem Wert der dinglichen Sicherung, andererseits aus der allgemeinen Vermögenslage des Schuldners²⁾ abzuleiten ist, dass die Forderung voraussichtlich in ihrem Wert dauernd gemindert sein wird.³⁾

Der Unterschied zwischen dem Nennwert und dem Zahlungsbetrag kann entweder passiv abgegrenzt ("Ein-

1) Vgl. Gadow-Heinichen, Aktiengesetz, 2.Aufl., Berlin 1961, Anm.19 zu § 131 AktG (1937).

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.188 zu § 133 AktG (1937).

3) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 154 Abs.2 AktG (1965).

nahme, noch nicht Ertrag") oder im Jahr der Ausleihe vereinnahmt werden.¹⁾

Geht man davon aus, dass das Disagio Teil des Entgelts für die Hingabe des Kapitals ist, also Zins darstellt,²⁾ so ist nach dem Grundsatz kaufmännischer Vorsicht zu fordern, dass das Entgelt erst im Zeitpunkt seiner Realisierung voll vereinnahmt sein darf. Das ist aber erst der Fall, wenn das Darlehen gänzlich zurückgezahlt ist.

Löst man daher den Disagiotbetrag zeitlich so auf, wie das Geld in die Pensionskasse zurückfließt, hat man den Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung beachtet. Die Aufsichtsbehörde lässt es trotzdem zu, dass das Disagio sofort voll vereinnahmt wird, weil von Versicherungen im allgemeinen laufend Gelder ausgeliehen werden, so dass sich Ausleihungen und Rückzahlungen die Waage halten können. Der Überschuss wird unter dieser Voraussetzung kaum extrem beeinflusst.

Nun entstehen bei der Ausgabe von Darlehen Verwaltungskosten, z.B. Kosten für die Antragsbearbeitung, für Aktenanlage, für die erforderliche Bonitätsprüfung etc., die verursachungsgerecht sofort gedeckt werden sollten, indem bestimmte, diesen Verwaltungskosten entsprechende Anteile des Disagios im Jahr der Ausgabe in die Gewinn- und Verlustrechnung fließen. Die Verwaltungskosten für Ausleihungen wurden nach einer Vorschrift des Bundesaufsichtsamtes, die bis 1954 gültig war, dadurch abgedeckt, dass 3% des Damnums sofort zu vereinnahmen waren, der Rest des Damnums auf die Laufzeit zu verteilen war. Diejenigen Teile des Damnums jedoch, die

1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.17. VerBAV S 1, S.9 f.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.189 zu § 133 AktG (1937), ebenso Fasold, Das Disagio in Handels- und Steuerrecht, in: BB 1962, S.345.

nicht zur Abdeckung der Verwaltungskosten benötigt werden, sind vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus auf die Laufzeit zu verteilen, auch wenn sich Ausleihungen und Rückfluss der Darlehen die Waage halten.

Durch Schuldschein verbrieft:

Auch die Position IV "Schuldscheinforderungen und Darlehen" des Schemas für grosse Pensionskassen stimmt wörtlich mit der Position VII des Schemas für kleinere Pensionskassen überein, ist jedoch anders untergliedert:

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
IV. Schuldscheinforderungen und Darlehen	VII. Schuldscheinforderungen und Darlehen
1. an den Bund, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts (ausser an öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute	- soweit nicht unter VI 2 fallend -
2. an öffentliche Unternehmen	1. an beteiligte Firmen
3. an Industrieunternehmen (davon dinglich gesichert)	2. an sonstige
4. an Geld- und Kreditinstitute	
5. Sonstige	

Dass grosse Pensionskassen ihre Schuldscheinforderungen tiefer untergliedern müssen, gebietet allein schon ihr Geschäftsumfang. "Sonstige" Schuldscheinforderungen grosser Pensionskassen sind nach dem ausführlich gestalteten Katalog dieser Position schlecht vorstellbar, wohl aber "sonstige" Darlehen, z.B. an Be-

triebsangehörige,¹⁾ die jedoch von den Plicedarlehen²⁾ scharf zu trennen sind.

Durch Schuldbucheintragung verbrieft:

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

V. Schuldbuchforderungen
gegen den Bund und die
Länder

VI. Forderungen an öffent-
liche Körperschaften

1. Ausgleichsforderun-
gen
 - a) bestätigt
 - b) noch nicht bestä-
tigt
2. Sonstige Schuldbuch-
forderungen

1. Ausgleichsforderun-
gen
2. sonstige (auch
Schuldscheinforder-
ungen und Dar-
lehen)

Während in grossen Pensionskassen die Art der Si-
cherung, die Eintragung in das Schuldbuch des Bundes
oder der Länder, bereits in der Überschrift genannt
ist, spricht die Bilanz der kleineren Pensionskasse
lediglich von Forderungen an öffentliche Körperschaf-
ten.

Bei den Ausgleichsforderungen, die "zum Nennwert
zu bilanzieren und vom Schuldner in ein Schuldbuch ein-
zutragen sind",³⁾ handelt es sich um Forderungen an die
öffentliche Hand, mit denen die Währungsverluste des
zweiten Weltkrieges und der Währungsreform "ausgegli-
chen" werden sollen.⁴⁾ Als Tilgungsbeginn der Ausgleichs-

1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.18.

2) Vgl. Seite 139.

3) Mogwitz, Hanns, Stichwort: "Ausgleichsforderungen",
in: HdV, a.a.O., Band 1, Sp.160.

4) Rechtsgrundlage ist § 24 Abs.2 UG, vgl. 3.Gesetz zur
Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) vom
20.Juni 1948 (Beilage Nr.5 zum Gesetz- und Verord-

forderungen ist der 1. Januar 1956 festgesetzt worden.¹⁾

Zu diesem Zweck mussten die Versicherungsunternehmen eine "Umstellungsrechnung"²⁾ aufstellen, aus der sich die Höhe der Ausgleichsforderungen gegen den Bund und die Länder ergeben soll. Z.T. sind diese Rechnungen noch nicht endgültig und von der Aufsichtsbehörde nicht bestätigt. Aus diesem Grunde sieht das Bilanzschema für grosse Pensionskassen vor, dass eine Aufteilung in bestätigte und noch nicht bestätigte Ausgleichsforderungen vorzunehmen ist.

Nicht ohne weiteres ist einzusehen, dass unter den "Forderungen an öffentliche Körperschaften" a u c h Schuldscheinforderungen und Darlehen zum Ausweis gelangen können, wie es bei kleineren Kassen vorgeschrieben ist, obwohl die Schuldscheinforderungen und Darlehen in einer eigenen Position ausgewiesen werden sollen.³⁾

Juristische Personen des öffentlichen Rechts können sich im Regelfall auf dreifache Weise verschulden. Entweder sie stellen Schuldscheine über die geliehene Summe aus oder der aufgenommene Betrag wird in ein Schuldbuch eingetragen. Eine dritte Möglichkeit besteht darin, die Schuldsumme durch Wertpapiere zu verbriefen.

Da aber Wertpapiere und Schuldscheinforderungen in je einer gesonderten Position der Pensionskassenbilanz erscheinen, bleiben eigentlich n u r die Schuldbuchforderungen für den Ausweis unter der Position VI

nungsblatt des Wirtschaftsrates der Vereinigten Wirtschaftsgebiete, S.13).

- 1) § 2 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. Juli 1965 (BGBl I, S. 650).
- 2) Gem. § 5 Abs. 2 der 23. DVO zum UG; vgl. auch Ackermann, Günther, Stichwort: "Umstellungsrechnung", in: HdV, a.a.O., Sp. 2072, mit weiteren Literaturangaben.
- 3) Vgl. Position VI des Bilanzschemas für kleinere Pensionskassen auf dem Vordruck P 1000, a.a.O., S. 2.

übrig. Die Aufsichtsbehörde hat jedoch als Oberbegriff "Forderungen an öffentliche Körperschaften" gewählt, so dass n i c h t n u r Schuldbuchforderungen, sondern a u c h Schuldscheinforderungen (gegenüber der öffentlichen Hand) hierher gehören.

Daraus folgt, dass das Bilanzschema für kleinere Pensionskassen nicht konsequent aufgebaut ist: Einerseits wird nach verschiedenen Möglichkeiten der Sicherung gegliedert, andererseits nach Schuldner.¹⁾ Dadurch ergibt sich im vorgenannten Falle die Überschneidung des Ausweises. Es muss daher gefordert werden, solche Vermögensanlagen nach einem einheitlichen Gesichtspunkt zu gliedern. Nicht vergessen werden darf, dass dadurch die Vergleichbarkeit der Bilanzen von Pensionskassen erheblich eingeschränkt wird.

Es fragt sich nun, ob Ausgleichsforderungen zum Nennwert anzusetzen sind, denn leitet man den Wert der verzinslichen Ausgleichsforderungen vom Kapitalmarkt her ab, so ist es unbillig, bei einem Zins von 3,5% mit dem Nennwert zu bilanzieren.

Vergleichbare Rentenpapiere des Kapitalmarktes würden mit einem Abschlag von 50% gehandelt werden, damit z.B. ein effektiver Zins von 7% zustande käme. Der Vergleich mit marktgängigen Forderungen ist an und für sich zulässig, weil von der Aufsichtsbehörde bestätigte Ausgleichsforderungen veräußert werden können,²⁾ doch wird keine Wertberichtigung bis zur Höhe der Marktgängigkeit gefordert werden können, weil das

1) Vgl. die Ausführungen zu den Gliederungsprinzipien, Seite 106.

2) § 11 Abs.3 Satz 2 der 2.DVO/UG; § 11 Abs.4 Satz 3 der 23.DVO/UG; § 3 Abs.4 der 33.DVO/UG.

Zentralbanksystem eingreifen muss, falls die Pensionskasse ihren Verpflichtungen aus Liquiditätsgründen nicht mehr nachkommen könnte, gleichgültig, ob die Ausgleichsforderung bestätigt ist oder nicht.¹⁾ Das bedeutet letzten Endes, dass überhöhte Abwertungen zu stillen Reserven führen würden, die zum Zeitpunkt der Einlösung wieder aufgelöst werden müssten. Aus diesen Gründen wird es für vertretbar gehalten, die Ausgleichsforderungen zum Nennwert oder niedrigeren Ankaufswert zu bilanzieren.²⁾

Durch bereits angespartes Deckungskapital gesichert:

Zur Position VI der Bilanz für grosse Lebensversicherungen "Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine" ist in der Bilanz für kleinere Pensionskassen kein Pendant vorgesehen. Eine Erklärung hierfür findet man, wenn man die Beziehungen zwischen der Pensionskasse einerseits und den Betriebsangehörigen der Trägerunternehmung andererseits in die Untersuchung einbezieht.³⁾ Nur wenn die versicherten Betriebsangehörigen selbst Beiträge zahlen, ist es denkbar, dass

1) §§ 1. Abs.3, 24 Abs.4 UG; § 11 Abs.3 der 2.DVO/UG; § 3 Abs.4 der 33.DVO/UG. Der Deutschen Bundesbank steht gemäss dem Gesetz über die Verteilung des Reingewinns der Bank Deutscher Länder vom 7.September 1953 (BGBl I, S.1318) ein besonderer Fonds zur Verfügung, aus dem die Bundesbank ständig Mittel verwenden kann, um den Gläubigern der Ausgleichsforderungen die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu ermöglichen. Der Status über den Ankaufsfonds wird von der Bundesbank zusammen mit dem Jahresabschluss veröffentlicht (§ 8 Abs.3 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen).

2) Vgl. Mogwitz, Hanns, Stichwort: "Ausgleichsforderungen", in: HdV, a.a.O., 1.Band, Sp.162.

3) Vgl. Seite 10 ff.

sie auf ihre angesparten Beiträge Vorauszahlungen erhalten können, in der Regel bis zu 95% des angesparten Deckungskapitals. Die Aufsichtsbehörde ist offensichtlich davon ausgegangen, dass beitragszahlende Mitglieder für kleinere Pensionskassen nicht typisch sind. Sollten dennoch Vorauszahlungen an beitragszahlende Mitglieder kleinerer Kassen geleistet werden, so ist eine Erweiterung der Mindestgliederung erforderlich.

Die Bezeichnung "Darlehen auf Versicherungsscheine" ist irreführend, denn der Darlehensnehmer ist nicht zu einer Rückzahlung verpflichtet,¹⁾ richtig wäre, wenn die Position lediglich "Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine" hiesse.

Beteiligungen und Wertpapiere

Auch in diesem Punkt weisen die beiden Kassentypen ihre Vermögensanlagen nicht gleichartig aus: Die Schemata sehen vor:

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VII. Beteiligungen und Wertpapiere

V. Wertpapiere

1. Beteiligungen
 - a) an Versicherungsunternehmen
 - b) an sonstigen Unternehmen
2. Wertpapiere (ohne Aktien)
3. Aktien oder andere Anteile einer Kapitalgesellschaft sowie Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

1) Vgl. Klauser, Hermann, Stichwort: "Policendarlehen", in: HdV, a.a.O., Band 2, Sp.1597.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

- a) von Versicherungs-
unternehmen
- b) von sonstigen Un-
ternehmen

Während die Grundeinteilung Beteiligungen - (festverzinsliche) Wertpapiere - Aktien - sowohl für grosse als auch für kleinere Kassen verwendbar ist, lässt sich dies kaum für die weitere Unterteilung sagen. Doch lässt sich bereits gegen die Haupteinteilung einwenden, dass auch Aktien Wertpapiere sind.

Gliedert man die Beteiligungen einer Versicherungsunternehmung so auf, wie es die Aufsichtsbehörde vorschreibt - einerseits in Beteiligungen an Versicherungsunternehmen, andererseits in Beteiligungen an sonstigen Unternehmen -, so wird dem externen Bilanzleser deutlich, in welchem Ausmass die bilanzierende Unternehmung mit anderen Versicherungen verflochten ist. Solche Beteiligungsverhältnisse werden jedoch in Pensionskassen kaum anzutreffen sein. Zwar hat die Aufsichtsbehörde darauf verzichtet, die Position "Beteiligungen" in dem Formblatt für kleinere Kassen eigens aufzuführen, doch hat sie in den Erläuterungen zu dem Formblatt¹⁾ vermerkt, dass unter der Position V ("Wertpapiere") auch etwaige Beteiligungen auszuweisen seien. An dieser Stelle würden, falls vorhanden, auch Beteiligungen an der Trägerunternehmung zu bilanzieren sein.

Die Unterstellung, dass man im Zweifelsfalle dann von einer Beteiligung sprechen kann, wenn mindestens ein Viertel der Anteile an einer Kapitalgesellschaft im Besitz einer Pensionskasse ist, findet sich auch im

1) Vgl. Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

neuen Aktienrecht wieder.¹⁾

Aktien bergen ein erhöhtes Risiko, bieten aber andererseits auch grössere Chancen, z.B. in Form von Kursgewinnen.

Hatte die Aufsichtsbehörde anfangs den Erwerb von Aktien überhaupt nicht gebilligt, so ist sie später von diesem Standpunkt abgerückt, hat aber besondere Bedingungen an den Aktienerwerb geknüpft: So dürfen z.B. nur voll eingezahlte, an der Börse amtlich zugelassene oder im amtlichen Freiverkehr gehandelte Papiere von Versorgungsbetrieben, Betrieben der Grundstoffindustrie oder Standardunternehmen erworben werden, deren Grundkapital höher als 10 Mio. DM ist. Obendrein dürfen höchstens 10% des jährlich zur Neuanlage verfügbaren Kapitals in Aktien angelegt werden.²⁾ Sollte der Deckungsstock durch Kurseinbrüche am Aktienmarkt eine Unterdeckung gegenüber dem Deckungsstock-Soll aufweisen, ist die Geschäftsleitung der Pensionskasse verpflichtet, unverzüglich den Deckungsstock wiederaufzufüllen.

Festgeldguthaben

Festgeldguthaben werden in der Versicherungsbilanz nicht gesondert, sondern zusammen mit den täglich fälligen Geldern aufgeführt. Aus Gründen der Bilanzklarheit wäre jedoch zu wünschen, wenn Festgeldguthaben, deren liquider Zustand anders zu beurteilen ist als der täglich fälliger Gelder, getrennt ausgewiesen würden. Wenn die Versicherungsbilanz schon nach Liquiditätsgesichtspunkten aufgebaut ist, so sollte dieser Aufbau auch bei den Bankguthaben eingehalten werden.

1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152, Abs.2 AktG (1965).

2) Richtlinien über den Erwerb von Aktien für den Deckungsstock, VerBAV 1958, S.270.

Obwohl Festgeldguthaben eine deckungsstockfähige Vermögensanlage darstellen, führt das Bundesaufsichtsamt Festgelder in der Statistik über die Vermögensanlagen nicht gesondert auf.¹⁾ Bei Landeszentralbanken, Staatsbanken oder anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten können Gelder ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde für den Deckungsstock festgelegt werden.²⁾ Hingegen lehnt es die Aufsichtsbehörde im allgemeinen ab, Festgeldguthaben bei privaten Kreditinstituten als deckungsstockfähig zu beurteilen, wenn die Geldmittel länger als ein Jahr festgelegt werden sollen. Das Aufsichtsamt hat in solchen Fällen Festgelder als Darlehen betrachtet und entsprechende Sicherheiten von der Bank verlangt.³⁾ Mündelsicher angelegte Gelder bei Privatbanken können nur dann in den Deckungsstock aufgenommen werden, wenn die Aufsichtsbehörde die Genehmigung erteilt hat.⁴⁾

c) Übrige Aktiva⁵⁾

ca) Flüssige Mittel

Lebensversicherungen müssen ständig über einen bestimmten Fundus an liquiden Mitteln verfügen.

1) Vgl. Fussnote 4, Seite 3.

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 3c zu § 68 VAG.

3) Vgl. Fritz, Ernst, Die Vermögensanlagen, a.a.O., S. 38.

4) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 3c zu § 68 VAG.

5) Folgende Positionen des Gliederungsschemas für grosse Pensionskassen werden nicht besprochen, da man in diesen Fällen davon ausgehen kann, dass sie in Pensionskassen nicht oder nur selten vorkommen: VIII. "Bardepots bei ausländischen Regierungen"; X. "Forderungen an Konzernunternehmen und Versicherungsunternehmen, die nicht Konzernunternehmen sind" (grosse

Zum Ausweis gelangen sie in der Bilanz folgendermassen:

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
XIII. Kassenbestand sowie Landeszentralbank- und Postscheckguthaben	II. Kassenbestand III. Postscheckguthaben
XIV. Guthaben bei Geld- und Kreditinstituten (ausser Landeszentralbanken)	IV. Guthaben bei Geld- und Kreditinstituten

Der Hinweis im Bilanzschema grosser Pensionskassen: "ausser Landeszentralbanken" erscheint recht überflüssig, da aus der darüber stehenden Position bereits hervorgeht, dass Landeszentralbankguthaben zusammen mit dem Kassenbestand auszuweisen sind. Täglich fällige Gelder sind grundsätzlich nicht deckungsstockfähig.¹⁾

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
XV. Wechsel und Schecks	-

Obwohl sie in dem Schema für kleinere Pensionskassen nicht genannt sind, können Schecks und Wechsel - falls vorhanden - ohne weiteres in der Bilanz aufgeführt werden, da der Vordruck lediglich den Mindestumfang festlegt.²⁾

Pensionskassen hätten hier ihre Forderungen aus Rückversicherungen zu bilanzieren; wegen kleinerer Kassen vgl. Sonstige Aktiva, Seite 148); XI. "Forderungen aus Krediten nach § 80 AktG (§ 34 VAG)".
1) Ausnahme für bestimmte Pensionskassen: vgl. Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes 1962, S.14.
2) Vgl. Seite 63.

cb) Aussenstände

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XII. Aussenstände

X. Aussenstände

1. bei Vertretern
2. Bei Versicherungsnehmern
Abschreibungen
hierauf

1. bei beteiligten
Firmen
2. bei Mitgliedern
(ausser Firmen)
3. bei Zahlstellen/
Vertretern

Es erscheint angebracht, dass die Aussenstände der grossen Pensionskassen so aufgeteilt werden, wie es bei kleineren Kassen vorgeschrieben ist, doch sollte der überflüssige Zusatz bei X/2 ("ausser Firmen") nicht eigens in den Bilanztext aufgenommen werden, da solche Straffungen des Bilanzbildes die Klarheit des Ausweises nur erhöhen können.

Sollten Aussenstände bei Mitgliedern oder beteiligten Firmen dubios sein, so würde die Aussagekraft der Bilanz kleinerer Pensionskassen erheblich erhöht, wenn die dadurch notwendigen Abschreibungen gezeigt würden.¹⁾ Darüber hinaus ist eine allgemeine Delkredere-Wertberichtigung auf die Aussenstände möglich.

1) Bei gewerblichen Lebensversicherungen soll in den Abschreibungen auch das zu erwartende Storno berücksichtigt werden (VerBAV S 1, S.12). Jenson weist darauf hin, dass in den Abschreibungen nur diejenigen Beitragsteile erfasst werden dürfen, die für die Erstattung der Kosten bestimmt sind, z.B. die Verwaltungskostenzuschläge (a.a.O., S.28). In Pensionskassen könnten solche Abschreibungen nur auftreten, wenn derartige Kostenbestandteile nicht in die Deckungsrückstellung einbezogen sind.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XVI. Zins- und Mietforderungen

XI. Zins- und Mietforderungen

1. fällige, noch nicht bezahlte
2. noch nicht fällig¹⁾

-

XVII. Betriebseinrichtung

Das Aufsichtsamt hat bewusst auf eine Erwähnung der Betriebseinrichtung - die ohnehin bei Pensionskassen in der Regel mit einem Erinnerungswert bilanziert wird - im Formblatt für kleinere Kassen verzichtet, weil man davon ausgehen kann, dass die Geschäfte in den Räumen der Trägerunternehmung abgewickelt werden. Sollten kleinere Kassen über eine Betriebseinrichtung verfügen, ist die Gliederung der Bilanz entsprechend zu erweitern.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XVIII. Sonstige Aktiva

XII. Sonstige Aktiva

1. Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds (§ 19 ASpG) davon DM ... aufgelaufene Zinsen
2. Sonstige

Die Gliederungsvorschrift für grosse Pensionskassen besagt, dass unter XVIII/2. "sonstige" sonstige Aktiva auszuweisen seien. Statt dieser etwas unglücklichen Lösung sollte besser von "anderen" sonstigen Aktiva

1) Unter noch nicht fälligen Zinsen sind die Stückzinsen zu verstehen.

gesprochen werden.

Neben den namentlich genannten Deckungsforderungen kommen als "sonstige Aktiva" noch die Kosten der Errichtung und Einrichtung in Frage.¹⁾

Abweichend von der neuen Vorschrift des § 153 Abs.4 AktG (1965), in der bestimmt wird, dass lediglich die Kosten der I n g a n g s e t z u n g aktiviert werden dürfen, sieht der § 36a Abs.2 VAG n.F. vor, dass die Errichtungs- und Einrichtungskosten²⁾ des ersten Geschäftsjahres in die Bilanz eingestellt werden dürfen, soweit sie weder die Hälfte des gesamten Gründungsstocks noch den bar eingezahlten Teil des Gründungsstocks übersteigen. Sowohl nach dem neuen Aktienrecht als auch nach der neu gefassten Bestimmung des Versicherungsaufsichtsgesetzes - die wörtlich dem § 36b Abs.2 VAG a.F. entspricht - müssen die aktivierten Kosten spätestens nach fünf Jahren abgeschrieben sein.³⁾ Voraussetzung ist allerdings, dass die Aufsichtsbehörde der Pensionskasse die Aktivierung gestattet.⁴⁾

Im Gegensatz zur aktienrechtlichen Regelung fehlt im Versicherungsaufsichtsgesetz der Hinweis, dass die aktivierten Kosten getrennt auszuweisen sind. Man wird jedoch davon ausgehen dürfen, dass die Bilanz dann am ehesten einer getreuen Rechenschaft entspricht, wenn

-
- 1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.29; VerBAV S 1, a.a.O., S.12. Darüber hinaus haben grosse Kassen alle Forderungen an Unternehmen auszuweisen, die weder Konzernunternehmen noch Versicherungsunternehmen sind, vgl. VerBAV S 1, a.a.O., S.11.
 - 2) Über den Umfang der Kosten vgl. Prölss, Erich, Anm.2 und 3 zu § 36b VAG a.F.
 - 3) Der Betrag ist in jedem folgenden Geschäftsjahr zu m i n d e s t e n s einem Fünftel durch Abschreibungen zu tilgen (§ 153 Abs.4 AktG (1965)).
 - 4) § 36a Abs.2 VAG n.F.

die Kosten der Errichtung und Einrichtung unter den sonstigen Aktiva gesondert erwähnt werden.¹⁾

In den Erläuterungen, die die Aufsichtsbehörde im Bilanzformular für kleinere Pensionskassen gibt, wird darauf hingewiesen, dass unter den sonstigen Aktiva auch die Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds auszuweisen seien, "soweit bei dem Verein das Altspargesetz wirksam wird".²⁾ Dies ist immer dann der Fall, wenn für den einzelnen Betriebsangehörigen bereits vor dem 1. Januar 1940 Deckungskapital gebildet worden ist.³⁾ Der Gesetzgeber wollte denjenigen Pensionsberechtigten, die unter das Altsparger Gesetz fallen, d.h. deren Ansprüche noch aus der Zeit vor dem 1. Januar 1940 stammen, einen Ausgleich für ihre Verluste durch die Währungsumstellung, und zwar aus dem Lastenausgleichsfonds, gewähren. Dabei üben die Pensionskassen die Funktion aus, durchführendes Organ des Staates zu sein.⁴⁾

Weiterhin haben kleinere Kassen unter den sonstigen Aktiva ihre Forderungen gegenüber Rückversicherungen auszuweisen.⁵⁾

d) Rechnungsabgrenzung

da) Versicherungstechnischer Art

Soweit Beiträge noch nicht bezahlt sind, auf die die Pensionskasse in der Abrechnungsperiode bereits

1) Diese Ausführungen gelten nicht für kleinere Kassen, vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.6 zu § 36b VAG a.F., vgl. auch Seite 21 f.

2) Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

3) Vgl. Rost, Helmut, Stichwort: "Altsparerregelung", in: HdV, a.a.O., 1. Band, Sp.39.

4) Vgl. Rost, Helmut, a.a.O., Sp.40.

5) Vgl. Vordruck P 1000, a.a.O., S.12; grosse Pensions-

einen Anspruch hat - "Ertrag, noch nicht Einnahme"¹⁾ -, sind sie in einem aktiven Abgrenzungsposten zu sammeln, der "technisch gestundete Beiträge" heisst.

Während in gewerblichen Lebensversicherungen - unbeschadet etwaiger Ratenzahlungen - Beiträge für ein ganzes Jahr, das "Versicherungsjahr", typisch sind, legen Pensionskassen in der Regel den "Versicherungsmonat" versicherungstechnisch ihren Beiträgen zugrunde.²⁾ Entscheidend für eine Abgrenzung ist nicht, welcher Zahlungsmodus vereinbart ist, sondern allein, für welchen Zeitraum die Beiträge versicherungstechnisch berechnet worden sind,³⁾ entweder für einen Versicherungsmonat oder ein Versicherungsjahr.

Die Aufsichtsbehörde lässt es zu,⁴⁾ dass die abzugrenzenden Beträge geschätzt werden; Voraussetzung ist allerdings, dass das Schätzungsverfahren im Geschäftsplan festgelegt ist und man davon ausgehen kann, dass man mit Hilfe des Schätzungsverfahrens annähernd zu den gleichen Ergebnissen gelangt wie mit genauen Einzelberechnungen.

Wegen der bunten Vielfalt der Methoden, nach denen in Pensionskassen Beiträge erhoben werden, lassen sich verbindliche Aussagen über Abgrenzungsverfahren schwerlich machen. Im Bilanzschema für kleinere Pensionskas-

kassen weisen ihre Forderungen aus dem Rückversicherungsverkehr unter der Position X "Forderungen" aus, vgl. Fussnote 5, Seite 143.

- 1) Vgl. das Schmalenbachsche Gliederungsschema auf Seite
- 2) Der Versicherungsmonat ist vor allem dann typisch, wenn die monatlichen Bezüge die Grundlage der Beitragsabführung bilden, Zahlungszeitraum und Versicherungszeitraum werden also in diesem Fall gleichgesetzt.
- 3) Vgl. Falter, Ernst, Hoffmann, Reinhold, Tosberg, Adolf, Stichwort: "Prämie", in: HdV, a.a.O., 2. Band, Sp. 1602.
- 4) Vgl. VerBAV S 1, S. 11.

sen ist zudem überhaupt keine Position für aktiv abzugrenzende Beiträge vorgesehen, doch möchte die Aufsichtsbehörde etwa zum Zwecke der Rechnungsabgrenzung ermittelte Posten unter den "sonstigen Aktiva" ausgewiesen wissen.¹⁾ Mit dem Argument einer vereinfachten Rechnungslegung allein lässt sich eine solche Bilanzierungsvorschrift nicht rechtfertigen, weil Zusammenziehungen solcher Art einen Verstoß gegen die Bilanzklarheit²⁾ darstellen.

db) Nichtversicherungstechnischer Art

In den Rechnungslegungsvorschriften für grosse Lebensversicherungsunternehmen werden einzelne Ausgabearten genannt,³⁾ bei denen eine Abgrenzung notwendig werden kann, so dass Jenson befriedigt vermerkt, es bestehe nunmehr Klarheit darüber, was abzugrenzen sei und was nicht.⁴⁾

Hatte schon die Aufsichtsbehörde lediglich zugelassen, dass nur transitorische Posten, bei denen die Ausgabe vor dem Aufwand liegt, bilanziert werden, so findet sich dieser Grundsatz auch im neuen Aktiengesetz wieder; es dürfen nur diejenigen Ausgaben vor dem Bilanzstichtag abgegrenzt werden, die Aufwand für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen.⁵⁾

1) Vgl. Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

2) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 149 Abs.1 AktG (1965).

3) Vgl. VerBAV S 1, S.13.

4) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.31.

5) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152 Abs.9 AktG (1965).

3. Die Passivseite der Bilanz

Auf der Passivseite der Bilanz der Pensionskassen werden die eigenen und die fremden Mittel gezeigt, daneben noch Posten, die der Berichtigung der auf der Aktivseite zu hoch eingestellten Vermögenswerte¹⁾ dienen, falls diese Beträge nicht schon direkt auf der Aktivseite abgesetzt worden sind.²⁾ Ausserdem werden auf der Passivseite rechnerisch ermittelte Posten aufgeführt, die erstens "aus wirtschaftlichen Zusammenhängen (Antizipationen) mit den eigentlichen Passiven auf dieselbe Bilanzseite gelangen",³⁾ zweitens als Überschuss der Aktiva über die Passiva ermittelt werden.⁴⁾

Weder die Passivseite der Bilanz grosser Pensionskassen noch die der kleineren ist nach Hauptpunkten gegliedert, wie es in Industrie- und Handelsbilanzen üblich ist; 17 bzw. 9 Positionen werden einfach untereinander aufgezählt:

a) Eigene Mittel⁵⁾

Die eigenen Mittel eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit umfassen

1. den Gründungsstock,
2. die Verlustrücklage,

-
- 1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.32; Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.147 zu § 131 AktG (1937).
 - 2) z.B. die direkt vorgenommenen Abschreibungen auf Beitragsaussehnstände, vgl. Seite 145.
 - 3) Lengyel, S., a.a.O., S.68.
 - 4) Vgl. Seite 83 f.
 - 5) Wegen der Konsequenzen, die sich aus den Ausführungen auf Seite 107 ergeben, soll statt von Eigenkapital von eigenen Mitteln gesprochen werden.

3. freie Rücklagen¹⁾

In beiden Kassentypen ist das Eigenkapital in gleicher Form auszuweisen:

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

I. Gründungsstock²⁾

I. Gründungsstock²⁾

II. Rücklagen

II. Rücklagen

1. gesetzliche Rücklage
2. andere (freie) Rücklagen

1. Verlustrücklage (Sicherheitsrücklage) im Sinne des § 37 VAG
2. andere (freie) Rücklagen

Die gesetzliche Rücklage grosser Pensionskassen, deren Höhe sich aus der Satzung zu ergeben hat,³⁾ entspricht der Verlustrücklage kleinerer Pensionskassen gem. § 37 VAG.⁴⁾ Sie wird aus den jährlichen Überschüssen gebildet.⁵⁾ Es können aber auch andere Beträge zugeführt werden, z.B. die Zinsen aus Werten, die die Rücklage bedecken, etc.⁶⁾

Anzulegen ist die Verlustrücklage wie das "restliche Vermögen" allerdings nicht in Grundstücken.⁷⁾

1) Vgl. Goetjes, Hans, Stichwort: "Eigenkapital", in: HdV, a.a.O., 1. Band, Sp. 498.

2) Vgl. Seite 118 ff.

3) Damit nimmt diese Rücklage eine Zwitterstellung in der Heinenschen Untergliederung der Rücklagen ein (a.a.O., S. 184). Zwar ist sie auf Grund gesetzlicher Vorschrift zu bilden, wodurch sie als gesetzliche Rücklage betrachtet werden kann, andererseits trägt sie aber auch statutarischen Charakter, da die Satzung über die Höhe dieser Rücklage zu bestimmen hat (vgl. § 37 VAG).

4) VerBAV S 1, Fussnote S. 39.

5) § 38 Abs. 1 VAG.

6) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 3 zu § 37 VAG.

7) Geschäftsbericht des Bundesaufsichtsamtes für das

Entnahmen sind nur dann zulässig, wenn aussergewöhnliche Verluste aus dem Geschäftsbetrieb - gleich welcher Art - gedeckt werden müssen.

Über die freien Rücklagen gibt es im Versicherungsaufsichtsgesetz keine Bestimmungen.

Obwohl nach dem bisher geltenden Recht die Bewertungsbestimmungen des § 133 AktG (1937) zur Anwendung kamen, weil sie im § 36a VAG a.F. genannt waren, vertritt Prölss die Auffassung, dass die alte aktienrechtliche Vorschrift über die Bewertung des Grundkapitals¹⁾ nicht zur Anwendung kommen könnte, da ein Versicherungsverein über kein Grundkapital verfüge.²⁾

Geht man aber davon aus, dass der Gründungsstock die Funktion des Grundkapitals - wenn auch nur vorübergehend - auszuüben hat,³⁾ so ist der Schluss zulässig, dass der Gründungsstock wie das Grundkapital, d.h. zum Nennbetrag, zu bewerten ist, wobei sich der Nennbetrag aus den bar eingezahlten und den in Wechseln verbürgten Gründungsmitteln ergibt.

Auch der dem neuen Aktienrecht angepasste § 36a VAG n.F. verweist auf die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes von 1965.⁴⁾ Da das neue Recht mit dem alten in dieser Hinsicht übereinstimmt, ergeben sich im Hinblick auf die Bewertung des Gründungsstocks keine Veränderungen.

Versicherungs- und Bausparwesen 1961, S.25.

1) § 133 Ziff.7 AktG (1937).

2) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 36a VAG a.F.

3) Vgl. Roehling, Walter, a.a.O., Anm.136, S.168, mit Hinweis auf § 22 VAG.

4) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 156 Abs.1 AktG (1965).

b) Fremde Mittel

Will man die fremden Mittel einer Pensionskasse, wie sie in der Bilanz erscheinen, aufzählen, so ergeben sich insofern Schwierigkeiten, als das versicherungstechnische Fremdkapital in der Regel stille Reserven enthält.¹⁾

Sieht man einmal von diesem Problem ab, so lassen sich als Hauptgruppen des Fremd"kapitals" nennen:

a) Rückstellungen

aa) versicherungstechnischer Art

ab) nichtversicherungstechnischer Art

b) Verbindlichkeiten

ba) Rückstellungen

Das neue Aktienrecht bringt in § 152 Abs.7 - der auch für grosse Pensionskassen Gültigkeit hat -²⁾ eine Aufzählung all derjenigen Fälle, für die Beträge zurückgestellt werden dürfen:

1. für ungewisse Verbindlichkeiten;³⁾
2. für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften;
3. für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung oder Abraumbeseitigung, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden;

1) Vgl. Diehl, Walter, a.a.O., S.89 f.

2) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152 Abs.7 AktG (1965).

3) Dem Grund, der Höhe und (oder) Fälligkeit nach, vgl. Seite 86.

4. für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden;
5. für Pensionsverpflichtungen.

Dieser Katalog, der einen numerus clausus darstellt,¹⁾ wird von einer nachfolgenden Generalklausel eingerahmt. Danach dürfen Rückstellungen nur in der Höhe gebildet werden, wie es nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.²⁾

Betrachtet man daraufhin die Erfordernisse, die aus dem versicherungstechnischen Risiko für die bilanzierende Pensionskasse³⁾ erwachsen, so muss festgestellt werden, dass diese Generalklausel - vor allem im Hinblick auf die stillen Reserven - zu eng ist. Der Gesetzgeber hat, nicht zuletzt auf Drängen der Versicherungswirtschaft, die allgemeine Klausel über die Höhe der Rückstellungen durch einen speziellen Zusatz ergänzt, wodurch er der besonderen Lage der Versicherungen Rechnung trug: "Versicherungstechnische Rückstellungen dürfen auch insoweit gebildet werden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungen sicherzustellen."⁴⁾

Bemerkenswert ist, dass diese Bestimmung auf die Urteilskraft vernünftiger Kaufleute baut und nicht etwa an versicherungsmathematische Berechnungen anknüpft.

-
- 1) Für andere Zwecke dürfen keine Rückstellungen gebildet werden, § 152 Abs.7 AktG (1965), vorletzter Satz.
 - 2) § 156 Abs.4 AktG (1965).
 - 3) Dabei mag dahingestellt bleiben, ob Pensionskassen andere "kaufmännische" Maßstäbe anlegen müssen als erwerbswirtschaftlich handelnde Lebensversicherungen.
 - 4) § 56 Abs.3 VAG n.F.

Auch wenn die dauernde Erfüllbarkeit gesichert sein muss, werden Pensionskassen ihre Rückstellungen nicht grenzenlos überdotieren dürfen. Jede versicherungstechnische Rückstellung muss in ihrer Höhe begründbar, d.h. durch Anwendung bestimmter Schätzmethoden oder Rechenoperationen nachweisbar sein.

baa) Versicherungstechnischer Art

Betrachtet man die Bilanzschemata der beiden Kassentypen, so verlangt die Aufsichtsbehörde den Ausweis folgender versicherungstechnischer Rückstellungen: Deckungsrückstellung, Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe, Rückstellung für Beitragsrückerstattung und sonstige technische Rückstellungen, die im folgenden diskutiert werden sollen.

Die Deckungsrückstellung

Auszuweisen ist die Deckungsrückstellung folgendermassen:

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
IV. Deckungsrückstellung	III. Deckungsrückstellung lt. Gutachten zum ...
1. für selbst abgeschlossene Versicherungen 2. für übernommene Rückversicherungen, soweit die Deckungsrückstellung nicht beim Vorversicherer bleibt	

Die Aufteilung der Deckungsrückstellung, die für grosse Lebensversicherungen vorgesehen ist, können Pen-

sionskassen nicht verwenden, da sie kein aktives Rückversicherungsgeschäft betreiben.

Trotz des Begriffswirrwarrs um diese Position - das Versicherungsaufsichtsgesetz spricht in diesem Zusammenhang von der Deckungsrücklage, das Versicherungsvertragsgesetz von der Prämienreserve¹⁾ - haben wir es hier vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen mit einer Rückstellung zu tun.²⁾ Es handelt sich um die wichtigste Position der Pensionskassenbilanz.

Sofern Pensionskassen Teile ihrer Beitragseinnahmen an Rückversicherer weitergeben - wodurch sie lediglich passive Rückversicherungsgeschäfte tätigen -, um das Risiko der Leistungspflicht anderen Versicherungen anzulasten, müssen sie auch für diese Beträge eine Deckungsrückstellung berechnen sowie selbst aufbewahren und verwalten.³⁾

Kleinere Pensionskassen brauchen die Deckungsrückstellung nicht jährlich zu berechnen.⁴⁾ Hatte sich die Aufsichtsbehörde ursprünglich mit einem fünfjährigen Turnus zufriedengegeben, so fordert sie heute spätestens nach drei Jahren eine Neuberechnung.⁵⁾

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe

Die Diskrepanz zwischen betriebswirtschaftlicher Begriffsbildung und dem Versicherungsvokabular zeigt sich auch hier, denn in der Terminologie der Versicherungen heisst die Schadenrückstellung auch "Schadenreserve".⁶⁾

1) § 65 VAG, §§ 175, 176 VVG.

2) Vgl. Seite 83.

3) § 67 VAG.

4) § 157 VAG.

5) Vgl. GB 1961, S.39.

6) Vgl. Harting, Gustav, Stichwort: "Schadenreserve" in:

Für alle diejenigen Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag eingetreten, aber aus irgendeinem Grunde noch nicht abgewickelt, d.h. noch nicht bezahlt¹⁾ sind, müssen Beträge zurückgestellt werden, wie es das Prinzip der periodengerechten Aufwandsverteilung (Verursachungsprinzip) verlangt.²⁾

Scheiden Vereinsmitglieder, die sich an der Beitragsaufbringung beteiligt haben, aus der Trägerunternehmung aus, so ist es billig, wenn sie ihren Anteil am Deckungskapital erstattet bekommen, d.h. ihren Versicherungsanteil "rückkaufen"³⁾ können - wie die Fachsprache diesen Vorgang bezeichnet -, es sei denn, dass der Ausscheidende weiterhin Mitglied der Pensionskasse bleibt.

Steht am Bilanzstichtag die genaue Höhe der Verbindlichkeiten aus Rückkäufen noch nicht fest, so sind diese Beträge zu schätzen und in einer Rückstellung zu sammeln.

Die Aufsichtsbehörde schreibt nun vor, dass beide Rückstellungsarten in der Bilanz der grossen Pensionskassen einen Posten bilden, so dass man, strenggenommen, nicht mit dem Oberbegriff "Schadenrückstellung" arbeiten sollte, wie es in der Literatur - wohl in Anlehnung an die Ausweissvorschrift der Aufsichtsbehörde -

HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.1805.

1) Vgl. Harting, Gustav, a.a.O., Sp.1805.

2) Vgl. Seite 93 f.

3) Falter, Ernst, Stichwort: "Rückkauf", in: HdV, a.a.O., 2.Band, Sp.1756. Die Aufsichtsbehörde hat sich im Formblatt für kleinere Kassen von dem Begriff "Rückkauf" getrennt und spricht statt dessen von "Austrittsvergütungen". Dieser Begriffwechsel ist zu begrüßen, denn eigentlich wird der Versicherungsanteil nicht zurückge"kauft", etwa, um Eigentumsrechte daran zu erwerben, vielmehr sind durch die Beiträge ja lediglich Vorauszahlungen auf eine künftige Leistung erbracht worden, insofern können die Vorauszahlungen nur "rückvergütet" werden.

geschieht,¹⁾ denn ein Rückkauf lässt sich nicht als Schaden bezeichnen.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VI. Rückstellung für noch (nicht eigens genannt)²⁾
nicht abgewinkelte
Versicherungsfälle und
Rückkäufe (davon DM ...
Rückkäufe)

In den Erläuterungen zu den Rechnungslegungsvorschriften heisst es, dass grosse Kassen hier auch noch nicht abgehobene Renten ausweisen müssen.³⁾ Da es sich in diesem Fall um Beträge handelt, die sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach bekannt sind, muss nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen der Ausweis unter den Rückstellungen eindeutig verneint werden. Kleinere Pensionskassen werden diese Beträge als "rückständige Versicherungsleistungen"⁴⁾ bilanzieren.

Sollten Pensionskassen Rückversicherungsverträge abgeschlossen haben, so hat die Rückstellung für noch nicht abgewinkelte Versicherungsfälle sowohl den Selbstbehalt wie den Rückversicherungsanteil zu umfassen. Demzufolge müssen die dem Rückversicherungsanteil entsprechenden Forderungen an den Rückversicherer auf der Aktivseite der Pensionskassenbilanz eingesetzt werden; das Bruttoprinzip bleibt auch hier gewahrt.⁵⁾

1) Vgl. Conrad, J., Hieber, H., Das Rechnungswesen im Versicherungsbetrieb, in: Die Versicherung, herausgegeben von Walter Grosse und anderen, Band 2 (Versicherungsbetriebslehre), Studienplan C VI, 9. Heft, Wiesbaden 1965, S. 111.

2) Vgl. S. 165.

3) Vgl. VerBAV S 1, S. 14.

4) Vordruck P 1000, a.a.O., S. 3; vgl. Seite 165.

5) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S. 34; vgl. Seite 143, Fussnote 5.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zeigt sich, dass die Beiträge zu hoch berechnet waren, weil sich die Sterblichkeit oder die Verwaltungskosten günstiger entwickelt hatten, als in der geschäftsplanmässigen Rechnung unterstellt, so werden den beitragszahlenden Betriebsangehörigen die zuviel gezahlten Beiträge in der Regel¹⁾ zurückerstattet (technischer Überschuss)²⁾.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VII. Rückstellung für Beitragsrückerstattung einschl. DM ... Zuweisung aus dem laufenden Geschäftsjahr

IV. Rückstellung für die satzungsmässige Überschussbeteiligung der Mitglieder

Zahlt der Betriebsangehörige keine Beiträge, dann kann ihm auch nichts rückerstattet werden; infolgedessen ist es verständlich, wenn die Aufsichtsbehörde im Bilanzschema für kleinere Kassen nicht von Beitragsrückerstattung, sondern von Überschussbeteiligung spricht. Damit stimmt diese Formulierung mit dem Wortlaut des § 38 Abs.1 VAG, der Bestimmungen über die Verwendung des Überschusses enthält, überein. Ein Überschuss lässt sich an die Mitglieder auch dann verteilen, wenn sie sich nicht an den Beiträgen beteiligt haben. Gebräuchlich ist es u.a., mit Hilfe des Überschusses die Rentenleistungen der Kasse anteilig zu erhöhen.

1) Vgl. Seite 12 f.

2) Vgl. Fischer, Kurt, Thüsen, Ernst v.d., Die technischen Rückstellungen in der Lebensversicherung, in: Die versicherungstechnischen Rückstellungen im Steuerrecht, herausgegeben von Erich Prölss und Ernst von der Thüsen, 2.Aufl., Karlsruhe 1954, S.19.

Fraglich bleibt, ob Mittel für Beitragsrück-
stattungen überhaupt als Rückstellungen in der Bilanz
erscheinen dürfen.¹⁾ Sobald ein Beschluss über die Ver-
wendung des Überschusses gefasst ist - wonach z.B. die
Beiträge gekürzt, die Pensionsleistungen erhöht oder
die Überschüsse bar ausgezahlt werden sollen²⁾ -, ist
aus der Rückstellung eine echte Verbindlichkeit gegen-
über den Versicherten geworden. Schliesslich wird auch
der versicherungstechnische Charakter dieses Postens
bestritten, weil das Merkmal der "Erforderlichkeit"³⁾
fehle, das den versicherungstechnischen Rückstellungen
eigen ist.

Sonstige technische Rückstellungen

Die "sonstigen technischen Rückstellungen" lassen
einen breiten Raum für die individuellen Erfordernisse
versicherungstechnisch bedingter Aufwandsverteilung in
grossen und kleineren Pensionskassen; allgemeingültige
Aussagen lassen sich kaum machen.

Die Grenzen, innerhalb deren Rückstellungen ge-
bildet werden dürfen, sind vom Gesetzgeber speziell für
Versicherungen neu gezogen worden,⁴⁾ dem kaufmännischen
Ermessen wird anheimgestellt, die Rückstellungen so
reichlich zu dotieren, dass die dauernde Erfüllbarkeit
der Verpflichtungen aus Versicherungen gesichert ist.⁵⁾

-
- 1) Wegen der steuerrechtlichen Fragen zu diesem Punkt
vgl. Riepl, F., Zur Frage "verdeckte Gewinnausschüt-
tungen" bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitig-
keit, in: WPg 1959, S.420 ff.
 - 2) Jäger, A., Weismüller, H., a.a.O., Anm.58, S.97.
 - 3) Thüsen, Ernst, v.d., Die Rückstellungen und Rückkla-
gen der Versicherungsunternehmungen, technisch und
steuerlich, in: Die versicherungstechnischen Rück-
stellungen, a.a.O., S.13.
 - 4) Vgl. Seite 155.
 - 5) § 56 Abs.3 VAG n.F.

Die Aufsichtsbehörde zählt in ihren Erläuterungen zu den Rechnungslegungsvorschriften auf, was hier ausgewiesen werden kann.¹⁾ Gehören z.B. auch Kriegsteilnehmer zu den Mitgliedern der Pensionskasse, die vermisst sind, so sollen ihre Ansprüche in einer "Vermisstenrückstellung" berücksichtigt werden.

Weiterhin sollen hier Rückstellungsbeträge für Verwaltungskosten bereitgehalten werden, die bei der Bearbeitung von Pensionsverträgen anfallen, deren Beiträge bereits vereinnahmt sind. Dies kann z.B. geschehen, wenn beitragsfreie Versicherungsjahre geschäftsmässig vorgesehen sind; durch die Bildung der Verwaltungskostenrückstellung wird erreicht, dass in beitragsfreien Perioden ständig Mittel für die Bearbeitung der Pensionsverträge zur Verfügung stehen. Die Rückstellung für Verwaltungskosten braucht jedoch nur gebildet zu werden, wenn die Verwaltungskosten nicht schon in der Deckungsrückstellung berücksichtigt sind.²⁾

bab) Nichtversicherungstechnischer Art

Grosse Pensionskassen können auf Grund des Rückstellungskatalogs im neuen Aktienrecht³⁾ Beträge passivieren, sofern dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.⁴⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

X. Rückstellung auf Grund
der Abführungspflicht
gem. § 22 der 43.DVO/UG

V. Sonstige Rückstellungen

1) VerBAV S 1, S.15.

2) Vgl. Jäger, A., Weihmüller, H., a.a.O., Anm.50 und 51, S.95.

3) Vgl. Seite 154 f.

4) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 156 Abs.7 AktG (1965).

grosse Pensionskassen

und Ziff.23 der
DB 9/UEVO

XI. Sonstige allgemeine
Rückstellungen

1. Rückstellung für
Versorgungsver-
pflichtungen
2. Rückstellung für
Schadenbearbei-
tungskosten
3. sonstige¹⁾

kleinere Pensionskassen

1. Rückstellung auf
Grund der Abfüh-
rungspflicht gem.
§ 22 der 43.DVO/
UG und Ziff.23
der DB 9/UEVO
2. andere

Es fragt sich nun, ob - mit Ausnahme der Rückstel-
lung für Versorgungsverpflichtungen - die Beträge, die
hier zum Ausweis gelangen, den Rahmen des § 152 Abs.7
AktG (1965) überschreiten.

Die Rückstellung, die "auf Grund der Abführungs-
pflicht gem. § 22 der 43.DVO/UG und Ziff.23 der DB 9/
UEVO"²⁾ zu bilden ist, dient zur Abdeckung ungewisser
Schulden aus der Umstellungsrechnung und lässt sich in-
folgedessen in den aktienrechtlichen Rahmen einordnen.
Zudem darf diese Rückstellung letztmalig für dasjenige
Geschäftsjahr gebildet werden, das dem 20.6.1968³⁾ folgt.

Kritisch ist gegen diese Bilanzierungsvorschrift
einzuwenden, dass der externe Bilanzleser - z.B. das
Vereinsmitglied - mit der zitierten gesetzlichen Grund-

-
- 1) Gegen diese Untergliederung lassen sich die glei-
chen Argumente vorbringen wie gegen die "sonstigen"
sonstigen Aktiva, vgl. Seite 146.
 - 2) Die 43.Durchführungsverordnung zum Umstellungsge-
setz (DVO/UG) ist verkündet im Amtsblatt der Alliiier-
ten Hohen Kommission für Deutschland, Nr.21, S.352;
letzte Fassung der 43.DVO/UG: vgl. BGBl I 1963,
S.637, 645.
 - 3) Vgl. Seite 164.

lage der Rückstellung überhaupt nichts anfangen kann. Solche Ausführungen im Bilanztext sind deshalb abzulehnen. Der Hinweis, dass es sich hier um die "Rückstellung auf Grund der Abführungspflicht nach dem Umstellungs-gesetz" handelt, würde genügen.

Pensionskassen sind nämlich verpflichtet, systematisch Beträge in einer Rückstellung zu sammeln, falls sie in der Umstellungsrechnung Verbindlichkeiten und Rückstellungen aus der RM-Zeit als DM-Eigenkapital in einem Masse umgestellt hatten, dass es das alte RM-Eigenkapital um mehr als 15% überstieg. Als Ausgleich hierfür sind im Verlauf der auf den 20.6.1948 folgenden zwanzig Geschäftsjahre Rückstellungen zu bilden, mit deren Hilfe der Mehrbetrag in demjenigen Geschäftsjahr an das Land abgeführt werden kann, das dem Stichtag (20.6.1968) folgt.¹⁾

Weiterhin ist zu prüfen, ob die Rückstellung für Schadenbearbeitungskosten mit dem neuen Aktienrecht in Einklang steht. Da in dieser Rückstellung Beträge gesammelt werden sollen, die zur Abdeckung der Bearbeitungskosten unerledigt gebliebener Versicherungsfälle,²⁾ also unterlassener Aufwendungen dienen, wird der vom Gesetzgeber zugestandene Spielraum überschritten. Unterlassene Aufwendungen dürfen ausnahmsweise nur für unterlassene Instandhaltung und für Abraumbeseitigung dem vergangenen Geschäftsjahr durch Rückstellungen angelastet werden.

Ein weiteres Problem der Umstellungsrechnung ist, dass die Ausgleichsforderungen nur nach und nach in ihrer genauen Höhe ermittelt werden können. Stellt sich

1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.51.

2) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.37.

im Nachhinein heraus, dass die Ausgleichsforderungen zu hoch angesetzt waren, so hat die bilanzierende Kasse zuviel Zinsen auf ihre Ausgleichsforderungen erhalten, die zurückerstattet werden müssen. Das Rückerstattungsrisiko ist ebenfalls in einer Rückstellung zu berücksichtigen ("Ausgleichsrückstellung").¹⁾ Da die Ausgleichsrückstellung für Verbindlichkeiten gebildet wird, die ihrer Höhe nach ungewiss sind, ist sie auch nach dem neuen Aktienrecht als nichtversicherungstechnische Rückstellung zulässig.

bb) Verbindlichkeiten

Grosse Pensionskassen sollen ihre Verbindlichkeiten getrennt nach Gläubigergruppen ausweisen: auf der einen Seite gegenüber Unternehmen, auf der anderen Seite gegenüber Personen:

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XII. Verbindlichkeiten²⁾

(keine besonderen Positionen)

1. gegenüber Konzernunternehmen
2. gegenüber Versicherungsunternehmen, die nicht Konzernunternehmen sind

XIII. Verbindlichkeiten

VI. Rückständige Versicherungsleistungen

1. gegenüber Vertretern
2. gegenüber Versicherungsnehmern³⁾

VII. Rückständige Austrittsvergütungen

-
- 1) Vgl. Roehling, W., Wesen und Prüfung der versicherungstechnischen Posten des Jahresabschlusses, a.a.O., Anm.180, S.172.
 - 2) Das Schema ist nur insoweit vollständig wiedergegeben, als es für Pensionskassen anwendbar erscheint.
 - 3) Vgl. Seite 157 f.

Bei kleineren Pensionskassen zeigt sich, dass wegen der mehrdeutigen, betriebswirtschaftlich daher nicht einwandfreien Formulierung "rückständige ..." nicht erkennbar ist, ob es sich nun um Posten handelt, die lediglich dem Grunde oder auch der Höhe nach bekannt sind. Im Zweifelsfall wird man sich damit behelfen müssen, für Rückstellungen eine eigene Position zu bilden, während echte Verbindlichkeiten hier auszuweisen sind.

Jenson nennt als mögliche Verbindlichkeiten, die gegenüber Versicherten bestehen können:¹⁾

1. bereits gutgeschriebene Beitragsrückerstattungen (bzw. Überschussbeteiligungen, Anm.d.Verf.);
2. vorausempfangene Beiträge, wobei jeweils zu prüfen ist, ob es sich nicht um Beitragsüberträge handelt.²⁾

Conrad und Hieber nennen noch:³⁾

3. zur Auszahlung fällige Versicherungsleistungen, die aus irgendeinem Grund noch nicht abgehoben oder überwiesen worden sind.⁴⁾

Enthielt das alte Aktiengesetz von 1937 lediglich eine Vorschrift, wie man Anleiheschulden bewertet,⁵⁾ so hat der Gesetzgeber nunmehr den obwaltenden Bewertungsmaßstab, nämlich den Rückzahlungsbetrag, auf

1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.41.

2) In der Versicherungswirtschaft können die Versicherten grössere Beträge im Voraus zahlen, die dann verzinslich angelegt werden und jederzeit rückzahlbar sind; der Versicherer zahlt die jährlich fällig werdende Prämie aus dem Fonds "Beitragsdepot" ab.

3) Vgl. Conrad, J., Hieber, H., a.a.O., S.131.

4) Nach aufsichtsbehördlicher Vorschrift unter den Rückstellungen auszuweisen, vgl. VerBAV S 1, S.14.

5) § 133 Ziff.6 AktG (1937).

sämtliche Verbindlichkeiten (mit Ausnahme der Rentenverpflichtungen) ausgedehnt.¹⁾

bc) Sonstige Passiva

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XIV. Sonstige Passiva

VIII. Sonstige Passiva

1. Entschädigungsgutschriften nach § 18 ASpG²⁾
davon DM ... aufgelaufene Zinsen

2. ...

Die Entschädigungsgutschriften bilden den passiven Gegenposten zu den Deckungsforderungen auf der Aktivseite;³⁾ sobald die Ansprüche der Vereinsmitglieder feststehen, sind sie hier zu passivieren. Die Aufsichtsbehörde weist ausdrücklich darauf hin, dass kleinere Pensionskassen unter den "Sonstigen Passiva" genauso wie grosse Kassen die Entschädigungsgutschriften nach dem Altsparengesetz zu bilanzieren haben.⁴⁾

Neben den namentlich zu erwähnenden Entschädigungsgutschriften zählt die Aufsichtsbehörde als mögliche sonstige Passiva der grossen Kassen auf:

1. Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden,

-
- 1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 156 Abs.2 AktG (1965). Diese Bestimmung - sie gibt gleichzeitig den höchsten und niedrigsten Wert an - steht in vollem Einklang mit der Riegerschen Bewertungslehre; es wird so bewertet, wie es der Geldwertungsprozess von Verbindlichkeiten erwarten lässt. Vgl. auch Seite 109.
 - 2) Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altsparengesetz) in der Fassung vom 1.April 1959, BGBl I, S.169.
 - 3) Vgl. Seite 136.
 - 4) Vgl. Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

2. Wechselverbindlichkeiten,
3. Bankverbindlichkeiten,
4. Pfandgelder,
5. noch abzuführende Steuern und Sozialleistungen,
6. Verpflichtungen gegenüber Rückversicherern,¹⁾
7. Sonstiges (z.B. Lieferantenschulden).

Kritisch ist gegen diese Vorschrift einzuwenden, dass - nach Anweisung der Aufsichtsbehörde - von den Pensionskassen Verbindlichkeiten verschiedener Art zusammengefasst werden sollen. Aus dieser Position, einem Sammelbecken für alle überhaupt möglichen Verbindlichkeiten, lässt sich nicht entnehmen, inwieweit es sich um Verbindlichkeiten lang-, mittel- oder kurzfristiger Natur handelt. Zwar stellt jede zusätzliche Erweiterung des Bilanzbildes der Pensionskassen eine Gefahr - bei den grossen mehr, bei den kleineren weniger - für die Klarheit des Ausweises dar, doch wird gefordert werden müssen, dass zumindest die kurzfristigen Verbindlichkeiten von den langfristigen getrennt werden sollten. Als Masstab sollte die Passivseite des Gliederungsschemas nach § 151 Abs.1 AktG (1965) dienen.

c) Wertberichtigungen

Im Bilanzschema für kleinere Pensionskassen nicht vorgesehen, bilden die Wertberichtigungen in den Bilanzen grösserer Pensionskassen einen Korrekturposten für zu hoch angesetzte Vermögensanlagen.²⁾

1) Bei kleineren Pensionskassen, vgl. Vordruck P 1000, S.12.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.147 ff. zu § 131 AktG (1937).

Als Posten sui generis rangieren die Wertberichtigungen gleichwertig neben dem Eigen- und Fremdkapital sowie neben den rechnerischen Passiva und dem Überschuss.

Das neue Aktiengesetz schreibt vor, dass Wertberichtigungen nur zu Sachanlagen, Beteiligungen und zu Wertpapieren des Anlagevermögens sowie pauschal auf die Forderungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos vorgenommen werden dürfen.¹⁾ Diese Vorschrift lässt sich jedoch nicht unmittelbar auf die Rechnungslegung der grossen Kassen anwenden, obwohl sie in den Katalog der Bestimmungen, die Versicherungsvereine zu beachten haben, aufgenommen ist. Das Vermögen einer Aktiengesellschaft ist wegen seiner besonderen Zweckbestimmung anders gegliedert als das Vermögen einer Pensionskasse. Sieht man jedoch von der unterschiedlichen Art und Weise, das Vermögen zu gliedern, ab und besinnt sich auf die gemeinsamen Bewertungsgrundsätze,²⁾ so lassen sich die Schwierigkeiten aus dem Weg räumen. Wertberichtigungen sollen nur in den Fällen vorgenommen werden, in denen der Höchstwert die Anschaffungskosten sind;³⁾ das ist der Grundgedanke der Bestimmung. Infolgedessen ist es auch gleichgültig, ob man in Pensionskassen die Vermögensanlagen als Sachanlagen bezeichnet oder nicht. Solange keine Hauptgliederung des Kassenvermögens eingeführt wird, lassen sich die Wertberichtigungen nur in einer Summe zeigen.

1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152 Abs.6 AktG (1965).

2) Vgl. Seite 124 ff.

3) Vgl. Drucksache IV/171 des Deutschen Bundestages, S.173.

d) Rechnungsabgrenzung

Mag die Passivseite auch weitgehend von Positionen geprägt sein, die Abgrenzungscharakter haben, so trägt doch nur ein Teil den Namen "Rechnungsabgrenzungsposten".

da) Versicherungstechnischer Art

Werden in Pensionskassen Versicherungsbeiträge für ein ganzes Jahr im voraus erhoben, so müssen Abgrenzungen vorgenommen werden, wenn das Versicherungsjahr mit der Bilanzierungsperiode nicht übereinstimmt.¹⁾ Es dürfen nur diejenigen Beiträge in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt werden, die auch dem Abrechnungszeitraum angehören; alle anderen Beiträge müssen in der Bilanz als Abgrenzungsposten auf das neue Jahr "übertragen" werden ("Einnahme jetzt, Ertrag später"; Beitragsüberträge). Ratenzuschläge sollen bei der Abgrenzung nicht berücksichtigt werden.²⁾

Welche Methoden auch immer - ob mathematischer oder statistischer Art - bei der Ermittlung der Beitragsüberträge angewandt werden, sie müssen im Geschäftsplan der Kasse festgelegt sein.³⁾

db) Nichtversicherungstechnischer Art

In Analogie zur aktiven Abgrenzung dürfen nur noch transitorische Posten passivisch abgegrenzt werden, d.h. Einnahmen, die erst in der darauf folgenden Periode wirklich "verdient" sein werden.⁴⁾

1) Vgl. Seite 149.

2) VerBAV S 1, S.14.

3) Vgl. Conrad, J., Hieber, H., a.a.O., S.107.

4) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 152 Abs.9 AktG (1965).

Dieser Grundsatz erfährt dann eine Durchbrechung, wenn die Kasse Darlehen oder Hypotheken gewährt, für die sie ein Disagio bzw. ein Damnum erhält. In solchen Fällen darf die Kasse den Betrag gesondert unter den Rechnungsabgrenzungen zeigen, muss ihn jedoch durch planmässige jährliche Abschreibungen - längstens während der gesamten Laufzeit - tilgen.¹⁾

e) Haftungsverhältnisse

Es entspricht ordentlicher kaufmännischer Übung, auch über "Haftungsverhältnisse" Rechenschaft zu geben. Betrachtet man die Haftungsverhältnisse von ihrer "bilanzrechtlichen Natur"²⁾ her, so ist es, "wegen der Vielfalt und Veränderlichkeit des Wirtschaftslebens"³⁾ schwierig, diesen Begriff zu definieren. Alles was an Haftungsverhältnissen in der Bilanz dargestellt wird, ist von der getreuen Rechenschaftslegung ordentlicher Kaufleute abhängig.

Für Aktiengesellschaften ergab sich nach dem Aktienrecht von 1937 stets die Frage, ob Haftungsverhältnisse im Geschäftsbericht oder in der Bilanz auszuweisen seien.⁴⁾ Hatten Aktiengesellschaften bisher "unter dem Strich" Eventualverbindlichkeiten aus

1. Bürgschaften,
2. Gewährleistungsverträgen,

1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 156 Abs.3 AktG (1965), vgl. auch Seite 133 f.
2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.68 zu § 128 AktG (1937)
3) Krüger, Rudolf, Die Berücksichtigung der Haftungsverhältnisse bei der Rechnungslegung der Aktiengesellschaft, Düsseldorf 1961, S.9.
4) Krüger, Rudolf, a.a.O., S.14.

3. Scheck- und Wechselbürgschaften

zu vermerken¹⁾ - die Aufsichtsbehörde verlangt von grossen Pensionskassen, dass sie i n n e r h a l b ²⁾ der Bilanz in gleicher Weise wie Aktiengesellschaften berichten -, so ist nach dem neuen Aktiengesetz dieser Katalog erweitert worden. Verbindlichkeiten aus

1. Begebung und Übertragung von Wechseln,
2. Bürgschaften, Scheck- und Wechselbürgschaften,
3. Gewährleistungsverträgen,
4. Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

sind in Zukunft in der Bilanz zu zeigen.³⁾

An der Bestimmung, dass Rückgriffsforderungen, die solchen Verbindlichkeiten entsprechen, ebenfalls in die Bilanz aufgenommen werden müssen, hat sich im neuen Aktienrecht nichts geändert,⁴⁾ hervorzuheben ist jedoch, dass die Aufsichtsbehörde eigens eine Position für Rückgriffsforderungen auf der Aktivseite der Pensionskassenbilanz vorgesehen hat.⁵⁾

1) § 131 Abs.7 AktG (1937).

2) Position XVI der Passivseite, vgl. VerBAV S 1, S.40.
Im Schema kleinerer Kassen keine Parallelvorschrift.

3) § 151 Abs.5 AktG (1965).

4) § 131 Abs.7 AktG (1937) und § 151 Abs.5 AktG (1965)
stimmen in diesem Punkt überein.

5) Position XX der Aktivseite, vgl. VerBAV S 1, S.38.

III. Die Gewinn- und Verlustrechnung

Die periodische Erfolgsrechnung grosser und kleinerer Pensionskassen trägt den Namen "Gewinn- und Verlustrechnung". Die Erkenntnis jedoch, dass es in Pensionskassen nicht um Gewinn oder Verlust geht, hat die Aufsichtsbehörde veranlasst, den positiven oder negativen Saldo des Gliederungsschemas für kleinere Kassen als "Ausgleichsposten" zu bezeichnen. Dementsprechend wäre es richtiger, von einer periodischen Ausgleichsrechnung (zwischen Erträgen und Aufwendungen) zu sprechen. Um der einheitlichen Terminologie willen ist es indessen vertretbar, den seit Jahrhunderten¹⁾ eingeführten Begriff für die Erfolgsrechnung beizubehalten.

Sieht man einmal von dem Begriff ab, so lassen sich wie in der Bilanz Besonderheiten in den Gewinn- und Verlustrechnungen betrieblicher Pensionskassen erkennen, die in anderen Branchen nicht üblich sind.

1. Die Eigenheiten der Gewinn- und Verlustrechnung von Pensionskassen

Zunächst fällt auf, dass die in Kontoform aufzustellende Erfolgsrechnung die Erträge links, die Aufwendungen rechts zeigt, also gerade umgekehrt, wie es in Aktiengesellschaften üblich ist.

Kann man sich mit dieser Besonderheit relativ rasch vertraut machen, so lässt sich dies kaum von

1) Vgl. Sandig, Curt, Stichwort: "Erfolgsrechnung", in: HdSW, a.a.O., 3.Band, S.292.

den kameralistischen Besonderheiten der Gewinn- und Verlustrechnung sagen.

An und für sich sind kameralistische Methoden - vor allem in der modernen Form der Betriebskameralistik¹⁾ - in Versicherungsbetrieben durchaus sinnvoll. Indem Soll- und Istzahlen einander gegenübergestellt werden, lassen sich z.B. die Beitragszahlungen hervorragend kontrollieren. Dabei geben die Sollzahlen an, wie hoch die Einnahmen innerhalb einer bestimmten Periode sein müssen, während hingegen Istzahlen sagen, in welchem Ausmass tatsächlich Zahlungen geleistet wurden. Kosiol hat zudem den Nachweis erbracht, dass man sehr wohl mit Hilfe einer r e i n e n Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, einer "Pagatorischen" Rechnung, den Erfolg einer Periode darstellen und ermitteln kann.²⁾

Nun zeigt sich aber, dass in der Erfolgsrechnung grosser Pensionskassen neben periodisierten Einnahmen und Ausgaben - den Aufwendungen und den Erträgen - auch noch Bestände aufgeführt werden, die eigentlich in die Bilanz gehören. Auf der Ertragsseite müssen grosse Pensionskassen ihre gesamten Rückstellungen zeigen, wie sie zu Beginn der Abrechnungsperiode bestanden haben, auf der Aufwandseite dagegen erscheinen alle Rückstellungen, wie sie zum Jahresende ermittelt wurden. Wenn man so will, werden also die Rückstellungen zu Beginn auf der Ertragsseite zunächst "vereinnahmt", sodann auf der Aufwandsseite wieder "verausgabt". Die Differenz

1) Vgl. Wysocki, Klaus v., Kameralistisches Rechnungswesen, Stuttgart 1965, S.45 ff.

2) Vgl. Kosiol, Erich, Stichwort: "Pagatorische Bilanz", in: Lexikon des Kaufmännischen Rechnungswesens, a.a.O., 3.Band, Sp.2085.

bildet die erfolgswirksame Komponente.

Aus diesem Grunde ist es "auch für den Fachmann nur mit Hilfe von Bleistift und Papier möglich ..., aus dem erdrückenden Zahlenwerk ein einigermaßen erschöpfendes und richtiges Bild von der Lage des Versicherungsunternehmens zu gewinnen. Ein Versicherungsnehmer ohne gediegene Vorkenntnisse kann mit dem Rechnungsabschluss seiner Versicherungsgesellschaft in der derzeitigen Form s o g u t w i e n i c h t s ¹⁾ anfangen."²⁾

Es wird Aufgabe der Reformer der Rechnungslegungsvorschriften für grosse Lebensversicherungen sein, die kameralistischen Reste zu beseitigen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung kleinerer Pensionskassen sind diese Relikte bereits beseitigt worden, zu einer betriebswirtschaftlich einwandfreien Terminologie hat man jedoch noch nicht gefunden: Die beiden Kontenseiten der Gewinn- und Verlustrechnung tragen die Überschrift: "Erträge (Einnahmen)" bzw. "Aufwendungen (Ausgaben)".³⁾

2. Theoretische Perspektiven zur Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnungen bezwecken ein Zweifaches. Einmal sollen Aufwendungen und Erträge einer Periode verrech-

1) Hervorhebung d. Verf.

2) Frey, Günther, Ein Vorschlag zur Neugliederung der Gewinn- und Verlustrechnung von Versicherungsunternehmen, dargestellt am Beispiel der Lebensversicherung, in: WPg 1961, S.608.

3) Vordruck P 1000, a.a.O., S.4 f.

net werden, zum anderen soll gezeigt werden, wie der Erfolg zustande kam.¹⁾

Diese Zwecke lassen sich am wirkungsvollsten erreichen, wenn die Erfolgsrechnung

1. Aufwendungen und Erträge nur einer einzigen Periode enthält,
2. äusserlich nach der Staffelform gegliedert ist,
3. sachlich die einzelnen Aufwands- und Ertragsarten vollständig, d.h. unsaldiert, zeigt und
4. so aufgegliedert wird, dass das "Betriebs"ergebnis von dem "neutralen" Ergebnis getrennt dargestellt werden kann.²⁾

Gerade in Pensionskassen, wo das Argument, die Entstehung des Erfolges müsse vor den Augen der Konkurrenz verborgen werden, nicht stichhaltig ist, liessen sich die vier Postulate beispielhaft verwirklichen. Nur unter diesen Prämissen wird es auch dem fachlich nicht vorgebildeten Vereinsmitglied möglich sein, Erkenntnisse aus dem Rechnungsabschluss zu ziehen. Ist das aber der Fall, dann wird das Recht jedes Betriebsangehörigen auf Unterrichtung³⁾ erst sinnvoll.

Stellt man nun die Erfolgsrechnung - in Anlehnung an den Gliederungsvorschlag von Frey⁴⁾ nach den geforderten Prämissen auf, so ergibt sich folgendes Bild:

1) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.225.

2) Vgl. Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, a.a.O., S.227 ff.

3) § 55 Abs.2a Ziff.5 VAG n.F.

4) Vgl. Frey, Günther, a.a.O., S.612.

1. Beiträge			
von Mitgliedern			
von beteiligten Firmen	+		
2. Nebenleistungen der Mitglieder			
Eintrittsgelder			
Einzugs- und Mahngebühren			
Sonstige Nebenleistungen	+		
3. An Rückversicherer abgeführte Beiträge			-
4. <u>Bruttoertrag</u>			<u>.....</u>
5. Versicherungsleistungen			
Altersrenten			
Invalidenrenten			
Witwenrenten			
Waisenrenten	<u>.....</u>		
6. Rückkäufe (Austritts- vergütungen)			
7. Kosten für die Verwal- tung und Betreuung des Versichertenbestandes			
persönlich			
sächlich	<u>.....</u>		
8. Zuführung zu versiche- rungstechnischen Rückstellungen			
.....			
.....	<u>.....</u>	<u>.....</u>	-
9. Auflösung versicherungs- technischer Rückstellun- gen			
.....			
.....	<u>.....</u>		
10. von Rückversicherern erstattete Aufwendungen		<u>.....</u>	+
11. <u>Rohertrag aus dem Ver- sicherungsgeschäft</u>			<u>.....</u>
12. Vermögenserträge			
Zinsen			
Mieten			
Sonstiges	<u>.....</u>		
Übertrag:			

	Übertrag:		
13.	Erträge aus dem Abgang von Vermögensanlagen und Zuschreibungen zu Vermögensanlagen		
14.	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen nichtversicherungstechnischer Art und Wertberichtigungen		
15.	Sonstige Erträge		+
16.	<u>Rohrertrag allgemein</u>		<u>.....</u>
17.	Abschreibungen auf		
	Vermögensanlagen		
	Forderungen	<u>.....</u>	
18.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen nichtversicherungstechnischer Art und Wertberichtigungen		
19.	Schuldzinsen		
20.	Verluste aus Vermögensanlagen		
21.	Steuern und öffentliche Abgaben		
	Versicherungsteuer		
	sonstige Steuern	<u>.....</u>	
22.	Sonstige Aufwendungen		
	davon:		
	Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	<u>.....</u>	
23.	Vortrag des aktiven/passiven Ausgleichspostens aus dem Vorjahr		-
24.	<u>Jahresüberschuss/</u> <u>Jahresfehlbetrag</u>		+/-
25.	Entnahmen aus Rücklagen		
	aus der gesetzlichen	<u>.....</u>	
	Übertrag:		+/-

	Übertrag:		+/-	
	aus freien		+	
26.	Einstellungen in Rücklagen			
	in die gesetz-			
	liche			
	in freie		-	
27.	Zuweisung zur Rückstellung			
	für die Beitragsrückerstat-			
	tung (Überschussbeteili-			
	gung)		-	
28.	<u>aktiver/passiver</u>			
	<u>Ausgleichsposten</u>			
				=====

Das Aktiengesetz von 1965 schreibt vor, dass die Gewinn- und Verlustrechnung nur noch nach der Staffelform gegliedert werden darf.¹⁾ Bedingt der Geschäftszweig eine abweichende Regelung, so muss sie wenigstens gleichwertig sein. Zwar ist diese Vorschrift über die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nicht in das Versicherungsaufsichtsgesetz übernommen worden, weil der Bundesminister für Wirtschaft, ersatzweise die Aufsichtsbehörde, vorschreiben wird, wie Versicherungen in Zukunft bilanzieren müssen,²⁾ doch ist die allgemeine Formel des § 149 Abs.1 AktG, dass Rechnungsabschlüsse klar und übersichtlich aufzustellen sind, für die Aufsichtsbehörde bei der Abfassung der Vorschriften verbindlich.³⁾ Die bisher zwischen dem Institut der Wirtschaftsprüfer und dem Bundesaufsichtsamt geführte Diskussion über die bestmögliche Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung ging stets von der Staffelform aus.⁴⁾

1) § 157 Abs.1 AktG (1965).

2) § 55 Abs.2a VAG n.F.

3) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 149 Abs. 1 AktG (1965); vgl. Seite 65 ; dieser Grundsatz ist auch bei der Gestaltung des Formblattes für die Gewinn- und Verlustrechnung der Kreditinstitute gültig gewesen; vgl. Gummlich, Paul, Zur Gestaltung eines Formblattes für die Gewinn- und Verlustrechnung der Geschäftsbanken, in: WPg 1967, S.281.

4) Veröffentlichungen liegen noch nicht vor (Stand: 1.6.1967).

3. Die Ertragsseite

Die derzeit gültigen Schemata der beiden Kassentypen tragen folgendes Gesicht:

grosse Pensionskassen

I. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr

kleinere Pensionskassen

I. Vortrag des passiven Ausgleichspostens aus dem Vorjahr

Der Saldo des Vorjahres führt entweder auf der Ertragsseite oder auf der Aufwandsseite die einzelnen Gliederungspunkte an. In der - zukünftig zu erwartenden - Staffelnrechnung darf er jedoch erst aufgeführt werden, wenn das Jahresergebnis bereits ermittelt ist. So ist es auch im Schema der neuen Gewinn- und Verlustrechnung für Aktiengesellschaften gehalten.¹⁾

grosse Pensionskassen

II. Überträge aus dem Vorjahr

kleinere Pensionskassen

Kleinere Pensionskassen brauchen die Überträge nicht mehr aufzuführen; der Schritt zur Ausmerzung dieser kameralistischen Besonderheit der Erfolgsrechnung ist hier bereits getan.

grosse Pensionskassen

III. Beiträge²⁾

kleinere Pensionskassen

II. Beiträge

1. der beteiligten Firmen
2. der Mitglieder (ausser Firmen)

1) § 157 Abs.1 AktG (1965) Position Nr.28 und 29.

2) Die Aufgliederung der Beiträge, wie sie für Lebens-

Die Aufteilung der Beiträge, wie sie für kleinere Kassen vorgeschrieben ist, sollte auch von grossen Kassen verwendet werden, da diese Aufgliederung der Beiträge den Bedürfnissen grosser Kassen entspricht, ganz abgesehen davon, dass Pensionskassen keine Beiträge für übernommene Rückversicherungen kassieren.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

IV. Nebenleistungen
der Versicherungs-
nehmer

III. Eintrittsgelder, Ein-
zugs- und Mahngebüh-
ren sowie sonstige
Nebenleistungen der
Mitglieder

Der Ausweis der Nebenleistungen in einer Summe ist dann nicht zu empfehlen, wenn die Relationen zwischen den einzelnen Gruppen zu extrem sind. Die Ausweisvorschrift kleinerer Kassen ist vorzuziehen, weil die möglichen Arten der Nebenleistungen aufgezählt werden.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

V. Vermögenserträge

IV. Vermögenserträge

1. Zinsen
davon DM ...
Depotzinsen
2. Erträge aus Grund-
stücken, hiervon ab:
Schuldzinsen hieraus
und Aufwendungen
3. Erträge aus Beteili-
gungen
4. sonstige Erträge
hiervon ab:
Kosten der Vermögens-
verwaltung

1. Zinsen
2. Erträge aus Grund-
stücken, hiervon
ab: Aufwendungen
3. Sonstige

versicherungen vorgeschrieben ist, lässt sich für
grosse Pensionskassen nicht übernehmen, Vgl. Sei-
te 156 f.

Die Aufsichtsbehörde schreibt vor, dass sowohl die grossen als auch die kleineren Kassen die Erträge aus Grundstücken um diejenigen Aufwendungen zu kürzen haben, die im Zusammenhang mit dem Grundvermögen entstanden sind, z.B. Steuern, Abgaben, Versicherungsbeiträge, Schuldzinsen etc.¹⁾ Zwar kann der externe Bilanzleser durch diese Vorschrift sofort erkennen, in welchem Verhältnis die Bruttoerträge zu den Bruttoaufwendungen aus dem Grundvermögen stehen, da es sich jedoch um Aufwendungen heterogener Natur handelt, wird das Ziel, jede Aufwandsart brutto in der Gewinn- und Verlustrechnung zu zeigen, nicht erreicht.²⁾ Es wird daher dafür plädiert, auf eine Saldierung zu verzichten und dafür die Angaben über das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen in den Geschäftsbericht aufzunehmen.

Die gleichen Überlegungen gelten auch für die Vorschrift, von den gesamten Vermögenserträgen die Aufwendungen für die Vermögensverwaltung abzusetzen. Zweifellos ist es für den Versicherten, aber auch für den ausserstehenden Dritten von Interesse, wie erfolgreich die Vermögensverwaltung gearbeitet hat. Da jedoch das Bruttoprinzip durch solche Ausweisvorschriften nicht in seiner ursprünglichen Bedeutung eingehalten wird, sollten nähere Einzelheiten über die Vermögensverwaltung stets dem Geschäftsbericht vorbehalten bleiben.

grosse Pensionskassen

VI. Gewinne aus Vermögensanlagen

1. Kursgewinne
2. sonstige Gewinne

kleinere Pensionskassen

V. Gewinne aus Vermögensanlagen

1) Vgl. VerBAV S 1, S.18.
2) Vgl. Seite 176.

Die Aufsichtsbehörde schreibt im Schema für grosse Pensionskassen vor, dass bei den "Gewinnen aus Vermögensanlagen" die "Kursgewinne" von den "sonstigen Gewinnen" zu trennen sind. Erläuternd führt die Aufsichtsbehörde aus, dass die Position "Gewinne aus Vermögensanlagen" weiterhin die bei der Veräusserung von Vermögenswerten erzielten Gewinne umfasst.¹⁾

Nachdem das strenge Niederstwertprinzip für den Wertpapierbesitz von Versicherungen eingeführt worden ist, werden in Zukunft keine "Kursgewinne",²⁾ d.h. Zuschreibungen zu den Wertpapieren auf Grund gestiegener Kurswerte, mehr möglich sein. Hingegen wird es auch weiterhin zulässig sein, den Buchwert der übrigen Vermögensanlagen durch Zuschreibungen zu erhöhen, jedoch nur dann, wenn Pensionskassen Verluste ausgleichen oder die Bilanz bereinigen müssen.³⁾ Wertobergrenze jeder Zuschreibung ist nach wie vor der Anschaffungswert; ist jedoch der Wert, der den Vermögensanlagen im Zeitpunkt der Zuschreibung beizulegen ist, dauernd unter den Anschaffungswert gesunken, so darf nur bis zur Höhe des beizulegenden Wertes zugeschrieben werden.⁴⁾

In Angleichung an die Terminologie des Aktiengesetzes wird vorgeschlagen, die Position "Gewinne aus Vermögensanlagen" statt dessen "Erträge aus dem Abgang von Vermögensanlagen und aus Zuschreibungen zu Vermögensanlagen" zu nennen.⁵⁾

1) Vgl. VerBAV S 1, S.19.

2) Gemeint sind Buchgewinne, das Aufsichtsamt setzt die Kursgewinne den Buchgewinnen - irrtümlich - gleich, vgl. VerBAV S 1, S.18.

3) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.236 zu § 131 AktG (1937).

4) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.236 zu § 131 AktG (1937).

5) Vgl. Seite 178.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VII. Leistungen der
Rückversicherer

-

Ein gesonderter Ausweis der Leistungen, die Rückversicherer an kleinere Kassen erbringen, ist nicht vorgesehen, vielmehr sollen sie unter den "sonstigen Erträgen" erfasst werden.¹⁾

Leistungen der Rückversicherer können umfassen: Anteilige Leistungen für eingetretene Versicherungsfälle, für Rückkäufe sowie sonstige Vergütungen, wie z.B. Kostenerstattungen, Gewinnanteile und Anteile an den Schadenbearbeitungskosten.²⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VIII. Ausserordentliche
Einnahmen³⁾

VI. Entnahmen aus den
Rücklagen und Rück-
stellungen (Vermin-
derungen)

Obwohl beide Positionen rein äusserlich einander nicht entsprechen, ergibt sich doch aus den Ausführungen der Aufsichtsbehörde, dass grosse Pensionskassen ihre Erträge, die durch die Auflösung freigewordener Wertberichtigungen und Rückstellungen sowie freier Rücklagen anfallen, hier zeigen sollen.⁴⁾

Da nun grosse Pensionskassen ihre Rückstellungen und Rücklagen zunächst als "Überträge aus dem Vorjahr" vereinnahmen, um sie auf der Aufwandseite wieder zu verausgaben, wie sie zum Jahresende ermittelt wurden, können an dieser Stelle nur ausnahmsweise "Einnahmen" aus-

1) Vgl. Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

2) Vgl. VerBAV S 1, S.18, Vordruck P 1000, a.a.O., S.12.

3) Verkürzt wiedergegeben.

4) Vgl. VerBAV S 1, S.19.

gewiesen werden; dann nämlich, wenn eine echte Auflösung vorgenommen wurde. Für den Jahreserfolg ist es ohne Bedeutung, in der Gewinn- und Verlust-Rechnung die Auflösung von Rückstellungen von den Verminderungen zu trennen; eine zusätzliche Aussage wird ebenfalls nicht erzielt. Erst dann, wenn das kameralistische Verfahren der erfolgswirksamen Verrechnung der Rückstellungsveränderungen abgeschafft sein wird, können hier Erträge ausgewiesen werden, die entweder durch die Verminderung oder durch die Auflösung von Rückstellungen entstanden sind.

Das, was bisher bei grossen Kassen noch an Reformen aussteht, ist ja bei kleineren Kassen bereits verwirklicht; hier werden in der Position VI ordnungsgemäss nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen die Entnahmen aus den Rücklagen und Rückstellungen gezeigt.¹⁾

Weiterhin ist es vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus abzulehnen, aufgelöste Rückstellungen als Einnahmen zu bezeichnen; der reine Zahlungsvorgang der Einnahme liegt in der Regel bereits Perioden zurück.

In der Gewinn- und Verlustrechnung des neuen Aktienrechts wird besonders Wert darauf gelegt, Erträge, die aus der Auflösung von Rückstellungen oder Wertberichtigungen stammen, gesondert darzustellen. So haben Aktiengesellschaften in Zukunft unter der Position 12 "Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen" und unter der Position 13 "Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen" zu zeigen,²⁾ während die Position 30 für die Entnahmen aus offenen Rücklagen vorgesehen ist. Vom Standpunkt des Betriebswirts aus muss gefordert werden, dass diese Erfolgskomponenten

1) Vgl. Seite 184.

2) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 147 Abs.1 AktG (1965).

im neuen Gewinn- und Verlust-Schema gesondert gezeigt werden.¹⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

IX. Sonstige Einnahmen

VII. Sonstige Erträge
(Einnahmen)

Die Aufsichtsbehörde gibt an, dass unter dieser Position diejenigen Erträge ausgewiesen werden können, die an anderer Stelle der Gewinn- und Verlust-Rechnung nicht aufzuführen sind. In dieser Position sollten nur solche Erträge gezeigt werden, die im Verhältnis zu anderen Ertragsposten von geringer Bedeutung sind.

Kleinere Kassen weisen hier die Versicherungssteuer aus, sofern sie getrennt erhoben wird.²⁾

Vergleicht man die beiden Posten, so lassen sie sich als typische Beispiele für den allmählichen Übergang von der kameralistischen zur betriebswirtschaftlichen Terminologie anführen. Spricht die Aufsichtsbehörde 1955, dem Jahr der Veröffentlichung der Rechnungslegungsvorschriften für grosse Pensionskassen, noch von Einnahmen, so gebraucht sie bereits 1957, als die Vorschriften für kleinere Kassen erlassen wurden, den Terminus "Erträge", setzt aber um des kontinuierlichen Übergangs willen noch die ehemalige Bezeichnung in Klammern hinzu.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

X. Versicherungssteuer³⁾

XI. Reinverlust

VIII. Ausgleichsposten

1) Vgl. den Entwurf einer neuen Gewinn- und Verlust-Rechnung auf Seite 177.

2) Vordruck P 1000, a.a.O., S.4; vgl. Seite 192.

3) Vgl. Seite 194.

4. Die Aufwandsseite

grosse Pensionskassen

I. Verlustvortrag

II. Leistungen für Versicherungsfälle¹⁾

1. aus Vorjahren

- a) gezahlt
- b) zurückgestellt

2. aus dem Geschäftsjahr

- a) gezahlt
- b) zurückgestellt

kleinere Pensionskassen

I. Vortrag des aktiven Ausgleichspostens aus dem Vorjahr

II. Versicherungsleistungen

1. gezahlte Beträge

- a) Altersrenten
- b) Invalidenrenten
- c) Witwenrenten
- d) Waisenrenten
- e) Sterbegelder
- f) sonstige

2. noch nicht gezahlte (rückständige) Beträge

Wenn die Aufsichtsbehörde die Leistungen so getrennt haben will, dass man gezahlte Leistungen einerseits, unbezahlte Leistungen andererseits aus der Erfolgsrechnung ablesen kann, so wird die Forderung nach Klarheit der Rechnungslegung zu weit gesteckt, denn das, was geschuldet wird, sollte aus der Bilanz und nicht aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich sein.

grosse Pensionskassen

III. Leistungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungsverträge (Rückkäufe) aus selbst abgeschlossenen Versicherungen

- 1. gezahlt
- 2. zurückgestellt

kleinere Pensionskassen

III. Austrittvergütungen

- 1. gezahlte Beträge
- 2. noch nicht gezahlte (rückständige) Beträge

1) Schema verkürzt wiedergegeben.

Es ist unverständlich, dass die Aufsichtsbehörde im Schema für kleinere Kassen eigens erklärt, mit noch nicht gezahlten Beträgen seien rückständige Vergütungen gemeint. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht lassen sich nur solche Beträge einer Periode erfolgswirksam zurechnen, die auch in dieser Periode verursacht werden.

Sowohl die grossen als auch die kleineren Pensionskassen sollen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung die Austrittsvergütungen so aufspalten, dass man zunächst die im Geschäftsjahr bezahlten Beträge, sodann die zurückgestellten Vergütungen ablesen kann. Auch in diesem Fall lässt sich einwenden, dass ein Zuviel an Erläuterungen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung die Klarheit des Ausweises einschränkt; Erkenntnisse über die Höhe der Rückstellungen kann der Bilanzleser aus der entsprechenden Passivposition gewinnen.

Die Formulierung "Leistungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungsverträge (Rückkäufe) aus selbst abgeschlossenen Versicherungen" erscheint sehr schwerfällig. Der Begriff "Austrittsvergütungen"¹⁾ ist dann vorzuziehen, wenn die Betriebsangehörigen nicht selbst Beiträge gezahlt haben.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

IV. Schadenbearbeitungskosten

. -

Kleinere Kassen verzichten in der Regel darauf, versicherungstechnisch bedingte Kosten von den allgemeinen Verwaltungskosten, z.B. den Kosten der Vermögensverwaltung, zu trennen. Lässt man jedoch in der Gewinn- und Verlust-Rechnung den betriebswirtschaftlichen Grundsatz

1) Vgl. Seite 159, 165.

walten, dass der Betriebserfolg von demjenigen Erfolg getrennt werden sollte, der mit dem Betriebszweck in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht ("neutraler Erfolg"), so ist folgerichtig eine Trennung der einzelnen Erfolgsarten vorzunehmen.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

V. Beitragsrückerstattung an Versicherungsnehmer

IV. Zahlung von Überschussanteilen an Mitglieder

Von Überschussbeteiligung zu sprechen, trifft den Sachverhalt, der hier dargestellt werden soll, exakter, denn einerseits brauchen sich, wie wir gesehen haben, die Vereinsmitglieder nicht unbedingt an der Beitragsaufbringung zu beteiligen, andererseits werden nicht ausschliesslich die reinen Beiträge rückerstattet, vielmehr setzt sich ein auszuschüttender Überschuss aus vielen Bestandteilen, z.B. aus Zinserträgen, zusammen. Doch ist auch hier einzuwenden, dass in einer periodischen Erfolgsrechnung die Aufwendungen und nicht die Zahlungen verrechnet werden. Dabei ist es gleichgültig, ob beide Grössen identisch sind, d.h. ob alle Verpflichtungen einer Periode abgewickelt sind ("Aufwand jetzt, Ausgabe jetzt").

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VI. Aufwendungen für übernommene Rückversicherungen

(...)

VII. Rückversicherungsbeiträge

Kleinere Pensionskassen weisen diejenigen Beiträge, die sie an Rückversicherungsgesellschaften weiterleiten, um sich vom Leistungsrisiko zu entlasten, nicht gesondert auf, sondern zeigen sie unter den "Sonstigen Aufwendungen".¹⁾ Stellt man die Gewinn- und Verlust-Rechnung nach der Staffelform auf, so sind die Beiträge, die an Rückversicherer abgeführt werden, unmittelbar von den Beitragseinnahmen zu kürzen.²⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

VIII. Abschlusskosten
(Erwerbskosten)
zu Lasten des Ge-
schäftsjahres
(entfällt)

IX. Kosten der lau-
fenden Verwal-
tung

V. Verwaltungskosten
1. persönliche
2. sächliche

Die Aufsichtsbehörde führt in einem Katalog sämtliche Aufwandsarten, die grosse Kassen hier ausweisen sollen, auf.³⁾ Jenson erläutert, dass - in Anlehnung an steuerliche Grundsätze - auch die geringwertigen Wirtschaftsgüter, die eigentlich zur Betriebseinrichtung gehören, unter den Verwaltungskosten als "Betriebsausgaben" erfasst werden dürfen.⁴⁾ Die Alternative dazu lautet, dass diese Güter zunächst im Inventar erfasst und als Betriebseinrichtung aktiviert, sodann aber abgeschrieben werden. Hat man sich einmal für eine Methode entschieden, so sollte sie nach der Anschauung von Jenson auch beibehalten werden.⁵⁾

Der Auffassung, dass Gegenstände der Betriebseinrichtung als Verwaltungskosten sofort im Aufwand verbucht

1) Vordruck P 10000, a.a.O., S.12.

2) Vgl. Seite 177.

3) VerBAV S 1, S.20.

4) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.62.

5) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.62.

werden können, muss scharf widersprochen werden. Es würde durch diese Methode nicht nur der Grundsatz, dass die Handelsbilanz für die Steuerbilanz massgeblich sei, durchbrochen, sondern auch gegen den handelsrechtlichen Grundsatz der Einzelbewertung selbständig nutzungsfähiger Wirtschaftsgüter verstossen.¹⁾

Werden die Verwaltungskosten in kleineren Kassen so aufgespalten, dass Kosten, die durch die Betreuung des Versichertenbestandes verursacht worden sind, von den Kosten der Vermögensverwaltung getrennt ausgewiesen werden können, so bleiben dennoch Kostenarten übrig, wie z.B. die Kosten des Abschlussprüfers etc, die an dieser Stelle auszuweisen sind.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XI. Abschreibungen und
Wertberichtigungen

VI. Abschreibungen und
Wertberichtigungen

1. Abschreibungen

2. Wertberichtigungen

Gemäss dem Gliederungsschema des neuen Aktiengesetzes ist besonders darauf zu achten, dass die Abschreibungen nach verschiedenen Vermögensgruppen aufgegliedert gezeigt werden.²⁾ Sieht man einmal von den Erläuterungen ab, die die grossen Pensionskassen in dem Vordruck L I 13 über die Wertberichtigungen der Aufsichtsbehörde zu erbringen haben, so muss festgestellt werden, dass der Erkenntniswert dieser Position für den externen Bilanzleser begrenzt ist.

Aktiengesellschaften müssen Abschreibungen und Wertberichtigungen

1. auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewert (Pos.19) und

2. auf Finanzanlagen (Pos.20)

getrennt zeigen. Da die Aktivseite der Pensionskassenbilanz nicht in diese Kategorien untergliedert ist, lässt sich eine ähnliche Aufspaltung der Abschreibun-

1) Vgl. WP-Handbuch 1963, S.340, 364.

2) Vgl. Seite 169.

gen und Wertberichtigungen nicht durchführen, ganz abgesehen von dem mangelnden Aussagewert für Pensionskassen. Sinnvoller ist eine Aufteilung in Abschreibungen, die auf Vermögensanlagen vorgenommen werden, und in Abschreibungen, die auf Aussenstände erforderlich wurden.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XI. Verluste aus Vermögensanlagen

VII. Verluste aus Vermögensanlagen

1. Kursverluste

2. Sonstige Verluste

Jenson weist darauf hin, dass hier nur die erlittenen Veräusserungsverluste auszuweisen sind, da buchmässige Verluste durch Abschreibungen und Wertberichtigungen erfasst werden.¹⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XII. Schuldzinsen

VIII. Schuldzinsen

1. für angesammelte Gewinnanteile

2. sonstige Schuldzinsen

XIII. Steuern und öffentliche Abgaben

IX. Steuern und öffentliche Abgaben

(1. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen)

1. Versicherungssteuer

2. sonstige Steuern und Abgaben

2. sonstige Steuern und Abgaben

1) Vgl. Jenson, Harry, a.a.O., S.65 ff.

Da Pensionskassen in der Regel von Ertrag- und Körperschaftsteuern befreit sind, hat die Aufsichtsbehörde zu Recht darauf verzichtet, bei kleineren Kassen eine eigene Position dafür vorzusehen.

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XIV.-XVIII. Rückstellungen¹⁾

XIV. Zuweisungen an ...²⁾

X. Zuweisungen zu den Rücklagen und Rückstellungen (Erhöhungen)

Während grosse Kassen ihre Zuweisungen frei gestalten können, haben kleinere Kassen in einer Summe zu zeigen, wie sie den Überschuss verwendet haben.

Es wird aber gerade in dieser Hinsicht eine exakte Unterrichtung des Bilanzlesers notwendig sein, vor allem, wenn er am Überschuss beteiligt ist. Es wäre der Bilanzklarheit förderlich, wenn die Zuweisungen näher detailliert würden, wie es z.B. in der Position 31 des Gliederungsschemas im neuen Aktiengesetz der Fall ist.³⁾

grosse Pensionskassen

kleinere Pensionskassen

XX. Sonstige Ausgaben

XI. Sonstige Aufwendungen (Ausgaben)⁴⁾

Die Aufsichtsbehörde gibt zu dieser Position Erläuterungen, die in ähnlicher Form zu den "Sonstigen Einnahmen" gemacht werden.⁵⁾ Von besonderem Interesse sind die Aufwendungen für Altersversorgung, die Pensionskassen an eigene Angestellte erbringen, falls sie nicht schon im Rahmen der Deckungsrückstellung als Ver-

1) Vgl. Seite 154, 180.

2) Verkürzt wiedergegeben.

3) Vgl. Seite 179.

4) Vgl. Vordruck P 1000, S.5.

5) Vgl. VerBAV S 1, S.21; vgl. auch Seite 186.

sicherte erfasst sind. Solche Aufwendungen sollen nach Anweisung der Aufsichtsbehörde unter den "sonstigen Ausgaben" erfasst werden. Da die Reformer der neuen Gewinn- und Verlust-Rechnung eigens die "Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung"¹⁾ genannt haben wollen, sollte in Angleichung an das neue Aktiengesetz eine besondere Position dieses Inhalts aufgeführt werden.

Bei kleineren Kassen gehören hierher die Leistungen, die an Rückversicherer erbracht wurden.

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
-----------------------	-------------------------

XXI. Versicherungsteuer

-

Im neuen Aktiengesetz wird zur Gewinn- und Verlustrechnung näher erläutert, dass Aktiengesellschaften nur diejenigen Steuern auszuweisen haben, die sie dem Fiskus schulden. Diese Bestimmung²⁾ ist auch in grossen Pensionskassen anzuwenden. Da bei der Versicherungsteuer der Versicherungsnehmer, d.h. also das Vereinsmitglied, Steuerschuldner ist, braucht die Kasse diese Steuer nicht mehr auszuweisen, es sei denn, dass die Trägerunternehmung die Steuer - im Anschluss an die Beiträge - trägt. Da es sich im ersten Fall lediglich um einen Posten handelt, der auf den Erfolg des Geschäftsjahres keinen Einfluss hat - sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite erscheint der gleiche Betrag als durchlaufender Posten -, wird die Gewinn- und Verlust-Rechnung unnötig aufgebläht.³⁾

grosse Pensionskassen	kleinere Pensionskassen
-----------------------	-------------------------

XXII. Reingewinn

VIII. Ausgleichsposten

1) § 157 Abs.1 Ziff.18 AktG (1965).

2) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 158 Abs.4 AktG (1965).

3) Vgl. Seite 186.

IV. Der Geschäftsbericht

1. Einleitung

a) Anmerkungen zum Begriff des Geschäftsberichts

Grosse Pensionskassen müssen einen J a h r e s -
bericht anfertigen und ihn der Aufsichtsbehörde ein-
reichen.¹⁾ Dabei sind die Vorschriften des Aktien-
rechts zum G e s c h ä f t s b e r i c h t zu beachten.²⁾
Schliesslich muss ein Druckbericht erstellt werden,
der jedem Versicherten auf sein Verlangen hin auszu-
händigen ist.³⁾

Solcherlei sprachlichen Unterscheidungen muss
auf den Grundgegangen werden, ehe man sich näher mit
dem "Geschäftsbericht" auseinandersetzt. Da der Ge-
setzgeber im Versicherungsaufsichtsgesetz von einem
"Jahresbericht" spricht, der für "das abgelaufene Ge-
schäftsjahr" aufzustellen ist, ergibt sich aus seiner
Zweckbestimmung, dass "geschäftliche" Dinge dargestellt
werden sollen. Auch an der Tatsache, dass - im Gegen-
satz zum Aktiengesetz⁴⁾ - der mit der Erstellung des
Geschäftsberichts Beauftragte nicht genannt ist,
braucht man sich nicht zu stören, denn aus der System-
atik des Gesetzesaufbaus ergibt sich, dass § 55 VAG
zu den Bestimmungen über die Geschäftsführung der Ver-
sicherungsunternehmen gehört.

1) § 55 Abs.1 VAG; für kleinere Vereine gelten die Ver-
einfachungen des § 157 VAG.

2) § 36 a VAG a.F. i.V.m. § 127 AktG (1937)

3) § 36 a VAG n.F. i.V.m. § 160 AktG (1965).

3) § 55 Abs.3 VAG a.F. und n.F.

4) Vgl. § 127 Abs.1 AktG (1937).

Adler-Düring-Schmaltz haben vorgeschlagen, man solle statt vom "Geschäftsbericht" vom "Bericht des Vorstandes" sprechen,¹⁾ weil unter "Geschäftsbericht" nicht nur der Bericht nach § 128 Abs.1 AktG (1937) verstanden werde. Dieser an und für sich begrüssenswerten Klärung steht der tief eingewurzelte Sprachgebrauch gegenüber. Die Reformer des neuen Aktiengesetzes haben sich nicht entschliessen können, diesen eingebürgerten Terminus fallenzulassen.

Der Druckbericht umfasst den zu veröffentlichen Geschäftsbericht sowie den Jahresabschluss, ist also begrifflich weiter gefasst; mit diesem Ausdruck wird der technische Vorgang der schriftlichen Fixierung der Rechnungslegung beschrieben.

b) Der Geschäftsbericht als Teil der Rechnungslegung

Die Geschäftsberichte, die grosse Pensionskassen erstellen müssen, lassen sich als Bestandteil der Rechnungslegung auffassen, da mit ihrer Hilfe der Jahresabschluss nicht nur erläutert,²⁾ sondern auch ergänzt³⁾ werden soll.

Der Geschäftsbericht wird, wie es der Gesetzgeber des alten Aktiengesetzes beabsichtigt hat, üblicherweise zweigeteilt. Einerseits sollen im Geschäftsbericht der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft dargelegt (Lagebericht), andererseits soll der Jahresabschluss erläutert werden (Erläuterungsbericht). Das Versicherungsaufsichtsgesetz verlangt von den Ver-

1) Anm.1 zu § 128 AktG (1937).

2) § 160 Abs.2 AktG (1965).

3) §§ 55, 62 Abs.3 VAG, vgl. auch Frölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 55 VAG.

sicherungsunternehmen, dass sie im Lagebericht ihre "Verhältnisse" und die "Entwicklung" darstellen.¹⁾ Die historische Entwicklung der Gesetzgebung - das Versicherungsaufsichtsgesetz stammt aus dem Jahre 1900, die vorletzte Fassung des Aktiengesetzes wurde 37 Jahre später geschaffen - spiegelt sich in der unterschiedlichen Formulierung. Es dürften auf der einen Seite "Geschäftsverlauf" und "Entwicklung", auf der anderen Seite "Lage" und "Verhältnisse" gleichzusetzen sein.

2. Zur Gestaltung des Geschäftsberichts

Wenn der Geschäftsbericht u.a. die Rechnungslegung erläutern soll, so folgt daraus, dass er nicht nach anderen Grundsätzen aufgestellt werden kann als das zu Erläuternde, d.h. als der Jahresabschluss. Der Geschäftsbericht hat daher den Grundsätzen der Klarheit und Wahrheit zu entsprechen.²⁾ Die Geschäftsführung der Pensionskasse muss ihren Bericht genauso sorgfältig abfassen wie den Jahresabschluss.

Die Klarheit der Darstellung ist schon deswegen erforderlich, weil sich der Bericht an die versicherten Betriebsangehörigen wendet und das Zahlenwerk der Bilanz für sie ohne Erläuterungen unverständlich bleiben muss.³⁾ Nicht zuletzt informieren sich Mitglieder oder Mitgliedervertreterversammlungen an Hand dieses

1) § 55 Abs.1 VAG a.F. und n.F.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.3 zu § 128 AktG (1937).

3) "Für die Mehrzahl der Versicherungsnehmer, denen nach § 55 VAG der Druckbericht ausgehändigt wird, genügen in der Regel die einfachen Zahlenangaben nicht, um ihnen die Zusammenhänge des Jahresab-

Berichtes, ob der Geschäftsleitung Entlastung erteilt werden kann.¹⁾ Darüber hinaus ist der Geschäftsbericht auch Rechenschaftsbericht; die Aufsichtsbehörde fordert, dass im Geschäftsbericht "nach den Grundsätzen einer gewissenhaften und treuen R e c h e n - s c h a f t der Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens darzulegen"²⁾ sei.

Versicherungen müssen nach Anweisung der Aufsichtsbehörde einen sehr detaillierten Bericht abfassen. Die entsprechenden Bestimmungen sind von einer Generalklausel überschrieben: die Berichterstattung soll einen möglichst u m f a s s e n d e n ³⁾ Einblick in die Lage der Gesellschaft gewähren.

Die der Generalklausel folgenden Einzelnachweise sind so umfassend, dass Prölss sagt, nicht § 128 AktG (1937), sondern die Bestimmungen der Aufsichtsbehörde würden als "sedes materiae"⁴⁾ erscheinen.

3. Erläuterungen zur Rechnungslegung

a) Umfang der Erläuterungen

Das alte Aktiengesetz von 1937 beschränkte sich darauf, den Vorstand aufzufordern, auch wesentliche Abweichungen von dem letzten Jahresabschluss zu erläutern.⁵⁾ Darüber hinaus enthielt ein besonderer Kata-

schlusses klarzumachen. Daher empfiehlt sich darüber hinaus eine individuelle und allgemeinverständliche Ausgestaltung des Druckberichtes ..." (VerBAV S 1, S.29).

1) Vgl. Seite 221 f.

2) VerBAV S 1, S.26.

3) Vgl. VerBAV S 1, S.26.

4) Prölss, Erich, Anm.4m zu § 55 VAG.

5) § 128 Abs.2 AktG (1937).

log Vorschriften, was im einzelnen zu erläutern sei.

Demgegenüber umfasst der Katalog der Rechnungslegungsvorschriften, den die Aufsichtsbehörde erlassen hat, nicht weniger als 35 Punkte. Ebenso wie das Aktiengesetz von 1937 verlangt die Aufsichtsbehörde, dass auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten ist, die erst nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.¹⁾ Vergleicht man jedoch den Wortlaut des § 128 AktG (1937) mit den Ausführungen der Aufsichtsbehörde zum Geschäftsbericht, so zeigt sich, dass das Amt den Text der gesetzlichen Bestimmung umgestellt hat: Während aus § 128 AktG zu folgern ist, dass die Vorgänge von besonderer Bedeutung im Lagebericht dargestellt werden sollen (vgl. Abs.1), spricht die Aufsichtsbehörde von solchen Vorgängen im Zusammenhang mit der Erläuterung des Jahresabschlusses.

Das neue Aktiengesetz von 1965 engt nun die Freiheit des Vorstands von Aktiengesellschaften, den Bericht nach eigenen Vorstellungen abzufassen, entscheidend ein. Der Gesetzgeber hat sich nicht damit zufriedengegeben, durch einen lapidaren Hinweis auf "wesentliche Abweichungen" dem Vorstand das Ausmass der Erläuterungen anheimzustellen, wohl wissend, dass die Publizitätsfreudigkeit mit allgemeinen Formulierungen nicht entscheidend geweckt werden kann. Durch die bis ins einzelne gehenden Vorschriften über das Ausmass der notwendigen Erläuterungen konnte der Gesetzgeber auch darauf verzichten, den Katalog im Stile der Aufsichtsbehörde zu erweitern; er ist lediglich gegenüber 1937 um 2 Ziffern vermehrt worden.

Das, was im § 160 Abs.2 AktG (1965) generell vorgeschrieben wird, ist in nuce bereits in dem umfang-

1) Vgl. VerBAV S 1, S.26.

reichen Katalog der Aufsichtsbehörde enthalten. Die Auswirkungen ausserplanmässiger Abschreibungen indessen, die Aktiengesellschaften in Zukunft werden darlegen müssen, falls sie mindestens einhalb vom Hundert des Grundkapitals übersteigen, können von Pensionskassen nicht dargestellt werden, da es an der Bezugsgrösse fehlt, doch wird man annehmen dürfen, dass die Aufsichtsbehörde eine andere Bezugsgrösse wählt.

Weiterhin fehlt bis jetzt in den Rechnungslegungsvorschriften der Aufsichtsbehörde der *b e s o n d e r e* Hinweis, dass Änderungen in der Bewertungsmethode und Abschreibungsmethode darzulegen sind, doch gilt hier, dass sich aus den Angaben, die die Pensionskassen bisher über die wert- und mengenmässigen Änderungen der Vermögensanlagen zu machen hatten, die Änderung der Bewertungs- oder Abschreibungsmethode erkennen liess.¹⁾

Das Aufsichtsamt hat die *S c h u t z k l a u s e l* des § 128 AktG (1937) fast wörtlich übernommen. Redaktionelle Änderungen erschienen ihr im Hinblick auf die überholte Formulierung "vom gemeinen Nutzen von Volk und Reich" erforderlich. Nunmehr kann das öffentliche Interesse einer Berichterstattung entgegenstehen. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass das öffentliche Interesse eine detaillierte Erläuterung der Rechnungslegung betrieblicher Pensionskassen verhindern könnte, wobei den Vorstand auch noch die Beweislast für die Notwendigkeit des Schutzes öffentlicher Interessen trafe.²⁾ Ebenso lässt sich für

1) So muss z.B. bei den Wertpapieren sowohl der Nennwert als auch der Bilanzwert angegeben werden, vgl. VerBAV S 1, S.28, Ziff.20.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Anm.14 zu § 128 AktG (1937); vgl. auch die Ausführungen auf Seite 41.

eine Anwendung der Schutzklausel im Hinblick auf das etwaige schutzwürdige Interesse der Trägerunternehmung kaum ein Beispiel bilden.

Auch nach neuem Aktienrecht kann der Vorstand grosser Pensionskassen von der Schutzklausel Gebrauch machen.¹⁾ Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass der Gesetzgeber nunmehr fordert, diejenigen Angaben, bei denen die Schutzklausel zur Anwendung kommen soll, besonders zu kennzeichnen. Damit hat sich der Gesetzgeber von der Auffassung, durch den Hinweis könne bereits der Zweck der Geheimhaltung gefährdet sein, distanziert.²⁾

b) Der Erläuterungskatalog

Legt man den Katalog der Aufsichtsbehörde³⁾ einer näheren Betrachtung zugrunde und vergleicht ihn - soweit möglich - mit den Bestimmungen des neuen Aktiengesetzes, so ergibt sich folgendes Bild:

Ziffer 1: Personalien

Die erste Angabe, die Aufzählung von Name und Vorname sämtlicher Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats,⁴⁾ erläutert natürlich nicht die Rechnungslegung; dieser Punkt entspricht in vollem Umfang der Vorschrift des § 160 Abs.5 AktG (1965).

Ziffer 2: Versicherungsarten

Pensionskassen betreiben ex definitione keine andere Versicherungsart als die der Lebensversicherung.

1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 160 Abs.4 AktG (1965).

2) Vgl. auch Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.9 zu § 128 AktG (1937).

3) Vgl. VerBAV S 1, S.26 ff.

4) Die Angaben müssen sich auch auf die im Geschäftsjahr oder nachher ausgeschiedenen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder erstrecken. Der Vorsitz

Hat die Kasse Versicherungsverträge mit festen Beiträgen¹⁾ abgeschlossen, so ist an dieser Stelle darüber zu berichten.

Ziffer 3: Bestandsbewegung

Wohl in keiner anderen Erläuterung spiegelt sich das Geschehen des Geschäftsjahres einer Versicherung deutlicher wider als in der Bestandsbewegung sowohl der Anwärter als auch der Empfänger von Renten. Die Aufsichtsbehörde hat ein Schema entworfen, das von Pensionskassen einzuhalten ist.²⁾

Ziffer 4: Überschussanalyse

Aus der Erkenntnis, dass der Überschuss einer Pensionskasse auf verschiedene Einflussfaktoren zurückgeführt werden kann, wie z.B. auf die Sterblichkeit, den Zins etc., und je nach den Rechnungsgrundlagen anders ausfällt, folgt, dass die Pensionskassen auf die Analyse ihrer Überschüsse nicht verzichten können: "Durch die Zerlegung des Gewinns nach Gewinnquellen wird ersichtlich, dass und in welchem Ausmass der wirkliche Verlauf bezüglich der einen oder anderen Rechnungsgrundlage von dem rechnungsmässigen Verlauf abweicht."³⁾ Die Aufsichtsbehörde lässt sich daher die Gewinnanalyse vor Augen führen,⁴⁾ nicht zuletzt deswegen, weil aus der Gewinnanalyse durchaus verlässliche Prognosen über die zukünftige Entwicklung der

des Vorstandes - soweit ein Vorsitzter ernannt ist - und der des Aufsichtsrats ist besonders zu bezeichnen. VerBAV S 1, S.26 f.

- 1) § 21 Abs.2 VAG.
- 2) VerBAV S 1, S.31-33⁴ für kleinere Vereine vgl. Vor-
druck P 1000, a.a.O., S.11.
- 3) Schöbe, Waldemar, Stichwort: "Gewinn", in: HdV,
a.a.O., 1.Band, Sp.820.
- 4) Richtlinien für die Zerlegung des Gewinns in der
Lebensversicherung nach den verschiedenen Ursachen
seiner Entstehung, VerBAV S 1, S.17 ff.

Kasse gestellt werden können.¹⁾ Darüber hinaus soll im Geschäftsbericht über die wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen, die das Geschäftsjahr beeinflusst haben, berichtet werden.

Die Gewinnquellen setzen sich in einer Lebensversicherung wie folgt zusammen:

- a) Sterblichkeitsgewinn,
- b) Gewinn aus Kapitalanlagen,
- c) Verwaltungskostengewinn,
- d) sonstiger Gewinn.²⁾

Ziffer 5: entfällt.³⁾

Ziffer 6: Nachschüsse

Ziffer 7: entfällt.⁴⁾

Ziffer 8: Grundbesitz

In Ergänzung zum Ausweis des Grundbesitzes in der Bilanz verlangt die Aufsichtsbehörde, dass im Geschäftsbericht vor allem über die **V e r ä n d e r u n g e n** ⁵⁾ berichtet wird, die sich sowohl zahlen- als auch wertmässig bei den einzelnen Grundstücksarten ergeben haben. Veränderungen umfassen Zu- und Abgänge, Zu- und Abschreibungen sowie Umbuchungen.

Da sich der Inhalt des zukünftigen Geschäftsberichts grosser Pensionskassen nach den Bestimmungen des § 160 AktG zu richten hat, so fragt sich, welche

1) Vgl. Schöbe, Waldemar, a.a.O., Sp.821.

2) Vgl. Jenson, Harry, Stichwort: "Bilanzanalyse", in: HdV, a.a.O., Band 1, Sp.358.

3) Betrifft ausstehende Einlagen auf das Grundkapital.

4) Betrifft Behandlung der nicht voll geleisteten Einlagen auf das Grundkapital bei der Gewinnverteilung.

5) Vgl. Jenson, Harry, Kommentar, a.a.O., S.72.

Änderungen sich im Hinblick auf den bisherigen Umfang der Berichterstattung ergeben. Im neuen Aktiengesetz wird der Vorstand von Aktiengesellschaften angehalten, die Methoden darzustellen, nach denen die Abschreibungen und die Bewertung vorgenommen werden, wobei auf die Erläuterungen desjenigen Geschäftsberichts verwiesen werden kann, der für das dritte zurückliegende Geschäftsjahr erstellt worden ist. Sodann ist über Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Zugänge zu berichten. Wird durch wesentliche Änderungen der Abschreibungs- und Bewertungsmethoden die Vergleichbarkeit zum letztjährigen Abschluss wesentlich beeinträchtigt, so ist auch darüber zu berichten. Die Vergleichbarkeit wird z.B. beeinträchtigt, wenn ausserplanmässige Abschreibungen vorgenommen wurden. Aus der Formulierung "ausserdem ist über den Ankauf und Verkauf von Grundstücken sowie über die sonstigen wesentlichen Änderungen zu berichten", lässt sich nicht unmittelbar entnehmen, dass die Aufsichtsbehörde damit die Änderung der Abschreibungsmethoden gemeint haben könnte. Die allgemeine Darstellung der Abschreibungsmethoden sowie wesentliche Änderungen dieser Methoden gegenüber dem Vorjahr treten somit in Zukunft neben die Darstellung sämtlicher Veränderungen, und zwar sowohl dem Wert als auch der Menge nach.

Ziffer 9: Dinglich gesicherte Forderungen

In gleicher Weise wie bei Grundstücken soll über die Entwicklung berichtet werden, die sich bei den Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen ergeben hat. Darüber hinaus sollen Angaben gemacht werden, in welchem Ausmass die "gesetzliche Beleih-

hungsgrenze¹⁾ überschritten wurde. An sich ist diese Grenze in § 69 VAG gezogen, doch hat die Aufsichtsbehörde eigene Beleihungsrichtlinien²⁾ erlassen, die als Verordnungen³⁾ auch von Pensionskassen zu beachten sind.

Ziffer 10: Schuldscheinforderungen

Die Erläuterungen zu den Schuldscheinforderungen und Darlehen übertreffen den Bilanzausweis an Ausführlichkeit: dort sind sie weiter zu untergliedern, und es ist notwendig, genau anzugeben, wie sich der Bestand während des Jahres verändert hat.

Ziffer 11: Schuldbuchforderungen

Die Angaben über die Schuldbuchforderungen sollen im Geschäftsbericht ihr besonderes Gewicht dadurch erhalten, dass über den Umfang der bestätigten Ausgleichsforderungen einerseits und der unbestätigten andererseits berichtet wird. Während darin eine Wiederholung dessen zu sehen ist, was bereits in der Bilanz der grossen Kassen nachzulesen ist, stellen die Ergebnisse aus der Umstellungsrechnung ein Mehr an Erläuterungen dar.

Ziffer 12: Konzernbeziehungen

Der Bericht, den die Aufsichtsbehörde über die Beziehungen zu Konzernunternehmen verlangt, fusst auf der Konzerndefinition des § 15 AktG (1937).⁴⁾

1) VerBAV S 1, S.27.

2) "Beleihungsrichtlinien für Grundstücke und Schiffe", veröffentlicht in: VerBAV 1955, S.36. Änderung: Rundschreiben R 1/63, vgl. VerBAV 1963, S.18.

3) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.1 zu § 69 VAG. Sie gelten auch für kleinere Vereine. Ders., Anm.5 zu § 69 VAG.

4) Vgl. Fussnote zu III, Ziff.12 der besonderen Vorschriften für die Erstellung des Druckberichtes der Lebensversicherungsunternehmen, in: VerBAV S 1, S.27.

Nicht nur im Hinblick auf die "wenig ergiebige"¹⁾ Definition des § 15 AktG ist der Konzernbegriff neu formuliert worden,²⁾ sondern auch wegen der Rechtsfolgen,³⁾ die im neuen Aktienrecht an den Konzernbegriff geknüpft werden.

Es werden nunmehr auf der einen Seite Beteiligungsverhältnisse,⁴⁾ auf der anderen Seite Abhängigkeits-(oder Herrschafts-)verhältnisse⁵⁾ unterschieden. In beiden Fällen sind Unternehmen miteinander verbunden, das ist der Oberbegriff.⁶⁾

Erst wenn sich das Abhängigkeits- oder Herrschaftsverhältnis in einer einheitlichen Leitung manifestiert,⁷⁾ haben wir es mit einem Konzern zu tun. Nun zeichnen sich Abhängigkeits-(oder Herrschafts-)verhältnisse dadurch aus, dass sie durch Beteiligungen ausgeübt werden können. So gesehen, ist eine Gleichordnung der Begriffe nicht zulässig, vielmehr bedingt oft das eine Verhältnis das andere.

Versucht man nun, die dargestellten Beziehungen in einem Schema zu erläutern, so ergibt sich das auf Seite 208 gezeigte Bild:

Will man die Verbindung einer Pensionskasse zu einer Trägerunternehmung in die neue Gesetzessystematik einordnen, so muss zunächst geprüft werden, ob wir es in beiden Fällen mit Unternehmungen im Sinne des

1) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.114 zu § 128 AktG (1937).

2) §§ 15-19 AktG (1965).

3) Vgl. Kropff, Bruno, Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1965. S.1283.

4) §§ 16, 19 AktG (1965).

5) § 17 AktG (1965).

6) § 15 AktG (1965).

7) § 18 AktG (1965).

Gesetzes zu tun haben.

Zwar ist die Frage, ob die Pensionskasse vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt eine Unternehmung sei, verneint worden,¹⁾ doch hat dieses Ergebnis keine Bedeutung für unser Problem, da es sich im vorliegenden Fall um einen Rechtsbegriff handelt. der "jeweils nach dem Sinn und Zweck des betreffenden Gesetzes"²⁾ verstanden werden muss. Auch Einzelkaufleute werden als Unternehmen im Sinne des Gesetzes bezeichnet, weil sie "Träger einer Planungs- und Entscheidungsgewalt"³⁾ sind.

§ 15 AktG (1965) setzt voraus, dass Unternehmen nur miteinander verbunden sein können, wenn jede Unternehmung für sich eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt. Diese Bedingung ist sowohl bei der Trägerunternehmung als auch bei der Pensionskasse erfüllt.⁴⁾ Nunmehr ist zu untersuchen, in welcher Form die Pensionskasse mit der Trägerunternehmung verbunden ist. Da es an der Möglichkeit fehlt, dass sich die Trägerunternehmung an der Pensionskasse beteiligen kann, sind es die tatsächlichen Beziehungen, die die Verbindung kennzeichnen. Die tatsächlichen Beziehungen werden im wesentlichen von dem Aufgabenbereich, den die Pensionskasse übernommen hat, geprägt. Pensionskassen, die lediglich an eine einzelne Unternehmung gekoppelt sind, werden im allgemeinen von der Geschäftsleitung stärker beeinflusst werden, während hingegen der direkte Einfluss umso schwächer sein wird, je breiter die Basis ist, auf der die Pensionskasse ruht.⁵⁾

1) Vgl. Seite 5.

2) Kropff, Bruno, Das neue Konzernrecht, a.a.O., S.1285.

3) Kropff, Bruno, Das neue Konzernrecht, a.a.O., S.1285.

4) Vgl. Seite 3.

5) Beispielhaft soll hier die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes VVaG, Wiesbaden, angeführt werden.

Verbundene Unternehmen
(§ 15)

Vertikale Verhältnisse
(§ 1, 202)

Beteiligungsverhältnisse $\leftarrow$ -- $\rightarrow$ Abhängigkeits- oder Herrschaftsverhältnisse

in Mehrheitsbesitz
stehende und mit Mehrheit
beteiligte Unternehmen
(§ 16)

wechselseitig
beteiligte
Unternehmen
(§ 19)

ohne
einheitliche
Leitung
(§ 17)

mit
einheitlicher
Leitung
(§ 18 = Konzern)

Unterordnungskonzern (§ 18 Abs. 1)
Gleichordnungskonzern (§ 18 Abs. 2)

Im Ergebnis ist somit festzuhalten, dass unternehmensbezogene Pensionskassen als untergeordnete Konzernunternehmen im Sinne des § 18 Abs.1 AktG (1965) betrachtet werden können, dagegen fehlt eine konzernmässige Beziehung, wenn die Pensionskasse von einem ganzen Wirtschaftszweig getragen wird.

Grosse Pensionskassen haben sowohl nach altem als auch nach neuem Aktienrecht über Beziehungen, die zu einem Konzernunternehmen bestehen, zu berichten.

Nach den Bestimmungen des neuen Aktienrechts hat die Kasse sowohl über *r e c h t l i c h e* als auch über *g e s c h ä f t l i c h e* Beziehungen zu berichten.¹⁾ Diese Formel erfasst alle überhaupt relevanten Verknüpfungen zwischen der Kasse und der Trägerunternehmung, also z.B. die Höhe der Forderungen und Verbindlichkeiten²⁾ oder andere Beziehungen, die das "Konzernverhältnis schaffen oder gestalten, z.B. Personalunion, Organisationsgemeinschaft usw."³⁾

Wenn auch der Berichtsumfang auf Grund der neu gefassten aktienrechtlichen Vorschrift inhaltlich nicht von der bisher geltenden aufsichtsbehördlichen Vorschrift abweicht, so sollte die Aufsichtsbehörde schon aus Gründen der Einheitlichkeit der weitgefassten Formel des neuen Aktiengesetzes doch den Vorzug geben.

Ziffer 13: Beteiligungen

Soweit sich Pensionskassen an Unternehmungen beteiligen, haben sie den Nennbetrag, den Bilanzwert und die Nachzahlungsverpflichtungen in einer Summe sowie die Zu- und Abgänge während des Jahres anzugeben.

1) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 16a Abs.3 Ziff.1o AktG (1965).

2) Ziffer 12b, VerBAV S 1, S.27.

3) Ziffer 12c, VerBAV S 1, S.27.

ben. In dieser Ausführlichkeit sind gem. § 160 Abs.3 Ziff.11 AktG (1965) die Angaben über etwaige Beteiligungen nicht zu unterbreiten. Pensionskassen trifft nunmehr auch die Meldepflicht gem. §§ 20, 21 AktG (1965).¹⁾

Ziffer 14: Aktien der Trägerunternehmung, die für Rechnung der Trägerunternehmung erworben wurden

Während das alte Aktiengesetz lediglich vorsah, dass über den Bestand an solchen Aktien eigens berichtet wird, sollen nunmehr gem. § 160 Abs.3 Ziff.1 AktG (1965) Bestand, Zu- und Abgang erläutert werden. Das entspricht voll den geltenden aufsichtsbehördlichen Vorschriften in diesem Punkt.

Ziffer 15: Aktien der Trägerunternehmung, die für Rechnung der Pensionskasse erworben wurden

Ziffer 16: entfällt²⁾

Ziffer 17: entfällt³⁾

Ziffer 18: entfällt⁴⁾

Ziffer 19: entfällt⁵⁾

Ziffer 20: Wertpapiere

Der Bilanzausweis der Position "Beteiligungen und Wertpapiere" grosser Kassen reicht nicht aus, um sich ein Urteil über die im Portefeuille befindlichen Wertpapiere zu verschaffen.

1) § 37 Ziff.19 Abs.5 Nr.3 EG AktG (1965).

2) Zeichnung von eigenen Aktien bei Gründung oder Ausübung des Bezugsrechts, VerBAV S 1, S.28.

3) Bedingte Kapitalerhöhung; vgl. § 128 Abs.2 Nr.3 AktG (1937) bzw. § 160 Abs.3 Nr.4 AktG (1965).

4) Genehmigtes Kapital; vgl. § 128 Abs.2 Nr.4 AktG (1937) bzw. § 160 Abs.3 Nr.5 AktG (1965).

5) Genussrechte etc.; vgl. § 128 Abs.2 Nr.5 AktG (1937) bzw. § 160 Abs.3 Nr.6 AktG (1965).

Da es im deutschen Recht an einer Legaldefinition des Begriffs "Wertpapiere" fehlt,¹⁾ liegt es an der Aufsichtsbehörde, ihrerseits mit ihren Vorschriften diese Position auszufüllen.

Die sinnvollste Aufgliederung dieser Position ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Zweck, der mit den Wertpapieren verfolgt wird.²⁾ So gesehen, lässt sich an der Aufgliederung der Wertpapiere, wie sie die Aufsichtsbehörde vorsieht, nichts einwenden.

Ziffer 21: Rechnungsabgrenzungsposten

Die Aufsichtsbehörde beschränkt sich auf den Hinweis, dass über "grössere" Posten Angaben zu machen seien.

Unklar muss dann bleiben, wo die Grenze zwischen grösseren und kleineren Posten zu ziehen ist. Als Bezugsgrösse kann sowohl das Bilanzvolumen als auch die Summe der betreffenden Bilanzposition dienen. Letzten Endes werden der Erläuterungspflicht des Vorstandes keine allzu starren Grenzen gezogen, was zu begrüssen ist.

Ziffer 22: Sonstige Aktiva und Passiva

Zu dieser Ziffer hat die Aufsichtsbehörde die gleichen Anweisungen gegeben wie zu den Rechnungsabgrenzungsposten.

Ziffer 23: Deckungsrückstellung, Beitragsüberträge und Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe

Da diese Posten in der Bilanz in jeweils einer Summe erscheinen, ist es wünschenswert, zu erfahren, welchem Versicherungstyp diese Zahlen zugrunde liegen

1) Vgl. Seite 130, Fussnote 1.

2) Hintner, Otto, Wertpapierbörsen, a.a.O., S.50.

und ob es sich um Einzel- oder Gruppenversicherungen handelt. Sodann ist darüber zu berichten, ob die Pensionskassen neben Rentenversicherungen auch Kapitalversicherungen abgeschlossen haben.

Ziffer 24: Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Als Niederschlag der wirtschaftlichen Lage interessieren die Erläuterungen zu der Rückstellung für Beitragsrückerstattung besonders. Den Vorschriften der Aufsichtsbehörde entsprechend, sind diejenigen Gewinnanteile gesondert anzugeben, die bereits festgelegt, aber noch nicht abgehoben sind; ferner sind die Rückerstattungssätze und das Auszahlungsjahr zu nennen.¹⁾

Ab der Ziffer 25 ist die Gewinn- und Verlustrechnung zu erläutern.

Ziffer 25: Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen

Von zentraler Bedeutung für die Geschäftstätigkeit des Berichtsjahres sind die Beitragseinnahmen auf der Ertragsseite und die Versicherungsleistungen auf der Aufwandsseite. Aus beiden Zahlen ergeben sich unmittelbar die Grösse der Kasse sowie der Umfang des eigenen und fremden Risikos an Hand der selbstbehaltenen und der abgegebenen Beiträge. Die Aussagekraft dieser Zahlen steigt, wenn man sie den Vergleichsgrössen des Vorjahres gegenüberstellt. Die Einnahmen sind einerseits in einmalige und in laufende Beiträge aufzuteilen, andererseits in selbstbehaltene und in weitergegebene Beiträge.

1) Vgl. VerBAV S 1, S.28.

Ziffer 26: Aufwendungen für Ruhegelder, sonstige
Versorgungsverpflichtungen oder Ver-
sorgungseinrichtungen

Diese Erläuterungen werden Pensionskassen nur
in Ausnahmefällen zu geben brauchen, dann nämlich,
wenn die Angestellten der Kasse nicht bereits von der
Kasse im Versichertenbestand geführt werden.

Ziffer 27: Abschreibungen und Wertberichtigungen

Die Aufsichtsbehörde legt besonderen Wert auf ei-
ne exakte, bis ins Detail gehende Darstellung der Ab-
schreibungen und Wertberichtigungen, und zwar für jede
Bilanzposition getrennt. Vermögen diese Zahlenangaben
auch einen tiefen Einblick zu gewähren, so bedürfen
sie doch näherer Erläuterungen. Nach dem neuen Aktien-
gesetz muss auch über die Abschreibungsmethoden -
einschliesslich der Sonderabschreibungen - berichtet
werden, falls sich Abweichungen ergeben haben, die
die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr beeinträchtigen.¹⁾

Ziffer 28: (persönliche) Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten der Versicherungen werden
üblicherweise in persönliche und sächliche Kosten auf-
geteilt.²⁾ Die Aufsichtsbehörde interessieren in Zif-
fer 28 lediglich die persönlichen Verwaltungskosten.
Sie umfassen in grossen Pensionskassen, wo sie am ehe-
sten auftreten, Gehälter, Löhne und ähnliche Bezüge
der Angestellten sowie die sozialen Abgaben. Besonde-
res Augenmerk gilt - wie in Aktiengesellschaften - den
Bezügen des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Der
Wortlaut der Ziffer 28 entspricht hier fast vollstän-
dig dem der Ziff. 7 des § 128 Abs. 2 AktG (1937). In den

1) § 160 Abs. 2 (1965) AktG. Vgl. Seite 203.

2) Vgl. Gerhardt, Heinz, Hentschel, Erich, Stichwort:
"Verwaltungskosten", in: HdV, Band 2, a.a.O.,
Sp. 2413 ff.

Rechnungslegungsvorschriften der Aufsichtsbehörde wird lediglich noch zusätzlich gesagt, dass hier auch dann die persönlichen Kosten zu erläutern sind, wenn sie unter den "sonstigen Ausgaben" ausgewiesen werden.

Das neue Aktiengesetz verlangt nunmehr, dass die Bezüge der aktiven Vorstandsmitglieder von den Bezügen der ehemaligen getrennt werden. In § 160 AktG (1965) sind eigens für diese Erläuterungen zwei Textziffern vorgesehen.

Ziffer 29: Gewinne und Verluste aus Vermögensanlagen

Die Erläuterungen über erzielte Gewinne oder erlittene Verluste aus Vermögensanlagen sollen zu jeder Bilanzposition gesondert gemacht werden. Währungsverluste sind ebenfalls gesondert zu zeigen.¹⁾

Ziffer 30: Kostenerstattungen der Rückversicherer

Da die Kostenerstattungen in den "Leistungen der Rückversicherer" untergehen, schreibt die Aufsichtsbehörde vor, diesen Betrag gesondert aufzuführen, da er für die Beurteilung der Kostensituation der Kasse von besonderem Interesse ist.

Ziffer 31: Sonstige Einnahmen und sonstige Ausgaben

Grössere Posten sind zu erläutern.²⁾

Ziffer 32: Ertrag aus Kapitalanlagen

Wenn unter Ziffer 29 der Erläuterungen die Gewinne aus Vermögensanlagen darzustellen sind, so fragt sich, was die Aufsichtsbehörde bei dem "Ertrag aus

1) Wegen der Kritik an der entsprechenden Position der Gewinn- und Verlustrechnung vgl. Seite 182 ff. und die Erläuterungen zu Ziff. 32 des Geschäftsberichts weiter unten.

2) Vgl. hierzu die Ausführungen auf Seite 211.

Kapitalanlagen" gezeigt haben möchte.

Es ist für den fachlich nicht vorgebildeten Leser des Geschäftsberichts nicht ohne weiteres einzusehen, dass hier ein und dasselbe, nur unter einem anderen Aspekt, gemeint ist. Es sollen "Gewinne und Verluste aus Vermögensanlagen" erörtert werden, weil die entsprechende Position der Ertrags- bzw. Aufwandsseite der Gewinn- und Verlustrechnung so lautet, betriebswirtschaftlich ist es jedoch einzig und allein vertretbar, von Kapitalanlagen zu sprechen, denn es wird niemals Vermögen angelegt, sondern immer nur Kapital; im Vermögen findet die Kapitalanlage ihren Niederschlag.¹⁾ Es wäre wünschenswert, dass in Zukunft solche Bezeichnungen kein Hindernis mehr für das Verständnis des Geschäftsberichts darstellen.

Was die Aufsichtsbehörde hier interessiert, ist der Ertrag, der effektiv aus den Kapitalanlagen im Geschäftsjahr und im Vorjahr erwirtschaftet worden ist.

Ziffer 33: Haftungsverhältnisse

Da die Haftungsverhältnisse und ihre Darstellung in der Bilanz sowie im Geschäftsbericht im Zusammenhang mit der Bilanz besprochen worden sind, wird auf diese Ausführungen verwiesen.²⁾

Ziffer 34: Gebundene Vermögenswerte

Während sowohl in der neuen als auch in der alten Form des Aktiengesetzes vorgeschrieben ist, die gewährten Sicherheiten zusammen mit den Haftungsverhältnissen darzustellen, fordert die Aufsichtsbehörde, dass

1) Ganz davon abgesehen, dass in Pensionskassen diese Position eigentlich heißen müsste: "Ertrag aus Geldanlagen"; vgl. Seite 107.

2) Vgl. Seite 171 f.

die "gebundenen Vermögenswerte" gesondert erörtert werden. Als "gebundene Vermögenswerte" bezeichnet die Aufsichtsbehörde alle diejenigen Werte, die durch Hinterlegung, Pfändung, Sicherungsübereignung usw. "gebunden" sind, so dass "im Falle des Konkurses hinsichtlich dieser Werte Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können".¹⁾

Ziffer 35: Zugehörigkeit zu Verbänden

Interessant ist, dass die Aufsichtsbehörde den erläuternden Zusatz "preis- und absatzregelnde Verbände und ähnliche Bindungen"²⁾ weggelassen und damit den Kreis der berichtspflichtigen Beziehungen unbegrenzt erweitert hat. Im neuen Aktiengesetz sind die preis- und absatzregelnden Verbände nicht mehr erwähnt, weil sie grundsätzlich verboten sind.³⁾

1) VerBAV S 1, S.29.

2) § 128 Abs.2 Ziff.9 AktG (1937).

3) Begründung des Regierungsentwurfes zu § 160, in: Aktiengesetz, zusammengestellt von Bruno Kropff, Düsseldorf 1965, S.261.

E. Die Aufgabenverteilung bei der Rechnungslegung

Es soll nun untersucht werden, wie sich die Aufgaben bei der Rechnungslegung auf die einzelnen Organe der Pensionskasse verteilen.

I. Im kleineren Verein

Über die Rechte und Pflichten der einzelnen Organe des kleineren Vereins entscheidet an erster Stelle die Satzung. Das gilt auch für den Aufgabebereich der Rechnungslegung. "Wo sie (die Satzung, Anm.d.Verf.) schweigt, oder wo sie infolge zwingender Vorschriften des VAG oder BGB keine Freiheit in der Festsetzung von Bestimmungen hat, entscheidet zunächst das VAG, hilfsweise das BGB."¹⁾

Verfügt der kleinere Verein über einen Aufsichtsrat, so sind alternativ die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, die sich auf die Aufgaben des Aufsichtsrats bei der Rechnungslegung beziehen, entsprechend anzuwenden.²⁾

1) Fromm, Gerhard Erich, Stichwort: "Gegenseitigkeitsverein", in: HdV, a.a.O., Band 1, Sp.772.

2) § 53 Abs.3 VAG.

1. Vorstand

Dem Vorstand, der den kleineren Verein nach aussen vertritt¹⁾ - wobei seine Vertretungsmacht nach aussen eingeschränkt werden kann -, obliegt eine Verpflichtung zur Rechnungslegung nicht ex lege, vielmehr bedarf es dazu eines satzungsmässigen Auftrags; aus seiner Rechtsstellung im Innenverhältnis als Geschäftsführer gem. § 675 BGB²⁾ lässt sich diese Pflicht nicht unmittelbar ableiten.

Ist dem Vorstand der Auftrag erteilt, so hat er die vereinfachten Rechnungslegungsvorschriften, die die Aufsichtsbehörde für kleinere Vereine kraft § 157 VAG erlassen hat, zu beachten.

2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat, den der kleinere Verein bestellen kann, falls die Satzung es so vorsieht,³⁾ hat im wesentlichen die gleichen Rechte und Pflichten bei der Rechnungslegung wie der Aufsichtsrat eines grossen Vereins, obwohl § 53 Abs.3 VAG auf die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes verweist.⁴⁾

Dem Aufsichtsrat als dem Kontrollorgan⁵⁾ der Pensionskasse fällt die Aufgabe zu, den Vorstand bei seiner Geschäftsführung, zu der im Regelfalle die

1) § 53 Abs.2 VAG i.V.m. § 26 BGB.

2) Vgl. Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.334.

3) § 53 Abs.3 VAG.

4) Vgl. Kisch, Wilhelm, a.a.O., S.336; Prölss, Erich, a.a.O., Anm.C3 im Anhang zu § 53 VAG.

5) Vgl. Koritz, Andor, a.a.O., S.109.

Rechnungslegung gehört, zu überwachen. Schon während des Geschäftsjahres kann er die Bücher und Schriften des Vereins einsehen und die Bestände an Effekten und die der Vereinskasse untersuchen.

Er hat die Bilanzen und die Vorschläge zur Verteilung des Überschusses zu prüfen und darüber der Mitgliederversammlung Bericht zu erstatten.¹⁾

Sobald der kleinere Verein durch Anordnung der Aufsichtsbehörde der Prüfungspflicht unterworfen wird, hat der Aufsichtsrat den Abschlussprüfer zu bestimmen,²⁾ und zwar jeweils für nur ein Geschäftsjahr.³⁾

3. Kassenprüfer

Solange kleinere Vereine einen so geringen Geschäftsumfang haben, dass sie von der Aufsichtsbehörde nicht als prüfungspflichtig beurteilt werden, sehen viele Satzungen vor, den "kassentechnischen Geschäftsablauf"⁴⁾ durch "Kassenprüfer" oder "Rechnungsprüfer" überwachen zu lassen. Sie sollen das Interesse der Vereinsmitglieder an einer ordnungsmässigen Rechnungslegung schützen und bilden häufig ein Gegengewicht zu denjenigen Organen der Kasse, die im Einflussbereich der Trägerunternehmung stehen: dem Vorstand, u.U. auch dem Aufsichtsrat. Das ist durch den Wahlmodus möglich, denn die Kassenprüfer werden in der Regel von der Mitgliederversammlung gewählt.

1) § 53 Abs.3 VAG i.V.m. § 38 GenG.

2) Vgl. Koritz, Andor, a.a.O., S.109.

3) Die Bestimmung soll vor Ablauf j e d e s Geschäftsjahres erfolgen, § 58 VAG.

4) Koritz, Andor, a.a.O., S.110.

Den Prüfern werden auf Grund der Satzungen ähnliche Aufgaben zugewiesen, wie sie den Abschlussprüfern gem. §§ 57-63 VAG obliegen; sie prüfen nach Jahresschluss die Kassenbücher und Belege sowie den Rechnungsabschluss und haben darüber der Mitgliederversammlung zu berichten.

Die Aufsichtsbehörde überträgt die Aufgaben, die die Kassenprüfer wahrnehmen, dann unabhängigen Wirtschaftsprüfern, wenn die wirtschaftliche Bedeutung des kleineren Vereins dies verlangt, weil man davon ausgehen kann, dass ein Wirtschaftsprüfer eine vollkommenere fachliche Qualifikation mitbringt als ein Kassenprüfer. Weiterhin spricht die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers für den Prüfungsauftrag.

4. Treuhänder

Nach § 70 VAG ist der Deckungsstock von einem Treuhänder zu überwachen, falls ein solcher in kleineren Vereinen kraft aufsichtsbehördlicher Anordnung zu bilden ist.¹⁾

Auf Grund des Rundschreibens R 3/56 vom 15. Februar 1956 müssen alle kleineren Vereine dann einen Treuhänder bestellen, wenn sie nach Abzug der Abgrenzungsposten über ein Vermögen von mehr als 1 Mio DM verfügen.²⁾ Eine unabhängige, auf Grund persönlicher und fachlicher Qualifikation geeignete Persönlichkeit³⁾ soll darüber wachen,

a) wie hoch das Deckungsstock-Soll ist,

b) dass die Anlagewerte nach Menge und Güte dem

1) § 66 Abs.1 i.V.m. § 157 VAG.

2) VerBAV 1956, S.37.

3) VerBAV 1956, S.38.

Deckungsrückstellungs-Soll entsprechen,

- c) dass der Vorstand nur mit seiner Genehmigung über den Deckungsstock verfügt.¹⁾

Die Aufgaben des Treuhänders sind in dem Rundschreiben R 13/57 vom 13. Juni 1957²⁾ zusammengestellt worden, überschreiten aber nach Auffassung von Prölss den in §§ 72, 73 VAG gesteckten gesetzlichen Rahmen und sind insoweit "bedenklich".³⁾

Der Treuhänder hat unter der B i l a n z zu bestätigen, dass "die eingestellten Deckungsrücklagen vorschriftsmässig angelegt und aufbewahrt sind".⁴⁾ Da seine Unterschrift nur den Deckungsstock und nicht etwa die gesamte Bilanz betrifft, unterschreibt der Treuhänder über dem Vorstand.⁵⁾

Das Recht, den Bestätigungsvermerk einzuschränken, steht - im Gegensatz zum Abschlussprüfer - dem Treuhänder nicht zu. Er kann entweder voll bestätigen oder muss sich einer Bestätigung ganz enthalten.⁶⁾

5. Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung, das höchste Organ des kleineren Vereins, genehmigt die Jahresrechnung und beschliesst, was mit dem Überschuss geschehen soll.⁷⁾

1) Vgl. Jäger, Alfred, Stichwort: "Treuhänder", in: HdV, 2. Band, a.a.O., Sp. 2057.

2) VerBaV 1957, S. 143.

3) Prölss, Erich, Anm. 1 zu § 72 VAG.

4) § 73 VAG.

5) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 1 zu § 73 VAG.

6) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. 1 zu § 73 VAG.

7) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm. D2e zu § 53 VAG.

Diese Aufgabe kann die Mitgliederversammlung nicht auf andere Organe übertragen.¹⁾

Weitergehende Befugnisse bei der Rechnungslegung könnten der Mitgliederversammlung durchaus übertragen werden, denn "sie kann dem Vorstand derart übergeordnet sein, dass er ihre Anweisungen in Fragen der Geschäftsführung zu befolgen hat und nur als ausführendes Organ tätig wird".²⁾

Umstritten ist, ob die Mitglieder des kleineren Vereins ihre Rechte nicht nur direkt in der Mitgliederversammlung, sondern auch indirekt in einer Mitgliedervertreterversammlung wahrnehmen können. Prölss, Fromm und Möller vertreten die³⁾ Auffassung, dass nach dem Wortlaut des § 53 VAG beim kleineren Verein nur die Mitgliederversammlung möglich sei, in der die Mitglieder ihre Rechte nutzen können; dessenungeachtet hat sich in der Praxis neben der Mitgliederversammlung auch die Mitgliedervertreterversammlung als höchstes Organ des kleineren Vereins durchgesetzt. Die Aufsichtsbehörde hat auch solche Kassen zugelassen, die satzungsgemäss eine Vertreterversammlung der Mitglieder vorsehen. Zudem ist in einem Rechtsstreit entschieden worden, dass die Vertreterversammlung neben der reinen Mitgliederversammlung rechtens sei.⁴⁾

1) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.D2e zu § 53 VAG.

2) Prölss, Erich, a.a.O., Anm.D2 zu § 53 VAG.

3) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.3 zu § 53 VAG; Fromm, Gerhard Erich, VAG, a.a.O., Anm.7k zu § 53 VAG; Möller, Hans, Rechtsprobleme des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, in: Festschrift für Karl Haff, Innsbruck 1950, S.312.

4) VerBAV 1962, S.18; vgl. auch Siepert, Rechtsfragen der Fensionskassen, in: BetrAV 1961, S.84.

II. Im grossen Verein

1. Vorstand

Dem Vorstand des grossen Vereins, dem gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse¹⁾ - er muss mindestens aus zwei Personen bestehen -²⁾ obliegt die Führung der laufenden Geschäfte, wozu auch die Aufgabe zählt, Bücher zu führen und den Jahresabschluss zu erstellen.³⁾ Nach altem Aktienrecht war der Jahresabschluss in der Regel in den ersten drei Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres oder, falls es die Satzung so vorsieht,⁴⁾ innerhalb der ersten fünf Monate nach Jahresschluss zu erstellen. Da das neue Aktiengesetz vom Vorstand verlangt, dass der Abschluss innerhalb der ersten drei Monate aufgestellt werden muss, liegt es an der Aufsichtsbehörde, von ihrem Recht, besondere Fristen für den Jahresabschluss von Versicherungsunternehmen zu erlassen, Gebrauch zu machen,⁵⁾ denn Versicherungsabschlüsse lassen sich aus versicherungstechnischen Gründen kaum drei Monate nach dem Stichtag erstellen.

Nachdem ein öffentlich bestellter Wirtschaftsprüfer den Jahresabschluss auf seine Ordnungsmässigkeit hin geprüft und darüber eine Erklärung abgegeben hat, ist der Vorstand verpflichtet, unverzüglich⁶⁾ den Jah-

1) § 34 VAG a.F. i.V.m. § 71 AktG (1937).

2) § 37 EG AktG (1965) i.V.m. § 34 VAG n.F.

3) § 36a n.F. i.V.m. § 148 AktG (1965).

4) § 36a VAG a.F. i.V.m. § 125 AktG.

5) § 37 EG AktG (1965) i.V.m. § 55 Abs.2a Nr.4 VAG n.F.

6) § 36a VAG n.F. i.V.m. § 170 AktG (1965).

resabschluss zusammen mit dem Bericht über den Verlauf des Geschäftsjahres und die Lage der Pensionskasse sowie mit dem Vorschlag zur Überschussverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen.

Diese Pflichten sind den Vorschriften des Aktiengesetzes entnommen, was sich aus §§ 34 und 36a VAG ergibt. "Dazu gesellen sich die speziellen Pflichten, die das Versicherungsaufsichtsgesetz (zur Rechnungslegung)¹⁾ festgesetzt hat, wie z.B. besondere Buchführungspflichten (vgl. §§ 55, 66, 81 VAG)."²⁾

2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat des grossen Vereins hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu überwachen; in dieser Hinsicht ist er dem Aufsichtsrat des kleineren Vereins gleichgestellt. Gierke apostrophiert den Aufsichtsrat als "Überwachungsorgan",³⁾ der von der obersten Vertretung bestellt wird. Die Überwachungsfunktion des Aufsichtsrates ist im Gesetz scharf herausgearbeitet. Er darf weder mit Geschäftsführungsbefugnissen, d.h. dispositiven Aufgaben, betraut werden,⁴⁾ noch darf er seine Obliegenheiten durch andere ausführen lassen.⁵⁾

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Jahresbericht des Vorstandes sowie den Vorschlag zur

1) Einf.d.Verf.

2) Gierke, Julius v., a.a.O., S.25.

3) Gierke, Julius v., a.a.O., S.28.

4) § 35 VAG n.F. i.V.m. § 111 Abs.4 AktG (1965); die Satzung oder der Aufsichtsrat selbst kann jedoch bestimmen, dass gewisse Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

5) § 35 VAG a.F. i.V.m. § 95 Abs.6 AktG (1937) bzw.

§ 35 VAG n.F. i.V.m. § 111 Abs.5 AktG (1965).

Überschussverteilung zu prüfen. Auch schon während des Geschäftsjahres kann er die Bücher und Schriften des Vereins, ebenso die Vereinskasse und das Wertpapierdepot einsehen.

Der Aufsichtsrat wird jedoch davon Abstand nehmen können, die Bücher selbst zu prüfen, wenn die persönliche und fachliche Qualifikation des Abschlussprüfers die Gewähr für eine gewissenhafte und ordnungsmässige Prüfung bietet. Da der Aufsichtsrat sich den "richtigen" Mann selbst aussuchen kann,¹⁾ hat er von vorneherein die Möglichkeit, sich durch seine sorgfältige Wahl eigene Untersuchungen zu ersparen.

Sollten dem Aufsichtsrat des grossen Vereins dennoch begründete Zweifel an den Fähigkeiten des Abschlussprüfers kommen, so ist er verpflichtet, selbst oder durch besondere Sachverständige den Abschluss zu prüfen.²⁾ Durch § 35 VAG n.F. i.V.m. § 111 Abs.2 AktG (1965) ist dem Aufsichtsrat des grossen Vereins die Möglichkeit gegeben, besondere Fachleute mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Nach bisher geltendem Recht hat der Aufsichtsrat des grossen Vereins vor der obersten Vertretung zu berichten, in welchem Umfang er die Geschäftsführung des Vereins kontrolliert und wer den Jahresabschluss geprüft hat und ob diese Prüfungen nach ihrem abschliessenden Ergebnis zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben haben.³⁾

In dem Bericht, der schriftlich zu erstellen ist,⁴⁾ hat der Aufsichtsrat in einem Katalog alle über-

1) § 58 VAG a.F. und n.F., vgl. auch Seite 230 f.

2) Vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., Anm.3 zu § 127 AktG (1937).

3) § 35 VAG a.F. i.V.m. § 96 Abs.2 AktG (1937).

4) § 36a VAG a.F. i.V.m. § 125 Abs.6 AktG (1937).

wachungsmassnahmen aufzuführen, z.B. dass er den vierteljährlichen Bericht des Vorstandes über die Lage der Pensionskasse zu Kontrollzwecken genutzt hat, auch, dass etwa die Aufsichtsbehörde von ihrem Prüfungsrecht nach § 83 VAG Gebrauch gemacht hat. Sodann ist der Abschlussprüfer namentlich zu erwähnen.

Weiterhin wird der Aufsichtsrat darauf hinzuweisen haben, dass er für seine Kontrollaufgaben den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers benutzt hat. An diesen Bestimmungen des alten Aktienrechts hat sich nach der Aktienrechtsreform nichts geändert.¹⁾

Sollte der Abschlussprüfer den Bestätigungsvermerk eingeschränkt oder gar versagt haben, so hat der Aufsichtsrat sich darüber zu äussern, denn in diesen Fällen müssen besondere Beanstandungen des Abschlussprüfers vorliegen. Hinzu kommt die Berichterstattungspflicht des Aufsichtsrats über eigene Beanstandungen.

3. Abschlussprüfer

Die Darstellung wirtschaftlicher Vorgänge und Tatsachen des Vorstandes grosser Pensionskassen ist durch einen Abschlussprüfer auf ihre gesetzliche Ordnungsmässigkeit zu prüfen.²⁾

1) §§ 35, 36a VAG n.F. i.V.m. §§ 111, 171 AktG (1965).

2) § 57 Abs.1 VAG a.F., § 57 Abs.1 VAG n.F., Rundschreiben R 17/57 des BAV für private Pensionskassen; Notverordnung v. 6.10.1931, Kap.VIII RGBI I, S.562, und die Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Pflichtprüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand v. 30.3.1933 RGBI I, S.180, für öffentlich-rechtliche Pensionskassen.

Die Rechnungslegung unterliegt damit der K o n -
t r o l l e durch ein unabhängiges, sachverständiges
Organ.

Nur wenige Monate vor der Notverordnung, durch die
die Jahresabschlussprüfung der Aktiengesellschaften ein-
geführt worden war,¹⁾ hatte der Reichstag ein Änderungs-
gesetz zum Gesetz über die privaten Versicherungsunter-
nehmen verabschiedet,²⁾ das die Versicherungsunterneh-
men und damit die grossen privaten Pensionskassen der
Prüfungspflicht unterwarf - dies, obwohl nur knapp drei
Monate später das heute noch gültige Nachfolgegesetz³⁾
des alten Versicherungsgesetzes verabschiedet wurde. Dem
Gesetzgeber lag also offensichtlich viel daran, die Prü-
fungspflicht möglichst rasch einzuführen, was nur durch
die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutsch-
land zu erklären ist.⁴⁾

Nun stellt sich die Frage, warum grosse Pensions-
kassen der Prüfungspflicht unterliegen, wo doch der
Aufsichtsrat, besonders aber die Aufsichtsbehörde hin-
reichend Gewähr dafür bieten, dass die Geschäftsleitung
in genügendem Masse kontrolliert wird, vor allem, weil
die Aufsichtsbehörde jederzeit selbst Prüfungen der ver-
öffentlichten Rechnungsabschlüsse vornehmen kann, ob

-
- 1) Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht,
Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie v. 19.
9.1931; RGBI I, S.493.
 - 2) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die privaten
Versicherungsunternehmen v.30.3.1931; RGBI I, S.102.
 - 3) Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versi-
cherungsunternehmen und Bausparkassen v.6.6.1931;
RGBI I, S.315, 750.
 - 4) Der Versicherungsskandal der Favag hat wohl auf die
Entwicklung einen nicht unerheblichen Einfluss ausge-
übt. Vgl. dazu Lauinger, Artur, Die Vorschriften über
die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen
in der Sicht des Publizisten, in: VersArch 1955, S.169.

sie mit den Tatsachen und dem Bücherinhalt übereinstimmen.¹⁾ Wenn auch diese Prüfung nicht regelmässig durchzuführen ist,²⁾ so wird sie doch eine ähnliche erzieherische Wirkung haben wie die Prüfung durch einen Abschlussprüfer, nicht zuletzt durch den Prüfungsumfang, der bei der Jahresabschlussprüfung weiter gespannt ist,³⁾ dazu kommt die Autorität einer staatlichen Behörde.

Eine sinnvolle Antwort kann nur gefunden werden, wenn der Zweck der Jahresabschlussprüfung durch einen Abschlussprüfer in die Untersuchung einbezogen wird.

Die Pflicht zur Publizität - Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung der Pensionskasse sind im Bundesanzeiger und in den Gesellschaftsblättern zu veröffentlichen⁴⁾ - und die Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Abschlussprüfer stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang:⁵⁾ Die Publizitätsvorschriften sind ex definitione an die Öffentlichkeit gerichtet, der Abschlussprüfer gibt durch seinen Bestätigungsvermerk gleichzeitig öffentlich bekannt, dass erstens eine Prüfung stattgefunden hat und zweitens, ob die Vorschriften zur Rechnungslegung beachtet worden sind.⁶⁾

Die Pflichtprüfung findet also dadurch ihre Sinn-erfüllung, dass sie die Publizität sichert; das ist "ihr

1) § 83 Abs.1 VAG.

2) § 84 Abs.1 VAG.

3) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.2 zu § 83 VAG.

4) § 36a VAG a.F. i.V.m. §§ 143, Abs.2, 144 AktG (1937); § 36a VAG n.F. i.V.m. § 177 AktG (1965).

5) Vgl. Westrick, Peter, Abschlussprüfung und Abschlussprüfer nach geltendem und zukünftigen Recht, Heidelberg 1963, S.11.

6) Vgl. Elmendorff, Wilhelm, Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussagewert des Bestätigungsvermerks, in: Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung, Bd.I der Schriftenreihe des IdW, Düsseldorf 1950, S.74.

eigentlicher Zweck".¹⁾ "So bedeutsam die Prüfung für das geprüfte Unternehmen betriebswirtschaftlich ist, der Abschlussprüfer handelt bei der Pflichtprüfung im Interesse der Allgemeinheit."²⁾

Ein Vermögen von fast 5 Milliarden DM,³⁾ wie es die Pensionskassen verwalten, berührt das öffentliche Interesse ungemein. Es ist bezeichnend, dass nicht alle Pensionskassen - im Gegensatz zu Aktiengesellschaften - prüfungspflichtig sind. Je grösser die Kassen sind, um so mehr gewinnen sie an volkswirtschaftlicher Bedeutung als Kapitalsammelstellen, um so wichtiger ist es, unabhängig und sachverständige Abschlussprüfer mit der Aufgabe zu betrauen, die Ordnungsmässigkeit der Rechnungslegung zu überprüfen und zu bestätigen.

Würde nun die Aufsichtsbehörde selbst den - bereits veröffentlichten - Jahresabschluss auf seine Richtigkeit überprüfen, so läge die Vermutung nahe, dass ihr umfassende Auskünfte durch den Vorstand - als wichtigste Voraussetzung für ein fundiertes Ergebnis der Prüfung -, nicht mit derselben Bereitwilligkeit gegeben würden wie einem unabhängigen Abschlussprüfer, auch wenn die Aufsichtsbehörde die rechtlichen Möglichkeiten hat, die nötigen Auskünfte zu erzwingen.⁴⁾

Je persönlicher das Verhältnis zwischen Abschlussprüfer und Vorstand ist, um so reichlicher werden die

1) Gessler, Ernst, Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität, in: WPg 1956, S.463.

2) Baudisch, Roman, Die Funktion des Abschlussprüfers, in: Wirtschaftsprüfung als Element gesunder Wirtschaftsentwicklung, Band 10 der Schriftenreihe des IdW, Düsseldorf 1955, S.29.

3) Vgl. Geschäftsbericht 1962 des Bundesaufsichtsamtes, in: Betriebliche Altersversorgung 1964, S.29.

4) Vgl. Prölss, Erich, a.a.O., Anm.4 zu § 83 VAG.

Informationen fließen,¹⁾ ohne dass dadurch die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Prüfers gefährdet zu sein braucht.

Der Abschlussprüfer der Pensionskasse, die der Prüfungspflicht unterliegt, erhält den Prüfungsauftrag nicht auf Grund einer Wahl durch die Mitgliederversammlung der Kasse - dem Pendant der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft -, vielmehr wird er durch den Aufsichtsrat "bestimmt".²⁾

Diese Art der Berufung könnte als Argument dafür verwendet werden, dass der Abschlussprüfer in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Aufsichtsrat tritt, obwohl gerade dieses Verfahren die ursprüngliche Aufgabe des Prüfers beleuchtet, dem Aufsichtsrat in seiner Überwachungspflicht beizustehen.

Die Abhängigkeit des Abschlussprüfers ist zwar durch die Art der Berufung gefährdet, doch kann die Aufsichtsbehörde der Entscheidung des Aufsichtsrats widersprechen und verlangen, dass innerhalb einer angemessenen Frist ein anderer Prüfer bestimmt wird. Unterbleibt dies, oder hat die Aufsichtsbehörde auch gegen den neubenannten Prüfer Bedenken, so kann sie selbst den Prüfer bestimmen.³⁾

Die Rechtsfolgen, die sich ergeben, wenn der Jahresabschluss trotzdem von abhängigen Prüfern beurteilt wird, z.B. wenn Vorstände, Aufsichtsratsmitglieder oder Angestellte der Pensionskasse prüfen, sind genauso drakonisch wie bei der Aktiengesellschaft: Der Abschluss ist nichtig.⁴⁾

1) Vgl. Koch, Waldemar, Zur Reform des Aktiengesetzes, in: Wirtschaftsprüfer 1952, S.176.

2) § 58 Abs.1 VAG a.F.; § 58 Abs.1 VAG n.F.

3) § 58 Abs.2 VAG a.F. und n.F.

4) § 36 VAG n.F. i.V.m. § 256 Abs.1 Ziff.3 AktG (1965).

4. Treuhänder

Wegen der Aufgabe, die ein Treuhänder bei der Rechnungslegung grosser Kassen zu erfüllen hat, kann auf die Ausführungen Seite 220 f. verwiesen werden.

5. Oberste Vertretung

Die oberste Vertretung des grossen Vereins, die die Rechte der Vereinsmitglieder unmittelbar als Mitgliederversammlung, mittelbar als Vertreterversammlung - je nachdem, welche Form die Satzung vorsieht - wahrnimmt, hat alljährlich in den ersten fünf - nach neuem Recht acht - Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres eine Entscheidung über den Jahresabschluss, die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates sowie über die Verteilung des Überschusses zu treffen.¹⁾

Vorstand und Aufsichtsrat können sich dazu entschliessen, den Jahresabschluss durch die oberste Vertretung feststellen zu lassen.²⁾ Ebenso hat der Vorstand der obersten Vertretung den Jahresabschluss zur Feststellung vorzulegen, wenn der Aufsichtsrat den Jahresabschluss nicht billigt und der Vorstand nicht bereit ist, die Änderungsvorschläge des Aufsichtsrats zu akzeptieren.³⁾

1) § 36a VAG a.F. i.V.m. § 104 AktG (1937), § 36a VAG n.F. i.V.m. §§ 119, 120 AktG (1965).

2) § 36a VAG a.F. i.V.m. § 125 Abs.4 AktG (1937);
§ 36a VAG n.F. i.V.m. § 173 Abs.1 AktG (1965).

3) Vgl. Düring, Walter, Schmaltz, Kurt, Funktionen der Organe der Aktiengesellschaft bei der Aufstellung und Feststellung des Jahresabschlusses, in: WPg 1949, S.9.

Der obersten Vertretung stehen damit die gleichen Rechte zu wie der Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft, doch beruht das Stimmrecht in der obersten Vertretung nicht auf dem Besitz eines Anteils am Grundkapital.

A n h a n g

[illegible]

Bilanz der Kleinen Personengesellschaft X Y

zum 31. 12. 19..

A. Aktiva

	DM	DM
I Wechsel der Zeichner des Gründungskapitals		DM
II Kassenbestand		
III Postschekguthaben		
IV Guthaben bei Geld- und Kreditinstituten		
V Wertpapiere		
VI Forderungen an öffentliche Körperschaften		
1 Ausgleichsforderungen		
2 sonstige (auch Schuldscheinforderungen und Darlehen)		
VII Schuldscheinforderungen und Darlehen - soweit nicht unter VI 2 fallend -		
1 an beteiligte Firmen		
2 an sonstige		
VIII Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		
IX Grundstücke		
X Außenstände		
1 bei beteiligten Firmen		
2 bei Mitgliedern (andere Firmen)		
3 bei Zahlstellern/Verbreitern		
XI Zins- und Mietforderungen		
XII Sonstige Aktiva		
XIII Ausgleichsposten		

B. Passiva

	DM	DM
I Gründungskapital		
II Rücklagen		
1 Verlustrücklage (Sicherheitsrücklage) im Sinne des § 37 VAG		
2 andere (freie) Rücklagen		
III Deckungsrückstellung lt. Gutachten zum .. 9..		
IV Rückstellung für die satzungsmäßige Überschuldberichtigung der Mitglieder		
V Sonstige Rückstellungen		
1 Rückstellung auf Grund der Abberufungspflicht aus Ausgleichsforderungen gemäß § 22 der AG, DVOAG und Ziff. 23 der DB S/MENO		
2 andere		
VI Rückständige Versicherungsleistungen		
VII Rückständige Austrittsvergütungen		
VIII Sonstige Passiva		
IX Ausgleichsposten		

	DM	DM	DM		DM	DM	DM
I				I			
1				1			
Geheimtrag aus dem Vorjahr				Verlustforttrag aus dem Vorjahr			
II				II			
Überträge aus dem Vorjahr:				Leistungen für Versicherungsfälle aus selbst abgeschlossenen Versicherungen			
1 Nebenkapitaldeckung				1 aus Vorjahren			
2 Beitragsüberträge				a) gezahlt			
3 Rückstellung für noch nicht abgeschlossene Versicherungen (Rückbaufr)				b) zurückgestellt			
4 Rückstellung für Beitragsrückerstattung				2 aus dem Geschäftsjahr			
Zuweisungen aus dem Folgebogen des Vorjahres				a) gezahlt			
5 Sonstige technische Rückstellungen				b) zurückgestellt			
a)							
b)				III			
III				Leistungen für vorzeitig aufgetretene Versicherungsverträge (Rückbaufr)			
1 laufende Beiträge				1 gezahlt			
2 einmalige Beiträge				2 zurückgestellt			
IV				IV			
Nebenleistungen der Versicherungsnehmer				Schadenbearbeitungskosten			
V				V			
Vermögenserträge				Beitragsrückerstattung an Versicherungsnehmer			
1 Zinsen				VI			
davon DM				Aufwendungen für übernommene Rückversicherungen			
2 Erträge aus Grundstücken				VII			
hierzu ab: Schuldzinsen hieraus und Aufwendungen				Rückversicherungsbeiträge			
3 Erträge aus Beteiligungen				VIII			
4 Sachträge Erträge				Abschreibungen (Erwerbskosten) zu Lasten des Geschäftsjahres			
hierzu ab: Kosten der Vermögensverwaltung				IX			
VI				Kosten der laufenden Verwaltung			
Gewinne aus Vermögensanlagen				1 Inassesskosten			
1 Kursgewinne				a) Inassessprovisionen und gleichzeitige Beträge der Vertreter			
2 Sonstige Gewinne				b) sonstige Inassesskosten			
X				2 sonstige Veranlagungskosten			
Abschreibungen und Wertberichtigungen				X			
1 Abschreibungen				Abschreibungen und Wertberichtigungen			
2 Wertberichtigungen				1 Abschreibungen			
XI				2 Wertberichtigungen			
Verluste aus Vermögensanlagen				1 Kurzwertverluste			
1 Kurzwertverluste				2 Sonstige Verluste			
XII				XII			
Schuldzinsen				1 für zusammengesetzte Gewinnanteile			
1 für zusammengesetzte Gewinnanteile				2 sonstige Schuldzinsen			
2 sonstige Schuldzinsen				a) aus dem Rückversicherungsverhältnis			
a) aus dem Rückversicherungsverhältnis				b) sonstige			
b) sonstige				XIII			
XIII				Steuern und öffentliche Abgaben des Unternehmens			
XIV				XIV			
Deckungsrückstellung				Abschreibungskosten, rechnungsabgleich gedeckt			
XV				XV			
Beitragsüberträge				Rückstellung für Beitragsrückerstattung			
XVI				erlässlich DM			
XVII				Zuweisung aus dem laufenden Geschäftsjahr			
XVIII				XVIII			
Sonstige technische Rückstellungen				Zuweisungen an			
XIX				1			
Zuweisungen an				2			
XX				XX			
Sonstige Ausgaben				Sonstige Ausgaben			
1				1			
2				2			

Gewinn- und Verlustrechnung der kleinen Personengesellschaft X Y
für die Zeit vom 1.1. bis 31.12.19..

A. Erträge (Einnahmen)

B. Aufwendungen (Ausgaben)

	DM	DM	DM	DM	DM
I Vortrag des passiven Ausgleichspostens aus dem Vorjahr					
II Beiträge					
1 der beteiligten Firmen					
2 der Mitglieder (außer Firmen)					
III Eintrittsgelder, Einzüge- und Mitgliedsbeiträge sowie sonstige Nebenleistungen der Mitglieder					
IV Vermögenserträge					
1 Zinsen					
2 Erträge aus Grundstücken					
3 hiervon ab: Aufwendungen					
3 sonstige					
V Gewinne aus Vermögensanlagen					
VI Entnahmen aus den Rücklagen und Rückstellungen (Veränderungen)					
VII Sonstige Erträge (Einnahmen)					
VIII Ausgleichsposten					
I Vortrag des aktiven Ausgleichspostens aus dem Vorjahr					
II Versicherungsleistungen					
1 gezahlte Beträge					
a) Alternanten					
b) Invalidentanten					
c) Witwenrenten					
d) Kassenrenten					
e) Sterbegelder					
f) sonstige					
2 noch nicht gezahlte (rückständige) Beträge					
III Austrittsvergütungen					
1 gezahlte Beträge					
2 noch nicht gezahlte (rückständige) Beträge					
IV Zahlung von Überschuldanteilen an Mitglieder					
V Verwaltungskosten					
1 persönliche					
2 sächliche					
VI Abschreibungen und Wertberichtigungen					
VII Verluste aus Vermögensanlagen					
VIII Schuldzinsen					
IX Steuern und öffentliche Abgaben					
1 Versicherungssteuer					
2 sonstige Steuern und Abgaben					
X Zuweisungen zu den Rücklagen und Rückstellungen (Erhöhungen)					
.XI Sonstige Aufwendungen (Ausgaben)					
XII Ausgleichsposten					

Besondere Vorschriften

für die Erstellung des Druckberichts der

Lebensversicherungsunternehmen

III. Der Geschäftsbericht

Im Geschäftsbericht sind nach den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft der Geschäftsverlauf und die Lage des Unternehmens darzulegen; außerdem ist in einem besonderen Abschnitt der Jahresabschluß zu erläutern. Die Berichterstattung soll einen möglichst umfassenden Einblick in die Lage des Unternehmens gewähren.

Wesentliche Abweichungen vom letzten Jahresabschluß sind zu erörtern, ferner ist über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind. Die Berichterstattung kann nur soweit unterbleiben, wie überwiegende Belange des Unternehmens, eines beteiligten Unternehmens oder öffentliche Interessen dies fordern (§§ 36 a, 55 VAG und § 128 AktG).

Im besonderen sind folgende Angaben zu machen:

1. Im Geschäftsbericht sind sämtliche Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates einschließlich der im Geschäftsjahr oder nachher ausgeschiedenen mit dem Familiennamen und mindestens mit einem ausgeschriebenen Vornamen anzugeben. Der Vorsitz der Vorstände — soweit ein Vorsitz ernannt ist — und der des Aufsichtsrats sind besonders zu bezeichnen.
2. Über die Versicherungsarten, die im Geschäftsjahr betrieben worden sind, ist zu berichten. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit haben außerdem anzugeben, ob und in welchem Umfange Versicherungsgeschäfte gegen feste Beiträge (§ 21 Abs. 2 VAG) betrieben worden sind.
3. Die Bewegung des Versicherungsbestandes ist nach dem beigefügten Muster darzustellen.
4. Über den Einfluß der wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen auf das Geschäftsergebnis ist zu berichten.
5. Sollten von den ausstehenden Einlagen auf das Grundkapital Beträge im Geschäftsjahr eingefordert oder aus dem Reingewinn des Vorjahres zugeführt sein, so sind im Geschäftsbericht die eingeforderten, die zugeführten und die etwa rückständig gebliebenen Beträge anzugeben.
6. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit haben Angaben über die Ermittlung des etwa zu erhebenden Nachschusses zu machen.
7. Sind bei Aktiengesellschaften die Einlagen auf das Grundkapital nicht voll geleistet, so sind bei der Verteilung des Reingewinns die Anteile der Aktionäre am Gewinn auch nach dem Verhältnis zu den geleisteten Einlagen auszuweisen, sofern durch die Satzung nichts anderes bestimmt ist.
8. Die Grundstücke sind in der Erläuterung wie folgt zu gliedern:
 - a) Wohngrundstücke,
 - b) gewerblich genutzte Grundstücke,
 - c) sonstige Grundstücke.

Bauplätze und Ruinengrundstücke sind je nach dem beabsichtigten Verwendungszweck in a), b) oder c) zu erfassen, jedoch getrennt anzugeben. Für jede dieser Gruppen sind die Anzahl der Grundstücke und der Bilanzwert aufzuführen. Außerdem ist über den Ankauf und Verkauf von Grundstücken sowie über die sonstigen wesentlichen Veränderungen zu berichten.

9. Der Zu- und Abgang während des Geschäftsjahres an Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen ist darzustellen. Bei den Hypotheken, die durch Staats- oder Gemeindebürgschaften oder sonstige zusätzlich gesichert sind, sind Angaben über die Beträge zu machen, die über die gesetzliche Beleihungsgrenze hinausgehen.
10. Die Schuldscheinforderungen und Darlehen sind in den Erläuterungen wie folgt zu gliedern:
 Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - a) an den Bund, die Länder und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts (außer an öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute),
 - b) an private und öffentliche Unternehmen,
 - c) langfristige Darlehen an Geld- und Kreditinstitute,
 - d) sonstige.
 Der Zu- und Abgang während des Jahres ist anzugeben.
11. Die Veränderungen der Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder (Ausgleichsfordernungen und sonstige) sind zu erläutern. Bei den Ausgleichsfordernungen sind die Bilanzpositionen, bezüglich derer die Umstellungsrechnung berichtigt worden ist, aufzuführen und ebenfalls zu erläutern (§ 12 der 43. DVO/UG bzw. Ziff. 12 der DB 9/UEVO). Außerdem sind Angaben über die Höhe der bestätigten (vorläufig oder endgültig) und der nicht bestätigten Ausgleichsfordernungen zu machen.
12. Über die Beziehungen zu einem Konzernunternehmen*) ist zu berichten, und zwar
 - a) über den Nennbetrag der Beteiligungen bei den einzelnen Unternehmen unter Mitteilung etwa darauf lastender Nachzahlungsverpflichtungen sowie über die Zu- und Abgänge dieser Beteiligungen während des Geschäftsjahres, ferner über die aus den Beteiligungen erzielten Erträge während des Geschäftsjahres; die auf ausländische Unternehmen entfallenden Beträge können jedoch in einer Summe zusammengefaßt werden, ohne daß die einzelnen Unternehmen benannt werden;
 - b) über die Höhe der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber den einzelnen Konzernunternehmen; die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Unternehmen können je in einer Gesamtsumme zusammengefaßt werden, wobei Forderungen und Verbindlichkeiten nicht gegeneinander aufzurechnen, sondern getrennt anzugeben sind;
 - c) über andere Beziehungen, die das Konzernverhältnis schaffen oder gestalten, z. B. Personalunion, Organisationsgemeinschaft usw.
13. Von den Beteiligungen, soweit es sich nicht um solche an Konzernunternehmen handelt, sind der Nennbetrag**), der Bilanzwert und die Nachzahlungsverpflichtungen in je einer Summe anzugeben. Weiter ist über den Zu- und Abgang während des Geschäftsjahres zu berichten. Das gleiche gilt von den GmbH-Anteilen oder anderen Anteilen einer Kapitalgesellschaft und den Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, auch soweit sie nicht zu den Beteiligungen gehören.
14. Über die eigenen Aktien der Gesellschaft, die sie, ein abhängiges Unternehmen oder ein anderer für Rechnung der Gesellschaft oder eines abhängigen Unternehmens erworben oder als Pfand genommen hat, ist zu berichten. Bezüglich des Bestandes an eigenen Aktien sind der Nennbetrag*) und der Bilanzwert anzugeben. Sind solche Aktien im Geschäftsjahr erworben oder veräußert worden, so ist auch über den Erwerb oder die Veräußerung unter Angabe der Erwerbs- oder Veräußerungspreise zu berichten (§ 128 Abs. 2 Ziffer 2 AktG).
15. Die Aktien einer herrschenden Gesellschaft sind unter Nennung der betreffenden Gesellschaft hinsichtlich des Nennbetrages*), des Bilanzwertes und der etwaigen Nachzahlungsverpflichtungen zu erläutern. Auch ist über Zu- und Abgang während des Geschäftsjahres zu berichten.
16. Aktien, die ein Aktionär für Rechnung der Gesellschaft oder eines abhängigen Unternehmens oder ein abhängiges Unternehmen als Gründer oder Zeichner oder in Ausübung eines Bezugsrechts nach § 165 AktG übernommen hat, sind aufzuführen; sind solche Aktien im Geschäftsjahr verwertet worden, so ist auch über die Verwertung unter Angabe des Erlöses und über die Verwendung des Erlöses zu berichten.

*) Das Wesen des Konzerns und des Konzernunternehmens ergibt sich aus § 15 AktG. Danach können Konzernunternehmen nicht nur Versicherungsunternehmen, sondern auch Unternehmen anderer Art sein.

**) Die Aufsichtsbehörde behält sich vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, von welchem an auch der Kurswert — soweit dann ein solcher vorliegt — anzugeben ist.

Über die Aktien, die bei bedingter Kapitalerhöhung (§ 159 AktG) im Geschäftsjahr bezogen worden sind, sind Angaben zu machen.

Das genehmigte Kapital (§ 169 AktG) ist mitzuteilen.

Über bestehende Genußrechte (§ 174 AktG) ist unter Angabe der im Geschäftsjahr geschaffenen Rechte zu berichten.

Die Wertpapiere (einschl. Aktien, soweit sie nicht unter Beteiligungen fallen, und soweit es sich nicht um eigene Aktien handelt) sind wie folgt zusammenzufassen und innerhalb der so gebildeten Gruppen hinsichtlich des Nennbetrages¹⁾ und des Bilanzwertes in je einer Summe darzustellen:

- a) Anleihen (ohne Schuldbuchforderungen und ohne Ausgleichsforderungen) und Schatzanweisungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- b) Kommunalobligationen,
- c) Pfandbriefe,
- d) Industrieobligationen,
- e) Aktien,
- f) alle übrigen Wertpapiere.

Die ausländischen Wertpapiere sind bei den einzelnen Gruppen einzuordnen, also nicht etwa nur bei der Gruppe „alle übrigen Wertpapiere“ auszuweisen.

Ferner ist über den Zu- und Abgang der Wertpapiere während des Geschäftsjahres zu berichten.

Über größere Rechnungsabgrenzungsposten sind Angaben zu machen.

Die „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ sind hinsichtlich der größeren Posten zu erläutern.

Die Deckungsrückstellungen, Beitragsüberträge und Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Rückkäufe sind nach folgenden Versicherungsarten aufzugliedern:

I. Einzelversicherung

1. Kapitalversicherungen,
2. Rentenversicherungen,
3. Sonstige Versicherungen.

II. Gruppenversicherung nach Sondertarifen

1. auf Kapitalgrundlage,
2. auf Rentengrundlage.

Ferner sind Angaben zu machen über die abgegebenen Rückversicherungen.

Die Bewegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist darzustellen. Dabei ist anzugeben, welcher Teil der Rückstellung auf bereits festgelegte, aber noch nicht abgehobene Gewinnanteile entfällt. Ferner sind die für die einzelnen Abrechnungsverbände festgesetzten Rückerstattungssätze und das Auszahlungsjahr anzugeben.

Die Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen des Geschäftsjahres für die selbst abgeschlossenen Versicherungen sind den entsprechenden Zahlen des Vorjahres gegenüberzustellen. Hierbei sind die nach laufenden Beiträgen und Einmalbeiträgen aufgeteilten Beitragseinnahmen und die Versicherungsleistungen zu gliedern nach Versicherungsarten (s. Ziff. 23). Ferner sind Angaben zu machen über die abgegebenen Rückversicherungen und die übernommenen Rückversicherungen. Dabei genügt eine Gegenüberstellung der jeweiligen Gesamtsummen der Beiträge und der Versicherungsleistungen des Vorjahres und des laufenden Geschäftsjahres.

Über Aufwendungen für Ruhegehälter und für sonstige Versorgungsverpflichtungen oder Versorgungseinrichtungen sind nähere Angaben zu machen.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen sind zu erläutern. Hierbei sind Angaben über die Abschreibungen und die Wertberichtigungen je für sich zu machen und die einzelnen Aktivpositionen mitzuteilen, auf die Abschreibungen und Wertberichtigungen vorgenommen worden sind. Dies gilt auch für die an den Außenständen bei Vertretern und Versicherungsnehmern gekürzten Abschreibungen. Desgleichen sind die einzelnen Aktivpositionen anzugeben, bei denen Wertberichtigungen freigeworden sind.

Die Aufsichtsbehörde behält sich vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, von welchem an auch der Kurswert — soweit dann ein solcher vorliegt — anzugeben ist.

28. Für das gesamte selbst abgeschlossene und übernommene Geschäft einschließlich der in Rückdeckung gegebenen Teile ist der Gesamtbetrag an persönlichen Verwaltungskosten (auch hinsichtlich der Kosten der Schadenbearbeitung und der Vermögensverwaltung) aufzuteilen in:

- a) Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter,
- b) Gehälter, Löhne und ähnliche feste Bezüge,
- c) soziale Abgaben.

Außerdem sind gesondert auszuweisen:

die Gesamtbezüge (Gehälter, Gewinnbeteiligungen, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsentgelte, Provisionen und Nebenleistungen jeder Art) für das Geschäftsjahr und die darüber hinaus im Geschäftsjahr gewährten, bisher in keinem Geschäftsbericht angegebenen Bezüge der Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrats und eines Beirats oder einer ähnlichen Einrichtung des Unternehmens. In die Gesamtbezüge sind einzurechnen Abfindungen, Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art an frühere Mitglieder und ihre Hinterbliebenen, auch wenn sie unter „Sonstige Ausgaben“ ausgewiesen sind. Dabei sind die Gesamtbezüge des Vorstandes, des Aufsichtsrats und eines Beirats oder einer ähnlichen Einrichtung gesondert unter ihrer Bezeichnung anzuführen.

29. Verluste aus Vermögensanlagen sind hinsichtlich der größeren Posten zu erläutern. Hierbei sind sie nach den verschiedenen Positionen auf der Aktivseite der Bilanz zu gliedern. Über den Umfang der in ihnen enthaltenen Währungsverluste sind Angaben zu machen. Das Entsprechende gilt von den Gewinnen aus Vermögensanlagen.

30. Die gesamten Kostenerstattungen der Rückversicherer sind in einem Betrag anzugeben.

31. Die „Sonstige Einnahmen“ und „Sonstige Ausgaben“ sind hinsichtlich der größeren Posten zu erläutern.

32. Über den Ertrag der Kapitalanlagen und den sich hiernach ergebenden Durchschnittszinssatz sind Angaben zu machen unter Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres. Die für in Rückdeckung gegebene Versicherungen geleisteten Zinsen sowie die für in Rückdeckung übernommene Versicherungen erhaltenen Zinsen sind hierbei anzugeben.

33. Aus der Jahresbilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse einschließlich der Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks sind anzugeben.

34. Der Bilanzwert der gebundenen Vermögenswerte ist in einer Summe anzugeben. Hierher gehören alle Vermögenswerte, die durch Hinterlegungen, Verpfändungen, Sicherungsübereignungen usw. derart gebunden sind, daß im Falle des Konkurses hinsichtlich dieser Werte Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können, sowie bei ausländischen Regierungen hinterlegte Werte*).

35. Die Zugehörigkeit der Gesellschaft zu Verbänden und ähnlichen Einrichtungen ist mitzuteilen.

Bei der Erstellung des Druckberichtes ist es nicht erforderlich, daß die Versicherungsunternehmen die in diesen Vorschriften vorgesehene Reihenfolge der Darstellung einhalten; sie können ihre Erläuterungen auch der Zweckmäßigkeit und der bisherigen Übung entsprechend anordnen, es müssen jedoch alle verlangten Nachweise erbracht werden.

Die Vorschriften für die Erstellung des Druckberichtes beschränken sich auf die Angabe der Zahlenwerte und Erläuterungen, die notwendig sind, um bei Kenntnis der versicherungswirtschaftlichen Zusammenhänge einen Einblick in die Lage des Unternehmens zu erhalten. Für die Mehrzahl der Versicherungsnehmer, denen nach § 55 VAG der Druckbericht ausgehändigt wird, genügen in der Regel die einfachen Zahlenangaben nicht, um ihnen die Zusammenhänge des Jahresabschlusses klarzumachen. Daher empfiehlt sich darüber hinaus eine individuelle und allgemeinverständliche Ausgestaltung des Druckberichtes, z. B. durch Vergleiche, graphische Darstellungen, Tabellen sowie durch die Angabe der Anzahl der im Geschäftsjahr vorgekommenen gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Verfahren mit Versicherungsnehmern bzw. Versicherten über von ihnen beanspruchte Leistungen aus Versicherungsverträgen.

Das Bundesaufsichtsamt ist der Auffassung, daß ein so ausgestalteter Druckbericht wesentlich dazu beiträgt, das Interesse am Versicherungsgedanken zu wecken und das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Versicherungswirtschaft zu fördern. Es erwartet daher, daß jedes einzelne Unternehmen sich um eine allgemeinverständliche Ausgestaltung des Druckberichtes bemüht.

*) Die Bestände des Deckungsstockverzeichnisses nach § 66 VAG sind hier nicht nachzuweisen.

Literaturverzeichnis

Einzelveröffentlichungen

- Becker, Oskar, Nerlich, Hans: Versicherungsbuchführung, Leipzig 1936
- Braess, Paul: Versicherung und Risiko, in: Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1960
- Bussmann, Karl Ferdinand: Industrielles Rechnungswesen, Stuttgart 1963
- Deuss, Peter: Das Auskunftsrecht des Aktionärs in der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft nach § 112 AktG und als Problem der Aktienrechtsreform, München und Berlin 1962
- Diehl, Walter: Die Rechnungslegung der privaten Versicherungsunternehmen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Aufsicht, Diss. St.Gallen, Zürich und St.Gallen 1955
- Dörfel, Franz: Der Abschluss und seine Kontierung bei Lebensversicherungsanstalten, o.J., o.O., wahrscheinlich 1915 oder früher

- Fritz, Ernst: Die Vermögensanlagen der Versicherungswirtschaft in aufsichtsbehördlicher Sicht, Berlin 1958
- Gürtler, Max: Die Erfolgsrechnung der Versicherungsbetriebe, 2.Aufl., Berlin-Frankfurt (Main) 1958
- Gürtler, Max: Die Kalkulation der Versicherungsbetriebe, 2.Aufl., Berlin-Frankfurt (Main) 1958
- Gürtler, Max: Die Theorie und Technik der Versicherungsbuchführung, 2.Aufl., Berlin-Frankfurt (Main) 1958
- Gürtler, Franz: Die periodische Kostenrechnung im Versicherungsbetrieb, Berlin 1964
- Gierke, Julius v.: Die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit nach deutschem Recht, Stuttgart 1942
- Gutenberg, Erich: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, in: Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1958
- Gutenberg, Erich: Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Erster Band: Die Produktion, 6.Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961
- Haussmann, Conrad: Entstehungsgeschichte, Zweck und Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrats nach dem Aktiengesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz, Düsseldorf 1956

- Hax, Karl: Die Substanzerhaltung der Betriebe, Köln und Opladen 1957
- Heinen, Edmund: Handelsbilanzen, Wiesbaden 1960
- Helbling, Carl: Autonome Pensionskasse oder Gruppenversicherung, Zürich und St.Gallen 1960
- Heissmann, Ernst: Die betrieblichen Ruhegeldverpflichtungen, 4.Aufl., Köln 1961
- Heissmann, Ernst: Betriebliche Unterstützungskassen, 2.Aufl., Köln 1962
- Heissmann, Ernst: Das Mitbestimmungsrecht in der betrieblichen Altersversorgung, Heidelberg o.D., Schriften des Betriebs-Beraters, Heft 23
- Hintner, Otto: Wertpapierbörsen, in: Die Wirtschaftswissenschaften, hrsg. von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1960
- Hoffmeister, Josef: Wörterbuch der philosophischen Begriffe, Hamburg 1955
- Hueck, Alfred, Nipperdey, Hans Carl: Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7.Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1963
- Kisch, Wilhelm: Das Recht des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, Berlin 1951
- Koritz, Andor: Die Pensionskasse, Karlsruhe 1961
- Kronstein, Heinrich, Claussen, Carsten Peter: Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt (Main) 1960

- Krüger, Rudolf: Die Berücksichtigung der Haftungsverhältnisse bei der Rechnungslegung der Aktiengesellschaft, Düsseldorf 1961
- Leffson, Ulrich: Die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, Düsseldorf 1964
- Lehmann, Wolfgang: Die dynamische Bilanz Schmalenbachs, Wiesbaden 1963
- Leitner, Friedrich: Die Kontrolle in kaufmännischen Unternehmen, Frankfurt (Main) 1934
- Lengyel, S.: Die Bilanzen der Versicherungs-Unternehmungen, 2.Aufl., Berlin 1927
- Loitlsberger, Erich: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip, Wien 1955
- Lutz, Benno: Die Aussagefähigkeit des Rechnungswesens, Zürich und St.Gallen 1963
- Mahr, Werner: Einführung in die Versicherungswirtschaft, Berlin 1951
- Mayer, Leopold, Mayer, Leopold: Bilanz- und Betriebsanalyse, Wiesbaden 1960
- Mellerowicz, Konrad: Unternehmenspolitik, 1.Band, Freiburg i.Br. 1963
- Möller, Hans: Beiträge zur Versicherungswissenschaft, Berlin 1955
- Moxter, Adolf: Der Einfluss von Publizitätsvor-

schriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962

- Müller, Karl: Die Rechtsstellung der Versicherten bei Pensionskasse-Vereinen, Berner Dissertation, veröffentlicht in: Abhandlungen zum schweizerischen Recht, Neue Folge, 246.Heft, hrsg. von Theo Guhl, Bern 1948
- Muscheid, Werner: Schmalenbachs Dynamische Bilanz, Köln und Opladen 1957
- Neflin, Hermann: Die Haftung des Wirtschaftsprüfers, 3.Aufl., Stuttgart 1960
- Nordsieck, Fritz: Rationalisierung der Betriebsorganisation, 2.Aufl., Stuttgart 1955
- Passow, Richard: Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, 1.Band: Allgemeiner Teil, 2.Aufl., Leipzig und Berlin 1918
- Rausche, Ernst, Kruse, Robert: Buchführung und Revision im Versicherungsgewerbe, 2.Aufl., Karlsruhe 1953
- Rausche, Ernst und andere: Kontenrahmen für Versicherungsunternehmen, Karlsruhe 1957
- Rentner, Kurt: Grundzüge der Rechnungslegung und Betriebsführung der Versicherungsunternehmen, Berlin 1936

- Riebesell, Paul: Handbuch der Versicherung, Hamburg 1933
- Rieger, Wilhelm: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2.Aufl., Erlangen 1959
- Rieger, Wilhelm: Schmalenbachs dynamische Bilanz, 2.Aufl., Stuttgart und Köln 1954
- Richter, Artur, Weyer, Hans: Rechnungslegung und Betriebsführung der Versicherungsunternehmen, Berlin 1939
- Ronneberger, Fritz: System und Grundsätze der innerbetrieblichen Überwachung, hrsg. vom Ausschuss für wirtschaftliche Verwaltung (AWV), Nr.211, Berlin 1964
- Rünger, Willi: Aufwand, Leistung und Gewinn in der Lebensversicherung, Würzburg 1938
- Schäfer, Erich: Die Unternehmung, 5.Aufl., Köln und Opladen 1963
- Schmalenbach, Eugen: Dynamische Bilanz, 13.Aufl., Köln und Opladen 1963
- Schmidt, Fritz: Die organische Tageswertbilanz, Wiesbaden 1951
- Schwantag, Karl: Die Publizität der Aktiengesellschaft, in: Der Jahresabschluss in der Aktienrechtsreform, hrsg. von Ullrich Leffson, Wiesbaden 1961

- Simon, Veit Hermann: Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien, 2.Aufl., Berlin 1898
- Städele, Walter: Die Wahl des Abschlussprüfers durch die Hauptversammlung, Diss. München 1958
- Virkkunen, Henrik: Das Rechnungswesen im Dienste der Leitung, Helsinki 1956
- Westrick, Peter: Abschlussprüfung und Abschlussprüfer nach geltendem und zukünftigem Aktienrecht, Heidelberg 1963
- Wöhe, Günther: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2.Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1962
- Wysocki, Klaus v.: Kameralistisches Rechnungswesen, Stuttgart 1965
- Zimmermann, Erhard: Theorie und Praxis der Prüfungen im Betriebe, Essen 1954
- o.V.: Motive zum Versicherungsaufsichtsgesetz, hrsg. vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen, Berlin 1963

Aufsätze in Sammelveröffentlichungen, z.B. in
Handbüchern, Festschriften, Nachschlagewerken

- Ackermann, Günther: Rechnungslegung und Statistik in
ihrer Bedeutung für die Versiche-
rungsaufsicht, in: 50 Jahre mate-
rielle Versicherungsaufsicht, hrsg.
von Walter Rohrbeck, 1.Band, Ber-
lin 1952, S.246-269
- Ackermann, Günther: Stichwort: "Umstellungsrechnung",
in: Handwörterbuch des Versiche-
rungswesens (HdV), hrsg. von Eber-
hard Finke, 2.Band, Darmstadt 1958,
Sp.2072-2079
- Arps, Ludwig: Stichwort: "Lebensversicherung", in:
HdV, 1.Band, Sp.1264-1266
- Baudisch, Roman: Die Funktion des Abschlussprüfers,
in: Wirtschaftsprüfung als Element
gesunder Wirtschaftsentwicklung,
Band 10 der Schriftenreihe des In-
stituts der Wirtschaftsprüfer (IdW),
Düsseldorf 1955, S.19-51
- Beckmann, Liesel: Stichwort: "Finanzierung", in: Hand-
wörterbuch der Betriebswirtschaft
(HdB), 3.Aufl., 2.Band, Stuttgart
1958, Sp.1830-1833

- Braess, Paul: Stichwort: "Versicherungswesen", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), 9.Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S.239-248
- Büchner, Franz: Die Entwicklung der deutschen Gesetzgebung über die Versicherungsaufsicht bis zum Bundesgesetz vom 31.Juli 1951, in: 50 Jahre materielle Versicherungsaufsicht, a.a.O., 1.Band, S.1-48
- Castan, Edgar: Stichwort: "Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeitsrechnung", in: HdB, 4.Band, Sp.6366-6379
- Conrad, J., Hieber, H.: Das Rechnungswesen im Versicherungsbetrieb, in: Die Versicherung, hrsg. von Walter Grosse, Band 2: Versicherungsbetriebslehre, Studienplan C VI, 9.Heft, Wiesbaden 1965
- Dinter, Hans: Wege und Tendenzen betrieblicher Altersvorsorge, in: Beiträge zur Versicherungswissenschaft, Festgabe für Walter Rohrbeck, Berlin 1955, S.75-83
- Elmendorff, Wilhelm: Erkenntniswert des Jahresabschlusses und Aussagewert des Bestätigungsvermerks, in: Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Besteuerung, Band 1 der Schriftenreihe des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1950, S.60-80

Eschhaus, Helmut: Stichwort: "Pensionskassen", in:
HdV, 2.Band, Sp.1573-1577

Falter, Ernst, Hoffmann, Reinhold: Stichwort: "Prä-
mienreserve", in: HdV, 2.Band,
Sp.1619-1626

Falter, Ernst: Stichwort: "Rückkauf", in: HdV,
2.Band, Sp.1756-1759

Fischer, Kurt, Thüsen, Ernst v.d.: Die technischen
Rückstellungen in der Lebensversi-
cherung, in: Die versicherungstech-
nischen Rückstellungen im Steuer-
recht, hrsg. von Erich Prölss und
Ernst von der Thüsen, 2.Aufl.,
Karlsruhe 1954, S.15 ff.

Frels, Gerhard: Die oberste Vertretung des grossen
Versicherungsvereins auf Gegensei-
tigkeit nach den Satzungen der be-
deutendsten Unternehmungen, in: Ent-
wicklungslinien und Grundgedanken
deutscher Versicherung, Heft 68 der
Veröffentlichungen des Deutschen
Vereins für Versicherungswissenschaft,
Berlin 1941, gleichzeitig Festgabe
für Samwer, S.53 ff.

Fritz, Ernst: Die Rechnungslegungsvorschriften
des Bundesaufsichtsamtes für das
Versicherungs- und Bausparwesen, in:
Rechnungslegung und Prüfung der Ver-
sicherungsunternehmen, hrsg. vom In-

stitut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1959, S.19-58

Fromm, Gerhard Erich: Stichwort: "Aufsichtsrat", in: HdV, 1.Band, Sp.147-149

Fromm, Gerhard Erich: Stichwort: "Gegenseitigkeitsverein", in: HdV, 1.Band, Sp.762-773

Fromm, Gerhard Erich: Stichwort: "Gründungsstock", in: HdV, 1.Band, Sp.868-870

Gehrhardt, Hein, Hentschel, Erich: Stichwort: "Verwaltungskosten", in: HdV, 2.Band, Sp.2413-2419

Goetjes, Hans: Stichwort: "Eigenkapital", in: HdV, 1.Band, Sp.498-501

Goetjes, Hans: Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, in: Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1959 S.237-240

Harting, Gustav: Stichwort: "Schadenreserve", in: HdV, 2.Band, Sp.1805-1810

Hax, Karl: Die allgemeinwirtschaftliche Bedeutung von Rechnungslegungsvorschriften und Statistik, in: 50 Jahre materielle Versicherungsaufsicht, 1.Band, S.269 ff.

- Hax, Karl: Die Kapitalanlage-Politik der Lebensversicherungs-Unternehmungen im Hinblick auf das Problem der wertbeständigen Versicherung, in: Beiträge zur Versicherungswissenschaft, Festgabe für Walter Rohrbeck, Berlin 1954, S.147-168
- Hax, Karl: Stichwort: "Versicherungsbetrieb", in: HdSW, 11.Band, S.208-212
- Hax, Karl: Stichwort: "Versicherung", in: HdB, Band IV, Sp.5846
- Hax, Karl: Stichwort: "Versicherungsrechnungslegung", in: HdSW, 11.Band, S.227-230
- Hax, Karl: Versicherungswesen, in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdW), 2.Band, Köln und Opladen 1959, S.1367-1403
- Heinen, Edmund: Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Zur Theorie der Unternehmung, Festschrift für Erich Gutenberg, Wiesbaden 1962, S.11 ff.
- Henzel, Friedrich: Stichwort: "Kostenschlüsselung", in: HdB, 3.Band, Sp.3465-3473
- Heubeck, Georg: Stichwort: "Pensionsverpflichtung", in: HdV, 2.Band, Sp.1580
- Heubeck, Georg: Stichwort: "Finanzierungsverfahren", in: HdV, 1.Band, Sp.671-673

- Hundhausen, Carl: Die Bedeutung der Publizität unter besonderer Berücksichtigung der historischen Bedeutung, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt (Main) 1962, S.17-32
- Jäger, Alfred: Stichwort: "Buchführung", in: HdV, 1.Band, Sp.398-408
- Jäger, Alfred: Stichwort: "Treuhänder", in: HdV, 2.Band, Sp.2056-2058
- Jäger, Alfred, Weihmüller, H.: Wesen und Prüfung der versicherungstechnischen Posten des Jahresabschlusses, in: Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1959, S.79-133
- Klauser, Hermann: Stichwort: "Policendarlehen", in: HdV, 2.Band, Sp.1597-1598
- Koob, A.: Rechtsgrundlagen für die Abschlussprüfung, in: Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1959, S.59-68
- Koppenberg, Hans-Jürgen: Formelle Publizität und Aktionärskontrolle, in: Führungsentscheidungen und ihre Dispositionshilfen, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft

für Betriebswirtschaft, Vorträge
des 11.Deutschen Betriebswirt-
schaftlertages, Berlin o.D.,
S.205-214

Kosiol, Erich: Stichwort: "Bilanz (I) Bilanztheo-
rie", in: HdSW, 2.Band, S.222-234

Kosiol, Erich: Stichwort: "Pagatorische Bilanz",
in: Lexikon des kaufmännischen
Rechnungswesens, hrsg. von Karl
Bott, 2.Aufl., Stuttgart 1956,
3.Band, Sp.2085-2120

Kosiol, Erich: Das Rechnungswesen im Dienste der
Unternehmensführung, in: Aktuelle
Fragen der Unternehmung, Gedenk-
schrift für Alfred Walther, Bern
1957, S.61 ff.

Kracke, Helmut: Stichwort: "Versicherungsmathema-
tik", in: HdSW, 11.Band, S.222-224

Ladewig, Rolf: Stichwort: "Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder", in: HdV,
2.Band, Sp.2393-2398

Le Coutre, Walter: Stichwort: "Bilanztheorien", in:
HdB, 1.Band, Sp.1153-1177

Le Coutre, Walter: Totale Bilanz, in: Lexikon des
kaufmännischen Rechnungswesens,
4.Band, Sp.2555-2604

Merker, Walter, Müller, Gerd: Stichwort: "Vermögens-
anlage und Vermögensanlagepolitik",
in: HdV, 2.Band, Sp.2181-2198

- Merkt, Carl-Heinz: Stichwort: "Darlehensgewährung",
in: HdV, 1.Band, Sp.455-458
- Merkt, Carl-Heinz: Stichwort: "Aktiengesellschaft",
in: HdV, 1.Band, Sp.16-21
- Möller, Hans: Rechtsprobleme des Versicherungs-
vereins auf Gegenseitigkeit, in:
Festschrift für Karl Haff, Inns-
bruck 1950, S.312 ff.
- Mogwitz, Hanns: Stichwort: "Ausgleichsforderungen",
in: HdV, 1.Band, Sp.159-164
- Preiser, Erich: Der Kapitalbegriff und die neuere
Theorie, in: Die Unternehmung im
Markt, Festschrift für Wilhelm
Rieger, Stuttgart und Köln 1953,
S.14-38
- Reinhardt, Rudolf: Privates Unternehmen und öffentli-
ches Interesse, in: Beiträge zum
Arbeits-, Handels- und Wirtschafts-
recht, hrsg. von Rolf Dietz, Mün-
chen und Berlin 1959, S.439 ff.
- Riepl, Franz: Stichwort: "Versicherungssteuer",
in: HdV, 2.Band, Sp.2355-2357
- Roehling, W.: Wesen und Prüfung der nichtversi-
cherungstechnischen Posten des Jah-
resabschlusses, in: Rechnungslegung
und Prüfung der Versicherungsunter-
nehmen, hrsg. vom Institut der Wirt-
schaftsprüfer, Düsseldorf 1959,
S.135-182

- Rössle, Karl: Stichwort: "Bilanz", in: HdB,
1.Band, Sp.1094-1105
- Rolcke, Ernst, Korsch, Fritz: Betriebliche Pensions-
kassen, in: 50 Jahre materielle
Versicherungsaufsicht, 2.Band,
S.69-91
- Sandig, Curt: Stichwort: "Erfolgsrechnung", in:
HdSW, 3.Band, S.291-299
- Slatmann, Walter: Stichwort: "Geschäftsplan", in:
HdV, 1.Band, Sp.787-792
- Schauffler, Gerhard: Die Pensionskasse, in: Handbuch
der betrieblichen Altersversorgung,
München 1955, S.113-145
- Schmidt, Reimer: Stichwort: "Begriff", in: HdV,
1.Band, Sp.243-249
- Schöbe, Waldemar: Stichwort: "Gewinn", in: HdV,
1.Band, Sp.816-823
- Schöbe, Waldemar: Stichwort: "Versichertendividende",
in: HdV, 2.Band, Sp.2223-2228
- Schroeter, Kurt: Stichwort: "Bundesversicherungs-
amt", in: HdV, 1.Band, Sp.431-434
- Slatmann, Walter: Stichwort: "Invalidenversicherung,
A. Individualversicherung", in:
HdV, 1.Band, Sp.1022-1024
- Ulrich, Hans: Das Rechnungswesen als Führungs-
instrument: Voraussetzungen und
Möglichkeiten, in: Betriebswirt-

schaftslehre und Wirtschaftspraxis,
Festschrift für Konrad Mellerowicz,
Berlin 1961, S.312-328

- Wall, Fritz: Stichwort: "Revision (Prüfung) und Kontrolle", in: HdB, 3.Band, Sp.4677-4680
- Weber, Werner: Die Rechtsetzungsbefugnis des Reichs- und Bundesaufsichtsamtes in der Versicherungsaufsicht, in: 50 Jahre materielle Versicherungsaufsicht, 1.Band, S.49-72
- Weber, Werner: Stichwort: "Versicherungsaufsicht", in: HdSW, 11.Band, S.205-208

Veröffentlichungen in Zeitschriften

- Albach, Horst: Grundgedanken einer synthetischen Bilanztheorie, in: ZfB 1965, S.21-31
- Appel, Horst: Kostenbegriffe und Kontenplan im Lebensversicherungsbetrieb, in: VW 1963, S.698-700
- Barthelmes, Erich, Heinicke, Berthold: Aktuar und Abschlussprüfer bei Versicherungsunternehmen, in: WPg 1954, S.313-317
- Bischoff, K.: Abschlussprüfung von Sachversicherungsunternehmungen und Versicherungsaufsicht, in: WPg 1956, S.127-129

- Bösch, Jürgen: Die Analyse von Versicherungsbilanzen, in: ZfV 1958, S.213-216
- Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen: Geschäftsberichte 1952-1964
- Döllner, Georg: Die neueste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zum Bilanzrecht in handelsrechtlicher Sicht, in: BB 1964, S.95-99
- Düring, Walter: Zur Unabhängigkeit des Abschlussprüfers nach § 137 Abs.2 AktG, in: NJW 1952, S.844 ff.
- Düring, Walter, Schmaltz, Kurt: Funktionen der Organe der Aktiengesellschaft bei der Aufstellung und Feststellung des Jahresabschlusses, in: WPg 1949, S.7-10
- Dürhammer, W.: Reform der aktienrechtlichen Abschlussprüfung, in: ZfB 1950, S.27-32
- Eckardt, Walter: Die Massgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz, in: BB 1960, S.1213-1216
- Eckardt: Die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft im Referentenentwurf eines Aktiengesetzes, in: NJW 1959, S.9-14
- Eichhorn, Siegfried: Bedarfswirtschaftliches Disponieren in den Betrieben, in: ZfñF, 1962, S.1-18

- Eschhaus, Helmut: 50 Jahre Müllereikasse, in: BetrAV 1961, S.203-204
- Fasold: Das Disagio in Handels- und Steuerrecht, in: BB 1962, S.345-347
- Feuerbaum, Ernst: Grenzen der dynamischen Bilanzfassung, in: BB 1965, S.135-138
- Flume, Werner: Die Unabhängigkeitsgarantie des Abschlussprüfers nach § 137 Abs.2 AktG, in: NJW 1952, S.484-486; 1953, S.90-92
- Forster, Karl-Heinz: Vom Gläubigerschutz zum Aktionärschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts, in: WPg 1964, S.422-429
- Frels, Gerhard: Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und das Aktiengesetz, in: ZfgesVersWiss 1937, S.251-278
- Frey, Günther: Ein Vorschlag zur Neugliederung der Gewinn- und Verlustrechnung von Versicherungsunternehmen, dargestellt am Beispiel der Lebensversicherungen, in: WPg 1961, S.608-613
- Fritz, Ernst: Die Publizitätspflicht der Versicherungsunternehmen bei ihrer Rechnungslegung, in: WPg 1955, S.127-134
- Fritz, Ernst: Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen in der Sicht der Versicherungsauf-

- sichtsbehörde, in: VersArch 1955, S.129 ff.
- Fritz, Ernst: Versicherungsaufsicht vor neuen Aufgaben, in: VW 1959, S.8 ff.
- Fritz, Ernst: Die Bedeutung der Versicherungsaufsicht für die Pensionskassen, in: BetrAV 1962, S.66-70
- Gessler, Ernst: Die Wirtschaftsprüfer als Garanten aktienrechtlicher Publizität, in: WPg 1956, S.463-465
- Gessler, Ernst: Probleme des neuen Konzernrechts, in: DB 1965, S.1691-1696, S.1729-1731
- Girgensohn, Werner: Der Aufgabenbereich des aktienrechtlichen Abschlussprüfers, in: WPg 1955, S.153-156
- Goerdeler, Reinhard: Zum neuen Aktienrecht, in: WPg 1965, S.362-366
- Gürtler, Max: Probleme der Rechnungslegung der Versicherungsbetriebe, in: Zfges-VersWiss 1965, S.263 ff.
- Gutenberg, Erich: Bilanztheorie und Bilanzrecht, in: ZfB 1965, S.13-20
- Hasenack, Wilhelm: Theorie und Praxis der Prüfungen im Betrieb, insbesondere Abgrenzung von Revision und Kontrolle, in: WPg 1955, S.418-421

- Harmening, Rudolf: Zum Begriff des Umlaufvermögens bei Lebensversicherungsunternehmen, in: WPg 1961, S.185-190
- Hax, Herbert: Der Bilanzgewinn als Erfolgsmasstab, in: ZfB 1964, S.642-651
- Hax, Karl: Betriebswirtschaftlicher Erfolg und Wirtschaftlichkeitsmessung, in: WPg 1948, Heft 1, S.4-9
- Hax, Karl: Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen in der Sicht des Betriebswirts, in: VersArch 1955, S.141 ff.
- Heissmann, Ernst: Der Wechsel von Finanzierungsformen der betrieblichen Altersversorgung, in: DB 1964, S.593-595
- Heubeck, Georg: Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmen in der Sicht des Versicherungsmathematikers, in: VersArch 1955, S.169 ff.
- Hintner, Otto: Die Riegersche Bilanzlehre. Ein Vergleich mit Gesetzgebung und Rechtsprechung, in: Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht, 95.Band, 2./3.Heft, S.228-269
- Karoli, Richard: Der aktienrechtliche Bestätigungsvermerk in der Praxis, in: WT 1937, S.45-51; S.167-175

- Karoli, Richard: Die stillen Reserven nach der Aktienrechtsreform in der Prüfungspraxis, in: WPg 1964, S.513-516
- Koch, Waldemar: Zur Reform des Aktiengesetzes, in: WP 1952, S.85-88, 117-120, 144-148, 172-176
- Korsch, Fritz: 50 jähriges Bestehen des Beamtenversicherungsvereins des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, in: BetrAV 1959, S.92-94
- Korsch, Fritz: Aktuelle Pensionskassenfragen, in: BetrAV 1960, S.73
- Kropff, Bruno: Leitgedanken der Bewertungsvorschriften des künftigen Aktienrechts, in: WPg 1964, S.565-575
- Kropff, Bruno: Das Konzernrecht des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1965, S.1281-1289
- Lauinger, Artur: Die Vorschriften über die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmungen in der Sicht des Publizisten, in: VersArch 1955, S.169 ff.
- Lion, Max: Die dynamische Bilanz und die Grundlagen der Bilanzlehre, in: ZfB 1928, S.480-506
- Littmann, Eberhard: Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung und dynamische Bilanzauffassung in Handels- und Steuerbilanz, in: BB 1964, S.651-657

- Lutz, Josef Maria: Die Pensionskasse der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, in: BetrAV 1962, S.53-54
- Minz, Willy: Rechnungslegung und Pflichtprüfung bei englischen und deutschen Versicherungsaktiengesellschaften, in: VW 1954, S.417 ff.
- Minz, Willy: Aktuelle Fragen zur Rechnungslegung und Prüfung der Versicherungsunternehmen, in: WPg 1964, S.576-581
- Münstermann, Hans: Schmalenbachs Bilanzauffassung, in: WPg 1948, Heft 6, S.33-43
- Nebendorf, Karl: Die stillen Reserven der Kreditinstitute, in: WPg 1965, S.57-65
- Nies, Helmut: Pensionskassen als Instrument betrieblicher Altersversorgung, in: BetrAV 1964, S.110 ff.
- Rautmann, Hans-Günther: Die Behandlung von Haftungsverhältnissen in der Rechnungslegung einer Aktiengesellschaft, in: BB 1954, S.652-654
- Sachs, Wolfgang: Technische Gemeinschaftsarbeit der Lebensversicherung, in: VW 1954, S.258 ff.
- Schmalenbach, Eugen: Die Überwachungspflicht des Aufsichtsrats, in: ZfhF 1910/11, S.271-283

- Schmalenbach, Eugen: Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, in: ZfhF 1933, S.225-233
- Schmölder: Rechnungslegung, Prüfung und Publizität der Aktiengesellschaft, in: ZfhF 1950, S.279-302
- Semler, Johannes jr.: Der Schutz von Aktionären und Gläubigern durch die Rechnungslegung, in: WPg 1962, S.497 ff.
- Semler, Johannes: Die Publizität der Kapitalgesellschaften vom Standpunkt des Kapitalgebers und des öffentlichen Interesses, in: ZfhF 1958, S.453-461
- Siepert: Rechtsfragen der Pensionskassen, in: BetrAV 1961, S.81-85
- Vogel, Horst: Zuwendungen an betriebliche Pensionskassen und Unterstützungskassen bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag, in: BB 1952, S.233-236
- Zachert, Hans-K.: Die kurzfristige Erfolgsrechnung als Hilfsmittel für Unternehmungsdispositionen, in: ZfB 1955, S.656-663
- o.V.: Hoffmanns's Pensions- und Unterstützungskasse, in: BetrAV 1962, S.159-162

Kommentare

- Adler-Düring-Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung
der Aktiengesellschaft, 3.Aufl.,
Stuttgart 1957
- Adler-Düring-Schmaltz: Die neue Gewinn- und Verlust-
rechnung, Ergänzungsband zur
3.Aufl., Stuttgart 1961
- Baumbach-Hueck: Aktiengesetz, 10.Aufl., München
und Berlin 1959
- Baumbach-Duden: Handelsgesetzbuch, 14.Aufl., Mün-
chen und Berlin 1961
- Fromm, Gerhard Erich: Versicherungs- und Bausparkas-
senaufsichtsgesetz, München und
Berlin 1938
- Gadow-Heinichen: Aktiengesetz, 2.Aufl., Berlin 1961
- Jenson, Harry: Kommentar zu den Rechnungslegungs-
vorschriften der Versicherungsun-
ternehmen für die Geschäftsjahre ab
1955, hrsg. von der Deutschen Ge-
sellschaft für Versicherungsmathe-
matik, (Deutscher Aktuarverein) e.V.,
Berliner Gruppe, Berlin 1957
- Prölss, Erich: Versicherungsaufsichtsgesetz, 4.Aufl.,
München und Berlin 1963
- Schlegelberger-Quassowski: Aktiengesetz vom 30.1.1937,
Berlin 1937

Staudinger-Nipperdey-Mohnen-Neumann: Kommentar zum
BGB, 11.Aufl., Berlin 1958

Teichmann-Koehler: Aktiengesetz, 3.Aufl., Heidelberg
1950

Gesetze und Urteile sowie Verordnungen

Bundesaufsichtsamt für das Versicherung- und Bauspar-
wesen, Berlin, Formblatt P 1000,
erschienen im Verlag Versicherungs-
wirtschaft, Karlsruhe (zitiert: Vor-
druck P 1000, a.a.O.), Vorschriften
für die Rechnungslegung der größe-
ren Lebens-, Kranken- sowie Schaden-
und Unfallversicherungsunternehmen,
Sonderheft 1 der Veröffentlichungen
des BAV, Berlin 1954 (zitiert:
VerBAV S 1)

Institut der Wirtschaftsprüfer: Die Fachgutachten und
Stellungnahmen des Institutes der
Wirtschaftsprüfer auf dem Gebiet
der Rechnungslegung und Prüfung,
Düsseldorf 1956

Urteil des Landesverwaltungsgerichts (LVG) Düsseldorf
vom 29.10.1958, Veröffentlicht in:
VerBAV 1959, S.150 ff.

Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 16.3.1962,
veröffentlicht in: VerBAV 1963,
S.67 ff.

Reichsgerichtsentscheidung in Zivilsachen vom 14.1.
1916, in: RG, Bd.88, S.30 ff.

Gesetz über die Behandlung von Zuwendungen an betrieb-
liche Unterstützungskassen vom
26.3.1952, BGBI I, S.206

L e b e n s l a u f

Geboren wurde ich am 19. Januar 1936 in Oppeln (Oberschlesien) als 4. Kind des - 1959 verstorbenen - Justizobersekretärs Wilhelm Ogiermann und seiner Ehefrau Martha, geborene Rieger.

Vom Herbst 1942 bis zum Dezember 1944 besuchte ich die Volksschule in Oppeln. Nach der Vertreibung der Familie aus Oberschlesien im Oktober 1945 konnte ich vom Sommer 1946 an die Volksschulbildung fortsetzen, zunächst in Biestow, Kreis Rostock (Mecklenburg), ab Herbst 1947 in Mittweida (Sachsen), wo ich im Frühjahr 1950 die Volksschulzeit beendete.

Nachdem mein Vater bereits 1949 Mitteldeutschland aus politischen Gründen verlassen hatte, folgte die Familie im April 1950 nach; als neuer Wohnsitz wurde Offenbach am Main gewählt. Hier trat ich im Mai 1950 in die Quinta des Leibniz-Realgymnasiums ein und bestand im Frühjahr 1958 am gleichen Institut die Reifeprüfung.

Das Studium der Betriebswirtschaftslehre nahm ich im Sommer-Semester 1958 an der Universität in Frankfurt (Main) auf und setzte es ab dem 5. Semester - mit Hilfe der Studienförderung nach dem Honnefer Modell - an der Universität München fort. Das Diplom-Examen für Kaufleute legte ich nach neun Studiensemestern im Winter 1962/63 ab.

Nach vorübergehender Tätigkeit bei der Südwestdeutschen Revisions- und Treuhand GmbH, Frankfurt (Main), war ich vom Oktober 1963 bis Juni 1967 bei der Treuhand-Vereinigung AG, Frankfurt (Main) - zuletzt als Revisor - beschäftigt. Seit Juli 1967 bin ich Leiter des Rechnungswesens der Vickers GmbH, Bad Homburg v.d.H., Tochter der Sperry Rand Corporation, New York.

